

SC | M

Studies in Communication | Media

Gegründet im Auftrag der
Deutschen Gesellschaft für
Publizistik- und Kommuni-
kationswissenschaft e. V.
(DGPuK).

Established on behalf of
Deutschen Gesellschaft für
Publizistik- und Kommuni-
kationswissenschaft e. V.
(DGPuK).

1

2011

o. Jahrgang

Seite 1 – 148

ISSN 2192-4007



Nomos

Aus dem Inhalt:

EXTENDED PAPER

Michael Meyen

Öffentlichkeit in der DDR

Public Sphere in the German Democratic Republic

FULL PAPER

Juliana Raupp

**Organizational Communication in a Networked
Public Sphere**

Strategische Organisationskommunikation in
einer Netzwerköffentlichkeit

Elisabeth Klaus/Margreth Lünenborg

**Zwanzig Jahre Gender- und Queertheorien in der
Kommunikations- und Medienwissenschaft**

Twenty Years of Gender and Queer Theories in
German Communication and Media Studies

ESSAY

Wolfgang Donsbach

**Risiken und Nebenwirkungen des Internets für
die politische Kommunikation**

Risks and Side Effects of the Internet for Political
Communication

RESEARCH-IN-BRIEF

Mike S. Schäfer/Ana Ivanova/Andreas Schmidt

Globaler Klimawandel, globale Öffentlichkeit?
Global Climate Change, Global Public Sphere?

Gegründet im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft e. V. (DGPUK).
Established on behalf of Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft e. V. (DGPUK).

Herausgeber/Publisher: Prof. Dr. Patrick Rössler, Erfurt | Prof. Dr. Bernd Blöbaum, Münster | Prof. Dr. Irene Neverla, Hamburg | Prof. Dr. Wolfgang Schweiger, Ilmenau

Redaktion/Editorial Office: Dr. Klaus Kamps, Universität Erfurt, Philosophische Fakultät, Seminar für Medien- und Kommunikationswissenschaft, Nordhäuser Str. 63, 99098 Erfurt

Internationaler Beirat/International Editorial Board: Prof. Dr. Jan van den Bulck, Head of the Ph.D. School, Leuven School for Mass Communication Research, Belgium | Prof. Dr. Leopoldina Fortunati, Faculty of Education of the University of Udine, Italy | Prof. Dr. Uwe Hasebrink, Hans-Bredow-Institut, University of Hamburg, Germany | Prof. Dr. Sonia Livingstone, Head of the Department of Media and Communications at the London School of Economics and Political Science, England | Prof. Dr. Dietram A. Scheufele, Department of Life Sciences Communication and College of Agricultural & Life Sciences, University of Wisconsin, USA | Prof. Dr. Peter J. Schulz, Director, Institute of Communication and Health, University of Lugano, Schweiz | Prof. Dr. David Tewksbury, Head of the Department of Communication, University of Illinois at Urbana-Champaign, USA | Prof. Dr. Katerina Tsetsura, Gaylord College of Journalism and Mass Communication at the University of Oklahoma, USA | Prof. Dr. Gabriel Weimann, Department of Communication, University of Haifa, Israel

Aus dem Inhalt

EDITORIAL	1
EXTENDED PAPER	
Öffentlichkeit in der DDR Public Sphere in the German Democratic Republic <i>Michael Meyen</i>	3
FULL PAPER	
Organizational Communication in a Networked Public Sphere Strategische Organisationskommunikation in einer Netzwerköffentlichkeit <i>Juliana Raupp</i>	71
Zwanzig Jahre Gender- und Queertheorien in der Kommunikations- und Medienwissenschaft Twenty Years of Gender and Queer Theories in German Communication and Media Studies <i>Elisabeth Klaus & Margreth Lünenborg</i>	95
ESSAY	
Risiken und Nebenwirkungen des Internets für die politische Kommunikation Risks and Side Effects of the Internet for Political Communication <i>Wolfgang Donsbach</i>	119
RESEARCH-IN-BRIEF	
Globaler Klimawandel, globale Öffentlichkeit? Medienaufmerksamkeit für den Klimawandel in 23 Ländern Global Climate Change, Global Public Sphere? Media Attention for Climate Change in 23 Countries <i>Mike S. Schäfer, Ana Ivanova & Andreas Schmidt</i>	131

Impressum

Herausgeber/Publisher: Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft e. V. (DGPK), vertreten durch Prof. Dr. Patrick Rössler, Prof. Dr. Bernd Blöbaum, Prof. Dr. Irene Neverla, Prof. Dr. Wolfgang Schweiger, Ilmenau

Redaktion/Editorial Office: Dr. Klaus Kamps, Universität Erfurt, Philosophische Fakultät, Seminar für Medien- und Kommunikationswissenschaft, Nordhäuser Str. 63, 99098 Erfurt,
e-mail: scm@nomos.de

Verlag/Publishing Company: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Waldseestraße 3-5, 76530 Baden-Baden, Germany
Telefon/Phone: 0049 (0)7221/2104-0, Fax: 0049 (0)7221/2104-27

Internet: www.scm.nomos.de

Anzeigen/Advertising: sales friendly, Verlagsdienstleistungen, Bettina Roos, Siegburger Str. 123, 53229 Bonn, Germany

Telefon/Phone: 0049 (0)228/978980, Fax: 0049 (0)228/978980

Nachdruck und Vervielfältigung/Reprint and Reproduction: Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Erscheinungsweise/Publication: viermal jährlich/four times a year

Bezugsbedingungen 2012/Terms of Subscription 2012:

Jahresabonnement DGPK-Mitglieder/Annual Subscription DGPK-Members: 23 Euro

Jahresabonnement Normalbezieher/Annual Subscription: 90 Euro

Jahresabonnement Bibliotheken/Annual Subscription Library: 135 Euro

Die Preise verstehen sich inkl. ges. MwSt. Kündigungen jeweils drei Monate vor Kalenderjahresende. The prices include the German VAT. The notice to terminate the subscription have to be received three month before the end of the calendar year.

ISSN: 2192-4007

Hinweise für Autorinnen und Autoren finden Sie unter/Hints for authors: www.scm.nomos.de

SC|M

Studies in Communication | Media

EDITORIAL

EDITORIAL SCM 0/1

Publikationen haben zuweilen einen langen Vorlauf – so auch in diesem Fall: Die Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft diskutierte schon vor vielen Jahren über die Frage, ob man nicht – dem internationalen Trend folgend – ein eigenes Online-Periodikum für das Fach unterhalten sollte. Nach mehreren gescheiterten Anläufen wurde 2008, noch unter meiner Amtszeit als DGPK-Vorsitzender, die Gründung eines Online-Journals beschlossen, das eine dritte, international ausgerichtete Bühne für die deutschsprachige Kommunikationsforschung bieten sollte. Mit dieser (ersten) Pilotausgabe legen wir nun das Ergebnis unserer gemeinsamen Initiative vor, und ich freue mich sehr, dass nach den langen Vorbereitungen jetzt auch dieses Projekt sein erstes Etappenziel erreicht hat.

Es gäbe viel zu erzählen über die verschlungenen Pfade auf diesem Weg, über gefühlt endlose Verhandlungen und manche Rückschläge, über Vorgänge hinter den Kulissen und vor der Fachöffentlichkeit – all dies ist aber, den Blick nach vorn gerichtet, wohl gar nicht mehr so bedeutsam. Stattdessen will ich einige Worte zur Philosophie unseres Online-Journals sagen, die das Team der Gründungsherausgeber in den vergangenen Monaten entwickelt hat, und außerdem einer Reihe von Personen danken, ohne die dieses Unterfangen heute nicht auf den Bildschirmen rund um den Globus präsent sein könnte.

Studies in Communication|Media, kurz SCM, versteht sich als ein thematisch offenes Forum für qualitativ hochwertige Forschungsergebnisse unseres Fachs. Ohne theoretische oder methodische Scheuklappen werden herausragende Beiträge exklusiv veröffentlicht, die zuvor einen professionellen Blind-Review-Prozess durchlaufen haben. Als Formate wünschen wir uns – neben dem klassischen 15- bis 20seitigen Beitrag – durchaus auch Kurzdarstellungen („research-in-brief“) aktueller oder geplanter Forschung, gerne in Form von Werkstattberichten, außerdem Essays und Debattenbeiträge auf wissenschaftlicher Basis; und insbesondere bieten wir die seltene Gelegenheit, ausführlichere Ausarbeitungen im Zwischenformat von ca. 50 - 60 Seiten prominent zu präsentieren. Auch von Gast-Herausgebern verantwortete Themenhefte, beispielsweise auf der Basis von Fachgruppen tagungen, sind vorgesehen. Englischsprachige Einreichungen heißen wir sehr willkommen; alle Artikel in deutscher Sprache werden außerdem von einem ausführlichen, zitierfähigen Abstract in Englisch begleitet, um SCM auch international vollwertig nutzbar zu machen. Näheres über diese Formate und das Procedere erfahren Sie in unseren Hinweisen für die Autoren.

Damit ein solch komplexes Produkt entstehen kann, müssen viele Köpfe, Hände und nicht zuletzt Herzen zusammenwirken. Ich danke dem gesamten Team der Gründungsherausgeber – Irene Neverla, Bernd Blöbaum und Wolfgang Schweiger –, für die ich hier stellvertretend schreiben darf, dass sie unser Ziel mit so viel Tatkraft verfolgt haben, ungeachtet der ohnehin vollen Schreibtische, die uns plagten. Wir konnten dabei auf Vorüberlegungen aufbauen, die Wolfgang Schweiger

in einer Arbeitsgruppe mit Hans-Bernd Brosius, Thomas Pleil und Jens Wolling entwickelt hatte. Im DGPuK-Vorstand stand uns insbesondere Ulrike Röttger stets mit gutem Rat zur Seite, und stellvertretend für die vielen Beteiligten auf Seiten unseres Verlagspartners Nomos sei Andreas Beierwaltes gedankt, der dieses Projekt durch alle technischen und organisatorischen Untiefen gelotst hat. Als Redakteur konnten wir zu unserer großen Freude Klaus Kamps gewinnen, der alle Abläufe mit der von ihm gewohnten Souveränität und Gründlichkeit regelt.

Mein größter Dank gilt freilich Ihnen, den Mitgliedern unserer wissenschaftlichen Community – zum einen für den Vertrauensvorschuss, den Sie (und speziell die Autoren der vorliegenden Pilotausgabe) uns bei der Realisierung dieses Projekts gewährt haben, und zum anderen für Ihre Bereitschaft, diese Initiative des Fachs schon jetzt und in Zukunft zu begleiten: Sei es als interessierte (und kritische!) Leser, sei es als Autoren, als Gutachter oder als Mitglieder unseres Beirats, der sich aus den Fachgruppen der DGPuK rekrutiert; und nicht zuletzt als potenzielle Herausgeber, die ja künftig von der Mitgliederversammlung der DGPuK in regelmäßigem Turnus gewählt werden. Ich lade Sie herzlich ein, SCM – Ihre SCM! – durch Ihre Ideen, Manuskripte und Ihr Engagement zu bereichern! Dass wir bereits eine Reihe international ausgewiesener Fachkollegen aus Europa und den USA, denen bis zum offiziellen Start des SCM weitere nachfolgen werden, davon überzeugen konnten, sich als Mitglieder des Editorial Boards zu beteiligen, werten wir schon jetzt als verheißungsvolles Zeichen für einen erfolgreichen Start unserer neuen Fachzeitschrift. Bitte nehmen Sie unser Angebot an, schicken Sie uns Kommentare, Verbesserungsvorschläge und vor allem aktuelle Manuskripte, so dass wir – nach einer weiteren Pilotausgabe im kommenden Herbst – 2012 weiterhin so gehaltvoll in den ersten regulären SCM-Jahrgang einsteigen können!

Patrick Rössler
für das Team der SCM-Gründungsherausgeber

EXTENDED PAPER

Öffentlichkeit in der DDR

Public Sphere in the German Democratic Republic

Michael Meyen

Michael Meyen: Ludwig-Maximilians-Universität, Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung; Kontakt: meyen(at)ifkw.lmu.de

EXTENDED PAPER

Öffentlichkeit in der DDR

Ein theoretischer und empirischer Beitrag zu den Kommunikationsstrukturen in Gesellschaften ohne Medienfreiheit¹

Public Sphere in the German Democratic Republic

A Theoretical and Empirical Contribution to the Structures of Communication in Societies with no Freedom of the Press

Michael Meyen

Abstract: How could the communist party in the German Democratic Republic stay in power without many incidents over 40 years? Where did the protest movement come from, that destroyed this solid system almost in a blink of an eye? The answer of the present study leads to the steering of the mass media, which was in fact a trial to control the public sphere at all. The political staged public sphere did not provide an intermediary system for debate that would have allowed for bilateral exchange between politics and society and given free access to everyone. Yet, even in the GDR there was a domain that was not secret and that related to State affairs. On the basis both of the Arena Model by Gerhards and Neidhardt (1990) and the findings of historical research about the GDR, the paper differentiates the public sphere in socialist countries. Alongside the two sub-levels of mass communication in socialist countries (the politically staged public sphere and the media from the West), official and unofficial events and meetings as well as encounters there was a fourth level: internal public spheres like readers' letters or party meetings which were open to GDR citizens only. The study is based on four main sources: files from the Federal archives in Berlin, a content analyses of the daily instructions given by the media headquarter of the communist party, (quantitative and qualitative) content analyses of four main GDR newspapers, and a series of about 100 biographical interviews with former GDR residents.

Key words: Public sphere; Mass communication; Media in the GDR; Political communication; Media policy; Media usage

1 Der Autor dankt der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die das Projekt „Sattsam bekannte Uniformität? Die Zentralorgane von SED, FDJ, CDU und LDPD zwischen Lenkungsabsicht, Kontrollpraxis und Leserbedürfnissen“ zwei Jahre lang mit Personal- und erheblichen Sachmitteln unterstützte, sowie Anke Fiedler, die in diesem Projekt wissenschaftliche Mitarbeiterin war und nicht nur an den Archivrecherchen und den Inhaltsanalysen entscheidend beteiligt war, sondern den vorliegenden Text durch zahlreiche Anregungen bereichert hat.

Zusammenfassung: Wie hat sich die SED gut 40 Jahre ohne besonders viele Zwischenfälle an der Macht gehalten? Und wie entwickelte sich dann in einem von außen stabil wirkenden Staat eine Protestbewegung, die das System in sehr kurzer Zeit verschwinden ließ? Der Beitrag geht davon aus, dass sich diese beiden Fragen nur beantworten lassen, wenn man die einheimischen Massenmedien berücksichtigt. Um diese These zu stützen, wird zunächst ein Arena-Modell der Öffentlichkeit in der DDR entwickelt, in dem es neben den beiden Massenkommunikationsebenen (Angebote aus dem Osten und dem Westen), Veranstaltungsöffentlichkeiten (von offiziellen Paraden über Kunst und Nischen bis zu Gegenöffentlichkeiten und Protesten) sowie Encountern auch „interne Öffentlichkeiten“ gibt – Kommunikationsstrukturen, die für Beobachter aus dem Westen nicht zugänglich waren und gerade deshalb von Herrschenden wie Beherrschten als funktionaler Ersatz für ein autonomes Öffentlichkeitssystem genutzt wurden. Mit Hilfe von Archivmaterial, Inhaltsanalysen und Nutzerbefragungen wird anschließend gezeigt, wie die SED die Medien gelenkt und kontrolliert hat, so zugleich in die anderen Arenen hineinregieren und damit jede Verständigung über die Lage im Land unterdrücken konnte. Das System brach nicht nur zusammen, weil der Widerspruch zwischen dem positiven Meinungsklima in den Medien und den persönlichen Erfahrungen der Menschen immer größer wurde, sondern auch weil die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ immer weniger an den „stillschweigenden Konsens“ mit der Bevölkerung appellierte, um außen- und handelspolitische Interessen nicht durch übermäßige Kapitalismuskritik und Sozialismusrhetorik zu gefährden.

Schlagwörter: Öffentlichkeit; Massenkommunikation; DDR-Medien; Politische Kommunikation; Medienpolitik; Mediennutzung

1. Erkenntnisinteresse

Die Überschrift dieses Beitrags klingt paradox. Zeitzeugen und Historiker sind sich einig, dass es in der DDR keine Öffentlichkeit gegeben hat – kein intermediäres „Diskussionssystem“, das für die Politik ähnliche Funktionen hat wie der Markt für die Wirtschaft, weil es Informationen, Meinungen und Interessen sammelt, verarbeitet und artikuliert und der Politik auf diese Weise mitteilt, welche Themen zu bearbeiten sind und wie dies im Idealfall geschehen sollte (Gerhards & Neidhardt, 1990). „In unserem Land ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört“, begann der Gründungsauftrag, in dem 30 Erstunterzeichner am 10. September 1989 einen „demokratischen Dialog über die Aufgabe des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur“ einforderten („in aller Öffentlichkeit“), den „Rückzug in die private Nische“ als eine Wurzel allen Übels ausmachten („lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft“) und ihrer Initiative in Anlehnung an die normativen Erwartungen, die mit Öffentlichkeit verbunden sind (Wendelin, 2011), den Namen „Neues Forum“ gaben (Neues Forum, 1989). Der Theologe Richard Schröder (2009), eine der prägenden Figuren des Wendejahres, sagte 20 Jahre später bei der Verleihung des Deutschen Nationalpreises in Weimar, dass es in der DDR keine „freie, gemeinsame Öffentlichkeit“ gegeben habe und dass die „Zensur der öffentlichen Meinung“ bis in die

Gegenwart nachwirke. Das Fehlen einer „freien Presse“ erkläre, warum sich die Ostdeutschen auch heute nicht einig seien, wie die DDR zu bewerten ist.

Dies entspricht dem Tenor der wissenschaftlichen Literatur. Gunter Holzweißig (2002) hat festgestellt, dass die „medienpolitischen Dogmen Lenins (...) bis zum Ende der SED-Herrschaft sakrosankt“ geblieben seien (S. VII). Zwar hätten der Führungsstil der SED-Chefs Walter Ulbricht und Erich Honecker sowie die jeweilige politische Konstellation die Medieninhalte beeinflusst, aber jeder Verantwortliche habe sich an Lenins Forderung geklammert, Zeitungen müssten „kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator“ sein (Holzweißig, 1999, S. 574). Die Folge: „Langeweile und ein dürftiger Informationsgehalt“ (Holzweißig, 2002, S. VII). In der Literatur ist von „detaillierter inhaltlicher Lenkung“ per Telefon und per Post die Rede (Kapitza, 1997, S. 59), von formaler und inhaltlicher „Gleichförmigkeit“ (Tiemeyer, 1986, S. 25) sowie von „hölzerner Sprache“, von „Tabu-Mappen“ und von „ausbleibender Information“ (Bahrman, 1990, S. 411). Dieses Verdikt gilt nicht nur für die SED-Zeitungen, sondern auch für die Presse der kleineren Blockparteien. Holger Impekoven (2004) kam nach einer Untersuchung der Lenkungs- und Kontrollpraxis beim CDU-Zentralorgan *Neue Zeit* zu dem Ergebnis, dass „die vollständige Entscheidungsgewalt über die Inhalte der Berichterstattung“ auch hier bei der SED-Führung gelegen habe, und sprach folgerichtig von einem „Nachrichtenmonopol“ (S. 240). Dieser Befund erklärt, warum sich Untersuchungen zur Öffentlichkeit in der DDR auf Literatur und Kultur, auf Oppositionsgruppen sowie auf die Kirche konzentrieren und „the official public sphere under party control“ (Silberman, 1997, S. 7) ausblenden (Bathrick, 1995; Rühle, 2003).

Obwohl schon ein flüchtiger Blick in die dünnen Blättchen mit Honecker-Fotos, Tagungsberichten und Losungen das Verdikt von der „totalitären Vernichtung der politischen Öffentlichkeit“ in den „staatssozialistischen Gesellschaften“ (Habermas, 1990, S. 47) zu bestätigen scheint, bleiben zwei Fragen, die nicht ohne einen Blick auf öffentliche Kommunikationsprozesse zu beantworten sind: Wie hat sich die SED gut 40 Jahre ohne besonders viele Zwischenfälle an der Macht gehalten? Und wie entwickelte sich dann in einem von außen stabil wirkenden Staat eine Protestbewegung, die das System in sehr kurzer Zeit verschwinden ließ? Diese beiden Fragen werden noch drängender, wenn man um die besondere Situation der DDR-Führung weiß. Im Gegensatz zu den anderen sozialistischen Staaten Osteuropas hatte die kommunistische Partei hier erstens nicht nur das gesellschaftliche System zu legitimieren, sondern auch die Teilung der Nation (Lindenberger, 2009, S. 208), sie musste dabei zweitens mit Deutungsangeboten der Gegenseite konkurrieren, die weder eine Sprach- noch eine Kulturgrenze zu überwinden hatten (Hesse, 1988, S. 19), und sie leitete drittens einen Industriestaat mit einem Differenzierungsgrad, der zwingend Kommunikationsprozesse erforderte – Strukturen, die zwischen Bürgern, einzelnen Teilsystemen und dem politischen System vermittelt und so (zumindest über einen langen Zeitraum) offensichtlich einen Minimalkonsens zwischen Herrschern und Beherrschten gesichert haben.

Wenn diese Strukturen hier analysiert werden, geht es folglich einerseits um funktionale Äquivalente zu einem (autonomen) System Öffentlichkeit und ande-

rerseits um die Bemühungen der SED, die Öffentlichkeit zu kontrollieren, sowie um die Folgen, die dieser Kontrollanspruch für die gesellschaftliche Kommunikation hatte. Friedrich und Brzezinski (1965) haben schon sehr früh vermutet, dass sich die Menschen zwar aus der Öffentlichkeit zurückziehen und den offiziellen Botschaften misstrauen, durch den Dauerbeschuss mit Parolen aber trotzdem einer Art Hirnwäsche unterzogen werden und bestimmte Stereotype, Images und Werte in ihr Denken übernehmen. Auch wenn solche Wirkungsannahmen in der Totalitarismustheorie wurzeln, empirisch auf wackligen Füßen stehen und ignorieren, dass die SED kein Informationsmonopol hatte, man ihre Massenmedien auch deshalb gänzlich meiden oder wenigstens umdeuten konnte und die Inhalte sowohl für die unterschiedlichen Bevölkerungsschichten als auch an die (sich ändernde) innen- und außenpolitische Situation angepasst worden sein dürften, bleibt zu untersuchen, um welche Themen und welche Interpretationen es sich denn gehandelt hat. Was genau konnten die Menschen jeweils in Presse und Funk finden? Waren Botschaften und Deutungsrahmen immer und überall gleich (wie es die Propagandakonzepte suggerieren, die auf das Primat der Ideologie verweisen, Arendt, 1958; Arnold, 2003), oder haben sie sich im Zeitverlauf verändert? Und weiter gefragt: Wie konnten sich die Menschen jenseits der Medienangebote aus beiden deutschen Staaten über die Situation im Land informieren, wo sah man sonst, was andere Menschen denken, und welche Möglichkeiten gab es, den Herrschenden die eigenen Interessen zu signalisieren? Jörg Requate (1999) hat schon vor mehr als zehn Jahren darauf hingewiesen, dass die „Dichotomie zwischen der Propagandafunktion des staatlichen Medienapparats auf der einen und den partiellen Freiräumen insbesondere im Bereich von Literatur und Kunst auf der anderen Seite“ die Forschung einengt und „den Blick für öffentliche Kommunikationsstrukturen“ versperrt (S. 27).

In diesem Beitrag wird die These vertreten, dass eine Untersuchung der Öffentlichkeit in der DDR die Massenmedien in das Zentrum rücken muss. Erstens setzt Öffentlichkeit in komplexen Gesellschaften die Teilnahme aller voraus (wenigstens eine allgemeine Wahrnehmung), zweitens haben die einheimischen TV- und Radioprogramme genau wie die Parteizeitungen trotz aller Lenkung und Kontrolle erhebliche Reichweiten erzielt, und drittens hat das, was dort gesendet und geschrieben wurde, neben den Fernseh- und Radioangeboten aus dem Westen den Themen- und Deutungshorizont für alle anderen Kommunikationsbeziehungen vorgegeben. Obwohl Presse und Funk gelenkt, kontrolliert und zensiert wurden und obwohl längst nicht jeder freien Zugang zur Öffentlichkeit hatte (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 42ff.), gab es auch in diesen Gesellschaften einen „Bereich, der nicht geheim“ war und sich auf „staatliche Angelegenheiten“ bezog („der ursprüngliche Bedeutungskern von Öffentlichkeit“, S. 32). Da öffentliche Kommunikation über Massenmedien „im Horizont aller Bürger“ stattfand (eine wichtige Besonderheit des Systems Öffentlichkeit, S. 47) und da die Menschen wussten, dass die Inhalte immer mit Interessen verbunden waren (zumindest sie durch die Westmedien permanent daran erinnert wurden), konnten auch hier „öffentliche Meinungen mit mehr oder weniger allgemeinen Einstellungen zu bestimmten Themen“ entstehen (S. 42). Für die Untersuchung solcher Meinungsbildungsprozesse eignet sich die DDR von allen sozialistischen Staaten Osteuropas am besten, weil

hier die Notwendigkeit gesellschaftlicher Kommunikation am stärksten, der Kampf um die Öffentlichkeit durch die kulturelle und geografische Nähe zum gesellschaftlichen Gegenentwurf am schärfsten und die Reichweite der Medienangebote am größten war. Die Zeitungsdichte lag in den 1980er Jahren bei knapp 600 Exemplaren auf 1 000 Einwohner (und damit so hoch wie sonst nur noch in Japan oder Norwegen), und die einheimischen TV-Programme hatten auch dank mehrerer Unterhaltungsoffensiven, die sich auf Importe aus dem Westen stützten, nicht weniger Zuschauer als die Konkurrenz von ARD und ZDF (Meyen, 2003; Steinmetz & Viehoff, 2008).

In Abschnitt 2 wird zunächst das Konzept Öffentlichkeit diskutiert. Dabei soll auch gezeigt werden, dass vor allem die „positive Ladung“ dieses Begriffs verhindert hat, sich näher mit Leistungen und Folgen „der politisch inszenierten Öffentlichkeit“ in den sozialistischen Staaten Osteuropas zu beschäftigen (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 31, 51). Wenn man sich nicht auf die „zweite Öffentlichkeit“ (Rühle, 2003) und Encounter konzentriert oder die Existenz von Öffentlichkeit pauschal verneint hätte, wären die „Mobilisierungsprozesse von Öffentlichkeit in der DDR im Sommer 1989“ keine ganz so große „Überraschung“ gewesen (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 77). Außerdem fasst dieser Abschnitt die (vor allem geschichtswissenschaftliche) Forschung zum Thema zusammen und ergänzt das Arena-Modell von Gerhards und Neidhardt durch eine vierte Ebene, die in den sozialistischen Staaten Osteuropas eine besondere Bedeutung hatte („interne Öffentlichkeiten“).

Für die Untersuchung werden dann vier zentrale Quellen genutzt (Abschnitt 3): eine umfassende Studie zur Mediennutzung in der DDR, Aktenüberlieferungen im Bundesarchiv Berlin, eine Inhaltsanalyse der Argumentationshinweise der Abteilung Agitation im ZK der SED sowie (quantitative und qualitative) Inhaltsanalysen von vier wichtigen Tageszeitungen, die den Zeitraum von 1950 bis 1989 abdecken. Wenn man davon ausgeht, dass Kommunikationsprozesse zwischen Herrschern und Beherrschten sowohl zur Stabilität der DDR beigetragen haben als auch an ihrem abrupten Ende beteiligt waren, dann ist auch und vor allem danach zu fragen, ob und (wenn ja) wie sich die Medieninhalte im Zeitverlauf verändert haben. Die Tagespresse ist für eine solche Untersuchung nicht nur leichter zugänglich, sondern auch deshalb besser geeignet, weil bekannt ist, dass die übergroße Mehrheit der DDR-Bürger politische Funk- und TV-Sendungen aus dem eigenen Land weitgehend ignoriert hat (Meyen, 2003, S. 77).

Die Ergebnisse werden in drei Schritten aufbereitet. Abschnitt 4 beschreibt zunächst, wie die SED die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ für ihre Interessen einsetzte und wie sich Themen und Frames mit diesen Interessen änderten (Schritt 1). Abschnitt 5 zeigt anschließend, dass die Herrschenden auf diesem Weg zugleich die wichtigsten Konkurrenten im Kampf um die Deutungshoheit (Westmedien und Kunst) ausschalten wollten (Schritt 2). Abschnitt 6 fragt schließlich, wie die Adressaten mit den öffentlich verbreiteten Deutungsangeboten umgegangen sind und welche Möglichkeiten es sonst gab, mit den Herrschenden zu kommunizieren und sich eine Meinung zu bilden (Schritt 3). Obwohl die DDR-Bürger um die Medienlenkung wussten, sorgte die gelenkte Presse auch im Zusammenspiel mit den anderen Kommunikationskanälen nur teilweise für Transparenz und Ori-

entierung – weil Informationen unterdrückt wurden, die gesellschaftliche Debatten hätten anstoßen können, und weil die SED in ihren Medien durchgehend ein positives Meinungsklima konstruierte. In den 1980er Jahren gab es dort zwar längst nicht mehr soviel Sozialismus-Rhetorik wie noch im Jahrzehnt davor, kaum noch Polemik gegen den Westen und sogar Kritik am eigenen Lager, aber erstens rührte die DDR-Führung so an dem Konsens, auf den sich ihre Legitimation stützte, und zweitens war der Widerspruch zu den eigenen Erfahrungen jetzt so groß, dass die Berichterstattung trotzdem unerträglich wurde.

2. Arena-Modell der Öffentlichkeit in der DDR

In diesem Abschnitt wird zunächst gezeigt, warum demokratietheoretische Öffentlichkeitskonzepte (wie von Habermas oder von Gerhards und Neidhardt) die Existenz von Öffentlichkeit in den sozialistischen Staaten Osteuropas verneinen (müssen). Anschließend werden die Befunde der historischen Forschung genutzt, um das Arena-Modell an die Bedingungen der DDR anzupassen. Wenn man Öffentlichkeit als „Kommunikationssystem“ versteht, das „prinzipiell für alle Mitglieder einer Gesellschaft offen und auf Laienorientierung festgelegt ist“ (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 47), dann hat es in der DDR selbstverständlich Öffentlichkeit gegeben – einen „allgemein zugänglichen Raum“ (von Saldern, 2003, S. 333), in dem die SED um Themen und Interpretationen kämpfen und mit den Bürgern kommunizieren musste, wenn sie ihren Herrschaftsanspruch und letztlich die Existenz der DDR legitimieren wollte.

2.1 Demokratietheoretische Öffentlichkeitskonzepte

Die Untersuchungen, die sich mit Öffentlichkeit in der DDR beschäftigen und dafür theoretische Ansätze nutzen, knüpfen entweder an Jürgen Habermas an (Bathrick, 1995; Rühle, 2003; Silbermann, 1997) oder an das Arena-Modell von Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt. Beide Entwürfe gehen davon aus, dass Öffentlichkeit ein „unklarer“ Begriff (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 32) mit einer „Mannigfaltigkeit konkurrierender Bedeutungen“ ist (Habermas, 1990, S. 54). Beide nehmen dann an, dass im Zuge funktionaler Differenzierung ein System Öffentlichkeit entstanden ist, das zwischen der Gesellschaft (oder der Lebenswelt) und der Politik vermittelt (Gerhards, 1998, S. 26f.). Folgerichtig konzentrieren sich sowohl Habermas als auch Gerhards und Neidhardt auf die „politische Öffentlichkeit“ (Habermas, 1990, S. 38) und übernehmen dabei ein „normatives Element“, das seit der Aufklärung zum Begriff gehört: „Öffentlichkeit meint immer auch, die Dinge des Staates sollen offen, d.h. einer Allgemeinheit zugänglich sein, sie *sollen* an das Raisonement der Bürger, an deren Meinungen gebunden werden“ (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 32; Hölscher, 1979; Wendelin, 2011). In beiden Konzepten ist Öffentlichkeit folglich ein „politischer Begriff“ (Neidhardt, 1994, S. 8), der so nur in demokratischen Gesellschaften vorstellbar ist und auch in der liberalen Theorietradition, zu der das Arena-Modell gehört (Gerhards, 1998, S. 30-33), mit normativen Ansprüchen verbunden wird:

- „Öffentlichkeit soll offen sein für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für alle Themen und Meinungen von kollektiver Bedeutung“ (Transparenzfunktion).
- „Öffentlichkeitsakteure sollen mit den Themen und Meinungen anderer diskursiv umgehen“ (Validierungsfunktion).
- Auf diese Weise sollen „öffentliche Meinungen“ entstehen, „die das Publikum als überzeugend wahrnehmen und akzeptieren kann“ (Orientierungsfunktion, Neidhardt, 1994, S. 8f.).

Bei Habermas spricht die Literatur sogar von einem „emphatischen“ Öffentlichkeitsbegriff (Dubiel, 1988, S. 120) und einer „Art regulativer Idee“, die hohe Anforderungen an die Kommunikation stellt (etwa: bürgernahe Akteure, die ihre Forderungen mit guten Gründen legitimieren, auf rhetorische Tricks verzichten und an einem Konsens interessiert sind) und deshalb kaum „einen Gegenstand“ (also eine Entsprechung in der Realität) finden dürfte (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 33; Gerhards, 1998, S. 27-30) – erst recht nicht in der DDR. Auch der „Typus repräsentativer Öffentlichkeit“, den Habermas für die feudale Gesellschaft entwickelt hat (Habermas, 1990, S. 58-67), hilft bei der Analyse der Kommunikationsstrukturen in sozialistischen Staaten nicht weiter, weil Öffentlichkeit und Privatsphäre hier wie in jeder Industriegesellschaft getrennt waren und weil die SED-Führer bei aller Ähnlichkeit mit den Fürsten und trotz gegenteiliger Bezeichnungen („Die Partei hat immer Recht“, „Diktatur des Proletariats“) ihre Herrschaft nicht einfach repräsentieren konnten, sondern auch und gerade über öffentliche Kommunikation legitimieren mussten.

Gerhards und Neidhardt (1990) haben dafür den Begriff „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ geprägt und geschrieben, dass es daneben in der DDR „allenfalls Encounter-Öffentlichkeit“ gegeben habe. Im Arena-Modell unterscheiden sie drei Öffentlichkeitsebenen:

- Massenmedienkommunikation, ohne die sich in komplexen Gesellschaften keine Öffentlichkeit herstellen lässt,
- Veranstaltungs- oder Versammlungsöffentlichkeiten sowie
- „kleine Öffentlichkeiten“ (Gespräche im Bus, am Arbeitsplatz oder in der Kneipe).

Diese „kleinen Öffentlichkeiten“ spielen im Arena-Modell nur eine untergeordnete Rolle. Encounter kennen zwar so gut wie keine Grenzen für Teilnehmer oder Themen und sind zudem die Aufnahme- und Kontrollinstanz für das, was über die Massenmedien verbreitet wird, zugleich aber sind diese kleinen Öffentlichkeiten auch zerbrechlich und strukturlos (weil Themen und Meinungen mit den Teilnehmern wechseln). In „totalitären Herrschaftssystemen“ sei dies einerseits ein Vorteil (weil es die „politische Kontrolle“ erschwere), andererseits wisse der „Geheimdienst des Regimes“ aber um die Bedeutung solcher „Interaktionsepisoden“, so dass hier selbst Encounter auf „Immunsierungstaktiken“ angewiesen seien (S. 50f.) – etwa auf die Mehrdeutigkeit von Witzen (Stöber, 2005; von Saldern, 2003, S. 455) oder auf den Einsatz von Symbolen, die durch ihren Interpretationsspielraum ausreichend Schutz boten (wie das Abzeichen „Schwerter zu Pflugscharen“ oder die weiße Fähnchen, die Ausreiseartragsteller an Autoantennen befestigten).

Obwohl das Arena-Modell vor dem Hintergrund der politischen Umwälzungen in Osteuropa entwickelt wurde, liefert es nur eine einzige öffentlichkeitstheoretische Erklärung für diese Veränderungen: Encounter seien „Startpunkt für Autonomisierungsprozesse von Öffentlichkeit“, zu beobachten „im Verfallsprozess sowohl von feudalen als auch von sozialistischen Gesellschaften“. Das „Rumoren auf dieser Ebene“ sei „ein erstes Anzeichen eines dann auf höhere Ebenen übergreifenden Umgestaltungsprozesses“ (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 51f.). Wie genau das zum Beispiel in der DDR passiert sein soll, bleibt allerdings unklar. Gerhards und Neidhardt führen „kollektive Proteste“ zwar als „Sonderform von öffentlichen Veranstaltungen“ ein und weisen auch auf die (wenngleich „beschränkten“) Möglichkeiten des Publikums hin, sich zu äußern („Beifall, Pfeifen Raunen und der frühzeitige Weggang“), sowie auf die Bedeutung dieser Öffentlichkeitsebene als Testfeld für Meinungen, im Zentrum stehen bei ihnen aber die sozialen Voraussetzungen von Veranstaltungen (Vorgabe von Thema und Meinungen durch die Organisatoren, Verteilung von Sprecher- und Publikumsrollen, S. 52ff.). Da jede der drei Ebenen im Arena-Modell an ein Bürgerrecht gekoppelt wird (Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit) und da die Autoren außerdem historische Parallelen zwischen der Ausdifferenzierung der einzelnen Ebenen und der institutionellen Verankerung der entsprechenden Rechte ziehen (etwa in Gesetzestexten), bleibt ihr Theorieentwurf für öffentliche Kommunikationsprozesse in den sozialistischen Ländern Osteuropas jenseits des „Rumorens“ in Encountern kurz vor dem Zusammenbruch blind.

2.2 Öffentlichkeit in der DDR

Vor allem die Geschichtswissenschaft hat unabhängig von der politikwissenschaftlich dominierten Theoriedebatte in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine ganze Reihe von Ideen und empirischen Belegen zusammengetragen, die die These differenzieren, es habe in der DDR neben der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ allenfalls Encounter und auch das möglicherweise erst in den späten 1980er Jahren gegeben. Ganz allgemein lässt sich zunächst festhalten, dass diese Forschung erstens sehr unterschiedliche Öffentlichkeitsbegriffe nutzt und dabei oft ohne Bezug zu sozialwissenschaftlichen Konzepten arbeitet, zweitens den Einfluss der Westmedien überschätzt (Hesse, 1988) und sich daneben drittens vor allem auf Öffentlichkeiten jenseits von Massenkommunikation konzentriert.

Übersicht 1 versucht, die entsprechenden Befunde in das Arena-Modell zu integrieren. Das Wort „versuchen“ ist dabei mit Bedacht gewählt, weil einige dieser Einordnungen streitbar sind. David Bathrick (1995) hat mit „Gegenöffentlichkeit“ Schriften wie die *Umweltblätter* oder den *Grenzfall* gemeint, die vor allem in den 1980er Jahren von Oppositionsgruppen oder Künstlern und oft unter dem Dach der Kirche produziert worden sind, und keinen systematischen Unterschied zu den Parteizeitungen gesehen. Hier von Massenkommunikation zu sprechen, verbietet sich allerdings, weil dafür eine zentrale Voraussetzung fehlt: Anders als bei Presse und Funk konnte man bei diesen Publikationen genau wie zum Beispiel bei Romanen nicht unterstellen, dass die Inhalte allen anderen Gesellschaftsmitgliedern im Moment der Veröffentlichung bekannt sind. Dies gilt auch für die

anderen Öffentlichkeiten: Allgemeine Wahrnehmung war nur zu erreichen, wenn in den Medien berichtet wurde (unabhängig davon, ob in Ost oder West). Die in Übersicht 1 auf der Ebene „Veranstaltungs- und Versammlungsöffentlichkeiten“ genannten Foren unterscheiden sich

- bei den Zugangsvoraussetzungen (zunehmend von oben nach unten),
- damit nach ihrer sozialen Reichweite und nach der Möglichkeit, Inhalte auf die Ebene Massenkommunikation zu bringen (von oben nach unten abnehmend), sowie folgerichtig
- nach dem Aufwand, der in die Kontrolle investiert wurde.

Theoretisch standen all diese Foren jedem offen (und erfüllen damit das wichtigste Kriterium für Öffentlichkeit), praktisch aber musste man vor Ort sein, als sich Oskar Brüsewitz im August 1976 im Zentrum von Zeitz verbrannte (Sabrow, 2004, S. 231-244; Agethen, 1995), und über Mitgliedsrechte oder über Bildung verfügen, um an Nischen- oder Kunstöffentlichkeiten teilhaben zu können. Die Herrschenden haben zwar im Zusammenspiel mit dem Geheimdienst auch diese Foren reglementiert (etwa durch Auftragsausstellungen, Zuwendungen oder über die Zensur, Raupp, 2000, S. 236), aber zum einen haben die Mehrdeutigkeit von Kunstwerken sowie der Zusammenhalt von Gemeinden oder Protestgruppen den Zugriff erschwert, und zum anderen waren die Folgen verkräftbar, solange sich das Publikum auf 200 Kabarettbesucher oder die kleine Schar der notorischen Gottesdienstbesucher beschränkte. Bei den größeren Veranstaltungsformen war der Interpretationsspielraum kleiner und der Kontrollaufwand größer. Bei Auswärtsspielen des Fußball-Serienmeisters BFC Dynamo zum Beispiel ließ das Ministerium für Staatssicherheit den Fanblock der Gastgeber fotografieren, wenn Sprechchöre gegen die Mannschaft von Erich Mielke (und damit gegen die Politik von Partei und Regierung) laut wurden.

Nicht zur Definition von Öffentlichkeit passen will auf den ersten Blick die (hier neu eingeführte) Ebene „interne Öffentlichkeiten“. Bei Parteiversammlungen sind weder der Zugang noch die Art der Teilnahme frei (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 45f.), und Briefe scheinen selbst dann etwas Privates zu sein, wenn sie an die Regierenden gerichtet sind. Diese Zuordnungsprobleme spiegeln sich in der Literatur, wo von „geschlossenen Öffentlichkeiten“ gesprochen wird und Leserbriefe oder Eingaben mit Begriffen wie „halböffentlich“ und „Ersatzöffentlichkeit“ beschrieben werden (von Saldern, 2003, S. 455f.; Merkel, 1997, S. 282). Diese „Kommunikationsschächte“ nach oben seien wegen der „fehlenden öffentlichen Artikulationschancen“ genutzt worden, obwohl die Menschen um die „Ventilfunktion“ gewusst hätten, man sich so nicht austauschen konnte (von Saldern, 2003, S. 455) und die Erfahrungen deshalb weiter „unsicher zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen“ (Engler, 1992, S. 135) schwebten.

Interne Öffentlichkeiten haben jedoch zwei Gemeinsamkeiten: Sie schlossen westliche Beobachter aus (abgesehen von Geheimdiensten, die aber nicht auf die Ebene Massenkommunikation gehen können, ohne sich zu enttarnen), und sie erlaubten den Austausch zwischen Bürgern und politischem System, weil es sich ansonsten um prinzipiell zugängliche Kommunikationssysteme handelte. Dies gilt auch für Leserbriefe, weil auf beiden Seiten unklar war, wer alles involviert war –

sowohl bei den Schreibern, bei denen man nicht wusste, mit wem sie vorher gesprochen hatten, als auch bei den Empfängern. Auch die Gatekeeper zur Ebene Massenkommunikation registrierten solche Schreiben wie Eingaben, leiteten sie an Verwaltungen oder andere zuständige Stellen weiter und produzierten so genau wie Versammlungsleiter Aktenvorgänge und Protokolle, die die Interaktion über den Kreis der Anwesenden hinaus zugänglich machten. In Übersicht 1 stehen „interne Öffentlichkeiten“ über den Encountern, weil sie verbindlicher waren, und unter den anderen beiden Ebenen, weil eine Veröffentlichung in den Westmedien ausgeschlossen und in den DDR-Medien selbst dann nicht sicher war, wenn Journalisten Adressaten oder Teilnehmer waren. LDPD-Chef Manfred Gerlach zum Beispiel sprach vor Parteifreunden, Künstlern oder Wissenschaftlern schon ab den späten 1970er Jahren Klartext, erlaubte aber selbst der Presse seiner eigenen Partei erst 1988, die Reden zu drucken, und wurde im Frühherbst 1989 dann von der SED dafür angegriffen, mit seiner Kritik an die Öffentlichkeit gegangen zu sein (Gerlach, 1991).

Übersicht 1: Arena-Modell der Öffentlichkeit in der DDR

Massenkommunikation

- DDR-Medien: „politisch inszenierte Öffentlichkeit“
- Westmedien: „primarily broadcasting media but also other publication outlets“ (Silberman, 1997)

Veranstaltungs- und Versammlungsöffentlichkeiten

- Präsentationsöffentlichkeiten: offizielle Feiern und Umzüge, Vorbeimärsche an Ehrentribünen, etwa am 1. Mai oder am 7. Oktober (von Saldern, 2003, S. 448-451)
- Offizielle Veranstaltungsöffentlichkeiten: Pressefeste, Sport (von Saldern, 2003, S. 458f.)
- „Öffentlichkeiten im Kontext kollektiver Praktiken“: Wettbewerbe („Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“), historische Umzüge, Männerchöre (von Saldern, 2003, S. 461-465)
- Kunstöffentlichkeiten: Ausstellungen (Stiehler & Lindner, 1991; Raupp, 2003), Theater, Konzerte oder Kabarett („der Schutz der Theaterdunkelheit gewährleistete unter normalen Umständen Anonymität und erlaubte gerade deshalb das befreiende Lachen“, Stöber, 2005, S. 387)
- Nischenöffentlichkeiten: Literatur; Gottesdienste, Kirchentage, Synoden und ökumenische Versammlungen; Bürgerrechts- und Umweltgruppen (Süß, 1990; Behrend, 2002)
- Gegenöffentlichkeit: „unofficial or counter public“ (Bathrick, 1995)
- Öffentliche Proteste: Mahnwachen oder die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz 1976 (Agethen, 1995; Sabrow, 2004)

Interne Öffentlichkeiten

- „halböffentlicher“ Diskurs über Briefe an Medienredaktionen (Merkel, 1997, S. 282) oder über Eingaben an staatliche Organe („eine Art Ersatzöffentlichkeit“, von Saldern 2003, 455; Merkel & Mühlberg, 2000; Lindenberger, 2009, S. 218)
- „geschlossene Öffentlichkeiten“ (Parteiversammlungen, Fach- und Expertenöffentlichkeiten, Betriebsversammlungen, von Saldern, 2003, S. 456)

Encounter („kleine Öffentlichkeiten“)

- Informelle Öffentlichkeiten – institutionell eingebunden (in Betrieben, Massenorganisationen oder Klubs), in subkulturellen Gruppen (etwa in Biermanns Wohnung und in Frauenzirkeln; Behrend, 2002) oder situativ (von Saldern, 2003, S. 451)
- Straßen- und Familienöffentlichkeiten: Formen „der gemeinsamen Verweigerung von Zustimmung“ (Merkel, 1997, S. 282)

In der geschichtswissenschaftlichen Literatur werden auch öffentlich sichtbare Symbole (Fehr, 1999) oder „reale städtische Öffentlichkeitsräume“ (von Saldern, 2003, S. 469) unter der Überschrift „Öffentlichkeit in der DDR“ behandelt. So habe zum Beispiel die Mauer (ein „negatives Symbol“) jedem stets vor Augen geführt, dass es ohne Abschottung nach außen und ohne den Verzicht auf Reisefreiheit in der DDR weder Stabilität noch Wohlstand geben könne (Lindenberger, 2009, S. 219), und Ende der 1980er Jahre sei schon durch den Zustand der Altbauten in den Innenstädten klar gewesen, dass es mit dem Staat zu Ende gehe (von Saldern, 2003, S. 469). Dass diese „Öffentlichkeiten“ in Übersicht 1 fehlen, hat einen einfachen Grund. Was Symbole wie die Mauer oder was leere Regale, Braunkohle-Mondlandschaften und fehlende Ersatzteile bedeuten, steht keineswegs von vornherein fest, sondern ist in den unterschiedlichen Arenen der Öffentlichkeit auszuhandeln.

Die besondere Bedeutung der Ebene Massenkommunikation spiegelt sich in Forschung und Literatur nur unzureichend – vielleicht weil Konsens darüber besteht, welche Rolle West- und Ostmedien jeweils gespielt haben. Immer wieder zitiert wird der Schriftsteller Christoph Hein (1990), der seine Kollegen auf dem X. Schriftstellerkongress Ende 1987 aufforderte, der Presse dankbar zu sein. Während Zeitungen und Zeitschriften das Publikum in allen anderen Ländern mit Neuigkeiten von der Buchlektüre abhalten würden, habe sich in der DDR kaum ein Bürger mehr als ein paar Minuten mit diesen Medien zu beschäftigen. Von der Literatur erwarte der Leser deshalb nicht nur Unterhaltung und Geschichten, sondern auch „Neues und Wahres“ (S. 87). Der ehemalige ARD-Vorsitzende Fritz Pleitgen (2004) sagte zum 50. Jahrestag des Fernsehneustarts in Deutschland, dass sich die Einheit zuerst auf dem Bildschirm vollzogen habe. Die ARD habe ihre Berichte „fast in jeden Winkel der DDR“ gestrahlt, so dafür gesorgt, dass „die ganze Republik Abend für Abend“ in den Westen übergelaufen sei und damit „die Autorität des Ost-Berliner Regimes“ ausgehöhlt. Zur Feier des Tages erlaubte sich Pleitgen sogar ein „Gedankenspiel“: Wer weiß, wie schnell die Einheit gekommen wäre, wenn schon „die Helden des 17. Juni“ von TV-Bildern aus dem Westen unterstützt worden wären (S. 20)?

Hier soll gar nicht bestritten werden, dass die offene Rundfunkgrenze das Denken der Ostdeutschen geprägt hat, dass die Westprogramme in der DDR zum Alltag gehörten und im Spätsommer und Frühherbst 1989 auch mediale Öffentlichkeit hergestellt haben – mit Berichten über Demonstrationen und Fluchtmöglichkeiten und indem sie diejenigen zu Wort kommen ließen, die sich zur Opposition formierten. Vorher aber, in den „normalen Zeiten“, waren die Sendungen von ARD und ZDF für die allermeisten DDR-Bürger kein vollwertiger Ersatz. Erstens hatte längst nicht jeder Zugang (einige aus technischen Gründen, andere weil dies ihren Überzeugungen widersprochen hätte), zweitens haben viele Ostdeutsche auch den Sendungen aus dem Westen bestimmte Absichten unterstellt und ihnen deshalb keineswegs uneingeschränkt geglaubt (Meyen, 2003), und drittens war die Berichterstattung über die DDR in jeder Hinsicht begrenzt: beim Umfang, bei den Themen und bei der Bewertung (Bellut, 1982; Chmel 2009). Die Ratgebersendungen ließen sich für das Leben im Osten nicht anwenden, und

Nachrichten und Politik-Magazine konnten nur sehr bedingt bei der Orientierung im Alltag helfen.

Gegen die These von der Bedeutungslosigkeit der einheimischen Medien für die Öffentlichkeit in der DDR sprechen nicht nur die bereits erwähnten hohen Reichweiten. Massenkommunikation war hier zwar immer vom politischen System abhängig (Meyen & Fiedler, 2011) und konnte so die normativen Ansprüche an Öffentlichkeit keinesfalls so wie in demokratischen Gesellschaften erfüllen, die wichtigsten Merkmale von Mediensystemen finden sich aber auch hier: eine professionelle Produktion von Medieninhalten, die um die Aufmerksamkeit des Publikums konkurrieren (untereinander und zumindest im Funkbereich mit den Angeboten aus dem Westen) – um ein Publikum, das „grundsätzlich unabgeschlossen“ ist (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 45; Neidhardt, 1994, S. 11-14). Dass die öffentliche Kommunikation „im Horizont aller Bürger“ stattfand (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 47), erlaubte der SED-Führung (wie gleich zu zeigen sein wird) zwar einerseits, die Medien für ihre Interessen zu nutzen, andererseits schuf sie damit aber eine Öffentlichkeit, die zumindest eingeschränkt Transparenz, Validierung und Orientierung bot, weil die Bürger wussten, dass die Medien gelenkt und kontrolliert wurden, und durch die Westmedien immer wieder daran erinnert wurden.

Neben Präsentationsöffentlichkeiten und offiziellen Veranstaltungen war die Ebene Massenkommunikation außerdem der zentrale Ort, an dem die SED ihre Interpretationen der gesellschaftlichen Realität platzieren konnte – mit Hilfe „eines mehr oder weniger geschlossenen (und nach außen oft fremd wirkenden) Systems von Repräsentationen, Praktiken und Aneignungsweisen, mit denen in sozialen Großgruppen Bedeutung produziert, Identität konstituiert, Sinn verliehen und erzeugt wird“ (Sabrow, 1999, S. 89). Martin Sabrows (1999) Vorschlag, die DDR als eine „Konsensdiktatur“ zu verstehen (als Staat, dessen Existenz „nicht zuletzt von der erfolgreichen Schaffung eines gleichsam vopolitischen Wahrnehmungs- und Wertungsrahmens“ abhing, der vom Einzelnen kaum infrage zu stellen war (S. 91), ist zwar umstritten (weil sich die empirischen Belege auf Intellektuelle beschränken, Lindenberger, 2009, S. 211), es ist aber trotzdem danach zu fragen, welche Themen und welche Bewertungen auf der Ebene Massenkommunikation transportiert wurden und ob sich dies im Zeitverlauf geändert hat. Für Sabrow (1999) war weder der wirtschaftliche Niedergang „die entscheidende Ursache des Zusammenbruchs der SED-Herrschaft“ noch der „Verlust der blockpolitischen Bestandsgarantie“ oder gar die (überschaubare) Opposition im Land, sondern die „Auflösung des spezifischen Diskursrahmens, in dem die eigene realsozialistische Welt und die nicht-sozialistische Außenwelt wahrgenommen und bewertet wurden“ (S. 85, 92). Thomas Lindenberger (2009) hat aufgezählt, was alles zum stillschweigenden Konsens zwischen Herrschenden und Beherrschten in der DDR gehört hat: Frieden, Wohlstand und Glück, Arbeit (auch Frauenarbeit und die Integration in ein Kollektiv), persönliche Sicherheit, öffentliche Ordnung. Dazu seien humanistische und marxistisch-leninistische Werte gekommen, die bei aller Propaganda-Monotonie dank ihrer Allgemeinheit von den meisten Bürgern akzeptiert werden konnten: Antifaschismus, internationale Solidarität, Freundschaft mit der Sowjetunion (S. 212-216). Wenn Sabrow und Lindenberger Recht

haben, müssten sich sowohl diese Elemente als auch die „Auflösung“ des Diskursrahmens in der Presse nachweisen lassen – über Inhaltsanalysen, die nach Frames in der Berichterstattung fragen (Gamson & Modigliani, 1987; Scheufele, 2003). Über welche Themen wurde berichtet und über welche nicht, welche Interpretationen und Bewertungen wurden transportiert und wie hat sich dies im Zeitverlauf verändert?

Für diesen Ansatz spricht nicht nur das Framing-Konzept, das einen Link zwischen Medieninhalten und den Einstellungen der Rezipienten bietet, sondern auch die Theorie der Schweigespirale (Noelle-Neumann, 2001), die davon ausgeht, dass Massenmedien das Urteil über das Meinungsklima beeinflussen, eine Artikulationsfunktion haben (weil sie Argumente und Formulierungshilfen liefern) und besonders dann wirken, wenn konsonant berichtet wird. Indem die SED die Ausdifferenzierung eines autonomen Mediensystems verhinderte, setzte sie einerseits in jeder Hinsicht den Rahmen für Veranstaltungen und Versammlungen, interne Öffentlichkeiten und Encounter. Auf der Ebene Massenkommunikation wurden die Themen und Interpretationen bereitgestellt, um die es in den anderen Arenen der Öffentlichkeit gehen konnte, und damit zugleich Grenzen gezogen und Regeln gesetzt. Was weder in den Ost- noch in den West-Medien angesprochen wurde, konnte in der Gesellschaft nicht verhandelt werden. Die Herrschenden trockneten so andererseits eine wichtige Informationsquelle aus, weil die Medien nur bedingt das aufnehmen konnten, was auf den anderen Öffentlichkeitsebenen thematisiert wurde. Dieses Informationsdefizit, das nach der Schließung des Instituts für Meinungsforschung beim ZK der SED 1979 noch größer geworden sein dürfte (Niemann, 1995), erklärt zumindest zum Teil die Bedeutung des Geheimdienstes, der Öffentlichkeiten nicht nur kontrollierte und unterdrückte (Stöber, 2005, S. 387), sondern den Herrschenden auch berichten sollte, worüber die Menschen sprachen und was sie wirklich dachten.

3. Quellen und Methoden

Dieser Beitrag stützt sich auf mehrere Studien (Fiedler & Meyen, 2010, 2011; Meyen, 2001, 2003). Da das Untersuchungsdesign dort jeweils ausführlich diskutiert wurde, beschränkt sich dieser Abschnitt auf die Eckpunkte, die für das Verständnis und die Nachvollziehbarkeit der Argumentation nötig sind.

3.1 Medienlenkung in der DDR

Es ist bekannt, dass die SED das System der Medienlenkung und Medienkontrolle bis Ende der 1950er Jahre perfektioniert und dann bis 1989 weitgehend unverändert gelassen hat. Holzweißig (1999, 2002) hat von einer „Zensur ohne Zensor“ gesprochen und beschrieben, wie die inhaltlichen und formalen Vorgaben von der Parteispitze und der Agitationskommission beim Politbüro über die Abteilung Agitation des ZK der SED und das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates in die Redaktionen kamen und wie die Herrschenden über Personalpolitik, Ausbildung, die Nachrichtenagentur ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst) und auch das Ministerium für Staatssicherheit dafür sorgten, dass die

Weisungen befolgt wurden (Bürger, 1990; Geserick, 1988; Kluge, Birkefeld, & Müller, 1997; Wilke, 2007).

Die These, dass sich die Strukturen der Medienlenkung und damit letztlich die Strukturen der öffentlichen Kommunikation in der DDR in 40 Jahren kaum verändert haben sollen (Holzweißig, 1999, S. 573), hat allerdings den Blick auf Veränderungen im Zeitverlauf verstellt. Der Aufwand, den die SED im Medienbereich betrieben hat, lässt sich nur verstehen, wenn man annimmt, dass Presse und Funk die gerade aktuellen Interessen der Herrschenden unterstützen sollten – in der Auseinandersetzung mit dem Westen und im Kampf um die Köpfe der eigenen Bürger. Es ist deshalb zu vermuten, dass sich Veränderungen dieser Interessen auch in der Medienpolitik niederschlagen haben – weniger bei den Medienangeboten oder in den institutionellen Strukturen, sondern vor allem in den konkreten Anweisungen, die zum einen gezielt Themen und Tendenzen forcierten (zum Beispiel über Pflichtveröffentlichungen) und zum anderen bestimmte Inhalte unterdrückten (über Veröffentlichungsverbote). „Bei der Widerspiegelung von Wirtschaftsfragen außerhalb der DDR stets die Interessen der DDR im Auge haben. Nichts tun, was unseren Interessen schadet“, forderte Günter Bobach, Wirtschaftsfachmann der Agitationskommission beim Politbüro, im April 1980 bei einer Donnerstags-Argumentation im ZK der SED von den anwesenden Redakteuren.² In die Öffentlichkeit sollte nichts gelangen, was die Ziele der Führung gefährden und dem Westen in die Hände spielen konnte. Vor allem diese Fixierung auf den „Klassenfeind“ wird übersehen, wenn man die Medienpolitik in der DDR auf Lenins Formel vom „kollektiven Propagandist, Agitator und Organisator“ reduziert und mit Propagandatheorien arbeitet.

Um die Anleitung und Kontrolle im Detail nachvollziehen zu können, wurden die Aktenüberlieferungen des Lenkungsapparates im Bundesarchiv Berlin herangezogen. Die Recherchen konzentrierten sich dabei auf die bereits genannten Instanzen (Agitationskommission, Abteilung Agitation, Presseamt, dazu einzelne ZK-Abteilungen), auf die Büros der SED-Agitationssekretäre (Otto Meier, Albert Norden, Werner Lamberz, Joachim Herrmann) sowie auf das Büro Günter Schabowski (1978 bis 1985 Chefredakteur des SED-Zentralorgans *Neues Deutschland* und ab 1981 im Politbüro wichtiger Ansprechpartner von Erich Honecker in Medienfragen, Schabowski, 2011).

Diese Archivarbeit erlaubte eine quantitative Inhaltsanalyse von insgesamt 6454 schriftlichen und mündlichen Argumentationsanweisungen, die den Zeitraum von 1960 bis 1989 abdecken (Vollerhebung, Fiedler & Meyen, 2010). Argumentationsanweisungen gab es bereits, als die DDR noch in den Kinderschuhen steckte. Schon vor der Staatsgründung im Oktober 1949 hat die SED-Führung die Medienarbeit durch verbindliche Weisungen beeinflusst (Wilke, 2007, S. 267). Die Erfahrungen der Anfangsjahre und die Technikentwicklung haben dann geholfen, die Medienlenkung zu professionalisieren. Vor allem in den 1960er und 1970er Jahren gingen nahezu täglich Rundschreiben, Druckschriften, hektographierte Hinweise und Telegramme mit formalen oder inhaltlichen Vorga-

2 Argumentationssitzung am 2. April 1980. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/2, Bl. 2.

ben an das *Neue Deutschland*, die SED-Bezirkspresse, die Zentralorgane von FDJ und FDGB, *Junge Welt* und *Tribüne*, an Rundfunk und Fernsehen sowie an die Nachrichtenagentur ADN (manchmal per Post, meist aber über Fernschreiber). Die Zeitungen der kleinen Blockparteien bekamen die Anweisungen über das Presseamt. Autorisiert und herausgegeben wurde das Argumentationsmaterial von der Abteilung Agitation, die Verfasser kamen jedoch meist aus den anderen Abteilungen im Zentralkomitee der SED (etwa: Kultur, Propaganda, Jugend oder Staats- und Rechtsfragen).³ In den 1970er Jahren wurden die Rundschreiben und Telegramme dann schrittweise von wöchentlichen Sitzungen im Zentralkomitee abgelöst (Donnerstags-Argus, Bürger, 1990; Modrow, 2011). Joachim Herrmann, ab 1978 ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda, ließ die Redaktionsstuben zusätzlich per Telefon informieren (Bösenberg, 2004, S. 130f.).

In die Inhaltsanalyse wurden alle überlieferten Argumentationshinweise einbezogen, die von der Abteilung Agitation, den Büros der Agitationssekretäre Albert Norden, Werner Lamberz und Joachim Herrmann sowie durch das Presseamt an die Medien der DDR übermittelt wurden. Schriftliche Hinweise finden sich im Bundesarchiv ab 1960, mit einem Höhepunkt in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre (Wilke, 2007, S. 290). Für die Jahre 1963 bis 1968 sind die Argumentationen dabei weitgehend vollständig überliefert (erkennbar am Datum und an der chronologischen Nummerierung). Ausgewertet wurden zudem handschriftliche Notizen aus den Donnerstags-Argus – angefertigt von Kurt Blecha (Leiter des Presseamtes, bruchstückhaft aus den 1970er Jahren erhalten) sowie von ND-Redakteuren (1980 bis 1985, fast vollständig überliefert in den Aktenbeständen der Büros Schabowski und Herrmann). Diese Quelle ist natürlich mit Problemen verbunden (Unvollständigkeit, subjektive Sicht des Protokollführers, Wilke, 2007, S. 293), aber nicht ersetzbar. Im Codebuch gab es neben formalen Angaben (Art der Anweisungsübermittlung, Abteilung/Büro, Zeitraum, Empfänger) drei inhaltliche Kategorien (Thema, Ort und spezifische Aussagen), die entweder mit Hilfe der Überschrift aufgelöst wurden (Fernschreiben, hektographierte Anweisungen) oder über die Tagesordnungspunkte (Chefredakteursbesprechungen, Donnerstags-Argus).

3.2 Inhaltsanalyse von vier Zentralorganen

Da auch ein ausgefeiltes Anweisungssystem nur Bruchteile der Medieninhalte regulieren kann und da außerdem unklar war, ob die Wünsche der Abteilung Agitation tatsächlich immer vollständig umgesetzt worden sind, wurden vier Tageszeitungen untersucht: das *Neue Deutschland*, das FDJ-Zentralorgan *Junge Welt* (beide in den 1980er Jahren mit einer Auflage jenseits der Millionengrenze) sowie die Zentralorgane von CDU und LDPD, *Neue Zeit* und *Der Morgen*. Für diese Blätter hat neben der Reichweite und der Bedeutung von „Organen“ vor allem die Vergleichbarkeit gesprochen: Alle vier Zeitungen zielten auf das gleiche Verbreitungsgebiet (die gesamte DDR) und entstanden im gleichen Milieu (in Berlin,

3 Vgl. exemplarisch die Anweisungen aus den ZK-Abteilungen im Jahr 1978 in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 20725.

in unmittelbarer Nähe zu den Herrschenden und damit auch für ausländische Beobachter besser zugänglich). Dazu kommen die Magnetwirkung der Hauptstadt, die die besten Journalisten anzog, sowie die Orientierungsfunktion für die Regionalpresse: Was im Sprachrohr der jeweiligen Partei stand, konnte in der Provinz nicht völlig falsch sein. Günter Schabowski sprach sogar davon, dass die Redakteure von einem „Erlesenheitsgrundsatz“ erfüllt gewesen seien. Beim *Neuen Deutschland* hätten „die besten Journalisten der DDR“ gearbeitet – „hochqualifizierte Leute“, „journalistisch qualifiziert und politisch qualifiziert“ (Schabowski, 2011, S. 30).

Um die Frage beantworten zu können, ob und (wenn ja) wie sich Themen und Bewertungen in der „politisch inszenierten“ Öffentlichkeit mit der innen- und außenpolitischen Situation und damit mit den Interessen der Herrschenden verändert haben, wurde in der quantitativen Inhaltsanalyse ein sehr langer Untersuchungszeitraum erfasst (1950 bis 1989): von der Zeit der offenen Grenze über die 1960er Jahre mit dem Kampf um internationale Anerkennung sowie um Abgrenzung von der Bundesrepublik bis zum UNO-Mitglied DDR, das sich einerseits um gute diplomatische Beziehungen zu möglichst vielen Ländern bemühte (Friedenspolitik, zahlreiche Staatsbesuche Honeckers) und andererseits am Ende auch um Abgrenzung von Gorbatschow und seiner Perestroika. Die Stichproben-Jahrgänge trennt jeweils ein Abstand von etwa fünf Jahren:

- Staatsaufbau und Ostintegration: 1950, 1955 und 1960
- Innenpolitische Stabilisierung: 1965 und 1969
- Internationale Anerkennung: 1975 und 1980
- Krise im Ostblock: 1985 und 1989

Für diese neun Jahrgänge wurden jeweils künstliche Wochen gebildet (April bis Juni) und die entsprechenden Zeitungsausgaben komplett analysiert (Ausnahmen: Servicebeiträge wie Wetter, Lotto oder Sporttabellen, Kleinanzeigen und Rätsel). Im Codebuch gab es formale Kategorien, Kategorien für Akteure und Themen sowie drei Bereiche, die auf die Deutungsangebote in der Berichterstattung zielten (Fiedler, 2011; Meyen & Schweiger, 2008):

- Politisierungsgrad (mindestens eine politische Aussage im Beitrag),
- Überschriften (sozialistische Parolen und Schlagworte, Erfolg rhetorik),
- Tenor der Berichterstattung über die DDR und das sozialistische Lager sowie über das nicht-sozialistische Ausland.

Die Intercoderreliabilität (300 Beiträge, Zufallsauswahl) lag bei den meisten Kategorien über 0,80. Neben den formalen Kategorien wurden vor allem die Überschriften, der Politisierungsgrad und der Tenor sehr zuverlässig codiert (0,90 und besser).

Außerdem wurde die Berichterstattung zu ausgewählten Ereignissen qualitativ analysiert (vgl. Fiedler & Meyen, 2011). Für die Auswahl gab es zwei Kriterien. Die konkreten Fälle sollten erstens Rückschlüsse auf die Ziele und Methoden der Medienlenker erlauben (durch Aktenüberlieferungen im Bundesarchiv) und zweitens möglichst unterschiedliche Themen und Öffentlichkeitsarenen berühren:

- der Mauerbau 1961 und ausgewählte Jahrestage des Mauerbaus: Deutungsangebote für das „negative Symbol“, das die DDR-Bürger ständig an die Voraussetzung für die Existenz eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden erinnerte (Lindenberger, 2009, S. 219);
- die Biermann-Affären 1965 und 1976: Regeln und Grenzen für Kunstöffentlichkeiten;
- der Sechstagekrieg 1967: Instrumentalisierung der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ für außenpolitische Ziele (Werbung in der arabischen Welt);
- die Olympischen Sommerspiele 1972 in München: Sportler als Symbole für den Erfolg des sozialistischen Staates und seiner Jugendpolitik;
- die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973: eine Veranstaltungsöffentlichkeit, die die DDR als weltoffenen und jugendfreundlichen Staat präsentieren sollte (Wesenberg, 2007);
- die Schließung der Grenze nach Polen 1980: Angst vor dem „Virus der Konterrevolution“ (Tomala, 2003, S. 75);
- eine Explosion im Gaskombinat *Schwarze Pumpe* 1982, die zu Strom- und Produktionsausfällen im ganzen Land führte und mit der Energie- und Umweltpolitik eines der brisantesten innenpolitischen Themen auf die Tagesordnung setzte (Stichwort Braunkohle, Roesler, 2009);
- *Der Morgen* in der Endphase der DDR, weil dem LDPD-Zentralorgan nachgesagt wird, „im Sommer und Herbst zuerst und am kühnsten die Revolution des Volkes publizistisch begleitet“ zu haben (Gerlach, 1991, S. 257).

3.3 Mediennutzung und Medienbewertung in der DDR

Die Argumentation zur Aufnahme und Verarbeitung der Medienbotschaften aus Ost und West stützt sich auf zwei Quellen: auf eine Serie medienbiografischer Interviews sowie auf eine Kompletterhebung des Materials, das zum Thema Mediennutzung in der DDR überliefert ist. Dazu gehören die Untersuchungen, die von den US-Behörden in der Bundesrepublik und vom gesamtdeutschen Ministerium in Bonn vor dem Mauerbau in Auftrag gegeben worden sind (Befragungen in Notaufnahmelagern und in Westberlin), frühe Umfrageversuche in der DDR, die Statistiken der Post, Zuschauerbriefe und Berichte von Hörerversammlungen, die Ergebnisse der Publikumsforschung bei den Staatlichen Komitees für Rundfunk und Fernsehen, wo ab Mitte der 1960er Jahre unter anderem repräsentative Reichweitendaten wenigstens für die Sendungen der DDR-Programme ermittelt worden sind, sowie Untersuchungen des Instituts für Meinungsforschung beim ZK der SED und des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung. Außerdem wurde im *Neuen Deutschland*, in der Programmzeitschrift *FF dabei* und im Satireblatt *Eulenspiegel* nach Hinweisen auf den Umgang mit Medienangeboten gesucht (ebenfalls eine Kompletterhebung).

Da diese Quellen jeweils auf ihre Weise problematisch sind (Meyen, 2001, 2003), wurden von 2000 bis 2002 biografische Interviews zum Medienalltag in der DDR geführt. Die 101 Befragten wurden dabei nach dem Verfahren der „theoretischen Sättigung“ ausgewählt, um möglichst alle Formen des Umgangs mit Medienangeboten erfassen und verallgemeinern zu können. Neben den klassischen

soziodemografischen Merkmalen (Geschlecht, Bildung und Berufsposition, Lebensphase) und dem Empfang des Westfernsehens (etwa ein Sechstel der Bevölkerung hatte keinen Zugang, vor allem im Bezirk Dresden und in der Osthälfte der Bezirke Rostock und Neubrandenburg) wurde bei der Auswahl die „Systemnähe“ berücksichtigt (Parteiarbeit, hauptamtliche Wahlfunktionen und Leitungsposten vs. Kirchenmilieu, Künstler- und Arztfamilien, Handwerker und Ausreiseantragsteller).

Die Interviews wurden mit einem Leitfaden strukturiert, um zu sichern, dass tatsächlich über Medien gesprochen wird. Da sich Menschen an Veränderungen im Zeitablauf nur schwer erinnern, sind die Gespräche auf die zweite Hälfte der 1980er Jahre begrenzt worden. Die Interviewer (in einem Hauptseminar geschulte Studenten) haben zunächst nach dem Lebenslauf gefragt und dann versucht, einen ganz normalen Tag zu rekonstruieren: Wie sah die Wohnung aus, wann gab es Frühstück und wann mussten die Kinder aus dem Haus, wann lag die Zeitung im Kasten und wann begann der Fernseh-Abend? Diese Fragen haben geholfen, das Gedächtnis aufzufrischen (Mediennutzung und Alltag sind eng miteinander verwoben), und zugleich Gesprächshemmungen abgebaut. Der Leitfaden hat nur vorgegeben, welche Themen überhaupt berührt werden sollten, und den Befragten somit erlaubt, ihre eigene Sicht der Dinge darzulegen, Episoden anzubringen, Schwerpunkte zu setzen:

- Lebenssituation in der DDR: Alltagsstrukturen Mitte der 1980er Jahre, Einstellung zur DDR, Westverwandte;
- Medienausstattung, Zugang zu Medienangeboten: Geräte, Programme, Abonnements, Kiosk, Kino, Bücher;
- Muster der Mediennutzung und Motive;
- Medienbewertung: Glaubwürdigkeit, Image, Aktualität der Angebote;
- Lebenssituation heute: materielle Lage, Mediennutzung, DDR-Bild (wichtig für die Interpretation der Erzählung über die 1980er Jahre, da die Rekonstruktion der Vergangenheit nicht nur vom Gesprächspartner abhängt, sondern auch von der aktuellen Lebenssituation sowie vom Meinungsklima in der Gegenwart).

Die Interviews wurden transkribiert und anschließend mit Hilfe eines Kategoriensystems ausgewertet. Bei dieser Dokumentenanalyse wurden die Erwartungen an die Medien sowie die Einstellungen zu den Angeboten aus Ost und West mit Hilfe geschlossener Kategorien erklärt (Soziodemografie, Medienzugang, soziale Einbindung und Informationsquellen).

4. Ergebnisse I: Die Steuerung der Ebene Massenkommunikation

Dieser Abschnitt konzentriert sich auf die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“. Es wird gezeigt, welche Ziele die SED beim „Kampf um die Öffentlichkeit“ (Süß, 1990, S. 910) verfolgte, welche Mittel sie dafür einsetzte und wie sich dies auf die Medieninhalte auswirkte.

4.1 Öffentlichkeit und Interessenpolitik

Die Anleitung der DDR-Medien reichte bis in den Anzeigenteil und schloss im Gegensatz zu Holzweißigs Schlagwort von der „Zensur ohne Zensor“ sehr wohl Abstimmungen mit den „zuständigen Stellen“ (im Zweifel die jeweilige Abteilung im ZK der SED) sowie Vorab-Kontrollen ein. Bei den Anforderungen an die Redaktionen lassen sich drei Muster unterscheiden. Die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ sollte erstens ganz nach dem „Freund-Feind-Schema“ (Marten-Finnis, 1994, S. 67) die Vorzüge der sozialistischen und die Krise der kapitalistischen Gesellschaft herausstellen, zweitens die gerade aktuellen Interessen der Herrschenden unterstützen und dem Gegner dabei drittens weder eine Angriffsfläche bieten noch etwas verraten, was der Westen möglicherweise für seine eigenen Interessen nutzen konnte.

Der erste Punkt wird hier nur gestreift, weil er den Annahmen der Propagandatheorien entspricht und die Literatur zum Thema Medien in der DDR dominiert. Heinz Geggel, ab 1973 Leiter der Abteilung Agitation im ZK der SED, formulierte das Werbeziel in der Donnerstags-Argu vom 18. November 1982 so: „Was hat der Sozialismus in der DDR gebracht, was bedeutet er für die Menschen, vor allem auch vor dem Hintergrund und in Auseinandersetzung mit der Krise des Kapitalismus“?⁴ Die Medien sollten dafür sorgen, dass sich die Menschen in der DDR wohlfühlen, damit sie im Land bleiben und höhere Leistungen erzielen.⁵ Wer sich daran hielt, wurde von den Medienaufsehern gelobt (vgl. Göbel, 2011) – das *Neue Deutschland* zum Beispiel am 20. Mai 1981 in der Agitationskommission für einen „Agit-Kasten“, der am Beispiel eines Berliner Betriebes eine Parallele zwischen Planerfüllung und Lebensstandard zog (von der „Qualität der Hauptmahlzeiten“ über Waren, Ferienplätze und Kulturtickets bis zu den Wohnverhältnissen),⁶ und die *Junge Welt* sieben Jahre später für einen Beitrag über die Jugend- und Arbeitspolitik der DDR, der Jugendarbeitslosigkeit als notwendige Folge des Kapitalismus und BRD-Jugendliche „als Drogenabhängige oder Aussteiger“ beschrieb (Bürger, 1990, S. 211; *Junge Welt* vom 4. Mai 1988, S. 2). Klaus Raddatz von der Abteilung Agitation des ZK der SED forderte die Medienvertreter am 3. Juli 1980 auf, die „Menschenrechts-Praktiken des Imperialismus (Angola, Salvador usw.) noch stärker“ anzuprangern. Es würde immer noch Redaktionen geben, die das versäumen („ND dagegen sehr gut“).⁷ Lob gab es auch, wenn man über die „menschheitsverachtenden Rüstungsmachenschaften der USA“ schrieb (*Neues Deutschland* vom 15./16. August 1981, S. 1) oder die Friedenspolitik Ost von der Kriegspolitik West absetzte: „Der Sozialismus rüstet ab – was bietet der Westen: Neues Denken?“ (*Junge Welt* vom 2. Februar 1989)

Dieses Kommunikationsmuster, das die Fiktion von der Überlegenheit des Sozialismus in der Öffentlichkeit platzieren sollte, zielte vor allem auf die eigene Bevölkerung und war von den Journalisten vergleichsweise leicht umzusetzen (zu-

4 Argumentationssitzung am 18. November 1982. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/12, Bl. 71.

5 Argumentationssitzung am 12. November 1981. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/8, Bl. 77.

6 Auswertung am 20. Mai 1981. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/6, Bl. 66.

7 Argumentationssitzung am 3. Juli 1980. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/3, Bl. 12.

mal es sich hier um Nutznießer und Anhänger des Systems handelte, Meyen & Fiedler, 2011). Ob die Medienfiktionen den Erfahrungen der Nutzer entsprachen oder dem, was in anderen Öffentlichkeitsarenen verhandelt wurde, spielte dabei keine Rolle. Nach dem Treffen zwischen Willy Brandt und Willi Stoph in Erfurt, bei dem tausende DDR-Bürger den Bundeskanzler begeistert begrüßt hatten, forderte ZK-Agitationssekretär Lamberz die Chefredaktionen am 19. März 1970 beispielsweise auf, „den Sympathieerklärungen der Bevölkerung der DDR für unsere Politik und Regierung sowie den Forderungen an die Regierung der BRD besondere Aufmerksamkeit zu schenken“.⁸ Im Klartext: Was auf der Ebene Veranstaltungsoffentlichkeit passiert, im Westfernsehen zu sehen und von den Anwesenden sicher in Encountern verbreitet worden war, wurde in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ ignoriert und umgedeutet.

In den Aktenüberlieferungen des Lenkungsapparats lässt sich im Detail nachvollziehen, wie die Herrschenden die Medien außerdem für ihre außen- und handelspolitischen Interessen genutzt haben (das zweite Ziel). Die konkreten Anweisungen sind dabei nur zu verstehen, wenn man die jeweilige innen- und außenpolitische Situation berücksichtigt. Sah man eine Veröffentlichung als Gefahr für die gerade aktuellen Interessen, wurden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen. Heinz Geggel, ab 1973 Leiter der Abteilung Agitation im ZK der SED, gab auf einer Beratung mit den wichtigsten Chefredakteuren am 29. Mai 1980 „unsere gesamtstaatlichen und gesamtökonomischen Interessen“ als oberste Leitlinie der Berichterstattung aus und forderte die Journalisten auf, „nichts in der Öffentlichkeit (zu) tun, was dem zuwider läuft“. Das hieß an diesem Tag, „alle fortschrittlichen Bewegungen (zu) unterstützen“ und die „Entwicklung“ im Iran als „echte Volksrevolution“ darzustellen.⁹ Ganz ähnlich sah das 1981 Günter Schabowski, damals noch Chefredakteur des SED-Zentralorgans *Neues Deutschland*. Klassenkampf heiße, „jeweils die Waffen und die Gefechtsarten einzusetzen, die unter konkreten Bedingungen optimale politische Wirkung verheißen“, schrieb er nach einem Seminar an Kurt Blecha, den Leiter des Presseamtes. „Was nützt dem Sozialismus, was nützt der DDR“ – das sei die Frage, von der man auszugehen habe und die letztlich dazu führe, über Japan, „über Frankreich und Italien, über dieses oder jenes skandinavische Land“ anders zu berichten als über andere „imperialistische Hauptländer“. „Wirtschaftsbeziehungen mit Japan“ seien für „die Stärkung des Sozialismus [...] vorteilhaft“, und überhaupt müsse man „die unterschiedlichen und widersprüchlichen Interessenlagen [...] für den Sozialismus und gegen den Imperialismus ausnutzen“.¹⁰

Diese Leitlinie wurde im Alltag in konkrete Anweisungen übersetzt und lenkte außerdem den Blick der Kontrolleure. Beim Putsch der irakischen Baath-Partei im Februar 1963, durch den später Saddam Hussein an die Macht kam, riefen die Fernschreiber zum Beispiel dazu auf, „über die Vorgänge im Irak zurückhaltend

8 Fernschreiben von Lamberz, 19. März 1970. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/33, Bl. 9.

9 Ausführungen des Genossen Geggel in der Beratung mit den Chefredakteuren am 29.5.1980 zur Auswertung des 12. Plenums und Vorbereitung des X. Parteitages der SED. In: BArch, DC 9/1119.

10 Schwerpunkte für das Seminar mit leitenden Genossen von Presse, Rundfunk und Fernsehen zur Auswertung des X. Parteitages der SED am 6. und 7. Mai 1981. Seminarauswertung von Schabowski. Ebd.

zu informieren durch eine sachliche Wiedergabe der Nachrichten auf den Innenseiten (außenpolitischen Seiten), ohne Kommentar.“¹¹ Die Erklärung kam mit dem nächsten Fernschreiben: „Die DDR ist, wie alle sozialistischen Länder, weiterhin an guten Beziehungen mit dem Irak interessiert [...]. Es wäre deshalb falsch, jetzt die irakische Regierung selbst anzugreifen.“¹² Diese Zurückhaltung machte sich bezahlt. 1969 erkannte der Irak als eines der ersten Länder außerhalb des Ostblocks die DDR an. In den frühen 1970er Jahren wurden die Redaktionen dann aufgefordert, über alle Länder „absolut positiv“ zu berichten, die die DDR anerkannt hatten („selbst die finstersten Länder“, Böhme, 2011, S. 121).

Solche Anweisungen betrafen keineswegs nur den Politikeil. Als Chile 1987 die Fußball-WM der Junioren veranstaltete (bei der die DDR immerhin Bronze gewann), wurden die Chefredakteure aufgefordert, nur die nackten Ergebnisse zu melden und erst bei den Endspielen „länger zu berichten“. „Man kann nicht nach Chile fahren und nichts darüber sagen“, schrieb Joachim Herrmann an Geggel – vollkommen unabhängig von „unserer Haltung zum Regime“.¹³ Als das FDGB-Zentralorgan *Tribüne* am 19. Oktober 1983 auf Seite 7 (also keineswegs an prominenter Stelle) über die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich berichtete, wurde der FDGB-Vorsitzende Harry Tisch eingeschaltet. Der Artikel schildere zwar Tatsachen, die Veröffentlichung sei aber „politisch nicht richtig“ („kurz nach dem Besuch des Bundespräsidenten Österreichs“).¹⁴ Noch ein Beispiel, das eher in die Innenpolitik gehört: Nachdem die *Ostsee-Zeitung* am 12. Mai 1979 eine Leserfrage zu den „sogenannten Einkaufstouristen“ aus Polen veröffentlicht und ihren Autor (den Universitätsprofessor Johannes Kalisch) auch noch Zustimmung signalisieren lassen hatte („Mich ärgern ebenso wie Sie jene ‚Touristen‘, die Berufsreisen vor allem zu Einkaufszwecken unternehmen“), versprach Joachim Herrmann seinem Chef Erich Honecker zu prüfen, wie dieser Beitrag in die Zeitung kommen konnte, und alles zu tun, damit in „Zukunft solche politischen Fehler ausgeschaltet werden.“¹⁵

Diese ‚Affäre‘ um die *Ostsee-Zeitung* zeigt zugleich das dritte medienpolitische Ziel. Die SED-Spitze hat der anderen Seite unterstellt, in allen Veröffentlichungen nach Schwächen der DDR zu suchen oder nach sonstigen Möglichkeiten, dem Land zu schaden. Die Medienlenker bemühten sich deshalb, in der innenpolitischen Berichterstattung alles zu unterdrücken, was der Gegner für seine Interessen nutzen konnte. Der Rostocker Artikel informierte den westlichen Leser auch ‚offiziell‘, dass die DDR-Bevölkerung über polnische Hamsterkäufer klagte. In dieses Muster passt, dass Werner Lamberz 1977 eine Pressemitteilung aus dem Innenministerium über eine Arbeitstagung mit leitenden Offizieren ablehnte, weil „eine solche Veröffentlichung zum tagelangen Gegenstand der Westmedien werden“

11 Fernschreiben vom 8. Februar 1963 (Abteilung Agitation), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.02/110.

12 Argumentationshinweis Nr. 23 vom 22. Februar 1963. In: in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.02/110.

13 Herrmann an Geggel, 29. September 1987. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/12, Bl. 73.

14 Fritz Bock an Mittag, 19. Oktober 1983. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/16, Bl. 71. – Vgl. Herrmann an Mittag, 20. Oktober 1983. Ebd., Bl. 74.

15 Herrmann an Honecker, 18. Mai 1979. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/03, Bl. 178.

würde. Die Meldung, die von Innenminister Dickel persönlich kam, mache den Eindruck, als sei die öffentliche Ordnung gerade „besonders bedroht“ und ohne die „Erfahrungen der Sowjet-Miliz“ (auf die Dickel ausdrücklich hingewiesen hatte) gar nicht aufrecht zu erhalten.¹⁶ Noch verschlungener konnte die Argumentation im (lebenswichtigen, weil devisenträchtigen) Außenhandel werden. 1983 meldete die staatliche Nachrichtenagentur ADN ein Kugellager-Exportabkommen mit Frankreich. Günter Mittag, zuständiger ZK-Sekretär, bat Erich Honecker „auf die Veröffentlichung solcher Meldungen in der kommenden Zeit“ zu verzichten. „Die reaktionären Kreise“ würden alles versuchen, Exporte aus der DDR zu verhindern, und Meldungen wie diese nutzen, die „politischen Bedingungen“ so zu ändern, dass die DDR (auch „aus Konkurrenzgründen“) als Lieferant ausgeschaltet werde. Da man Beziehungen „mit nichtsozialistischen Ländern“ natürlich nicht verschweigen könne, schlug Mittag vor, zwar Beteiligungen „an Messen und Ausstellungen“ oder „Reisen von Delegationen oder Einzelpersonlichkeiten“ zu melden, „auf keinen Fall“ aber „konkrete Abnehmerfirmen oder andere Fakten“.¹⁷

Aus dem gleichen Grund (Konkurrenz auf dem Weltmarkt) sollte in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ alles vermieden werden, was über den Stand der wissenschaftlich-technischen Entwicklung Aufschluss geben konnte (vgl. Göbel, 2011). Der *Jungen Welt* wurde im Sommer 1985 zum Beispiel untersagt, die Serie „Forschungsinstitute der DDR vorgestellt“ fortzusetzen. Stein des Anstoßes war ein Beitrag über die Biotechnologie (12. Juli 1985, S. 12), der aus Sicht der SED-Führung mit „großen Gefahren für die Preisgabe von Informationen über Forschungsergebnisse und -vorhaben“ verbunden war.¹⁸ Damit dies auch jeder Gatekeeper zur Ebene Massenkommunikation verinnerlichte, wurden wenig später zwei Artikel im *Neuen Deutschland* gelobt, weil dort Ergebnisse der DDR-Forschung behandelt worden seien, die schon „alt sind und wo kein Geheimnis veratert wird“.¹⁹

Günter Mittag hatte schon in den frühen 1960er Jahren Strukturen entwickelt, die ihm die Kontrolle der gesamten Wirtschaftspublizistik erlaubten. Dazu gehörten Mitarbeiter der verschiedenen Abteilungen des SED-Zentralkomitees, die dem Wirtschaftssekretär unterstanden (am Ende neun, Arnold, 2000) und die er in Presse und Funk nach missliebigen Veröffentlichungen fahnden ließ. Vor solchen Nachstellungen waren die Redaktionen nur sicher, wenn sie ihre Beiträge zur Vorzensur vorlegten. Nur zwei von vielen Beispielen aus den Aktenüberlieferungen: Am 17. Juni 1962 wischte Mittag einen Leitartikel-Entwurf für das *Neue Deutschland* (Überschrift: „Unser Geld stimmt, wenn die Normen stimmen“) mit den Worten „nicht geeignet“ und „kann sogar zur Verwirrung führen“ vom Tisch. Nach einer Reihe von weiteren Versuchen musste sich Eberhard Russek, der zu-

16 Lamberz an Honecker, 29. November 1977. In: SAPMO-BArch, DY 30, DY 30/IV 2/3.033/35, Bl. 169-174, hier 169.

17 Mittag an Honecker, 14. Juni 1983. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/7, Bl. 49-51, hier 49.

18 Information für Herrmann, 12. Juli 1985 (Köhler). In: SAPMO-BArch, DY 30/25749. Nicht paginiert.

19 Argumentationssitzung am 1. August 1985. In: SAPMO-BArch, DY 30/25736, Bl. 94.

ständige Redakteur, am 29. März 1963 zu einer Aussprache bei einem Mitarbeiter des Wirtschaftssekretärs im ZK einfinden.²⁰

Mittag fiel zwar nach der Machtübernahme durch Erich Honecker kurzzeitig in Ungnade, Mitte der 1980er Jahre herrschten aber die gleichen Zustände wie zwei Jahrzehnte zuvor. ND-Redakteur Dieter Brückner bat den SED-Wirtschaftschef am 5. Dezember 1984 „wie in jedem Jahr“ um „Zustimmung“ zur Jahresendumfrage unter den Generaldirektoren der DDR-Kombinate. Mittag ließ sich sowohl die drei Fragen vorlegen als auch die Liste der Befragten (vom *Neuen Deutschland* „nach gründlichen Recherchen“ vorgeschlagen) und fand auf dem Brief des Zentralorgans auch einen handschriftlichen Genesungswunsch von Chefredakteur Schabowski, verbunden „mit dem Dank für Deinen Rat zu unserer Arbeit“.²¹ Mittags Kontrollanspruch beschränkte sich dabei keineswegs auf die tagesaktuellen Medien. Mitte der 1970er Jahre verbot er Arno Donda, dem Leiter des Statistischen Amtes, weiter in der Öffentlichkeit aufzutreten, ließ dann die Zeitschrift *Statistische Praxis* einstellen, manipulierte die Daten in den Berichten des Amtes und bestimmte in den 1980er Jahren schließlich auch, wer diese (ohnehin verfälschten) Berichte überhaupt lesen durfte (Donda, 1992, S. 30ff.).

Dass das Schlagwort „Zensur ohne Zensor“ die Arbeitsbedingungen von DDR-Journalisten nur unzureichend beschreibt, lässt sich auch am Beispiel der TV-Sendung *Prisma* zeigen. Dieses innenpolitische Magazin behandelte ab Mitte der 1960er Jahre jeden zweiten Donnerstagabend „vorwiegend veränderungswürdige Situationen“ (Merkel, 1997, S. 280) – mit dem Anspruch, kritisch und offen zu berichten (Kaspar, 2011, S. 314). Was auf der Ebene Massenkommunikation wie thematisiert wurde, konnten die Redakteure bei allem „Kampfgeist“ aber nur bedingt beeinflussen. Moderator Axel Kaspar (2011): „Wir konnten nicht auf eigene Faust losziehen. Wenn ich einfach so in einem Betrieb aufgetaucht wäre, hätte man sofort gefragt, was machst du denn hier? Weiß der Direktor Bescheid, weiß der Parteisekretär Bescheid? Und der Parteisekretär hätte mich gefragt, ob die Genossen von der Bezirksleitung von unserem Vorhaben wissen. Es war immer besser, sich mit den sogenannten gesellschaftlichen Partnern abzustimmen.“ Mit einem „sehr heißen Eisen“ sei man am besten gleich zur zuständigen ZK-Abteilung gegangen, und vor jeder Bildschirmpremiere habe es eine „Abnahme“ in der Redaktion gegeben. „Manchmal saßen mehr als zehn fremde Leute im Schneiderraum.“ (S. 314)

Da sich die Bürger im eigenen Land genau wie westliche Beobachter auch im Annoncenteil der Presse über die wirtschaftliche Lage informieren konnten, beschloss der Ministerrat der DDR am 16. Mai 1980 eine Anzeigenordnung, die den Schwarzmarkt austrocknen sollte. Die neue Ordnung verlangte für zahlreiche Angebote eine staatliche Genehmigung (etwa für Wohnraum und Ferienplätze, für den Stellenmarkt und für landwirtschaftliche Produkte), schloss Kennziffernanzeigen für Gebrauchsgüter, handwerkliche Dienstleistungen und Privatunterricht aus und verlangte von den Auftraggebern, persönlich und mit Personalausweis in

20 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.021/246, Bl. 19-31.

21 Dieter Brückner an Mittag, 5. Dezember 1984. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.021/2449, Bl. 127f.

der Annahmestelle zu erscheinen sowie in jedem Fall einen Preis anzugeben.²² Die Betroffenen haben von diesen Regeln nur in Encountern erfahren (in den Annahmestellen), weil die Medien nicht nur das Ziel der Ordnung verschwiegen („die Ausschaltung von Anzeigen mit rein spekulativem Charakter“), sondern auch den Inhalt der Vorschriften und sogar die bloße Existenz der neuen Ordnung.²³

4.2 General-Chefredakteure

Das Ziel, die Öffentlichkeit für die eigenen Interessen zu instrumentalisieren, erklärt, warum selbst Details der Medienlenkung von den Agitationssekretären und den Parteichefs Ulbricht und Honecker persönlich entschieden wurden. Holzweißig (1999) hat von „General-Chefredakteuren“ gesprochen und sich gewundert, dass sich Erich Honecker „sogar Zeit“ genommen habe, „eigenhändig Meldungen, Kommentare und Artikel“ für die Leitmedien zu verfassen (S. 591). Erstens ist dies nicht mehr ganz so ungewöhnlich, wenn man die Lenkung und die Kontrolle der Medien als Interessenpolitik versteht, und zweitens zeigen die Akten, dass es damit nicht getan war. Selbst Kleinigkeiten wie die Zehn-Zeilen-Meldung des ADN über den Kugellager-Vertrag von 1983 oder der Bericht über die Offizierstagung im Innenministerium von 1977 wurden von Honecker persönlich abgezeichnet. Dabei ging es teilweise um einzelne Sätze oder bestimmte Formulierungen, wie zum Beispiel bei einer ADN-Meldung über eine Verhandlung im US-Landwirtschaftsministerium vom 11. November 1976 (knapp 20 Zeilen), bei der Honecker den Vorschlag von Lamberz unterstützte, den Anfang und „die ersten beiden kommentierenden Sätze“ umzuformulieren, damit die DDR nicht „als ein Bittsteller erscheint“.²⁴ Die Agitationssekretäre informierten Erich Honecker außerdem laufend über Auslandsreaktionen auf Veröffentlichungen in der DDR.²⁵ Vor allem in der Außenpolitik nutzte die SED-Spitze die DDR-Presselandschaft in ihrer gesamten Breite. Als SPD-Fraktionschef Vogel 1986 dem ADN ein Interview gab, in dem er seine Position zu den Reiseerleichterungen in der DDR bekannt machen wollte, entschied Honecker auf Vorschlag von Herrmann, dafür die „nächstmögliche Ausgabe der außenpolitischen Monatszeitung *Horizont*“ zu nutzen („auf einer Innenseite“). Vogel hatte der DDR freigestellt, wo das Interview erscheint.²⁶

Dass der Kontrollanspruch auch hier über die Öffentlichkeitsebene Massenkommunikation hinausging, zeigt der Schriftwechsel zwischen Erich Honecker und Egon Krenz vom Frühjahr 1989. Krenz informierte seinen kranken Chef

22 Anzeigenordnung vom 16. Mai 1980. In: SAPMO-BArch, DC 9/1027, nicht paginiert.

23 DEWAG-Generaldirektion: Abschlussbericht über die Verwirklichung der Anzeigenordnung vom 16. Mai 1980. Böttcher, Generaldirektor, 8. Januar 1981, Ebd.

24 Lamberz an Honecker, 11. November 1976. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/3.033/35, Bl. 132-135, hier 132.

25 Vgl. exemplarisch Herrmann an Honecker, 16. April 1980. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/4, Bl. 40. – Herrmann übermittelt hier, dass ein Artikel aus dem *Neuen Deutschland* „in der iranischen Presse große Aufmerksamkeit hervorgerufen“ habe und vom Tudeh-Zentralorgan *Mardom* sogar „im Wortlaut veröffentlicht“ worden sei.

26 Herrmann an Honecker, 3. März 1986. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/8, Bl. 118-125, hier 118.

nicht nur über die Reaktionen auf Rolf Henrichs Buch „Der vormundschaftliche Staat“, das im April bei Rowohlt erschienen war,²⁷ oder die geplante Veröffentlichung des Romans „5 Tage im Juni“ von Stefan Heym im DDR-Buchverlag *Der Morgen*,²⁸ sondern fragte auch, ob er die Übersetzung einer Gorbatschow-Rede zur Vergangenheitsbewältigung wenigstens den Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros zugänglich machen solle (also der internen Öffentlichkeit, in der sich die Macht konzentrierte). Die Antwort Honeckers („Ja. Ist bekannt. Wurde auf der III. Parteikonferenz behandelt“²⁹) lässt sich leicht öffentlichkeitstheoretisch deuten: Was die Adressaten ohnehin wissen, muss man nicht unterdrücken. Mit einem ganz ähnlichen Argument („auf Grund der angekündigten Thematik“) schlugen Krenz und Herrmann ihrem bettlägerigen Generalsekretär am 7. April 1989 vor, eine Gorbatschow-Rede über „Europäische Sicherheit“ in London im Wortlaut im *Neuen Deutschland* zu veröffentlichen.³⁰ In Sachen Abrüstungspolitik lag man mit dem KPdSU-Generalsekretär auf einer Linie und konnte so leicht Freundschaft mit der Sowjetunion demonstrieren. Als Krenz wenig später vorschlug, das Protokoll einer Tagung des Zentralkomitees der Bruderpartei in der Zeitschrift *Presse der Sowjetunion* abzdrukken, informierte er Honecker detailliert über die Auflage des Blattes (174 000 Exemplare, davon 69 000 im Abonnement) und damit über die Größe der Arena, die das Papier erreichen würde. Im gleichen Brief berichtete Krenz auch, dass die *Neue Berliner Illustrierte* (Auflage: rund 800 000 Exemplare) ein Interview mit Karoly Grosz bringen werde (seit 1988 Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und dort in der Führung stärkster Sozialismus-Anhänger). Krenz schlug vor, den Text „trotz einer Reihe von Passagen, die mit unserer Politik nicht übereinstimmen“, auch im *Neuen Deutschland* zu drucken (da „der Inhalt ohnehin verbreitet“ werde und „die ungarischen Genossen bereits mehrmals“ nachgefragt hätten).³¹

Diese Art der Rücksichtnahme spielte auch sonst eine Rolle. Da die kommunistischen Parteien Osteuropas von einem Lagerkampf ausgegangen sind, haben sie sich in der Medienarbeit abgestimmt und gegenseitig unterstützt. Die gegenseitige Beobachtung ging sogar so weit, dass eine Delegation der Kommunistischen Partei Kubas 1971 monieren konnte, dass im *Neuen Deutschland* Anzeigen erscheinen („Das Zentralorgan sollte voll von der Partei finanziert werden“).³² Abgesehen von solchen Anekdoten fällt beim Studium der Akten auf, wie weit die gegenseitige Abstimmung ging und wie stark vor allem die KPdSU in die Berichterstattung hineinregierte. Vor dem XXIV. Parteitag 1971 musste Lamberz den „Genossen der sowjetischen Botschaft [...] sehr schnell einen Überblick“ über die geplanten „Maßnahmen zur Propagierung“ des Ereignisses geben (dass dieser siebenseitige Katalog sofort auch an Honecker ging, versteht sich nach dem bisher

27 Krenz an Honecker, 20. März 1989. In: SAPMO-BArch, DY 30/2120, Bl. 22-26.

28 Krenz an Honecker, 31. März 1989. Ebd., Bl. 137-146, hier 143f.

29 Krenz an Honecker, 12. April 1989, Ebd., Bl. 204f.

30 Krenz an Honecker, 7. April 1989. Ebd., Bl. 158f, hier 158.

31 Krenz an Honecker, 26. Juli 1989. In: SAPMO-BArch, DY 30/2121, Bl. 3133, hier 31.

32 Aktenvermerk über den Besuch einer Studiendelegation der KP Kubas, 3. September 1971. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/67, Bl. 42-44, hier 43.

Gesagten fast von selbst).³³ In der „Angelegenheit Solshenizyn“ wurde „insgesamt 18 Bruderparteien“ am 24. Januar 1974 „der offizielle Standpunkt der KPdSU“ mitgeteilt. Die Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SED schlug Honecker daraufhin vor, dass der Schriftstellerverband „eine geeignete Persönlichkeit“ sucht, die „auf der Grundlage dieser Information einen Artikel“ schreibt.³⁴ Umgekehrt informierte die SED 1976 die große Bruderpartei ausführlich über ihre Haltung und ihre Beweggründe im Fall Biermann.³⁵

Hintergrund war die Annahme, dass das andere Lager in den Medien nach Differenzen zwischen den osteuropäischen Ländern suchte. Die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei begründete ihre Pressekampagne zum 25. Geburtstag der DDR 1974 zum Beispiel damit, dass „insbesondere der BRD-Imperialismus offensichtlich davon ausgehe“, dass es in den Beziehungen zwischen beiden Staaten „auf längere Sicht“ Spannungen geben werde. Deshalb „sei es notwendig, dem gesamten polnischen Volk die Rolle der DDR“ klar zu machen.³⁶ Anfang der 1980er Jahre beobachtete die SED-Spitze allerdings gerade in Polen eine „ideologische Zersetzung“. Schabowski wunderte sich in einem Lagebericht, der an Honecker und Herrmann ging, über Redakteure des PVAP-Zentralorgans *Trybuna Ludu*, die stolz darauf seien, dass ihnen die Solidarnosc „keine Unwahrheiten mehr nachweisen“ könne,³⁷ und dem ADN-Korrespondenten in Warschau wurde mehrfach indirekt mit Ausweisung gedroht, weil die DDR-Medien ein verzerrtes Bild zeichnen.³⁸

4.3 Argumentationsanweisungen

Sowohl die Argumentationsanweisungen als auch die vier untersuchten Tageszeitungen spiegeln die Ziele, die die SED-Spitze über die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ erreichen wollte, die Veränderung der innen- und außenpolitischen Interessen sowie die damit aus Sicht der Führung jeweils verbundenen Probleme. Die Arbeit der Abteilung Agitation konzentrierte sich auf die Themenbereiche Politik und Wirtschaft (80,8 Prozent aller Anweisungen in der Ulbricht-Ära und 69,3 Prozent in der Honecker-Zeit). Die leichten Verschiebungen, die sich hier andeuten, lassen sich am besten herausarbeiten, wenn man sich auf die DDR-Berichterstattung konzentriert und dabei die Ulbricht-Jahre (1960 bis 1971) nur mit dem letzten Jahrzehnt vergleicht. In den 1980er Jahren war der Anteil an Anweisungen für Kulturthemen fast dreimal so hoch wie in den 1960ern (jetzt genau jede zehnte der rund 1 500 Argumentationen und damit mehr als für Landwirt-

33 Lamberz an Honecker, 24. Februar 1971. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/72, Bl. 1-8.

34 Markowski an Honecker, 24. Januar 1974. Ebd., Bl. 169.

35 Aktennotiz von Klaus Höpcke über ein Gespräch mit Genossen W.F. Schauro am 21. Dezember 1976 in Moskau. 23. Dezember 1976. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/3.033/73, Bl. 160-166.

36 Aktennotiz für Lamberz, 7. März 1974 (unleserlich). In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/71 Bl. 55f., hier 55.

37 Schabowski an Herrmann, 23. November 1981. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/49, Bl. 29-42, hier 30f.

38 Günter Pötschke, ADN-Generaldirektor, an Herrmann, 2. Februar 1981. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/5, Bl. 29-31.

schaft oder Soziales). Außerdem wurden Berichte über das Bauwesen sowie die Religion, die in der Ulbricht-Ära von den Medienlenkern kaum thematisiert wurden, in der Endphase der DDR stärker reglementiert (Fiedler & Meyen, 2010, S. 1041).

Tabelle 1: Ortskennung der Argumentationshinweise (Prozent)

	Ära Ulbricht n=3.371	Ära Honecker n=3.083
DDR	49,6	60,4
UdSSR	2,3	4,3
Polen	0,4	2,3
Sonstige sozialistische Staaten ¹	3,8	4,9
BRD	30,2	4,3
Andere westeuropäische Staaten	2,6	4,7
USA	1,6	1,8
Andere nicht-sozialistische Staaten	0,4	0,3
Arabische Staaten ²	1,8	2,5
Sonstige	5,0	8,5
Nicht zu ermitteln	2,3	6,4
Gesamt	100,0	100,0

1 – Warschauer Vertrag und Vietnam, Kambodscha, China, Kuba, Nordkorea

2 – Nordafrika und Naher Osten

Der Einfluss der politischen Großwetterlage auf die Medieninhalte wird bei einem Blick auf die Ortskennung der Argumentationsanweisungen deutlicher (Tabelle 1). Während die Ulbricht-Jahre von Hinweisen zu den beiden deutschen Staaten dominiert wurden, richtete sich der Fokus in der Honecker-Zeit einerseits immer stärker auf das eigene Land und andererseits auf andere Regionen, die außen- und handelspolitisch wichtiger geworden waren (Westeuropa, Polen, die jungen Nationalstaaten). Nachdem in den 1960er Jahren selbst Kriege (Vietnam oder Israel), der Chruschtschow-Besuch in der DDR 1963 oder der Prager Frühling die Anweisungsflut zur Bundesrepublik nicht stoppen konnten, spielte der Nachbar im Westen in der Honecker-Zeit eine eher untergeordnete Rolle. Die genannten politischen Ereignisse haben sich ansonsten sehr wohl auf die Struktur der Argumentationen ausgewirkt. So lag der Anteil der Hinweise zur Sowjetunion 1963 bei 9,6 Prozent, zu Vietnam 1965 bei 6,6 Prozent und zu den arabischen Staaten 1967 bei 7,0 Prozent (Fiedler & Meyen, 2010, S. 1040). Mit dem Machtwechsel 1971 veränderte sich nicht nur der geografische Bezug der Argumentationsanweisungen, sondern auch der Tonfall. Während sich in den Ulbricht-Jahren fast in jedem dritten Fernschreiben-Telegramm eine negative Aussage zum nicht-sozialistischen Ausland fand (30,1 Prozent), lag dieser Anteil unter Erich Honecker nur noch bei 8,1 Prozent – eine Folge des Zwangs zur außenpolitischen Rücksichtnahme.

Nicht in den Akten überliefert sind die Anweisungen per Telefon. Was zunächst über gelegentliche Absprachen und Arbeitsgespräche geklärt wurde, entwickelte

sich ab der zweiten Hälfte der 1970er zu einer tagtäglichen Ober-Chefredaktion. Ingrid Kirschey-Feix (2011), die 1987 Kulturchefin der *Jungen Welt* wurde und schon vorher als Chefin vom Dienst gearbeitet hatte, sagte, es habe „jeden Abend diesen Anruf“ aus der Abteilung Agitation im ZK der SED gegeben. „Was habt ihr denn morgen drin? Das war aber nur der Anfang. Dann hieß es, macht das mal nicht so groß. Oder: Das habt ihr hoffentlich groß genug gemacht. Manchmal wurde auch am nächsten Morgen angerufen, vor unserer ersten Sitzung. Gestern, das war aber nicht so gut. Das muss heute besser klappen“ (S. 217). Klaus Raddatz (2011), der oft am anderen Ende der Leitung saß, sagte, es habe „immer mehr Formulierungsabsprachen“ gegeben (S. 172). Joachim Herrmann, ab 1978 im Amt, hatte einen „Mann für das ND“, der „jeden Tag x-mal“ mit dem Chefredakteur und mit den Redakteuren der TV-Nachrichtensendung *Aktuelle Kamera* telefonierte, um die Anweisungen des Agitationssekretärs oder seines Chefs Honecker zu übermitteln (Böhme, 2011, 123f.). Viele Zeitzeugen haben das Anziehen der Daumenschrauben Herrmann persönlich in die Schuhe geschoben (Meyen & Fiedler, 2011). Der Fehler dürfte allerdings eher im System gelegen haben. Was vielleicht funktionieren konnte, solange sich die Welt in Schwarz (Bundesrepublik) und Weiß (sozialistisches Lager) teilen ließ, musste in der komplexen innen- und außenpolitischen Konstellation der 1970er und 1980er Jahre scheitern.

4.4 Zeitungsinhalte I: Nach innen Jubel, nach außen Polemik – abnehmend

Dass die Argumentationsanweisungen ein Indikator für die Strukturen der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ sind, belegt die quantitative Inhaltsanalyse der vier Tageszeitungen *Neues Deutschland*, *Junge Welt*, *Neue Zeit* und *Der Morgen*. In allen vier Blättern dominierten Politik und Wirtschaft (im SED-Zentralorgan knapp über die Hälfte aller Artikel, aber auch in den Organen von CDU und LDPD mehr als ein Drittel, Fiedler, 2011). So gut wie gar nicht wurde über Gerichtsprozesse (nicht einmal ein Prozent aller Beiträge), über Naturkatastrophen, Unglücksfälle und Verbrechen (unter fünf Prozent) sowie über Religion berichtet (Ausnahme: die *Neue Zeit* mit einem Anteil von 3,8 Prozent, Fiedler, 2011; Meyen & Schweiger, 2008).

Die Veränderung der außenpolitischen Interessen (und damit der Argumentationsanweisungen) lässt sich ebenfalls gut nachvollziehen. Während in allen vier Blättern vor dem Mauerbau sehr viel über die Bundesrepublik zu lesen war, verschwand dieses Thema anschließend bis Mitte der 1980er Jahre nach und nach (Tabelle 2). Mit dem Ausbau der diplomatischen Beziehungen wurde dagegen immer mehr über den „Rest der Welt“ berichtet. Dass die Sowjetunion vor 1961 in der Presse so wenig prominent war, könnte an der Fixierung auf die BRD oder an den Ressentiments in der Bevölkerung gelegen haben (Steiner, 2007). Besonders in der Anerkennungsphase wurde dann allerdings über kein Land so häufig berichtet wie über den wichtigsten Verbündeten. Ganz ähnliche Werte wie in Tabelle 2 ergeben sich, wenn man nach den Nationalitäten der Akteure fragt (Fiedler, 2011).

Tabelle 2: Außenpolitik in der DDR-Tagespresse

	1950	1955	1960	1965	1969	1975	1980	1985	1989
UdSSR	4,2	4,7	5,1	6,1	9,6	8,5	6,5	5,1	5,2
Warschauer Vertrag	5,7	9,7	5,3	9,1	8,8	9,4	9,9	8,8	7,2
BRD	17,8	16,3	13,4	12,2	6,8	4,1	4,2	3,3	5,8
Westeuropa	8,9	5,9	9,2	9,2	7,9	9,7	10,1	13,4	11,0
USA	2,3	0,9	3,2	3,1	2,3	2,4	4,4	3,7	3,6
Afrika, Asien, Lateinamerika	1,1	3,0	4,1	6,0	6,3	6,8	6,8	9,1	9,3

Angaben in Prozent. N=14585; $\chi^2=1090,0$; $p<0,0001$

Tabelle 3: Negative Aussagen über das nicht-sozialistische Ausland

	1950	1955	1960	1965	1969	1975	1980	1985	1989
ND	40,1	52,2	48,2	30,5	30,6	14,9	19,5	15,0	13,8
Junge Welt	59,4	42,3	38,5	26,8	21,7	19,3	21,5	22,0	25,4
Neue Zeit	33,1	43,4	35,3	22,0	13,8	14,2	13,7	11,6	10,0
Der Morgen	31,6	32,1	26,9	21,1	12,6	9,3	14,3	9,8	9,1

Angaben in Prozent. N=2436-4442; $\chi^2=93,6-374,1$; $p<0,0001$

Tabelle 4: Positive Aussagen über das nicht-sozialistische Ausland

	1950	1955	1960	1965	1969	1975	1980	1985	1989
ND	0,4	8,0	2,4	2,2	1,9	3,4	4,7	7,8	3,5
Junge Welt	0,0	2,2	1,5	1,6	2,6	4,6	2,9	6,7	2,5
Neue Zeit	1,6	7,8	1,8	4,4	3,0	0,9	3,4	8,2	7,0
Der Morgen	1,0	11,9	3,4	2,5	3,7	0,9	1,6	5,8	3,0

Angaben in Prozent. N=2428-4441; $\chi^2=25,5-63,9$; $p<0,0001$

Der Lenkungsaufwand erklärt, warum es hier kaum Unterschiede zwischen den vier untersuchten Tageszeitungen gab. Dies gilt auch für den Tonfall, mit dem über den Westen berichtet wurde – in den ersten Jahren sehr negativ (vor allem im *Neuen Deutschland* und in der *Jungen Welt*), nach dem Bau der Mauer bereits etwas gemäßiger und mit der internationalen Anerkennung fast schon neutral und hin und wieder (in etwa jedem zwanzigsten Beitrag) sogar positiv (Tabellen 3 und 4). Dass die *Junge Welt* in den 1980er Jahren aggressiver als das Zentralorgan der SED war, könnte mit der Jugend der Redakteure zu erklären sein oder damit, dass sich die Zeitung über die Schärfe in der Außenpolitik Freiräume für andere Themen schaffen wollte (Meyen & Schweiger, 2008, S. 95; Kapitzka, 1997). Die außergewöhnlich positive West-Berichterstattung im Jahr 1955 lässt sich nicht nur mit den Nachwehen des 17. Juni 1953 begründen oder mit einem Lenkungsapparat, der noch im Aufbau war, sondern vor allem mit dem Untersuchungszeitraum, in dem Österreich (ein bevorzugter Partner der SED-Spitze) seine Unabhängigkeit erlangte. Im April 1985 fuhr Erich Honecker nach Italien (der erste Staatsbesuch in einem NATO-Land), und die Zeitungen berichteten folgerichtig positiver über das „nichts-sozialistische Ausland“.

Tabelle 5: Negative Aussagen über die DDR und das sozialistische Ausland

	1950	1955	1960	1965	1969	1975	1980	1985	1989
ND	4,2	4,4	3,6	1,3	0,9	0,9	0,7	0,2	1,7
Junge Welt	1,6	9,5	1,1	2,9	0,0	0,3	1,0	1,7	3,5
Neue Zeit	4,1	4,7	1,8	4,9	2,0	1,5	2,0	3,1	8,1
Der Morgen	2,6	0,7	6,1	2,7	1,6	1,8	1,1	0,8	5,8

Angaben in Prozent. N=2438-4441; $\chi^2=37,7-61,2$; $p<0,0001$

Tabelle 6: Propagandastärke in den Überschriften

	1950	1955	1960	1965	1969	1975	1980	1985	1989
Schlagwort	8,7	5,7	6,4	4,8	5,8	12,8	10,6	7,2	3,5
Null-Ereignis	9,0	0,5	3,2	8,6	11,0	16,1	10,2	12,4	9,4
Erfolgsrhetorik	6,5	3,3	8,9	7,8	8,5	16,8	11,4	6,9	6,9
Parole	0,7	0,3	3,9	1,7	1,6	4,1	3,3	4,2	1,6

Angaben in Prozent. N=12.241; $\chi^2=182,2$; $p<0,0001$

Über das eigene Lager fand der Leser dagegen so gut wie nichts Negatives in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ (Tabelle 5). Besonders niedrig sind die entsprechenden Werte für die anderthalb Jahrzehnte zwischen Ende der 1960er und Mitte der 1980er Jahre. Vorher (vor allem in der *Jungen Welt* Mitte der 1950er Jahre) und nachher (1989 besonders ausgeprägt im CDU-Blatt *Neue Zeit*, aber auch im *Morgen*) gab es dagegen durchaus (etwas) öffentliche Kritik. Mitte der 1970er Jahre (und keineswegs in der Endphase, die von vielen Zeitzeugen als besonders unerträglich beschrieben wird, Meyen & Fiedler, 2011) waren auch die Jubelrufe auf den Sozialismus am lautesten (Tabelle 6). Diese Befunde lassen sich auf ein Phasenmodell verdichten: in den 1950er und frühen 1960er Jahren intensive Beschäftigung mit der Bundesrepublik (verbunden mit scharfer Polemik) und durchaus Kritik nach innen, ab Mitte der 1960er Jahre Verherrlichung des eigenen Gesellschaftsmodells und ein weitgehend neutrales Bild des Gegners, am Schluss hier manchmal sogar positive Berichte (vor allem wenn es den eigenen Interessen zu nutzen schien) und leichte Kritik am eigenen Lager.

Nicht adäquat erfasst werden konnte mit den Mitteln der quantitativen Inhaltsanalyse die Rolle, die das LDPD-Zentralorgan *Der Morgen* in den letzten beiden DDR-Jahren spielte (Vogel, 2011a). Kulturchef Christoph Funke (2011) sagte zwar im Rückblick, dass auch diese Zeitung an den „Alltagsfragen“ vorbei geschrieben habe (S. 277), erstens aber wies gerade Funkes Rezensionsteil auf gesellschaftliche Konflikte hin und gab missliebigen Künstlern ein Forum, und zweitens veröffentlichte das Blatt ab Anfang 1988 die (vergleichsweise) kritischen Reden von Parteichef Gerlach im Wortlaut. Bereits am 14. April 1988 wurde hier (wenn auch vage) „umfassende, rechtzeitige Information“ eingefordert (S. 3). Anderthalb Jahre später (im September 1989) sprach Gerlach in seinen Reden (und damit erstmals in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“) nicht nur die Themen Ausländerfeindlichkeit und Ausreise an, sondern sagte auch unmissverständlich: „Information ist Bürgerrecht und Staatspflicht. Widerspruch ist nicht Opposition und der persönliche Standpunkt zu politischen Entscheidungen keinesfalls

Ausfluß bürgerlicher Ideologie, sondern Erziehungs- und Bildungsziel im Sozialismus“ (Der Morgen vom 20. September 1989, S. 3; 30. September 1989, S. 7).

4.5 Zeitungsinhalte II: Positives Meinungsklima und keine Fehlerdiskussion

Die qualitativen Inhaltsanalysen zeigen außerdem erstens, welche Werte (und damit welche Elemente des stillschweigenden Konsenses zwischen Herrschern und Beherrschten) über Schlagworte, Parolen und Erfolg rhetorik immer wieder in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ platziert wurden, und zweitens, was der Verzicht auf Kritik am eigenen Lager für die Qualität der gesellschaftlichen Kommunikation konkret bedeutete.

Die Mauer wurde nach dem 13. August 1961 als Segen für die öffentliche Ordnung und als Garant für die Verbesserung des Lebensstandards beschrieben – weil die DDR-Bürger jetzt vor „Kindesräubern“ sicher seien, „vor den erpresserischen Spitzeln der Menschenhandelszentralen“, vor „Kopfjägern“, „Unmenschen“ und „Ordnungsbrechern“ (Neues Deutschland, 14. August 1961, S. 1). Die Bundesrepublik war damals in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ ein Hort der Militaristen, Faschisten und Kriegstreiber. Fast noch wichtiger als das, was in den Tageszeitungen zu lesen war, scheint alles, was dort nicht stand: nichts über Fluchtversuche und Familienschicksale, nichts über Proteste und keine Kritik an der DDR. Ganz im Gegenteil wurde ein positives Meinungsklima konstruiert. In allen vier untersuchten Blättern finden sich Zustimmungserklärungen aus dem Ausland und positive Reaktionen aus der jeweiligen Zielgruppe. Die *Neue Zeit* etwa führte die Rubrik „Christen sagen zu den Maßnahmen...“ ein und ließ dort Geistliche oder CDU-Politiker zu Wort kommen, und in der *Jungen Welt* riefen Jugendliche dazu auf, das „Blauhemd“ (die FDJ-Uniform) zu tragen, „um so sichtbar für alle unsere Treue und Unerschütterlichkeit zu unserem Friedensstaat zu zeigen“ (14. August, S. 1).

Das gleiche Kommunikationsmuster findet sich auch bei anderen Ereignissen. Während des Sechstagekriegs, den die SED nutzte, um durch eine Israel-feindliche Berichterstattung Pluspunkte in der arabischen Welt und damit bei potenziellen Verbündeten zu sammeln, veröffentlichten die Zentralorgane zum Beispiel eine „Erklärung jüdischer Bürger der DDR“ (unterzeichnet von zehn „Bürgern der DDR, in der der Antisemitismus ausgerottet und wo für Antisemiten kein Platz ist“). Dort wurde Israel unter anderem vorgeworfen, „ein verhängnisvolles und unnatürliches Bündnis“ mit den „Nazimördern des jüdischen Volkes“ in Bonn eingegangen zu sein (Neues Deutschland vom 9. Juni 1967; Der Morgen vom 11. Juni 1967; Neue Zeit vom 11. Juni 1967). Geschrieben worden war die Erklärung von ZK-Agitationssekretär Albert Norden (Sohn eines Rabbiners), der sich bei Parteichef Ulbricht beklagte, dass längst nicht alle Angesprochenen zu einer Unterschrift bereit gewesen seien (Osterer, 2011; Timm, 1992). Die Bevölkerung erfuhr von solchen Konflikten nichts (auch nicht in den Westmedien) und hatte so in einer „politisch inszenierten Öffentlichkeit“, die einen Konsens vortäuschte, keine Möglichkeit, sich über abweichende Ansichten und Gegenargumente zu informieren oder gar über die Verteilung von Zustimmung und Ablehnung. Bei Themen wie dem Mauerbau gilt dies für die gesamte DDR-Zeit. Zu den Jahrestagen

wurde in allen vier Tageszeitungen immer wieder der Antagonismus zwischen dem „Friedensstaat“ DDR und den Feinden des Sozialismus beschworen und daran erinnert, dass am 13. August 1961 die Ausplünderung durch den Westen beendet und so der wirtschaftliche Aufschwung gesichert worden sei (Göbel, 2011).

Großveranstaltungen für die Jugend oder im Freizeitsport dienten in erster Linie dazu, das positive Meinungsklima auch auf der Ebene Veranstaltungsöffentlichkeit sowie in „kleinen Öffentlichkeiten“ erlebbar zu machen – und dann auf der Ebene Massenkommunikation entsprechend berichten zu können. Kathrin Kirchler (2011) hat die „perfekt ausgetüftelten PR-Strategien“ beschrieben, mit der die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im August 1973 in Berlin vorbereitet und begleitet wurden. Dazu gehörten Journalistenlehrgänge, detaillierte Anweisungen und Kontrollen im Vorfeld, Papier-Sonderrationen, ein internationales Pressezentrum und aufwendig gestaltete Bulletins. Die vier Zentralorgane wurden während des Ereignisses zu Festivalzeitungen, genau wie sie ein Jahr vorher während der Olympischen Spiele in München zu Sportblättern geworden waren, die die Medaillen der eigenen Athleten als Beleg für die Überlegenheit des Sozialismus und das Auftreten mit einer souveränen Mannschaft als Indiz für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges feierten (Landes, 2011a). Im August 1973 standen zwar die großartige Stimmung und positive Reaktionen aus dem Westen im Zentrum der Berichterstattung, daneben wurde die DDR aber auch hier als Friedensstaat dargestellt, in dem vor allem der Jugend alle Wege offen stehen würden (Kirchler, 2011).

Anders als im August 1961 dürfte diese Konstruktion, die zu der insgesamt starken Propaganda Mitte der 1970er Jahre passt (Tabelle 6), in der Bevölkerung durchaus auf Akzeptanz gestoßen sein. Die Weltfestspiele von 1973 schlossen sich nahtlos an eine ganze Reihe von innen- und außenpolitischen Erfolgen an, die die Not der ersten anderthalb Nachkriegsjahrzehnte und die Teilung der Nation langsam in den Hintergrund rücken ließen. Mit dem Amtsantritt von Bundeskanzler Willy Brandt und dem Machtwechsel im Osten war Bewegung in die deutsche Frage gekommen, die DDR war auf dem Weg zu internationaler Anerkennung (dokumentiert unter anderem durch den ersten Olympiaauftritt mit Fahne und Hymne, die Aufnahme in die UNO sowie die Eröffnung der ersten Botschaften auf westlichem Boden), und der neue SED-Chef Honecker hatte nicht nur Wohlstand versprochen (Stichwort „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“), sondern zum Beispiel auch den moralischen Druck in Sachen Westfernsehen gelockert. „Man hat gespürt, dass eine neue Ära beginnt“, sagte TV-Sportmoderator Gottfried Weise (Jahrgang 1944) in einem Zeitzeugeninterview. „Die Weltfestspiele, die Anerkennungswelle. Alles wurde offener und liberaler. Viele sagen, das war die beste DDR-Zeit“ (Weise, 2011, S. 302).

Es gab zwar auch danach noch Erfolge (etwa die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975, den Weltraumflug von Sigmund Jähn 1978 oder die zahlreichen Auslandsreisen von Erich Honecker, die ihn 1987 schließlich sogar nach Bonn führten), das geistige Klima aber kühlte sich nach der Biermann-Ausweisung 1976 ab, und wirtschaftlich lebte das Land nach der Ölkrise von 1974 auf Pump (Steiner, 2007, S. 188). Die Streiks auf der Lenin-Werft in Gdansk, die am 14. August 1980 begannen, wurden in der „politisch inszenierten Öffent-

lichkeit“ der DDR erst drei Tage später thematisiert. Die Agitationskommission hatte die Auseinandersetzung als Angriff auf den Sozialismus geframt, dem Westen die Schuld in die Schuhe geschoben und eine klare Linie vorgegeben: „keine Fehlerdiskussion“ sowie „Themen aufwerfen, die uns nutzen, Themen weglassen, die uns nicht nutzen“.³⁹ Die Presse konzentrierte sich folgerichtig auf „betriebsfremde“ Personen, die „dem Sozialismus feindlich gegenüberstehen“ (Neues Deutschland vom 21. und 23./24. August, S. 5 und 7) und ganz offenkundig „bösen Willens“ sein mussten (da kein guter Pole seinem Land schaden wolle, Neues Deutschland vom 19. August, S. 2). Sowohl die ökonomischen Probleme Polens als auch die Forderungen der Streikenden wurden verschwiegen („Themen weglassen, die uns nicht nutzen“). Als das Politbüro am 21. Oktober beschloss, die Grenze zum Nachbarland zu schließen (notfalls auch „einseitig“⁴⁰), dauerte es acht Tage, bis die Öffentlichkeit von der Entscheidung erfuhr – allerdings nichts von einem Konflikt. Die Maßnahmen seien „im Geiste guter Zusammenarbeit, die weit in die Zukunft weist, festgelegt“ worden, schrieben alle vier Zentralorgane (Neues Deutschland vom 29. Oktober, S. 2). In der Donnerstags-Argu wurden die Chefredakteure am 30. Oktober angewiesen, von einer „gemeinsamen Maßnahme“ zu berichten.⁴¹ Über die Hintergründe wurde nicht einmal in dieser hochkarätigen „internen Öffentlichkeit“ gesprochen (wohl aber in der Agitationskommission: „Probleme des Leerkaufs, der Spekulation, Schiebereien usw., aber verstärkt auch der politischen Einwirkung“⁴²).

Mit Hilfe der Akten lässt sich auch am Beispiel der Havarie im Gaskombinat *Schwarze Pumpe* nachvollziehen, wie die Herrschenden die Öffentlichkeit täuschten – um jede Debatte über Energiepolitik und Umweltverschmutzung im Keim zu ersticken. Die Explosion selbst sowie die Zahl der Toten und Verletzten wurde zwar wahrheitsgemäß gemeldet, statt aber die wirtschaftlichen Verluste zu nennen (das Politbüro rechnete mit 150 Millionen Mark⁴³) oder Versorgungsausfälle (betroffen waren immerhin 1 500 Großabnehmer), wurde über Betriebe berichtet, in denen es nach wie vor Strom gab, oder über die Bemühungen, den Planrückstand wieder aufzuholen. Als zwei Monate später ein 20-seitiger Expertenbericht zu den Ursachen vorlag, verschwieg die ADN-Meldung (die in allen vier Zeitungen stand und von einer unglücklichen Verkettung der Umstände ausging) das Wichtigste: Es hatte bereits eine (kleinere) Vorläufer-Explosion gegeben, und die Verantwortlichen wussten sowohl um die Schwächen der Messtechnik als auch um die eigentlichen Probleme (fehlende Wartung, veraltete Generatoren, billige Kohle).⁴⁴ Eine Veröffentlichung hätte die Fixierung auf den Energieträger Braunkohle genauso infrage gestellt wie die Fiktion von der Überlegenheit des Sozialismus, der

39 Agitationskommission am 20. August 1980. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/3, Bl. 67-69.

40 Politbüro, 21. Oktober 1980. In: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2356, Bl. 8.

41 Donnerstags-Argumentation, 30. Oktober 1980. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/4, Bl. 65.

42 Agitationskommission, 29. Oktober 1980. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/4, Bl. 51.

43 Agitationskommission, 24. Februar 1982. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/9, Bl. 70.

44 Bericht zur Ursache der Havarie in der Gasreinigungsanlage des VEB Gaskombinat Schwarze Pumpe, Stammbetrieb. Anlage 1 zum Arbeitsprotokoll Nr. 17, Sitzung des Politbüros am 27. April 1982. In: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2470, Bl. 21-24.

zumindest in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ aus Rückschlägen nur gestärkt hervorgehen konnte (Vogel, 2011b).

5. Ergebnisse II: Konkurrenten der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“

Die herrschende Partei hat über die von ihr kontrollierten Massenmedien auch in die anderen Öffentlichkeitsarenen hineinregiert. Erstens wurde sowohl auf der Ebene Massenkommunikation als auch auf der Ebene Veranstaltungen versucht, konkurrierende Deutungsangebote auszuschalten, und zweitens steckten die DDR-Medien den Rahmen für das Verhalten in allen anderen öffentlichen Arenen ab.

5.1 Westmedien: Pressemauer und Störsender, moralischer Druck und Informationen auf Umwegen

Die Massenmedien der Bundesrepublik wurden von der SED zu Recht als größte Gefahr für die Deutungshoheit im öffentlichen Raum gesehen. Im ganzen Land waren von Anfang an westliche Radiosendungen zu empfangen (meist in guter Qualität), und später gab es dann auch fast überall Westfernsehen, mit Ausnahme der in Abschnitt 3 schon erwähnten Gebiete im „Tal der Ahnungslosen“ (Stiehler, 2001). Die Parteiführung ging davon aus, dass diese Angebote genau wie die DDR-Medien zentral gesteuert und kontrolliert wurden und es sich folglich um „riesige Meinungsmanipulationsmaschinen“ handelte, die im Auftrag des Imperialismus das Bewusstsein „der Werktätigen“ vernebeln und sie „an das kapitalistische System“ binden wollten (Staat, Voigt, & Wolle, 2008, S. 26). Die Nutzung von Westmedien wurde zwar nie gesetzlich verboten, die SED versuchte aber trotzdem, die Konkurrenz auf der Ebene Massenkommunikation zu unterdrücken – indem sie erstens im Wortsinn den Zugang beschränkte, zweitens in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ moralischen Druck aufbaute und drittens in ihrer eigenen Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigte, dass die meisten DDR-Bürger Zugang zu westlichen TV- und Hörfunksendungen hatten.

Die „Pressemauer“ stand bereits Ende 1948. Schon vor der Gründung der DDR war es nicht möglich, auf legalem Weg Tages- und Wochenzeitungen oder Publikumszeitschriften aus den Westzonen zu beziehen. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte die Vertriebsmöglichkeiten immer mehr eingeschränkt und schließlich der Post das Monopol zugesprochen. Was nicht auf der Postzeitungsliste stand, konnte nicht bezogen werden (Meyen, 2001, S. 195). Obwohl das Ministerium für Staatssicherheit die Postzensur übernahm und die Verbreitung (aber nicht der Besitz) von Westblättern unter Strafe stand, kamen in den 1950er Jahren zahlreiche Druckerzeugnisse in den Osten, weil das Kontrollsystem dem innerdeutschen Verkehr nicht gewachsen war, weil es in Westberlin Abholabonnements für DDR-Mark gab und weil ein Broschürenkrieg tobte (Körner, 1992). Erst der Mauerbau dürfte den Nachschub verringert haben, genau wie bei Groschenheften, deren Vertrieb in der DDR ab 1955 unter Strafe stand (Verordnung zum Schutz der Jugend vom 15. September). Auch die Versuche mit Störsendern, die vor allem gegen den RIAS gerichtet waren und „im Interesse der Sicherheit“

nur in Volkspolizeikreisämtern aufgestellt wurden, funktionierten nicht wirklich. Die DDR war wirtschaftlich nicht in der Lage, den Technik-Rüstungskampf gegen die Westsender zu gewinnen, die Bürger kauften sich einfach leistungsfähigere Geräte, und außerdem störten die Heultöne auch die eigenen Programme (Meyen, 2001, S. 206).

Länger anhaltende Folgen hatte der moralische Druck in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“, der erst in den frühen 1970er Jahren nachließ, weil das „Rumoren“ (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 51f.) in den „kleinen Öffentlichkeiten“ zu stark wurde, weil die SED-Führung inzwischen wusste, dass die Bürger vor allem umschalteten, um sich zu unterhalten, und vielleicht auch, weil man jetzt annahm, die Mehrheit der Menschen ansonsten für sich gewonnen zu haben. Gab es 1950 im *Neuen Deutschland* noch eine Rubrik „Glaubt nicht den Lügenzeitungen“, griff man später vor allem den RIAS und die „Schund- und Schmutzliteratur“ an. Ende 1953 etwa klagte das SED-Zentralorgan über eine „Schlammflut von Pornographie, von Gangster- und Kriegshetzerliteratur“. Diese sickere durch unzählige unterirdische Kanäle und gefährdete die Jugend der DDR (30. Dezember, S. 6). Im Mai 1955 kamen die Heftchen dann sogar öffentlich auf die Anklagebank. Ein „Kuratorium zum Kampf gegen die Vergiftung der Jugend“ sprach das „Adenauer-Regime“ in einem Schauprozess schuldig und forderte die Regierungen in Ost und West auf, Einfuhr und Besitz von Comics hart zu bestrafen (Meyen, 2001, S. 198). Es gab Romane wie „Die Westmark fällt weiter“ von Erich Loest (1952), in denen behauptet wurde, Schmöker und Gangsterfilme würden vom Friedenskampf ablenken und direkt in die Hölle des Verbrechens führen, sowie regelrechte Kampagnen gegen das RIAS-Hören. Am 11. März 1952 schrieb der Chef des Amtes für Information, Gerhart Eisler, im *Neuen Deutschland*, wer RIAS höre, sei entweder ein Narr oder ein amerikanischer Agent (S. 2). Am 8. April 1952 legte Eisler an gleicher Stelle nach. In der Sprechstunde des Anglervereins Berlin-Mitte war der RIAS gelaufen. Wenn Krieg komme, schrieb Eisler, sei es mit dem Angeln vorbei. „Jawohl Herr Meier, so ernst steht die Frage, und daher kämpfen wir auch so ernst gegen das Abhören der feindlichen Sender“ (S. 2). Seit Dezember 1950 gab es mit dem „Gesetz zum Schutz des Friedens“ auch ein rechtliches Mittel, um gegen „Kriegshetzer“ vorzugehen. Ein Gummiparagraph bedrohte jeden mit Gefängnis, der die Bewegung für den Frieden „verächtlich macht oder herabwürdigt“. Agitatoren sammelten Selbstverpflichtungen und Unterschriften gegen das RIAS-Hören. Eine Brigade im Kreis Meißen schmückte sogar ihre Traktoren mit Kampflosungen gegen den RIAS und trug die Botschaft so auch auf die anderen Öffentlichkeitsebenen (Meyen, 2001, S. 204).

Höhepunkt all dieser Versuche war die „Aktion Ochsenkopf“ im September 1961. Nachdem die Grenze geschlossen war, sollte die „innere Desinfektion“ folgen. Ab heute schlage wieder der Blitz ein, hatte die *Junge Welt* am 5. September 1961 geschrieben. „Diesmal trifft er alle Ochsenköpfe und geistigen Grenzgänger.“ Die Rezepte des Blattes, um die „vom Westdrall Infizierten“ zu heilen: diskutieren, zur Not eine „Tracht Prügel“ und bei den „Unbelehrbaren“ die Antennen drehen oder gleich ganz entfernen. „Unser Ziel: Der Bonner Strauß darf in kein Haus! Alle hören und sehen die Sender des Sozialismus!“ Wer sich in Versammlungen nicht bekehren und von Drohungen in der Presse nicht beirren ließ,

musste mit FDJ-Kommandos rechnen, die Antennen von den Dächern holten. Großen Erfolg hatten die Demontierer nicht. In den Randgebieten Berlins und einem 50-Kilometer-Streifen an der Grenze konnte der Westen per Zimmerantenne empfangen werden. Dazu kam das Basteltalent vieler DDR-Bürger. Außerdem verschlechterten die Übergriffe die Stimmung im Land. Schon am 7. September 1961, zwei Tage nach dem Startsignal in der *Jungen Welt*, stellte die Abteilung Agitation des SED-Zentralkomitees fest, dass der Kampf um das Westfernsehen die Bevölkerung weit stärker beschäftigte als alle anderen Maßnahmen nach dem 13. August (Meyen, 2001, S. 218).

Als Erich Honecker 1973 sagte, in der DDR könne jeder westliche Sender „nach Belieben ein- und ausschalten“ (Stiehler, 2001, S. 13), war der moralische Druck längst schwächer geworden und betraf fortan nur noch öffentliche Orte (also Encounter und Versammlungs- oder Veranstaltungsöffentlichkeiten), die bewaffneten Organe und Parteikader. Mitte der 1960er Jahre war es zwar noch üblich, die Westantenne erst abends auf den Balkon zu stellen und nach Sendeschluss wieder abzumontieren, die Abteilung Agitation stellte aber schon damals in einem internen Bericht fest, dass man am Arbeitsplatz, am Biertisch und besonders in der Eisenbahn ohne Scheu über das Gesehene spreche und das Programm zum Teil auch schriftlich verbreite (Meyen, 2001, S. 219). Ein Lehrer, Jahrgang 1944, sagte im biografischen Interview, als Kind habe er unterschrieben, keine Westsender einzuschalten, aber schon damals schnell gemerkt, „dass wir uns gegenseitig beschwindeln“. Als Student las dieser Lehrer heimlich Courths-Mahler und Heinrich Böll. Später an der Schule steckte ihm dann ein Kollege „Die Blechtrommel“ zu – eingewickelt in ein Exemplar des *Neuen Deutschland*, weil das Grass-Buch in der DDR noch nicht erschienen war.

Auch wenn dieser Mann erzählt hat, dass es noch 1988 Lehrer gab, die gesagt hätten, dass niemand an einer sozialistischen Bildungseinrichtung arbeiten dürfe, der Westfernsehen sehe, und obwohl in der Stichprobe auch eine Unterstufenlehrerin aus Leipzig war, die zwar in einer Neubauwohnung mit Kabelanschluss gelebt hat, aber trotzdem nicht wusste, ob sie wenigstens theoretisch hätte umschalten können, konnten jüngere Generationen solche Erfahrungen nur sammeln, wenn ihre Eltern in der DDR Karriere gemacht hatten oder sich wenigstens um die Karriere ihrer Kinder sorgten. Eine Dolmetscherin, Jahrgang 1972, die damals in Karl-Marx-Stadt lebte, durfte zwar im Wohnzimmer die *Tagesschau* sehen und die Hitparade von *Bayern 3* auf Kassetten aus dem Westen aufnehmen, die ihr Vater „für viel Geld beim Vietnamesen gekauft“ hatte, manche Lieder aber musste sie wieder löschen (etwa „Wir steigern das Bruttosozialprodukt“ von *Geier Sturzflug*). „Meine Eltern haben da schon sehr großen Wert darauf gelegt, dass wir jetzt nicht irgendwie anfangen, uns unsere Zukunft durch solchen Blödsinn zu verbauen.“

In ähnlichen Gewissenskonflikten, die sich leicht auf den moralischen Druck in den ersten beiden DDR-Jahrzehnten zurückführen lassen, befanden sich vor allem ältere Genossen und Angehörige der bewaffneten Organe. „Ich habe mich daran gehalten, DDR-Sender zu hören“, sagte ein Schlosser aus der Nähe von Dresden, Jahrgang 1918, der der Partei seinen Aufstieg zum Arbeitsschutzinspektor verdankte. Auch eine Parteischullehrerin aus Dresden, Jahrgang 1949, die sich als

„geborene DDR-Bürgerin“ bezeichnete, sagte, sie habe „aus Prinzip“ kein Westradio gehört. Die Sendungen seien „doch letztlich ein ganzes Stück antikommunistisch“ gewesen. Die meisten der Befragten haben allerdings davon gesprochen, dass die Einstellung der Führung zum Westfernsehen in den 1980er Jahren „lächer“ gewesen sei als früher. „Das gehörte einfach dazu“, sagte ein Journalist, 1966 geboren. Im Staatsbürgerkunde-Unterricht sei über die Themen diskutiert worden, die im Westen liefen, und er habe die Sendungen an der Wandzeitung kommentiert (auf der Ebene Veranstaltungs- und Versammlungsöffentlichkeiten). Selbst in den Ferienheimen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes liefen jetzt im Fernsehraum ARD oder ZDF, und diejenigen, die eigentlich nicht umschalten durften, sahen dieses Verbot nicht mehr ein. Die Frau eines Volkspolizisten sagte, sie hätten zwar geguckt, aber „ein bisschen Acht geben“ müssen und „nicht drüber gesprochen“.

Die Medienlenker in der SED-Spitze reagierten auf diese Nutzungsgewohnheiten. Wie im nächsten Unterabschnitt gleich gezeigt wird, belegten sie einerseits jeden mit einem Bann, der ohne Erlaubnis mit den Westmedien zusammenarbeitete (hier: Wolf Biermann sowie zwei Pfarrer, die über die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz informiert hatten – eine Liste, die leicht zu ergänzen ist durch Schriftsteller wie Stefan Heym oder Rudolf Bahro und Musiker, die ihre Produkte zum Teil zuerst im Westen veröffentlichten). Andererseits richteten die Herrschenden in der DDR ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit an dem aus, was in der Bundesrepublik verbreitet worden waren. Dazu gehörte, dass die entsprechenden Berichte akribisch verfolgt wurden. Manchmal versammelte sich die Parteispitze vor dem Bildschirm und schrieb anschließend Meldungen und Kommentare. Hans Modrow (2011), von 1971 bis 1973 Leiter der Abteilung Agitation, sagte in einem Interview, das Fernsehen sei für Erich Honecker „am allerwichtigsten“ gewesen. Agitationssekretär Werner Lamberz habe abends vor einem Gerät gesessen, auf dem alle vier Programme aus Ost und West simultan liefen (S. 42). Auf einer Konferenz zur „politischen Massenarbeit der Partei“ im Mai 1977, bei der das Fernsehen als „wichtigster gegnerischer Ideologieträger“ bezeichnet wurde, klagte eine Arbeitsgruppe über das „ineffektive Nebeneinanderarbeiten“ der Stellen, die die „feindlichen elektronischen Medien“ analysieren (unter anderem die Nachrichtenagentur ADN, das Außenministerium und das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft). Bei der Hauptabteilung Monitor des Staatlichen Komitees für Rundfunk erlaube die „Kadersituation“ weder, die „Feindtätigkeit“ zu differenzieren, noch die Unterhaltungssendungen einzubeziehen.⁴⁵ Die Mitschriften dieser Abteilung Monitor stapeln sich heute im Archiv – oft versehen mit Anmerkungen von Joachim Herrmann, der 1978 Nachfolger von Lamberz wurde. Herrmann bearbeitete die Papiere mit Rotstift und Kommentaren, lief damit oft genug zu Honecker und schlug vor, wie man reagieren könne. Das Schlimmste, was einem DDR-Journalisten passieren konnte, war ein Lob aus dem Westen. „Ich habe erlebt, wie ein Artikel erst Beitrag des Monats wurde und mir 50 Mark brachte und plötzlich das schlimmste Elaborat war“, sagte Wolfgang Tiedke

⁴⁵ Konferenz „Die weiteren Aufgaben der politischen Massenarbeit“, 25. bis 26.5.1977 (Abteilung Agitation). In: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 33906. Nicht paginiert.

(2011), damals Redakteur der *Leipziger Volkszeitung*, in einem Zeitzeugeninterview. Anlass für den Stimmungswechsel: ein Zitat in der Westpresse, das die Aufmerksamkeit der „führenden Genossen“ auf das Blatt lenkte (S. 83-85).

Die Fixierung auf die andere Seite führte dazu, dass manche Nachrichten und Kommentare in den DDR-Medien nur zu verstehen waren, wenn man die Meldungen aus dem Westen kannte, und dass die Öffentlichkeit in manchen Fällen auch gar nicht informiert wurde – zumindest nicht über die eigenen Medien. In einem Leserbrief, den Joachim Herrmann Anfang Juli 1988 aus Jena bekam, wurden gleich zwei Beispiele genannt: erstens die Pressekampagne gegen den Abuladse-Film „Die Reue“, der mit dem Stalinismus abrechnete und nach der Erstaufführung im ZDF Ende Oktober 1987 in der *Jungen Welt* (von Chefredakteur Hans-Dieter Schütt) und im *Neuen Deutschland* (vom stellvertretenden Chefredakteur Harald Wessel) verrissen worden war, obwohl die DDR-Bürger den Film aus den eigenen Medien gar nicht kennen konnten, und zweitens das Verschweigen eines Skinheadüberfalls auf die Berliner Zionskirche am 17. Oktober 1987. Der Schreiber beklagte, „dass eine Reihe von Nachrichten wie selbstverständlich den Empfang entsprechender Sendungen westlicher Medien“ voraussetzen würde und dass „die Bevölkerung unseres Landes“ in manchen Fällen verspätet informiert werde.⁴⁶ Ralf Bachmann (1995), der von 1981 bis 1986 für den ADN in Bonn war, bekam auf die gleiche Kritik „zwei Antworten“. Man wolle „Unruhe und Unsicherheit“ vermeiden, und außerdem genüge es ja, „wenn das vom Westfernsehen gebracht wird, damit erfahren es doch alle“. Sein Bericht über die erste große Friedensdemonstration im Hofgarten sei in Berlin auf Skepsis gestoßen. Honecker habe die Direktübertragung am Bildschirm verfolgt, nachgezählt und gezweifelt, dass man eine halbe Million Teilnehmer melden könne. „Bei dieser Vorsicht blieb es. Von unserer Berichterstattung wurde nichts übernommen, was man nicht selbst am Bildschirm gesehen hatte.“ (S. 249f.)

Spektakuläre Vorfälle wie der Skinhead-Überfall konnten in kleinen Öffentlichkeiten ankommen, weil die Westmedien darüber berichteten und die SED darauf reagieren musste – wenn auch verklausuliert und in der Regel verspätet. Nach den „für die DDR untypischen Ausschreitungen“ in Berlin zum Beispiel fiel in der *Jungen Welt* am 30. Dezember 1987 („also 74 Tage nach dem Ereignis“) „erstmal der Begriff ‚Skinrowdy‘“ und im *Neuen Deutschland* am 5. Februar 1988 „die Formulierung ‚sogenannte Punks‘“.⁴⁷ Die Meinungs- und Willensbildungsprozesse auf den anderen Öffentlichkeitsebenen waren aber mehrfach gebrochen: durch die Unsicherheit und die Angst, wie man mit Meldungen des Westens umzugehen hatte, durch die technisch und ideologisch begrenzte Reichweite von ARD und ZDF sowie durch den Glaubwürdigkeitsvorbehalt, den es auch gegenüber Nachrichten aus der Bundesrepublik gab und den man sowohl dem Fehlen von konkurrierenden Deutungsangeboten und dem positiven Meinungsklima in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ zuschreiben kann als auch dem moralischen Druck, der dort jahrelang in Sachen Westmedien aufgebaut worden war.

46 Brief aus der Universität Jena an Herrmann, 3. Juli 1988. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/36, Bl. 106-108, hier 107.

47 Ebd.

In den medienbiografischen Interviews sagten die meisten Befragten, auch ARD und ZDF nicht geglaubt und ‚die Wahrheit in der Mitte‘ gesucht zu haben: beide Seiten hören, mit Bekannten sprechen und sich dann selbst eine Meinung bilden. Ein Pfarrer aus dem Raum Görlitz, Jahrgang 1938, sagte, auch die Westmedien seien „frisirt“ gewesen, und ein Krankenpfleger, Jahrgang 1963, der 1985 in den Westen floh, weil er in der DDR nicht Medizin studieren durfte, meinte zwar, dass die Westmedien etwas besser waren, weil es dort Konkurrenz und folglich Kontrolle gegeben habe, aber das Leben in der DDR sei nicht so gewesen, „wie sie es gern gehabt hätten in ihrer Informationspolitik“. Es habe einfach nicht gestimmt, „dass wir total unterdrückt wurden und uns überhaupt nicht bewegen durften“. Das sei „auch Propaganda“ gewesen, so „wie sie es heute immer noch tun, wenn sie über Länder berichten, die ihnen nicht so richtig in den Kram passen“.

Im Regelfall halfen *Tagesschau* und *heute* natürlich vielen DDR-Bürgern, die Berichterstattung der eigenen Medien zu überprüfen oder Lücken festzustellen, und manche Zuschauer haben sich ausschließlich in den Westmedien orientiert (vor allem Menschen mit Kontakt zur Kirche, aus Künstlermilieus und aus den höheren Bildungsschichten, Meyen, 2003). Ein Leipziger Schriftsteller, Jahrgang 1953, hat die 20-Uhr-Nachrichten im Ersten als „absolutes Muss“ beschrieben, als einen Fixpunkt im Tagesablauf, als erstrangige Informationsquelle und „als Ersatz auch für Tageszeitungen“. Er habe nicht erwartet, dass dort die Realität in der DDR widerspiegelt werde. „Wir wussten ja, wie sie ist, oder meinten es zu wissen.“ Erwartet habe er vielmehr „eine andere Sicht“, „einen anderen Blickwinkel“. Dies hätten die Westmedien zweifellos geleistet. Was die westlichen Korrespondenten über den Alltag in der DDR in ihre Heimat funken konnten, war trotzdem selbst bei bestem Willen nur ein kleiner Ausschnitt und oft ein ganz bestimmter (vgl. Staadt et al., 2008; Chmel, 2009). Eine Buchhalterin, Jahrgang 1954, sagte, je kleiner der Osten über bestimmte Schwierigkeiten berichtet und als je negativer man hier eine Sache empfunden habe, desto größer sei dies im Westfernsehen gebracht worden. „Die haben es aufgebauscht, und unsere haben es weggelassen.“ Nicht wenige DDR-Bürger fühlten sich von den Berichten aus dem Westen außerdem in ihrem Stolz getroffen. „Der Westen hat uns primitiver hingestellt, als wir wirklich waren“, sagte eine Dresdnerin, Jahrgang 1930, die in einer Großküche gearbeitet hat.

Keine Rolle spielte die Glaubwürdigkeit bei all dem, was überhaupt nicht auf der Öffentlichkeitsebene Massenkommunikation ankam. Das Westfernsehen konnte zwar Künstler oder Sportler auftreten lassen, die in der DDR tabuisiert wurden, oder über das berichten, was in ostdeutschen Veranstaltungs- und Versammlungsoffentlichkeiten sowie manchmal auch in Encountern besprochen wurde, auch nach der offiziellen Akkreditierung von Korrespondenten in der DDR hatten westliche Redaktionen aber keinen Zugang zu „internen Öffentlichkeiten“ und hier vor allem nicht zum innersten Zirkel der Macht – und das nicht nur, weil die Journalisten überwacht und nach missliebigen Berichten zum Teil ausgewiesen wurden (Staadt et al., 2008; Chmel, 2009). Warum die Grenze zu Polen 1980 zum Beispiel geschlossen wurde und wie die SED-Spitze die Situation im Nachbarland einschätzte, wie es zu dem Unglück in der *Schwarzen Pumpe* gekommen war, welche Folgen dies für die DDR-Wirtschaft hatte und welche

Kosten die Braunkohlenutzung insgesamt in jeder Hinsicht verursachte – all das war zwar im SED-Politbüro bekannt, das Westfernsehen aber konnte zu solchen Themen bestenfalls Spekulationen und Impressionen beitragen.

5.2 Massenkommunikation und Veranstaltungsöffentlichkeiten

Der größte interne Konkurrent für die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ im Kampf um die Deutungshoheit waren Romane und Gemälde, Theateraufführungen, Konzerte und Kabarettprogramme. Veranstaltungsöffentlichkeiten lassen sich genau wie „kleine Öffentlichkeiten“, die hier oder bei Ausstellungen entstehen, nicht so leicht kontrollieren wie die Ebene Massenkommunikation (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 21; Raupp, 2003, S. 218) oder Literatur (Barck, Langermann, & Lokatis, 1997; Barck & Lokatis, 2008), DEFA-Filme (Poss & Warnecke, 2006; Eichinger & Stern, 2009) und die Schallplattenproduktion. Ohne an einen Veröffentlichungsrhythmus oder thematische Vorgaben gebunden zu sein, kann Kunst gesellschaftliche Debatten aufnehmen und hat den Vorteil, dass die Interpretationsspielräume hier größer sind als bei tagesaktuellen Nachrichten und Berichten. Am Beispiel der beiden Biermann-Affären lässt sich zeigen, dass die SED-Führung nicht nur Zwangsmittel nutzte oder Privilegien (sicheres Einkommen, Reisemöglichkeiten, die Aufmerksamkeit der Mächtigen, Raupp, 2000, S. 101), um die Kunstszene zu lenken und zu disziplinieren, sondern auch und vor allem die Massenmedien Presse, Hörfunk und Fernsehen. Die Künstler sollten hier darauf verpflichtet werden, den „Aufbau des Sozialismus“ zu unterstützen, auf „schädliche oder gar feindliche Inhalte, wie sie in den Gedichten Biermanns gestaltet werden“, zu verzichten und nicht an den Grundlagen der „Macht (zu) rütteln“.⁴⁸ Da die DDR-Tageszeitungen und hier vor allem das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* nicht nur darüber entschieden, welche künstlerischen Arbeiten auf die Ebene Massenkommunikation kamen und damit allgemein wahrgenommen werden konnten (etwa über Rezensionen oder Porträts), sondern auch jenseits solcher Formen die jeweils gültige Lesart der Ideologie transportiert haben, konnten sie auch die Grenzen für die Künstler abstecken und ihnen signalisieren, was man gerade noch tun konnte, ohne anzuecken. Die Biermann-Affären eignen sich an dieser Stelle besonders, weil sich der außenpolitische Kontext und die Öffentlichkeitsebene Massenkommunikation zwischen 1965 und 1976 erheblich verändert haben. Während die DDR-Führung in den 1960er Jahren noch um Abgrenzung von der Bundesrepublik und um politische Anerkennung kämpfte, saß sie elf Jahre später in der UNO, hatte den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag sowie die Schlussakte von Helsinki unterschrieben und akzeptiert, dass sich die meisten Bürger auch über die Westmedien informierten. Schon deshalb war es „unmöglich“ geworden, „die aufsässigen Dichter in alter Weise zu disziplinieren oder totzuschweigen“ (Staad et al., 2008, S. 46).

Die qualitative Inhaltsanalyse der vier Zentralorgane zeigt, wie die Medieninhalte an die veränderte Konstellation angepasst wurden, ohne das Ziel (Lenkung

48 Schriftstellerverband: Über die schändlichen und feindlichen Auffassungen und Haltungen von Wolf Biermann, 31. März 1966. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.06/148. Nicht paginiert.

der Kunstöffentlichkeiten) aufzugeben. Zunächst lässt sich festhalten, dass Mitte der 1960er Jahre viel umfangreicher und aggressiver berichtet wurde als Mitte der 1970er Jahre. ND-Kulturchef Klaus Höpcke (2008) sagte im Rückblick, 1965 habe das *Neue Deutschland* gar nicht „kritisch und polemisch“ genug über Künstler wie Biermann herziehen können (S. 135). Vor allem das SED-Zentralorgan und (mit Abstrichen) die *Junge Welt* definierten dabei, was sozialistische Kunst ist und welche Grenzen Künstler zu beachten haben. Bereits in den Wochen vor dem 11. Plenum des ZK der SED konnte man in beiden Blättern fast auf jeder Kulturseite lesen, dass die Kunst eine Verantwortung habe und den Sozialismus unterstützen müsse. Harald Wessel schrieb am 21. November 1965 in einem Leitartikel des *Neuen Deutschland*, „Anarchie und Despotismus“ in der Bundesrepublik seien „das genaue Gegenteil der Freiheit“. Wer wissen wolle, was Freiheit sei, müsse „bei Marx und Engels in die Lehre gehen“ (S. 3). Die Vorberichterstattung gipfelte in einer Kampagne gegen Künstler, die Grenzen bereits überschritten hatten – etwa gegen Wolf Biermann und Werner Bräunig, aber auch gegen Manfred Krug, dem per Leserbrief ein Ultimatum gestellt wurde. Es sei eine „Entscheidung fällig“: „Biermann oder wir“ (*Junge Welt* vom 15. Dezember 1965, S. 7, 11). Während diese erste Kampagne an der *Neuen Zeit* und am *Morgen* vollkommen vorbeiging, war die scharfe Abrechnung mit Kunst ohne sozialistische Botschaft auf dem 11. Plenum dann in allen vier Zeitungen in epischer Breite zu finden.

Da sich die DDR vor der veränderten außen- und medienpolitischen Situation keine neue Schmutz-Kampagne leisten konnte und wollte, wurde Ende 1976 viel weniger und deutlich sachlicher berichtet als bei der ersten Biermann-Affäre, obwohl das Fehlverhalten des Dichters damals vergleichsweise eine Bagatelle war. Ganz verschweigen ließ sich die Ausbürgerung natürlich nicht. Fast alle DDR-Bürger hatten Zugang zu westdeutschen Medienangeboten, und die aktiven SED-Mitglieder benötigten Argumente für die mündliche Agitation. Die Medienlenker wollten „nicht zu viel über diese ganze Angelegenheit veröffentlichen, um sie nicht mehr hochzudrehen“,⁴⁹ und möglichst schnell wieder „zur Tagesordnung“⁵⁰ übergehen. Es gab eine ADN-Meldung in allen Blättern („feindseliges Auftreten“ gegenüber der DDR, „grobe Verletzung der staatsbürgerlichen Pflichten“), im SED-Zentralorgan garniert mit einem Kommentar (Biermann habe jahrelang „unter dem Beifall“ der Feinde „sein Gift gegen die DDR verspritzt“, 17. November, S. 2), und es wurden zahlreiche Zustimmungserklärungen gedruckt (mehr als sechs Seiten im *Neuen Deutschland*, mehr als vier in der *Jungen Welt* und jeweils anderthalb im *Morgen* und in der *Neuen Zeit*). Gar nicht berichtet wurde über den Inhalt der Petition, die im Westen publik geworden war. In den abgedruckten Zuschriften wurde aber erwähnt, dass DDR-Künstler sich „kapitalistischer Vermittlungs- und Verstärkeranlagen“ bedient hätten – als ob die Leser wussten, worum es ging (*Der Morgen* vom 22. November, S. 4). Namen von Petitionsunterzeichnern wurden zunächst nirgends genannt. Manche reagierten auf Drohungen

49 Reaktionen zum Fall Biermann, 19. November 1976. In: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 20717. Nicht paginiert.

50 Gesichtspunkte zur Argumentation, nicht datiert. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/51, Bl. 17.

mit dem öffentlichen Rückzug ihrer Unterschrift.⁵¹ Der Bildhauer Fritz Cremer etwa erklärte gegenüber dem ADN, er habe im Krankenhaus gelegen und sei dort regelrecht „überfahren“ worden (Junge Welt vom 23. November, S. 5). Nachdem zunächst nur die Künstler erwähnt wurden, die ihre Unterschrift zurückzogen, druckte das *Neue Deutschland* am 27. November einen Aufruf des Schriftstellerverbandes und nannte die Petitionsunterzeichner Jurek Becker, Volker Braun, Stephan Hermlin, Sarah Kirsch, Günter Kunert, Christa Wolf, Gerhard Wolf, Reimar Gilsenbach sowie Karl-Heinz Jakobs (S. 6). Wer sich nicht bekehren ließ, wurde anschließend in aller Regel aus der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ verbannt (Schweizer, 2011) – genau wie Sportler, die das Land verlassen hatten oder bei einem Fluchtversuch ertappt worden waren (Landes, 2011b).

Obwohl es viel weniger öffentlichen Wind gab als im Umfeld des 11. Plenums, hat die zweite Biermann-Affäre in den Erinnerungen von Künstlern und Kulturjournalisten der DDR einen besonderen Stellenwert. Irmtraud Gutschke (2011), die seit 1971 in die Literaturredaktion des SED-Zentralorgans arbeitete, sagte im Rückblick, die Ausweisung Biermanns sei für sie nicht nur ein persönlicher „Schock“ gewesen, sondern auch eine ganz entscheidende „Zäsur“ für die journalistische Arbeit. Jetzt sei gemacht worden, „was das höchste Auge mit Wohlgefallen sah“: Berichte über „Kultur, die die Bedeutung der DDR erhöhte“ (S. 153, 156). Ganz ähnlich beschrieb dies Ingrid Kirschey-Feix (2011), damals Kulturredakteurin der *Jungen Welt*. Von nun an sei „viel mehr verordnet“ worden, und man habe „viele Künstler“ einfach tabuisiert (S. 214). Keiner der Beteiligten hatte vergessen, wie ein Jahrzehnt vorher argumentiert worden war, und allein der Link, der sich über den Namen Wolf Biermann herstellen ließ, genügte, um auch ohne neue Kampagne in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ die Drohgebärden der herrschenden Partei zu aktualisieren.

Dass ein „Rumoren“ in Encountern oder Veranstaltungsöffentlichkeiten umgekehrt in die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ gelangen konnte, wenn die Stoßrichtung den Interessen der Herrschenden widersprach, war die absolute Ausnahme und ist im Einzelfall mit der Stärke des Protests, mit der (politisch vergleichsweise geringen) Bedeutung des Anlasses und mit Meinungsverschiedenheiten in der Führung zu erklären. Welche Durchschlagskraft die Ebene Massenkommunikation dabei hatte, zeigt ein winziger Artikel, in dem die *Junge Welt* nach einem Fußballspiel zwischen Lok Leipzig und dem BFC Dynamo ganz allgemein und eher versteckt Schiedsrichter kritisierte, „die für eine fragwürdige Gerechtigkeit sorgen“ und so „unserem Meister“ schaden (24. März 1986, S. 5). Die Dynamo-Führung und Stasi-Chef Mielke drohten der Redaktion zwar und stellten sie „mit den schlimmsten DDR-Feinden in eine Reihe“, am Ende aber wurden einige Schiedsrichter gesperrt und die Schiedsrichterkommission „völlig neu gemischt“. Abteilungsleiter Volker Kluge begründete diesen Erfolg mit der Rückendeckung durch Egon Krenz, der damals im ZK der SED auch für den Sport zuständig war und „diesen Knoten zerschlagen“ habe – den Unmut der Menschen gegen die Bevorzugung des Stasi-Klubs, an dem viele „ihre Aversion gegen die DDR und

51 Moese an Lamberz, 17. Dezember 1976. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/52, Bl. 98-100.

gegen das MfS festgemacht“ hätten (Kluge, 2011, S. 206; Reinartz, 1999, S. 381ff.).

Wie weit und beschwerlich der Weg aus Veranstaltungsöffentlichkeiten auf die Ebene Massenkommunikation war, lässt sich auch am Beispiel von Theaterrezensionen nachvollziehen. Vor allem die Schauspielhäuser wurden in den 1980er Jahren zu einem Ort, an dem DDR-Bürger eine „kritische Auseinandersetzung mit der Gesellschaft“ erwarten konnten (Irmer, 2009, S. 343) – weil jetzt weniger Autoren mit einem Bann belegt wurden als früher (Hasche, Schölling, & Fiebach, 1994), weil manchen Sätzen der Klassiker einfach „nicht beizukommen war“ (Peter Sodann; Irmer & Schmidt, 2003, S. 197) und weil Autoren wie Volker Braun, Christoph Hein, Ulrich Plenzdorf und Heiner Müller sowie Regisseure wie Friedo Solter, Thomas Langhoff und Frank Castorf die Zustände im Land zu ihrem Thema machten (Vogel, 2011a). Christoph Funke, Kulturchef des LDPD-Zentralorgans *Der Morgen*, versuchte, Premieren möglichst schnell zu rezensieren (damit der Text schon gedruckt war, wenn die SED beschloss, „dass über diese Aufführung nichts gedruckt wird“), und kämpfte zum Teil auch (erfolgreich) gegen ausdrückliche Besprechungsverbote (die aber die Ausnahme waren, Funke, 2011, S. 275f.). Als das Staatsschauspiel Dresden im Frühjahr 1989 Heins *Ritter der Tafelrunde* aufführte (eine Parabel auf die Endzeit des Sozialismus, Hasche et al., 1994, 140; Irmer & Schmidt, 2003, S. 288), schrieb *Der Morgen* am 17. April: „Jeder hängt an dem, was er als Leistung einbrachte in einem öffentlichen, gesellschaftlichen Raum – er muß die Fähigkeit behalten, auch sich selbst und seine Leistung im Fluß der Zeit in Frage zu stellen“ (S. 4) – eine klare Anspielung, adressiert an Erich Honecker. Das *Neue Deutschland* brauchte zwei Wochen länger und erkannte in Artus einen sozialistischen Helden (3. Mai 1989, S. 4; vgl. Vogel, 2011a). Als der Kabarettist O. F. Weidling bei der Eröffnungsparty für den Berliner Friedrichstadtpalast am 27. April 1984 seine Anspielungen und politischen Pointen, die sonst jeden Saal zum Brodeln brachten, vor der versammelten Parteispitze live auf die Ebene Massenkommunikation trug, erntete er zunächst eisige Minen. Die TV-Wiederholung wurde zurechtgestutzt, Weidling verlor seine Fernsehreihe (*Treff mit O. F.*), bekam ein Auftrittsverbot und starb kurz darauf (Meyen, 2003, S. 79).

Gar nicht auf die Ebene Massenkommunikation schafften es die Botschaften des Pfarrers Oskar Brüsewitz, der sich am 18. August 1976 vor etwas mehr als 100 Menschen in der Innenstadt von Zeitz anzündete und vier Tage später an seinen Verletzungen starb. Martin Sabrow (2004) hat überzeugend herausgearbeitet, dass es Brüsewitz einzig und allein um „öffentliche Aufmerksamkeit für seine Anklage gegen die Diktatur“ ging und er eigentlich sicher sein konnte, „das staatliche Öffentlichkeitsmonopol“ tatsächlich durchbrochen zu haben (S. 235f.). Obwohl im Landkreis Zeitz schon am nächsten Tag jeder von der Tat wusste, obwohl in den Kirchenöffentlichkeiten der DDR darüber heftig diskutiert wurde und obwohl der Westen mit zwei Tagen Verspätung zu berichten begann und aus der Selbstverbrennung eine „Weltnachricht“ machte (S. 236), gelang es der SED, „die Herrschaft über die Öffentlichkeit zurückzugewinnen und abweichende Sichtweisen entweder zu marginalisieren oder durch Ausgrenzung zu neutralisieren“ (S. 238) – indem sie erstens die Transparente des Pfarrers sicherstellte und so

der Öffentlichkeit entzog, zweitens in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ eine „Diskreditierungskampagne gegen den toten Pfarrer“ startete („psychopathische Persönlichkeit mit krankhaftem Triebleben“) und drittens die Kirchenleitung dazu brachte, in ihren Nischenöffentlichkeiten nicht auf Konfrontationskurs zu gehen und zugleich mäßigend auf Journalisten aus der Bundesrepublik einzuwirken. Die beiden Pfarrer, die die Westmedien informiert hatten, wurden ausgewiesen und kriminalisiert (Sabrow, 2004, S. 231-244; Agethen, 1995).

5.3 Massenkommunikation und andere öffentliche Arenen

Die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ hat nicht nur Künstler oder Kirchenfunktionäre darüber informiert, was in den jeweiligen Arenen der Öffentlichkeit ging und was nicht, sondern auch alle anderen Bürger. Die DDR-Medien haben über die jeweils aktuell gültige Lesart der Ideologie informiert – über das, was man tun und sagen konnte, ohne anzuecken. Elisabeth Noelle-Neumann definiert öffentliche Meinung als Meinungen, die Menschen „zu einer bestimmten Zeit, an einem bestimmten Ort“ öffentlich zeigen *müssen*, um sich nicht zu isolieren, oder die sie zeigen *können*, ohne aus dem jeweiligen Verband ausgestoßen zu werden (Noelle-Neumann, 1992, S. 293). Ihre Theorie der Schweigespirale geht dabei davon aus, dass sich Menschen vor Isolation fürchten, deshalb pausenlos auf das Feinste registrieren, welche Meinungen, welches Verhalten in ihrem Umfeld vorherrschen, und dabei nicht nur Signale aus ihrer unmittelbaren Umgebung aufnehmen, sondern auch aus den Massenmedien (Noelle-Neumann, 2001). In den medienbiografischen Interviews finden sich unzählige Belege für die These, dass auch gelenkte Medien eine solche Orientierungsfunktion haben – vor allem für Menschen, die sich in Bereichen bewegen, die von der herrschenden Partei kontrolliert werden oder für sie besonders wichtig sind (Bildungswesen, öffentliche Verwaltungen, Armee).

Die Tageszeitungen lieferten nicht nur die Themen, um die es am nächsten Tag, in der nächsten Versammlung gehen würde, sondern auch die offizielle Sichtweise und die entsprechenden Formulierungen – so sollte man sich kleiden oder frisieren, so konnte, so musste man es sagen, ohne sich zu isolieren oder vielleicht sogar Position oder Karriere zu gefährden. Um nur drei Beispiele zu zitieren: Eine Friseurin aus der Nähe von Dresden, Jahrgang 1954, schaltete jeden Abend die *Aktuelle Kamera* ein, um ihre Kinder auf die Schule vorbereiten und ihnen sagen zu können, wie „die das hören wollen“. Ein Schuldirektor, Jahrgang 1932, der vier Tageszeitungen im Haus hatte und sich manchmal noch den *Horizont* und die *Fußball-Woche* am Kiosk holte, sagte, er habe nicht jedes Exemplar gründlich studiert, aber das, was für die Arbeit nötig gewesen sei, ausgeschnitten und zurückgelegt. „Das waren wichtige Informationen. Es waren eben Fakten und Tatsachen, die ich brauchte für den Unterricht.“ Und eine Lehrerin aus der Nähe von Rostock erinnerte sich an den Weltfriedenstag, den Tag, an dem das neue Schuljahr anfang und an dem sie mit den Kindern über den Zweiten Weltkrieg sprechen musste. Die Zeitung habe Statistiken geliefert zum Beispiel über die Zahl der Toten und außerdem gesagt, wie die Opfer zu würdigen seien (Meyen, 2003, S. 94, 112f.).

Politische Schulungen und das Parteilehrjahr gehörten in der DDR zum Alltag, auch für viele von denen, die nicht in der SED waren. Eine Zahnärztin, Jahrgang 1961, sagte, schon im Studium habe es jede Woche „so eine Zusammenkunft“ gegeben, „auf der irgendwelche politischen Sachen ausgewertet wurden“. Man habe sich auf jeden Fall informieren müssen, „damit du da was sagen konntest“. Ein Autoschlosser aus dem Bezirk Rostock, 1965 geboren, der kurz vor dem Ende der DDR auf eine Offizierslaufbahn einschwenkte, hat von ein „paar Schlagworten“ gesprochen, die gereicht hätten, um in den Versammlungen von FDJ oder Gewerkschaft mitzudiskutieren. „Der Genosse Honecker hat das und das gesagt. Dann war man von ab.“ Zu solchen Versammlungsöffentlichkeiten und „internen Öffentlichkeiten“, in denen Themen, Frames und Wortwahl durch die Massenmedien mitgesteuert wurden, gehörte auch das (in der DDR sehr ausgeprägte) Berichtswesen. Ein Ingenieur, Jahrgang 1938, nicht in der Partei und auch in keiner herausgehobenen Position, las die Beschlüsse der SED-Führung und den Politikteil der Zeitung „teilweise intensiv“, weil er für seinen Gruppenleiter die Berichte an das zuständige Ministerium vorbereiten musste („jeden Monat zwei oder drei“). „Manche politischen Floskeln und Phrasen, die mussten Sie ganz einfach einarbeiten.“ Das habe man beherrschen müssen, ganz unabhängig von der „inneren Überzeugung“. „Sie waren berufsmäßig verpflichtet, solche Dinge zu tun“ (Meyen, 2003, S. 113f.). Der Druck, der in allen öffentlichen Arenen durch das Wissen um die anwesenden Parteifunktionäre und um eine mögliche Bespitzelung ausging, hat die Menschen dazu gebracht, die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ nicht zu ignorieren, und so gesichert, dass die Botschaften auch in Versammlungen, internen Öffentlichkeiten und Encountern ankamen.

6. Ergebnisse III: Transparenz, Validierung und Orientierung

Obwohl nur das in die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ gelangte, was die SED zuließ, und obwohl die Partei auch in die anderen Arenen hineinregierte, haben die DDR-Medien wenigstens teilweise für Transparenz, Validierung und Orientierung gesorgt – weil die Rezipienten um die Lenkung wussten und weil die Herrschenden mit Hilfe der Medien „interne Öffentlichkeiten“ schufen, um mit den Beherrschten kommunizieren zu können.

6.1 Indirekte Information durch gelenkte Medien

Die wichtigsten Ansprechpartner im Ausland (Politiker, Botschafter, Unternehmer oder Künstler, die mit der DDR zu tun hatten) haben die ostdeutsche Presse so gelesen, wie sie gedacht war (als offizielles Statement der SED), und versucht, aus den Zeitungen auf die Position und die Ziele der DDR-Führung zu schließen. Herbert Okun, 1980 bis 1983 US-Botschafter in der DDR, erzählte Joachim Herrmann am 22. Januar 1981 in einem persönlichen Gespräch, dass sein Tag „mit dem Studium des *Neuen Deutschland*“ beginne, weil dies „die erste kompetente Information über die Politik der DDR“ sei. Anschließend interessierte sich Okun im Detail für die Medienstrukturen in der DDR (ist der ND-Chefredakteur ZK-Mitglied, welche Verbindungen gibt es zu Funk und Fernsehen, was bedeuten

bestimmte Initialen unter einem Kommentar) und fragte auch nach einzelnen Meldungen: „Worauf bezog sich die ADN-Meldung über die Bonner Angst vor den Realitäten konkret?“ Herrmann antwortete unter anderem, dass die ND-Redakteure „über ausgezeichnete konsultative Beziehungen zu den führenden Persönlichkeiten“ der DDR verfügen würden und der Botschafter deshalb davon ausgehen könne, dass jede Veröffentlichung „auf bester Informiertheit des jeweiligen Verfassers“ beruhe.⁵²

Ganz ähnliche Belege finden sich vor allem in den Akten, die die Aktivitäten der Ständigen Vertreter der Bundesrepublik in der DDR gefüllt haben. Klaus Bölling zum Beispiel fragte am 23. Februar 1982 Lothar Kolditz, den Präsidenten des Nationalrats der Nationalen Front der DDR, ob es etwas mit den Ereignissen in Polen zu tun habe, dass die DDR-Zeitungen jetzt verstärkt Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit betonen würden.⁵³ Und Hans-Otto Bräutigam lobte am 1. Februar 1985 bei einem informellen Gespräch in der *Horizont*-Chefredaktion zunächst die „maßvollen“ Reaktionen der DDR-Medien auf die „jüngsten politischen Äußerungen in der BRD vor allem zu Schlesien“, um dann zu fragen, welchen „Zweck“ der ND-Artikel „über die Respektierung der Staatsbürgerschaft“ gehabt habe. Die SPD werde sich hier nach dieser Veröffentlichung in Zukunft vermutlich „eher zurückhalten“.⁵⁴ Auch bei offiziellen Treffen thematisierte Bräutigam konkrete Presseveröffentlichungen. Am 4. September 1982 bestellte er zum Beispiel einen DDR-Vertreter ein, wertete einen Kommentar und eine Dokumentation im *Neuen Deutschland* als Versuch, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen zu belasten, und spielte gleichzeitig auf den Wunsch Honeckers an, sich mit dem Bundeskanzler zu treffen. Der Bericht des Abgesandten ging per Blitz-Telegramm auch direkt an die Politbüromitglieder Joachim Herrmann und Hermann Axen (verantwortlich für internationale Beziehungen).⁵⁵

Die Ziele und Mechanismen der Medienlenkung waren nicht nur den westlichen Politikern bekannt, sondern auch den DDR-Bürgern. Die Kontrolle der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ hat zwar einerseits dazu geführt, dass weite Teile der Leserschaft vor allem die ersten Seiten der Tageszeitungen überblättern haben, andererseits aber hatten politisch interessierte Bürger hier nicht nur die Möglichkeit, auf die Ziele und die Position der SED-Führung zu schließen, sondern indirekt auch auf die Haltung des Klassengegners, auf außen- und innenpolitische Konfliktherde sowie auf wirtschaftliche Probleme. In den medienbiografischen Interviews ist das Urteil über die Informationspolitik vernichtend ausgefallen. Niemand hat hier gesagt, dass er dem Osten geglaubt habe – selbst die Menschen nicht, die die SED-Medienpolitik auch im Nachhinein verteidigten. Die meisten Befragten haben über den „Ärger der mündigen Bürger“ gesprochen und über „politische Engstirnigkeit“ geklagt sowie über „dumme und schlechte“

52 Gespräch am 22. Januar 1981. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/3.037/100, Bl. 29-32, hier 30f.

53 Gesprächsvermerk vom 23. Februar 1982 (Kirchhoff). In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/06, Bl. 93f., hier 94.

54 Geggel an Herrmann, 7. Februar 1985. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/17, Bl. 4-8, hier 5f.

55 Hans Schindler (1979 bis 1985 Gesandter der DDR in Bonn) an Kohl und Seidel, 4. September 1982. Kopien an Axen, Herrmann, Winkelmann und Häber. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/4, Bl. 181.

Propaganda. Eine Kindergärtnerin, selbst Parteimitglied, sagte, die Medien seien „Sprachrohr des Politbüros“ gewesen. „Tendenziös? Tendenziös ist gar kein Ausdruck.“ Und eine Lehrerin, die auch dem Klassenfeind eigene Interessen unterstellte, meinte, sie habe immer das Gefühl gehabt, in der DDR „von vorne bis hinten belogen“ zu werden. Es sei überhaupt nicht zu verstehen gewesen, „dass die ihre Propaganda so fuhren“, dass „die“ doch offenbar tatsächlich dachten, „man könnte ihnen so was abnehmen“ (Meyen, 2003, S. 43f.). Diese Befunde sind keineswegs eine Momentaufnahme, die mit den Besonderheiten der Interviewserie zu erklären sind (zehn Jahre nach dem Mauerfall, Fokus auf die 1980er Jahre). Es gibt keine Indizien, dass die einheimischen Medien zu irgendeinem Zeitpunkt in der DDR-Geschichte glaubwürdig waren. Wann immer die Leser befragt wurden: Sie klagten über die „rosarote Brille“, über Zahlendrescherei und Phrasen (für ausführliche Belege Meyen, 2003, S. 43-52).

Die überlieferten Quellen können zwar genau wie die medienbiografischen Interviews nicht verlässlich über Größenordnungen informieren, wenn das Material aber nicht völlig täuscht, dann haben weite Teile der Bevölkerung (vor allem Frauen, die durch ihren Alltag ausgelastet waren, und Menschen, die mit ihrem Leben in der DDR weitgehend zufrieden waren) die Medienangebote aus Ost und West in erster Linie zur Unterhaltung genutzt und die Politikberichterstattung gemieden, sowohl in den DDR-Medien als auch in den TV- und Hörfunksendungen aus der Bundesrepublik. Dazu kommt ein Nutzertyp (aus dem Umfeld der Kirchen), der Botschaften der SED aus Prinzip ausgewichen ist. Vor allem in den Eliten der DDR-Gesellschaft (Führungskräfte in der Wirtschaft, der Partei und in Verwaltungen), im Kreis der erklärten Regimegegner, zu dem zum Beispiel Künstler, Pfarrer oder Intellektuelle gehören konnten, und von Menschen, die sich von der DDR zurückgewiesen fühlten (weil ihnen sozialer Aufstieg verwehrt worden war, weil sie sich unterbezahlt fühlten oder an der Bürokratie gescheitert waren), wurden die DDR-Zeitungen aber ähnlich intensiv gelesen wie von US-Botschafter Okun oder den Ständigen Vertretern Bölling und Bräutigam. Ein Pfarrer, Jahrgang 1942, sagte im medienbiografischen Interview, er habe das *Neue Deutschland* gelesen, weil dort „die SED-Meinung“ gestanden habe. „Das hat man gelesen, um die Art zu kennen, wie bestimmte Dinge interpretiert werden von offizieller Seite. Wie ist der Bericht gemacht, was wird berichtet und was wurde weggelassen. Wie sollte es verstanden werden.“ Ein Schriftsteller, der in einem Kirchenverlag Lektor war, aber trotzdem ebenfalls das *Neue Deutschland* abonniert hatte, sprach vom „Lesen zwischen den Zeilen“ und den „Zwischenräumen“. Da das SED-Zentralorgan etwa zur gleichen Zeit Redaktionsschluss hatte wie die *Tagesschau*, habe man „schon am nächsten Vormittag sehen“ können, „wie sind die damit umgegangen, mit den Meldungen, die die *Tagesschau* hatte. Ich habe bestimmt jeden Tag eine Stunde gelesen, im *Neuen Deutschland*“ (Meyen, 2003, S. 211-215). Für eine intensive Lektüre sprechen auch die Befunde der regelmäßigen Leserbriefanalysen in der Redaktion. Die meisten Einsender monierten Fehler: „falsche Fakten-

angaben, falsche Zahlen, Maße, Namen, Daten und Berechnungen, falsche Schreibweisen, geografische Fehler und Satzfehler“.⁵⁶

Da die DDR-Bürger wussten, dass die Zeitungen nicht unabhängig waren, hat die SED ihnen in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ (unfreiwillig) Informationen geliefert, die sie für die Orientierung benötigt haben. „Es durfte eben nichts Negatives passieren im Sozialismus“, sagte eine Kindergärtnerin, Jahrgang 1944. „Ich glaube, die hätten sogar ein Erdbeben verschwiegen.“ Erfolgsmeldungen wie bei den Wahlen habe man sich gar nicht mehr angehört. So etwas „Lächerliches“ und dann noch „die sinnlosen Berichte über die Melkerin X und den Arbeiter Y“ – all das habe dazu geführt, dass man den DDR-Medien überhaupt nichts mehr geglaubt habe, auch nicht die „kritischen Berichte“ über das Leben in der Bundesrepublik. Selbst Ratgeber und Werbung wurden mit Misstrauen bedacht. Der Schriftsteller hat von einem „tief sitzenden Vorurteil“ gesprochen. Wenn große Plakate „Eier sind gesund“ gerufen hätten, habe er sofort gewusst, dass die Kühllhäuser voll sind und die Eier weg müssen. Umgekehrt hätten Aktionen unter dem Motto „Fleisch ist schädlich“ auf einen Engpass hingedeutet (Meyen, 2003, S. 44). Ähnliche Belege finden sich auch in den überlieferten Leserbriefen. Ein Dresdner SED-Mitglied beschwerte sich im November 1979, dass die Presse nicht mehr über die „Kosten- und Preisentwicklung in den RGW-Ländern“ berichte. Durch solche Informationen sei man früher wenigstens darauf vorbereitet gewesen, dass die Entwicklung auch „um die DDR keinen Bogen machen“ werde. Jetzt habe man nur Gerüchte, und die Folge sei eine „Lawine von Angstkäufen“.⁵⁷

6.2 Interne Öffentlichkeiten

Das Wissen um die hohe Bedeutung, die die SED den Tageszeitungen sowie den Sendungen von Hörfunk und Fernsehen zuschrieb, und das Wissen um die enge Verbindung zwischen Redaktionen und Entscheidungsträgern haben dazu geführt, dass sich die DDR-Bürger mit ihren Sorgen und Nöten an die Medien und teilweise sogar an die Agitationssekretäre im ZK der SED gewandt haben – nicht weil sie annahmen, dass die Eingaben veröffentlicht werden, sondern weil sie wussten, dass ihre Briefe bei den zuständigen Stellen (wenn es um konkrete Probleme ging) oder im Zentrum der Macht ankamen. Auch die Tageszeitungen in der DDR haben so ein Diskussionssystem geschaffen, das zwischen Politik und Bevölkerung vermitteln konnte – eine „interne Öffentlichkeit“, auf die der Gegner im Westen keinen Zugriff hatte.

Dieser Kommunikationskanal wurde per Gesetz eingeführt – zunächst in der „Verordnung über die Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden der Werktätigen“ vom 6. Februar 1953 und dann mit dem Eingabengesetz vom 27. Februar 1961, das Briefe an die Redaktionen auf eine Stufe mit Eingaben an die Staatsor-

56 Zentrale Revisionskommission: Bericht über die Ergebnisse der Prüfung „Die Arbeit mit den Leserbriefen und Eingaben in der Redaktion des Zentralorgans des ZK der SED, *Neues Deutschland*“. August 1980. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/23, Bl. 13-22, hier 20.

57 Brief vom 12. November 1979. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/32, Bl. 195.

gane stellte (Bos, 1993, S. 114-118). Wie intensiv die Herrschenden diesen Kanal pflegten, belegen sowohl der Aufwand, mit dem die Anliegen der Leser, Hörer und Zuschauer in den Redaktionen bearbeitet wurden, als auch die andauernde Kontrolle durch das wachsame Auge der Parteiführung – Indizien, die wie das Gesetz für den Bedarf an gesellschaftlichem Austausch sprechen. Die Zentrale Revisionskommission der SED forderte bei einer der Prüfungen 1980 zum Beispiel „eine schnelle und parteimäßige Bearbeitung“. „Alle Eingaben und Leserbriefe“ seien zu registrieren, „termingemäß“ zu beantworten oder an „dritte Stellen“ weiterzuleiten (etwa an Verwaltungen). Wenn diese „dritte Stelle“ dem Einsender nicht schrieb, war „eine öffentliche Mahnung in der Zeitung“ denkbar. Auf den Pressefesten, die von jeder Zeitung einmal im Jahr veranstaltet wurden und Volksfestcharakter hatten, wurde offensiv für Leserbriefe geworben, um „die Teilnehmer zur schöpferischen Mitarbeit anzuregen“.⁵⁸ Im Prüfbericht für das *Neue Deutschland* wurde dann gelobt, dass die Leser „eine persönlich gehaltene differenzierte Antwort“ erhalten, „die, wenn erforderlich, nach Konsultationen mit Sachkundigen abgefasst ist“. In den 1970er und 1980er Jahren bekam das SED-Zentralorgan etwa 5 000 bis 6 000 Leserbriefe im Jahr, von denen allerdings nicht wenige auch Zustimmung zum Kurs der Partei oder zur Linie des Zentralorgans signalisierten.⁵⁹

Sich bei drängenden Problemen unmittelbar an die Herrschenden oder ihre Helfer in den Medien zu wenden, gehörte dabei von Anfang an zum Habitus der DDR-Bürger. Joachim Gauck (2009) hat erzählt, dass seine Großmutter nach der Verhaftung seines Vaters 1951 zunächst an Präsident Wilhelm Pieck geschrieben und anschließend im Urlaubsort Ahrenshoop sogar persönlichen Kontakt zu Gerhart Eisler gesucht habe, der damals als Leiter des Amts für Information eine Schlüsselposition in der Medienbürokratie innehatte (S. 35). Bei allen Schwierigkeiten, die mit solchen Statistiken verbunden sind, und bei allen konjunkturellen Schwankungen: Im Zeitverlauf stieg die Zahl der Leserbriefe erheblich an. Bekamen alle SED-Blätter zusammen 1958 etwa 15 000 solche Schreiben, zählte allein die *Junge Welt* 1988 rund 900 000 (Mühlberg, 2004; Mühlberg & Merkel, 2000). Hauptthemen waren die Versorgung (Wohnungen, Ersatzteile, Autos) und Reisen in den Westen. Um in den Diskurs mit den Herrschenden eintreten zu können, wiesen sich die Schreiber als wertvolle Mitglieder der Gesellschaft aus (etwa indem sie auf ihre Leistungen im Beruf oder bei verschiedenen Initiativen der führenden Partei hinwiesen) und zitierten aus offiziellen Reden, SED-Dokumenten oder anderen Verlautbarungen (Merkel, 1997; Mühlberg, 2004) – ein Hinweis auf die Verschränkung zwischen „politisch inszenierter Öffentlichkeit“ und „internen Öffentlichkeiten“.

Die Redaktionen fassten die Themen, um die es in den Zuschriften der Leser, Hörer oder Zuschauer ging, und die Positionen, die dort geäußert wurden, regelmäßig in Berichten zusammen, die von der Abteilung Agitation im ZK der SED

58 Zentrale Revisionskommission: Hinweise für die Prüfung „Die Arbeit mit den Leserbriefen in den Redaktionen der Parteizeitungen“, April 1980. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/23, Bl. 9-11.

59 Zentrale Revisionskommission: Bericht (wie Anm. 53), Bl. 17. – Vgl. auch Seibt an Herrmann, 18.9.1985. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/24, Bl. 83-97.

ausgewertet und in Dossiers zusammengestellt wurden. Am 10. Februar 1978 konnte man in einem solchen Dossier zum Beispiel lesen, dass die Bauarbeiter in Cottbus darüber diskutieren, „ob wir uns im Wohnungsbau nicht übernommen haben“, und eine „Plankorrektur“ fordern, und dass die meisten Bürger zwar begrüßen würden, dass einige Fahrzeuge vom Typ VW Golf eingeführt werden, manche Menschen aber klagen, dass der Wagen nur denen zugute komme, „die Geld haben“, und deshalb fragen, ob man angesichts des Devisenmangels „nicht etwas Wichtigeres“ hätte kaufen können.⁶⁰ Zwei Monate später gab es nach einer Rede Erich Honeckers vor den 1. Kreissekretären neben der üblichen Kritik an der Mangelwirtschaft („unsere Partei wird unglaublich, wenn sie das Problem der Ersatzteilversorgung zwar immer wieder aufzeigt, sich aber keine grundlegende Änderung abzeichnet“) generelle Zweifel an der Fiktionen, die der Parteichef in der Öffentlichkeit verbreitete. Honeckers Feststellung, dass „die Mehrheit der BRD-Bürger eine antikommunistische Grundhaltung besitzt“, betrachte „ein Teil der Bürger“ als „übertrieben“. In den Leserbriefen werde „auf persönliche Beziehungen mit BRD-Bürgern oder auf den Streikkampf und Bürgerinitiativen“ hingewiesen.⁶¹

An die Zeitungen oder direkt an die Abteilung Agitation zu schreiben, lohnte sich nicht nur, weil es einen direkten Draht zur SED-Spitze gab und man als Bürger der Politik so die Themen mitteilen konnte, die zu bearbeiten waren, und die Richtung, in der dies im Idealfall geschehen sollte (Aufgaben, die in demokratischen Gesellschaften das intermediäre Diskussionssystem Öffentlichkeit übernimmt). Wenn sich ein persönliches Problem sonst nirgendwo lösen ließ, blieben (gewissermaßen als letzte Möglichkeit) die „internen Öffentlichkeiten“. Joachim Herrmann bekam sogar Briefe, in denen er um Abonnements gebeten wurde – im Januar 1989 aus Berlin zum Beispiel mit dem Argument, dass man sich ohne die *Berliner Zeitung* gar nicht über die „Kandidaten der Wahlkreise“ informieren könne. Wenig später hatte die Familie ihre Zeitung.⁶² Ein anderer Briefschreiber, der im Juni 1989 die Medienpolitik der DDR kritisierte, bekam durch Herrmann immerhin einen Gesprächstermin bei der SED-Bezirksleitung Halle.⁶³

Dass sich Politik und Bürger zwischen den Ebenen Massenkommunikation sowie Veranstaltungs- und Versammlungsöffentlichkeiten auf der einen Seite (die beide von Gegnern aus dem Westen hätten eingesehen werden können) und Encountern auf der anderen Seite selbst über zentrale ideologische Fragen austauschen konnten, zeigt auch das Beispiel der Rezensionen zum Film „Die Reue“. Harald Wessel bekam in der ersten Woche nach seinem Verriss vom 1. November 1987 im *Neuen Deutschland* immerhin 19 Anrufe und 57 Briefe, in denen die Ablehnung deutlich überwog. Die kritischen Briefe, die teilweise „doppelt so lang“ waren wie der Artikel selbst, kamen dabei keineswegs nur von erklärten

60 Abteilung Agitation: Probleme und Tendenzen – zusammengestellt aus Berichten der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens, des ADN und des Nationalrates der Nationalen Front der DDR, 10. Februar 1978. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/14, Bl. 1-5.

61 Abteilung Agitation: Probleme und Tendenzen – zusammengestellt aus Berichten der Presse, 12.4.1978. Ebd., Bl. 7-18, hier 7f.

62 Brief an Herrmann vom 28. Januar 1989. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/37, Bl. 100f.

63 Brief an Herrmann vom Juni 1989. Ebd., Bl. 146f.

DDR-Gegnern, sondern auch aus dem „Freundeskreis“ (Wessel): etwa von Jürgen Kuczynski, Leonhard Kossuth oder aus der SED-Grundorganisation des Aufbauverlages, unterschrieben vom Parteisekretär. Nach diesem Brief fragte Wessel Herrmann etwas ratlos, wie er „reagieren“ solle.⁶⁴ Zwei Tage vorher hatte er aus den Briefen Pro und Contra zusammengestellt und die Liste unter anderem an den Agitationssekretär geschickt.⁶⁵

„Interne Öffentlichkeiten“ wurden nicht nur über Leser-, Hörer- oder Zuschauerbriefe hergestellt, sondern auch auf Versammlungen, zu denen die Redaktionen regelmäßig einluden oder zu denen sie (von Berlin aus) in die Republik fuhren, bei den Veranstaltungen im Vorfeld von Wahlen oder am Wahltag selbst – wenn die örtlichen SED-Funktionäre nach dem Mittagessen begannen, sich um die Wahlbeteiligung zu sorgen und sich aufmachten, die Säumigen daheim zu besuchen und zum Gang in das Wahllokal zu bewegen. Da die DDR-Bürger wussten, wie wichtig den Herrschenden die Legitimation durch eine 100-prozentige Zustimmung war, war es möglich, die Stimme als Pfand zu nutzen, um mit der Macht zu verhandeln und Zugeständnisse in persönlichen Angelegenheiten zu erreichen. Diese Politik des Einzelfalls unter Umgehung der Öffentlichkeitsebene Massenkommunikation (sowohl im Osten als auch im Westen) hatte für die Herrschenden zwei Vorteile: Zum einen wurden Kritiker zumindest zeitweise zufriedengestellt, und zum anderen konnten DDR-Bürger nur in „kleinen Öffentlichkeiten“ erfahren, welche Sorgen ihre Nachbarn hatten, und sich so schwerer über das Meinungsklima informieren, da in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ nur Erfolge und Zustimmung zelebriert wurden. Die Familie Gauck zum Beispiel hatte Anfang der 1950er Jahre keine Idee, wie viele Menschen im Osten Deutschlands das gleiche Schicksal erlitten hatten. Dass Sohn Joachim „andere Verfolgte nicht kannte“ und insgesamt „wenig“ von solchen Verfolgungen ahnte, verhinderte nicht nur, dass er sich mit weiteren „Opponenten gegen kommunistisches Unrecht“ verbünden konnte, sondern stellte ihn schon während des Studiums auch ins Abseits, weil seine „Kommilitonen das Schicksal meines Vaters für untypisch und unwahrscheinlich“ hielten (Gauck, 2009, S. 38f.).

6.3 Das Ende der „internen Öffentlichkeiten“

Die überlieferten Akten zeigen zugleich, dass das Prinzip, Probleme in „internen Öffentlichkeiten“ zu lösen, um dem Gegner im Westen keine Angriffspunkte zu bieten, kollabierte, als sich die ökonomische Situation verschlechterte und die Menschen unzufriedener wurden. Spätestens ab 1987 schwoll die Briefflut aus der Bevölkerung an (Gerlach, 1991, S. 219) – so stark, dass der Apparat von ZK-Agitationssekretär Herrmann seine gesetzliche Pflicht vernachlässigte und (vor allem 1989) oft gar nicht mehr antwortete. Die Zahl der Eingaben an Erich Honecker verdoppelte sich in den 1980er Jahren (von 6 822 im ersten Halbjahr

64 Wessel an Herrmann, 11. November 1987, In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/50, Bl. 159 – Vgl. auch Bl. 60-171.

65 Brief von Wessel, 9. November 1987. Ebd., Bl. 162-165.

1983 auf 13 937 im zweiten Halbjahr 1988).⁶⁶ Das Thema Wohnung blieb zwar in der Statistik vorn, dramatisch zu nahmen aber vor allem Petitionen zu Besuchsreisen in die Bundesrepublik und zur ständigen Ausreise, zu Ersatzteilfragen (vor allem für Autos) und zum Zustand der Infrastruktur („schlechte Straßen“). Im letzten überlieferten Bericht des Büros Honecker von Anfang 1989 wurde außerdem ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die Bürger „in letzter Zeit“ darüber beklagen würden, keine Tageszeitungen abonnieren zu können. „Zu bemerken ist, dass es sich bei diesen Anträgen vorwiegend um die junger Eheleute handelt.“⁶⁷

Natürlich hatten die DDR-Bürger zahlreiche Quellen, die sie über den Niedergang der Volkswirtschaft, die schwindende Legitimation des Sozialismus und über die Leistungsfähigkeit des anderen deutschen Staates informierten: auf der einen Seite fehlendes Material in den Betrieben und auf den Baustellen, die sprichwörtlichen Schlangen vor den Läden und der Mangel an Waren des Grundbedarfs, das Fehlen von Wohnraum, obwohl die SED versprochen hatte, dieses Problem bis 1990 zu lösen, sowie die Verschmutzung von Luft und Wasser, und auf der anderen Seite die weißen Fähnchen an den Autos der Ausreiseantragsteller, das Angebot in den Intershops (deren Zahl in den 1980er Jahren noch zunahm, Arnold, 2000, S. 329), Gespräche mit Westdeutschen am Balaton oder in Prag sowie immer häufiger die Berichte der Menschen, die durch die Liberalisierung der Genehmigungspraxis die Bundesrepublik besuchen durften und mit eigenen Augen gesehen hatten, dass man dort weder in Not und Elend lebte noch in einen Krieg gegen den Osten ziehen wollte oder gar Faschisten tolerierte. Lag die Zahl der Besuchsreisen in „dringenden Familienangelegenheiten“ 1983 noch bei 117 786, stieg sie bis 1987 auf rund eine Million im Jahr (Arnold, 2000, S. 331). Selbst wenn sich all diese Quellen als Momentaufnahmen abtun ließen: Wie sollte man verstehen, dass die SED bei den vielen Erfolgen des Sozialismus immer noch nicht in der Lage war, jedem ungehinderten Zugang zur „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ zu erlauben?

Dass Zeitschriften wie die *Wochenpost*, *Das Magazin* oder *FF dabei* nicht genug Papier bekamen, war man zwar gewöhnt (Meyen, 2003, S. 137-142), in den Akten aber spiegelt sich der wachsende Unmut. Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen schrieb schon Anfang 1986 in einer internen Analyse, dass die Eingaben „immer fordernder“ werden würden. Die Bevölkerung verstehe nicht, warum dieses Problem nicht gelöst werden könne, obwohl man doch „propagandistisch“ immer die „positive Tendenz“ betone.⁶⁸ Knapp zwei Jahre später schilderte eine Leserin aus Meuselwitz bei Leipzig in einem Brief an das Kulturministerium ihren wöchentlichen (meist vergeblichen) Kampf um die TV-Zeitschrift. „Sie glauben gar nicht, dass unsere Bürger dann alles Schöne, all die Maßnahmen, die in der DDR getroffen wurden, sei es Bauliches, Versorgungsmäßiges, Soziales,

66 Information über eingegangene Eingaben im 1. Halbjahr 1983, 9. August 1983; Information über eingegangene Schreiben im II. Halbjahr 1988. In: SAPMO-BArch, DY 30/2590, Bl. 1-9, 106-116.

67 Ebd., Bl. 114.

68 Analyse des bei einzelnen Sortimentsgruppen sowie bei ausgewählten Presseerzeugnissen erreichten Versorgungsgrades, des Versorgungsniveaus und des Grades der Bedarfsdeckung, 20. Februar 1986. In: BArch, DC 9/544. Nicht publiziert.

Kulturelles usw., völlig vergessen. Die Menschen laufen schimpfend durch den Ort.“⁶⁹ Wie sollten diese Menschen nachvollziehen, dass die führende Partei nicht nur bei Unterhaltungsblättern sparen musste, sondern nicht einmal mehr in der Lage war, den Bedarf an Tageszeitungen zu befriedigen? 1988 hatten 26 der 39 Blätter ein Sperrzeichen in der Postzeitungsliste (konnten also nicht mehr ohne weiteres abonniert werden), darunter seit Herbst 1987 mit Ausnahme der *Sächsischen Zeitung* auch alle SED-Bezirkszeitungen.⁷⁰ Wie sollte man da noch an das glauben, was in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ verbreitet wurde? Diese Argumentationskette zeigt, dass es richtig ist, das *Sputnik*-Verbot im November 1988 als Schlüsselereignis für den „schleichenden Machtverfall der SED-Führung“ zu interpretieren (Holzweißig, 1998, 976). Mit der Streichung der sowjetischen Monatszeitschrift von der Postzeitungsliste wurde auch auf der Öffentlichkeitsebene Massenkommunikation von einem zentralen Wert abgerückt, auf den sich der „stillschweigende Konsens“ zwischen Herrschern und Bevölkerung stützte (Lindenberger, 2009). Das Wort „Rumoren“ beschreibt die Reaktionen in den anderen Arenen nur unzureichend: die Flut an Eingaben an das Postministerium und die eigentlichen Entscheider, die erregten Diskussionen in Parteiversammlungen, die nicht selten in Austritten gipfelten, und das absolute Unverständnis in Encountern quer durch alle Bevölkerungsschichten, das sich in den Stimmungsberichten des Ministeriums für Staatssicherheit spiegelt (Holzweißig, 1998, 979).

7. Fazit

Die SED hat den „Kampf um die Öffentlichkeit“ (Süß, 1990, S. 910) mit erheblichem Aufwand geführt und dafür gesorgt, dass in den Massenmedien für den Sozialismus geworben und gegen den Kapitalismus marschiert wurde. Während alles veröffentlicht wurde, was den eigenen Interessen zu nutzen schien (sogar Werbung für die „finstersten“ Länder, wenn diese denn bereit waren, die DDR anzuerkennen), sollte möglichst geheim bleiben, was dem Gegner in die Hände spielen konnte. Dies galt vor allem für die Wirtschaft, wo ZK-Sekretär Mittag ein System aus Vor- und Nachzensur installiert hat, das ihm die Kontrolle über alle Publikationen sicherte. Auch in den anderen Bereichen haben die Herrschenden zugleich versucht, konkurrierende Deutungsangebote in anderen Arenen entweder ganz auszuschalten oder wenigstens mit einem Glaubwürdigkeitsvorbehalt zu versehen. In der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ wurde kommuniziert, wie man sich in Versammlungs- und Veranstaltungsöffentlichkeiten oder in Encountern verhalten musste, um keine Probleme mit den Machthabern zu bekommen. Die Bürger fanden hier die Themen, die Interpretationen und zum Teil auch die konkreten Formulierungen, die sie in der Öffentlichkeit verwenden konnten und

69 Brief vom 13. Januar 1988. In: BArch, DC 9/111. Nicht paginiert. – Das Schreiben wurde an das Presseamt weitergeleitet und dort am 18. Februar 1988 mit einem Hinweis auf „volkswirtschaftliche Gründe“ sowie die ausgeschöpfte „Kapazität für dieses Druckverfahren“ beantwortet. „Unsere ausführliche Antwort soll aber zeigen, dass uns die Probleme, auf die Sie in Ihrem Brief aufmerksam machen, bekannt sind.“ Ebd.

70 Statistische Angaben über das Pressewesen 1968 bis 1989. BArch, DC 9/1027. Nicht paginiert.

dafür im Gegenzug private Freiheit bekamen. Immer richtig war dabei, die DDR als Land des Friedens, der Jugend und des Wohlstands für alle darzustellen, als ein Land, das seine Lektion aus dem Zweiten Weltkrieg gelernt hatte, dem Faschismus und Arbeitslosigkeit fremd waren und das die Arbeiternot früherer Tage hinter sich gelassen hatte. Außerdem baute die SED in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ einen moralischen Druck auf, der viele Menschen lange zwang, die Nutzung von westlichen Medienangeboten zu verheimlichen. Dieser moralische Druck dürfte neben dem Wissen um die Medienlenkung daheim ein Grund dafür gewesen sein, dass viele DDR-Bürger auch diesen Angeboten unterstellten, bestimmte Interessen zu verfolgen.

Die Ziele der Medienlenkung und die Gängelung des Journalismus durch die Politik (Meyen & Fiedler, 2011) haben verhindert, dass sich in der DDR ein autonomes System Öffentlichkeit ausdifferenziert, das zwischen Politik und Gesellschaft vermittelt. Da in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ über Zustimmungserklärungen zu den Entscheidungen der führenden Partei und durch den (weitgehenden) Verzicht auf jede Kritik am eigenen Lager durchweg ein positives Meinungsklima konstruiert wurde und diese Öffentlichkeitsebene zugleich die anderen Arenen dominierte, konnten sich die Bürger kaum über abweichende Ansichten und Gegenargumente informieren und gar nicht über die Verteilung der Meinungen in der Bevölkerung. Für politisch Interessierte gilt dieser Satz natürlich nur mit Einschränkungen: Wer bereit war, Zeit in die Lektüre der Zeitungen zu investieren (was wie in allen Gesellschaften längst nicht für alle Menschen zutraf), konnte aus den Fiktionen der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ auf Probleme und Ziele der Herrschenden und ihrer Ansprechpartner in der Weltpolitik schließen, erst recht, wenn er intensiv die Berichterstattung aus der Bundesrepublik verfolgte. Über die Ursachen der Havarie in der *Schwarzen Pumpe* 1982 oder über die Sicht der SED-Spitze über die Lage in Polen erfuhr er aber auch dort nichts. Die Herrschenden konnten den Massenmedien umgekehrt nichts über die Probleme entnehmen, die von der Politik zu lösen waren. Diese Verstümmelung der wichtigsten Öffentlichkeitsebenen erklärt die Bedeutung, die „interne Öffentlichkeiten“ für beide Seiten hatten – Arenen wie Leserbriefe, Wählergespräche oder Parteiversammlungen, zu denen der Gegner im Westen keinen Zugang hatte und in denen deshalb „Klartext“ gesprochen werden konnte (allerdings nicht ohne rhetorische Referenz an den Rahmen, der in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ gesetzt worden war). Wer Kommunikationsprozesse in Gesellschaften ohne Medienfreiheit beurteilen will, muss deshalb erstens interne Öffentlichkeit einbeziehen und zweitens untersuchen, wie die jeweiligen Machthaber solche internen Öffentlichkeiten genau wie Veranstaltungen oder Versammlungen und Encounter über Angebote auf der Ebene Massenkommunikation gesteuert haben.

Bei allen Vorteilen, die die Verlagerung der gesellschaftlichen Kommunikation in „interne Öffentlichkeiten“ den Herrschenden auf den ersten Blick zu bringen schien (man erfuhr, worüber die Menschen sprachen, und konnte Kritiker einbeziehen und so ruhig stellen, ohne dass die Gefahr von Protestgruppen drohte): Das System der Einzelfallbefriedigung musste erstens scheitern, als die wirtschaftliche Lage schlechter und die Zahl der Beschwerden damit deutlich größer wurde,

und es verhinderte zweitens eine gesellschaftliche Debatte über die vielen Herausforderungen, vor denen die Industriegesellschaften Mitteleuropas spätestens ab Mitte der 1970er Jahre standen. Zu den Themen Energiepolitik und Umwelt (um nur zwei Beispiele zu nennen) fanden die DDR-Bürger in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ nur das, was dort immer stand: gar nichts, Jubel oder Kapitalismus-Schelte. Da ausländische Journalisten weder zum innersten Zirkel der Macht Zugang hatten noch zu internen Papieren (da jedem Whistleblower ein Bann drohte), waren die Westmedien hier kein Ersatz.

Die von der SED gelenkten Medienangebote haben an den „stillschweigenden Konsens“ zwischen Machthabern und Bürgern angeknüpft und vor allem in Krisensituationen (wie in den Jahren der offenen Grenze, beim Mauerbau oder während der Streikbewegung in Polen) an die Werte erinnert, auf die man sich leicht einigen konnte. Wer vor dem 13. August 1961 schon erwachsen war und im Osten blieb, hatte sich bewusst für die DDR entschieden und fand in den einheimischen Massenmedien die entsprechende Legitimation: man baute an einer Alternative zu der Gesellschaftsordnung, die auf Reichtum aus war und so Kriege mit Millionen von Toten verursacht hatte, und es ging dabei aufwärts, vor allem für die Jugend. Viele Menschen spürten die Erfolge, über die sie in der Presse lasen, am eigenen Leib, und arrangierten sich vielleicht auch deshalb, weil bei Problemen ja immer noch die Möglichkeit blieb, einen Leserbrief oder eine Eingabe an den SED-Chef zu schreiben. Selbst wenn eine Mehrheit gegen die Machthaber war: Die Menschen konnten dies nur über Kanäle erfahren, die ihnen zumindest teilweise verdächtig waren.

Während die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ auf diese Weise einerseits sehr lange zur Stabilität der ostdeutschen Gesellschaft beitrug, konnten die Menschen hier andererseits bereits sehr früh erste Zeichen für die Agonie des Staates finden – auch weil sie die Angebote kaum ignorieren konnten (wegen der Notwendigkeit, sich öffentlich zumindest verbal zum Sozialismus zu bekennen). Der Jubel über die eigenen Erfolge und die Kritik am gegnerischen Lager wurden in der Tagespresse schon Ende der 1970er Jahre deutlich leiser. So paradox es klingen mag: Die internationale Anerkennung, die Einbindung in die globale Wirtschaft und die weltweiten Erfolge des Friedenspolitikers Erich Honecker (also genau das, worauf alle Kontrollen der Öffentlichkeit letztlich aus gewesen waren) brachten das System letztlich zum Einsturz. Die wachsende Komplexität der außenpolitischen Situation und die immer stärker werdenden wirtschaftlichen Verknüpfungen führten erstens dazu, dass die Medienredaktionen immer stärker gegängelt werden mussten (da die gerade aktuellen Interessen nur im Machtapparat selbst und hier vor allem an seiner Spitze bekannt waren), und sorgten zweitens dafür, dass sowohl die Abgrenzung von der Bundesrepublik als auch die Kapitalismuskritik aus der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ verschwanden – in einer Zeit, in der Versorgungsengpässe, das aus vielen Quellen stammende Wissen über den „Alltag im Westen“ und schließlich der (in den Westmedien öffentlich sichtbare) Auszug des Hoffnungsträgers Jugend die Legitimation der gesellschaftlichen Ordnung ohnehin erschütterten. Es war Zeit für ein „Neues Forum“.

Literatur

- Agethen, M. (1995). Die Ost-CDU und der Fall Brüsewitz vom August 1976. In M. Richter, & M. Reißmann (Hrsg.), *Die Ost-CDU* (S. 201-223). Weimar: Böhlau.
- Arendt, H. (1958). *The Origins of Totalitarianism*. New York: Harcourt Brace.
- Arnold, K. (2003). Propaganda als ideologische Kommunikation. *Publizistik*, 48, 63-82.
- Arnold, K.-H. (2000). *Zeitung. Ein Journalist berichtet*. Berlin: edition ost.
- Bachmann, R. (1995). *Ich bin der Herr – Und wer bist Du? Ein deutsches Journalistenleben*. Berlin: Dietz.
- Bahrman, H. (1990). Wende und journalistisches Selbstverständnis in der DDR. *Rundfunk und Fernsehen*, 38, 409-416.
- Barck, S.; Langermann, M., & Lokatis, S. (1997). „Jedes Buch ein Abenteuer!“ *Zensursystem und literarische Öffentlichkeiten in der DDR bis Ende der sechziger Jahre*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Barck, S., & Lokatis, S. (2008). *Zensurspiele. Heimliche Literaturgeschichten der DDR*. Halle: Mitteldeutscher Verlag.
- Bathrick, D. (1995). *The Power of Speech: The Politics of Culture in the GDR*. Lincoln, NE: University of Nebraska Press.
- Behrend, H. (2002). Feministische Gegenöffentlichkeit im „Realsozialismus“. *Medien und Zeit*, 17 (1), 16-26.
- Bellut, T. (1982). *Die DDR-Berichterstattung in den Nachrichtenmedien der Bundesrepublik*. Münster: Lit.
- Böhme, G. (2011). Was wird der Erich dazu sagen? In M. Meyen, & A. Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 115-124). Berlin: Panama.
- Bösenberg, J.-A. (2004). *Die Aktuelle Kamera (1952–1990)*. Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg.
- Bürger, U. (1990). *Das sagen wir natürlich so nicht. Donnerstagsargus bei Herrn Geggel*. Berlin: Dietz.
- Chmel, C. (2009). *Die DDR-Berichterstattung bundesdeutscher Massenmedien und die Reaktionen der SED (1972-1989)*. Berlin: Metropol.
- Donda, A. (1992). Zahlen lügen nicht. In B. Zimmermann, & H.-D. Schütt (Hrsg.), *ohn-Macht. DDR-Funktionäre sagen aus* (S. 27-43). Berlin: Verlag Neues Leben.
- Dubiel, H. (1988). *Kritische Theorie der Gesellschaft*. Weinheim, München: Juventa.
- Eichinger, B., & Stern, F. (Hrsg.). (2009). *Film im Sozialismus – Die DEFA*. Wien: Mandelbaum.
- Engler, W. (1992). *Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fehr, H. (1999). Die Macht der Symbole. Osteuropäische Einwirkungen auf den revolutionären Umbruch in der DDR. In K. Jarausch, & M. Sabrow (Hrsg.), *Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR* (S. 213-238). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Fiedler, A. (2011). Wenn aus Feinden plötzlich Freunde werden. DDR-Presse im Spiegel der politischen Großwetterlage. Eine quantitative Inhaltsanalyse von vier DDR-Zentralorganen 1950 bis 1989. In A. Fiedler, & M. Meyen (Hrsg.), *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen* (S. 135-163). Münster: Lit.

- Fiedler, A., & Meyen, M. (2010). „Nichts tun, was unseren Interessen schadet“. Eine Inhaltsanalyse der Argumentationsanweisungen der Abteilung Agitation (1960 bis 1989). *Deutschland Archiv*, 43, 1034-1042.
- Fiedler, A.; Meyen, M. (2011). (Hrsg.). *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen*. Münster: Lit.
- Friedrich, C. J., & Brzezinski, Z. K. (1965). *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Cambridge: Harvard University Press.
- Funke, C. (2011). Viel Liebe und viel Leidenschaft. In M. Meyen, & A. Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 269-278). Berlin: Panama.
- Gamson, W., & Modigliani, A. (1987). The changing culture of affirmative action. In R. Braungart, & M. Braungart (Hrsg.), *Research in political sociology* (S. 137-177). Greenwich: JAI Press.
- Gauck, J. (2009). *Winter im Sommer – Frühling im Herbst. Erinnerungen*. München: Siedler.
- Gerhards, J. (1998). Konzeptionen von Öffentlichkeit unter heutigen Medienbedingungen. In O. Jarren, & F. Krotz (Hrsg.), *Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen* (S. 25-48). Baden-Baden: Nomos.
- Gerhards, J.; & Neidhardt, F. (1990). *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze*. Berlin: Wissenschaftszentrum.
- Gerlach, M. (1991). *Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat*. Berlin: Morgenbuch.
- Geserick, R. (1989). *40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR*, München: Ölschläger.
- Göbel, A. (2011). Krisen-PR im „Schatten der Mauer“. Der 13. August 1961 in den DDR-Zentralorganen. In A. Fiedler, & M. Meyen (Hrsg.), *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen* (S. 165-193). Münster: Lit.
- Gutschke, I. (2011). Man konnte etwas für einen Autor tun. In M. Meyen, & A. Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 150-158). Berlin: Panama.
- Habermas, J. (1990). *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hasche, C.; Schölling, T.; & Fiebach, J. (1994). *Theater in der DDR. Chronik und Positionen*. Berlin: Fischer-Lichte.
- Hein, C. (1990). Die Zensur ist überlebt, nutzlos, paradox, menschenfeindlich, volksfeindlich, ungesetzlich und strafbar. In *Als Kind habe ich Stalin gesehen. Essays und Reden* (S. 77-104). Berlin: Aufbau.
- Hesse, K. (1988). *Westmedien in der DDR. Nutzung, Image und Auswirkungen bundesrepublikanischen Hörfunks und Fernsehens*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Holzweißig, G. (1999). „Verzerrende Beiträge zur Geschichte“. Zehnter Jahrestag des „Sputnik“-Verbots. *Deutschland Archiv*, 31, 976-980.
- Holzweißig, G. (1999). Massenmedien in der DDR. In J. Wilke (Hrsg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland* (S. 573-601). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Holzweißig, G. (2002). *Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR*. Köln: Böhlau.
- Hölscher, J. (1979). *Öffentlichkeit und Geheimnis. Zur Entstehung der Öffentlichkeit in der frühen Neuzeit*. Stuttgart: Klett-Cotta.

- Höpcke, K. (2008). *Über linke Heimatliebe. Texte um die Jahrtausendwende*. Berlin: Das Neue Berlin.
- Impekoven, H. (2004). „Gewinnt alle christlichen Bürger zur Mitarbeit!“ Die CDU-Presse in der SBZ und DDR. In H. Impekoven & V. Plank: Feigenblätter. Studien zur Presse- lenkung in Drittem Reich und DDR (S. 119-240). Münster: Scriptorium.
- Irmer, T. (2009). Sozialistischer Boulevard. Zum fast vergessenen Theater Rudi Strahls. In U. Häußler, M. Merkel (Hrsg.), *Vergnügen in der DDR* (S. 336-343). Berlin: Panama.
- Irmer, T.; Schmidt, M. 2003. *Die Bühnenrepublik. Theater in der DDR*. Berlin: Alexander Verlag.
- Kapitza, A. (1997). Transformation der ostdeutschen Presse. „Berliner Zeitung“, „Junge Welt“ und „Sonntag/Freitag“ im Prozess der deutschen Vereinigung. Opladen: West- deutscher Verlag.
- Kaspar, A. (2011). Prisma war ein Mutmacher. In M. Meyen, & A. Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 309-318). Berlin: Panama.
- Kirchler, K. (2011). „In alle Richtungen der Windrose“. Die Weltfestspiele 1973 als PR- Event. In A. Fiedler, & M. Meyen (Hrsg.), *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen* (S. 245- 268). Münster: Lit.
- Kirschey-Feix, I. (2011). Biermann war für mich ein Einschnitt. In M. Meyen, & A. Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 210-218). Berlin: Panama.
- Kluge, U., Birkefeld, U., & Müller, S. (1997). *Willfährige Propagandisten. MfS und SED- Bezirksparteizeitungen*, Stuttgart: Steiner.
- Körner, K. (1992). Politische Broschüren im Kalten Krieg 1947-1963. In D. Vorsteher (Hrsg.), *Deutschland im Kalten Krieg* (S. 85-100). Berlin: Argon.
- Landes, C. (2011a). „Ich hatte so viel Spielraum wie ich wollte.“ Der Einfluss von Journalisten: das Beispiel Sport. In A. Fiedler, & M. Meyen (Hrsg.), *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen* (S. 107-133). Münster: Lit.
- Landes, C. (2011b). „Noch nie hatte man’s gesehn: 5 Freunde untern besten Zehn!“ Die olympischen Sommerspiele 1972 in München. In A. Fiedler, & M. Meyen (Hrsg.), *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen* (S. 215-244). Münster: Lit.
- Lindenberger, T. (2009). Tacit Minimal Consensus: The Always Precarious East German Dictatorship. In P. Corner (Hrsg.), *Popular Opinion in Totalitarian Regimes: Fascism, Nazism, Communism* (S. 208-222). New York: Oxford University Press.
- Loest, E. (1952). *Die Westmark fällt weiter*. Halle: Mitteldeutscher Verlag.
- Merkel, I. (1997). „... in Hoyerswerda leben jedenfalls keine so kleinen viereckigen Menschen.“ Briefe an das Fernsehen der DDR. In A. Lüdtke, & P. Becker (Hrsg.), *Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag* (S. 279-310). Berlin: Akademie Verlag.
- Merkel, I., & Mühlberg, F. (2000). Eingaben und Öffentlichkeit. In I. Merkel (Hrsg.), *„Wir sind doch nicht die Meckerecke der Nation“ . Briefe an das Fernsehen der DDR* (S. 11- 46). Berlin: Schwartzkopf & Schwartzkopf.
- Meyen, M. (2001). *Hauptsache Unterhaltung. Mediennutzung und Medienbewertung in Deutschland in den 50er Jahren*, Münster: Lit.

- Meyen, M. (2003) *Denver Clan und Neues Deutschland. Mediennutzung in der DDR*, Berlin: Ch. Links.
- Meyen, M., & Fiedler, A. (2011). *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR*. Berlin: Panama.
- Meyen, M., & Schweiger, W. (2008). „Sattsam bekannte Uniformität“? Eine Inhaltsanalyse der DDR-Tageszeitungen Neues Deutschland und Junge Welt (1960 bis 1989). *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 56, 82-100.
- Modrow, H. (2011). Die Argumentation ist meine Erfindung. In M. Meyen & A. Fiedler, *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 37-47). Berlin: Panama.
- Mühlberg, F. (2004). *Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingaben in der DDR*. Berlin: Dietz.
- Neidhardt, F. (1994). Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In F. Neidhardt (Hrsg.). *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen* (S. 7-41). Op-laden: Westdeutscher Verlag.
- Neues Forum (1989). *Aufbruch 89*. Bonn: Haus der Geschichte. Abgerufen von http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/DieDeutscheEinheit_aufrufNeuesForum/index.html
- Niemann, H. (1995). *Hinterm Zaun. Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR – die geheimen Berichte an das Politbüro der SED*. Berlin: edition ost.
- Noelle-Neumann, E. (1992). Manifeste und latente Funktion Öffentlicher Meinung. *Publizistik*, 37, 283-297.
- Noelle-Neumann, E. (2001). *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*. München, Zürich: Piper.
- Osterer, O. (2011). Speerspitze von Imperialismus und Weltreaktion. Das Israel-Bild während des Sechstagekriegs. In A. Fiedler, & M. Meyen (Hrsg.), *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen* (S. 195-214). Münster: Lit.
- Pleitgen, F. (2004). Impressionen zur deutsch-deutschen Fernsehgeschichte. In: Deutsches Rundfunkarchiv (Hrsg.), *In geteilter Sicht. Dokumentation eines Symposiums* (S. 17-24). Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg.
- Poss, I., & Warnecke, P. (Hrsg.) (2006). *Spur der Filme. Zeitzeugen über die DEFA*. Berlin: Ch. Links.
- Raddatz, K. (2011). Ich dachte, wir machen es richtig. In M. Meyen, & A. Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 167-175). Berlin: Panama.
- Raupp, J. (2000). *Kunstöffentlichkeit im Systemvergleich. Selbstdarstellung und Publikum der Nationalgalerien im geteilten Berlin*. Münster: Lit.
- Raupp, J. (2003). Kunstöffentlichkeit in der DDR als Gegen-Gegenöffentlichkeit. In G. Rittersporn, M. Rolf, & J. Behrends (Hrsg.), *Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten* (S. 217-238). Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Requate, J. (1999). Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse. *Geschichte und Gesellschaft*, 25, 5-32.
- Roesler, J. (2009). Schwarze Pumpe – ein „Schlüsselbetrieb“ der DDR-Volkswirtschaft? In G. Bayerl (Hrsg.), *Braunkohleveredlung im Niederlausitzer Revier. 50 Jahre Schwarze Pumpe* (S. 105-118). Münster: Waxmann.

- Rühle, R. (2003). *Entstehung von politischer Öffentlichkeit in der DDR in den 1980er Jahren am Beispiel von Leipzig*. Münster: Lit.
- Sabrow, M. (1999). Der Konkurs der Konsensdiktatur. Überlegungen zum inneren Zerfall der DDR aus kulturgeschichtlicher Perspektive. In K. Jarausch, & M. Sabrow (Hrsg.), *Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR* (S. 83-126). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Sabrow, M. (2004). Die Wiedergeburt des klassischen Skandals. Öffentliche Empörung in der späten DDR. In M. Sabrow (Hrsg.), *Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR* (S. 231-265). Göttingen: Wallstein.
- von Saldern, A. (2003). Öffentlichkeit in Diktaturen. Zu den Herrschaftspraktiken im Deutschland des 20. Jahrhunderts. In G. Heydemann, & H. Oberreuter (Hrsg.), *Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen* (S. 442-475). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schabowski, G. (2011). Kommunisten sind Großideologen. In M. Meyen, & A. Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 27-36). Berlin: Panama.
- Scheufele, B. (2003). *Frames – Framing – Framing-Effekte. Theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schröder, R. (23. Juni 2009). Selbst die Zahl der Selbstmorde war in der DDR ein Staatsgeheimnis. *Süddeutsche Zeitung*, S. 6.
- Schweizer, A. (2011). „Wir dulden keinen Schmutz, auch nicht Schmutz in Versen“: die Biermann-Affären. In A. Fiedler, & M. Meyen (Hrsg.), *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen* (S. 269-294). Münster: Lit.
- Silberman, M. (1997). Problematizing the „Socialist Public Sphere“: Concepts and Consequences. In M. Silberman (Hrsg.), *What Remains? East German Culture and the Post-war Public* (S. 1-37). Washington: American Institute for Contemporary German Studies.
- Staatd, J., Voigt, T., & Wolle, S. (2008). *Operation Fernsehen. Die Stasi und die Medien in Ost und West*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Steiner, A. (2007). *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*. Berlin: Aufbau.
- Steinmetz, R., & Viehoff, R. (2008). *Deutsches Fernsehen Ost. Eine Programmgeschichte des DDR-Fernsehens*. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg.
- Stiehler, H.-J. (2001). *Leben ohne Westfernsehen. Studien zur Medienwirkung und Medien-nutzung in der Region Dresden in den 80er Jahren*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Stiehler, H., & Lindner, B. (1991). Besucherstrukturen in Kunstausstellungen. In H.-J. Klein (Hrsg.), *Rückblende. Museumsbesucher und Besucherforschung in der DDR* (S. 7-25). Karlsruhe: Institut für Soziologie.
- Stöber, R. (2005). Der politische Witz. Ein Genre politischer Kommunikation und Maßstab politischer Freiheiten. *Communicatio Socialis*, 38, 378-394.
- Süß, W. (1990). Revolution und Öffentlichkeit in der DDR. *Deutschland Archiv*, 23, 907-921.
- Tiedke, W. (2011). Wir haben die richtigen Fragen gestellt. In M. Meyen, & A. Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 75-86). Berlin: Panama.

- Tiemeyer, F. (1986). Eine Spur ausführlicher. Ein Vergleich zwischen der SED-Presse und den Zeitungen der „Blockparteien“. *Medium*, 2, 25f.
- Timm, A. (1992). Israel in den Medien der DDR. In M. Benz (Hrsg.), *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* (S. 154-173). Frankfurt am Main: Campus.
- Tomala, M. (2003). Eine Bilanz der offiziellen Beziehungen zwischen der DDR und Polen. In K. Basil, A. Kotula, & K. Wóycicki (Hrsg.), *Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990* (S. 59-79) Osnabrück: Fibre.
- Vogel, K. (2011a). Publizistische Begleitung der „Revolution des Volkes“? *Der Morgen* am Ende der DDR. In A. Fiedler, & M. Meyen (Hrsg.), *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen* (S. 295-321). Münster: Lit.
- Vogel, K. (2011b). Die Differenz zwischen Realität und Berichterstattung. Eine Fallstudie zur Opposition in Polen und zur Havarie im Gaskombinat *Schwarze Pumpe*. In A. Fiedler, & M. Meyen (Hrsg.), *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen* (S. 25-58). Münster: Lit.
- Weise, G. (2011): Dienstleister für das Tal der Ahnungslosen. In M. Meyen, & A. Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 299-308). Berlin: Panama.
- Wendelin, M. (2011). *Medialisierung der Öffentlichkeit. Kontinuität und Wandel einer normativen Kategorie der Moderne*. Köln: Halem.
- Wesenberg, D. (2007). *Unter „operativer Kontrolle“: Die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Ost-Berlin*. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung.
- Wilke, J. (2007): *Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert. Erster Weltkrieg – Drittes Reich – DDR*, Köln: Böhlau.

Public Sphere in the German Democratic Republic

A Theoretical and Empirical Contribution to the Structures of Communication in Societies with no Freedom of the Press

Michael Meyen

1. Scope

Using the example of the German Democratic Republic (GDR) the present study deals with the public sphere in Eastern European countries before 1989. For this purpose, it moves the daily newspapers back on stage. This approach may at first seem somewhat controversial. Western studies continue to uphold the thesis that the mass media in socialist societies could not reflect public opinion, but solely to mould and shape it in the direction favoured by the leading party (Bathrick, 1995; Silbermann, 1997). Consequently, in this view the socialist mass media – by completely choking public opinion – just served as a propaganda tool for the socialist elite, making the media more or less “dispensable” to its public (Habermas, 1989; Boggs, 2000). The idea of the media as “collective propagandist, agitator and organiser” (Lenin) makes it plain why the bulk of research about the public sphere in the GDR focuses on literature and culture, on opposition groups and on the Church and leaves out “the official public sphere under party control” (Silberman, 1997, p. 7).

The present paper supports the idea that the dichotomy between the propaganda role of the state’s media infrastructure on the one hand and the partially free sphere in the fields of literature and arts on the other hand actually limit the scope of research and make it impossible to see the structures of public communication. Even though a quick look into the thin, slowly decaying newspapers with pictures of the General-Secretary of the GDR, political session reports and mottoes is enough to convince of the totalitarian destruction of the public sphere in societies ruled by State socialism, two questions remain unanswered, namely: How could the communist party stay in power without many incidents over such a long period of time? And where did the protest movement come from that destroyed this solid system almost in a blink of an eye?

In both cases, the answer of the present study leads to the steering of the mass media which was in fact a trial to control the public sphere at all (even the arts, encounters and the media from the West). The political staged public sphere did not provide an intermediary system for debate that would have allowed for bilateral exchange between politics and society and given free access to everyone (Gerhards & Neidhardt, 1990, pp. 42-46). Yet, even in the GDR there was a “domain that was not secret” and that related to State affairs (which is the original definition of the concept of public sphere). As public communication took place via daily papers “within the horizon of all citizens” (a relevant specificity of the public sphere in the State system) and as readers were largely aware of both the ob-

jectives and the mechanisms of political steering of the media that was going on, public opinion could emerge in the GDR and represent more or less general positions with regard to specific issues. These opinions could not really touch upon all issues, but did not necessarily have to be in agreement with the objectives of the communication policy. By comparison the media offers from the West towards the GDR have influenced the process of public opinion making in less concrete ways (because Western Television could only dedicate a comparatively limited amount of air-time to GDR issues) but they have largely contributed to raising the awareness of the audience to the phenomenon of media steering that was going on in the GDR.

2. Theoretical background and sources

On the basis both of the Arena Model by Gerhards and Neidhardt (1990) and the findings of historical research about the GDR, the paper differentiates the public sphere in socialist countries. Alongside the two sub-levels of mass communication in socialist countries (the politically staged public sphere and the media from the West), official and unofficial events and meetings as well as encounters (such as dialogues on the bus, at the workplace or at the pub) there was a fourth level: internal public spheres like readers' letters or party meetings which were open to GDR citizens and gatekeepers to the other levels of public sphere, but not to journalists and other observers from the West. The study is based on four main sources: files from the Federal archives in Berlin, a content analyses of the daily instructions given by the media headquarter of the communist party, a (quantitative and qualitative) content analyses of four main GDR newspapers, and a series of about 100 biographical interviews, held between 2000 and 2002, in which former GDR-residents have been asked about their everyday media usage during the 1980s.

3. Main findings

The "positive connotation" of the concept of public sphere has restrained the research into the performance of the politically staged public discourse in the States of Eastern Europe as well as into internal public spheres hidden from Western eyes. If researchers had not concentrated on a counter public sphere or if they had not denied the existence of a public sphere, the mobilisation process of the public sphere that took place in the GDR in 1989 would not have taken us so much by surprise (Gerhards & Neidhardt, 1990, p. 77).

The SED leadership saw the press as an instrument in the class struggle and positioned a fiction in the part of the public sphere that it could control directly. This fiction was meant to serve their current interests and did take into account that the Western media also played a role in the GDR public communication sphere. People in charge have consistently implied that "the other side" (in particular West Germany) was on the lookout for weaknesses of the GDR in all its publications. That's why they made every effort to suppress the reporting of any internal details that their adversary might have used for their own interest. The

most important stake holders (politicians, ambassadors, businessmen and artists, who had to deal with the GDR) as well as the GDR citizens used to read the East German press as it was conceived (namely as an official statement of the SED) and tried to draw conclusions about the position and the objectives of the GDR leadership. The media fiction may have caused large numbers of readers to leave out the first pages of the dailies, but on the other hand politically interested citizens had the possibility to draw conclusions not only about the objectives and the position of the SED leadership but as well about the positioning of the class enemy, on internal and external conflict zones and economic issues. Even though the politically staged public sphere was neither open to all topics, nor for all actors, it did in a way at least provide a certain measure of transparency and orientation. The citizens of the GDR knew that there was no free public sphere in their country and they have therefore generally distrusted news and the media, even the media offer from West Germany. The politically staged public sphere did also fulfil an orientation function, because it informed about the currently valid reading of the ideology, about what one could do and say in events, meeting or encounters without rubbing the system up the wrong way.

The knowledge that the papers had a high significance for the communist party and that there were close ties between the newsrooms and the decision makers had the consequence that the GDR citizens turned to the press and even to the Secretary for Agitation in the Central Committee, not because they believed that their cases would be published, but because they knew that their letters would get to the relevant administration (in case of specific problems) or to the centre of power. The daily newspapers in the GDR represented a channel for discussion that provided an intermediary between the politics and the population (internal public spheres).

The dominance of the mass media has allowed for the emergence of an unofficial communication structure that has provided (within limitations) opportunities to connect society (or the real world) with politics. The collected readers' letters and the files of the section for agitation demonstrate that this discourse can be gauged with the norms of Habermas (1989), largely because the involved citizens had no means to know how the rulers would react and needed not only courage but as well rhetorical capacities in support of their argument. It must be said that the wave of protest that caused the end of the Communists' rule was also boosted by the fact that reality and media fictions were ever growing further apart. It can nevertheless be safely assumed that the GDR citizens had plenty of opportunities to read signs of the agony of the System in the politically staged public sphere. Since validation could only happen within encounters, the process of build up of political will has taken longer than it does in societies with an autonomous system of public sphere.

Literature

- Bathrick, D. (1995). *The Power of Speech: The Politics of Culture in the GDR*. Lincoln: University of *Nebraska* Press.
- Boggs, C. (2000). *The End of Politics: Corporate Power and the Decline of the Public Sphere*. New York: Guildford Press.
- Gerhards, J., & Neidhardt, F. (1990). *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit* [Structures and functions of modern public sphere]. Berlin: Wissenschaftszentrum.
- Habermas, J. (1989). *The Structural Transformation of the Public Sphere: An Inquiry into a Category of Bourgeois Society*. Cambridge: MIT Press.
- Silberman, M. (1997). Problematizing the Socialist Public Sphere: Concepts and Consequences. In M. Silberman (Ed.), *What Remains? East German Culture and the Postwar Public* (pp. 1-37). Washington: American Institute for Contemporary *German* Studies.

FULL PAPER

Organizational Communication in a Networked Public Sphere

**Strategische Organisationskommunikation in
einer Netzwerköffentlichkeit**

Juliana Raupp

Juliana Raupp: Freie Universität Berlin, Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft; Kontakt: raupp(at)zedat.fu-berlin.de

FULL PAPER

Organizational Communication in a Networked Public Sphere

Strategische Organisationskommunikation in einer Netzwerköffentlichkeit

Juliana Raupp

Abstract: The purpose of the article is to provide a conceptual foundation for the examination of the impact of the new public sphere on strategic organizational communication. The paper addresses the following question: how do organizations strategically communicate in the face of the changing public sphere? The argument is made, that organizations adapt to this new environment, but that they also actively shape it. Based on a broad review of literature related to the new structural transformation of the public sphere, a model of a networked public sphere is derived. This model serves as a foundation to formulate propositions for future research on strategic organizational communication under the conditions of a networked public sphere. The emphasis of the paper is on the development of a theoretical framework. However, examples will be included in order to illustrate the assertions. The value of the paper lies in addressing central themes of strategic organizational communication through the lens of the public sphere perspective.

Key words: Organizational communication; Public relations; Public sphere; Social network analysis

Zusammenfassung: Der Beitrag fokussiert strategische Organisationskommunikation unter den Bedingungen einer vernetzten Öffentlichkeit. Wie wirkt sich der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit auf die strategische Organisationskommunikation aus? In welcher Form trägt strategische Organisationskommunikation selbst zur Transformation der Öffentlichkeit bei? Öffentlichkeits- und netzwerktheoretische Überlegungen zusammenführend wird das Modell einer Netzwerköffentlichkeit entwickelt. Auf der Grundlage dieses Modells werden Veränderungen der strategischen Organisationskommunikation diskutiert und neue Forschungsfragen aufgeworfen. Damit leistet der Artikel einen Beitrag zur theoretischen Fundierung der strategischen Organisationskommunikation aus dem Blickwinkel der Öffentlichkeitsforschung.

Schlagwörter: Organisationskommunikation; Public Relations; Öffentlichkeit; Soziale Netzwerkanalyse

Many communication scholars will remember the Greenpeace/Brent Spar case. In April 1995, Greenpeace activists occupied the Brent Spar oil storage facility in the North Sea. This action was part of a campaign against the deep sea disposal of oil installations by Shell and other oil companies (Greenpeace, 2007). The Greenpeace campaign, the amplification of the conflict by the news media, and the threat of a consumer boycott eventually prompted Shell to call off the sinking of the Brent Spar. This example inspired many scholars to examine more closely how public opinion was formed during this case and what role the mass media had played (Berens, 2001; Berens & Hagen, 1997; Gehrau, 2009; Hansen, 2000; Johannsen & Vorfelder, 2009; Klaus, 2009; Tsoukas, 1999; Vowe, 2009). Especially the one-sided, top down communication of Shell was subject to criticism (Renn & Löfstedt, 1997). Moreover, scholars interrogated the way Greenpeace pitched the case to the news media and how the media were drawn into the campaign (Klaus, 2009).

In March 2010, fifteen years and many protests later, Greenpeace successfully campaigned again, this time against the Swiss based food corporation Nestlé. Nestlé used palm oil from an Indonesian supplier for the production of the chocolate bar *Kitkat*. In the eyes of its critics, Nestlé threatens the livelihood of orangutans, as the production of palm oil is causing deforestation. Greenpeace launched a viral campaign on video platforms and on social networks sites. The environmentalists published a provocative video on YouTube and encouraged supporters of *Kitkat* on Facebook to change their profile to anti-Nestlé slogans. The corporation's reaction made things worse: Nestlé lobbied to have the video removed from YouTube, citing a copyright complaint; when the YouTube video was launched again, it received more than 1 1/2 million hits. Also, Nestlé tried to stop Facebook "fans" using any altered versions of the brand logo. This led to even more support for the Greenpeace campaign as the corporation offended unwritten laws of the net community.

The conflict ended with another success for Greenpeace as Nestlé quit its collaboration with the Indonesian supplier and promised to produce in a sustainable way (Greenpeace, 2010; Tabacek, 2010). Like in the Brent Spar case, there was a discussion in the aftermath, this time in various blogs. The main subject was the PR disaster of Nestlé but there was also a beginning discussion among Greenpeace supporters on viral campaigning (Lange, 2010).

The two cases shed light on the conflicted relationship between multinational corporations and NGOs. They are examples for the "David and Goliath" effect: while large transnational corporations struggle to gain public trust NGOs in general and Greenpeace in particular are perceived as trustworthy and sympathetic. While the campaigns cannot be compared directly as they address different topics in different socio-political and economic settings, they give cause to reflect on some of our assumptions on public relations and organizational communication research. What do the stories tell about the conditions under which conflicting views were made public? What exactly has changed?

Without doubt, the proliferation of digital information and communication technologies (ICT) altered the communicative environment for all of us as individuals, but also for organizations. What are the consequences for theorizing

about PR and organizational communication? In this paper, I suggest a reconsideration of public relations and strategic organizational communication from a public sphere perspective.

The digital media are a powerful driving force for the transformation of public communication and, in turn, for the way organizations communicate in public. The idea to think about PR from a societal perspective has been raised frequently in recent years (Coombs & Holladay, 2006, 2010, 2010; Heath, 2006; Taylor, 2010; van Ruler & Vercic, 2005). But scholars disagree about the basic conceptual framework; some propose society in general (Heath, 2006), others see the civil society as foundation for a macro-theoretical perspective on PR (Taylor, 2010). This paper suggests to put the concept of the public sphere in the center as the public sphere is constituted by communication, making it a concept which is particularly pertinent to communication studies. The purpose of this paper is to *provide a theoretical framework for examining the implications of the new public sphere for public relations research*. My point of departure is the concept of the “networked public sphere” (Benkler, 2006; Friedland, Hove, & Rojas, 2006) as this concept stresses the features of the public sphere which are particularly relevant for public relations: the higher visibility of organizations in a network and their strong embeddedness in a plurality of social relationships. The implications of this framework of the networked public sphere will be discussed in relation to a structural, a relational and a spatiotemporal dimension of organizational communication.

The current debate draws on the question whether the internet constitutes a new public sphere, and if so, how this public sphere is connected to the traditional public sphere. Also, opinions differ with regard to the normative potential of the internet; soaring expectations of internet enthusiasts are positioned against concerns of the skeptics. Important as it is to consider the normative consequences of the transformation of the public sphere, there is also a need to discuss the implications from an analytic perspective. From this point of view, it is less decisive to ask whether the internet is a blessing or doom for the public sphere; instead, it is important to focus on the interrelation between the “old” and the “new” public sphere. Accordingly, in this paper I outline that the networked public sphere does not simply correspond to the internet as a new form of public sphere. Instead, it is argued that the transformation of the public sphere is the result of the interplay of virtual networks, enabled by technological possibilities and various types of organizational communication practices. Organizations play a dual role with regard to the constitution and the processing of the networked public sphere: on the one hand, organizations adjust to new developments within their environment; on the other hand, they shape that environment by incorporating new technology-driven forms of communication within their organizational communication repertoires. In order to discuss the role of public relations and organizational communication in the networked public sphere, I draw on the arena model of the public sphere as developed by Gerhards and Neidhardt (1991, 1994, 1997). This model will be modified and enhanced based on network theoretical considerations. Finally, the implications of this revised model of the networked public sphere for organizational communication will be discussed, referring to the two Greenpeace examples.

1. Literature review: The (networked) public sphere

The notion of the public sphere is closely connected to theories of democracy. The public sphere's function for democracy is prominently expressed in the idea of the ancient polis. The agora, the market place where citizens came together face-to-face in order to discuss matters of public interest, was at the heart of the Greek polis. This spatial notion of a public sphere provides the blueprint for the classical, representative liberal notion of public sphere (Arendt, 1958) as well as to discursive theories (Benhabib, 1992; Habermas, 1991; see for an overview on models of public sphere Ferree et al., 2002), and it was eventually assigned to the mass media as well (e.g., Curran, 1991). According to the liberal theory of mass media, media coverage is assumed to represent the pluralist voices within a society; much like public opinion was formed in the idealized Greek agora. From the point of view of discursive theory, mediated political communication may facilitate deliberative legitimization processes, but only under the condition of a self-regulating media system and feedback loops from the audience (Habermas, 2006). The discursive concept of the public sphere was also adopted by organizational communication and public relations scholars. In particular, dialogue-oriented and discursive approaches of public relations refer to Habermas' discursive theory, albeit in earlier versions (Burkart, 2007, 2009; Leeper, 1996).

Recently, especially in connection with the emergence of new information and communication technologies (ICT), the public sphere has been conceptualized as a network. A reason for the increasing significance of network-based concepts of the public sphere could be the growing complexity of societies. Networks are supposed to be at the core of this complexity and are regarded as a particularly suitable describing pattern for modern societies (Barney, 2004; Castells, 2001; Van Dijk, 2006). Castells (1996, 1997, 1998, 2001) developed a theory of the information society as a network society whereas the proliferation of information technologies leads to new forms of socialization which eventually transform the whole society into a network. In this networked society the public sphere is organized as a network of communication media (Castells, 2008). The internet enables new forms of collective action especially for social movement organizations. Movements are considered to operate as a "network of networks" constituting a prime example of "leaderless resistance", as they manage to co-ordinate protests and events without central command or a common program (Castells 2001, p. 142). The cyberspace constitutes a realm of interactive, horizontal networks which form an alternative mode of public communication, the so-called "mass self-communication" (Castells, 2007). This mass self-communication is regarded as overlapping and complementing the traditional public communication which is dominated by corporate media and mainstream politics. Network-based concepts of the public sphere are usually accompanied by the idea of a fundamental change of public communication. Benkler (2006) puts it like that: "The change brought about by the networked information environment is deep. It is structural. It goes to the very foundations of how liberal markets and liberal democracies have co-evolved for two centuries." (p. 1)

The literature on the networked public sphere can be roughly categorized in views stressing either the positive or the negative effects of online communication – albeit a purely optimistic point of view is hard to find any longer. For democracy theorists, the most important achievement of the internet is the potential to include all citizens (Brants, 2005; Rasmussen, 2008 for an overview), and the new opportunities online communication offers to political participation and mobilization (Norris, 2000; Sunstein, 2001). More specifically, the improved access to institutions and elite organizations is perceived as enlarging transparency and accountability (Wong & Welch, 2004; Meijer, 2007). This includes also an improved access for individuals to the mainstream media. The possibilities to contact political organizations and media via e-mail, to discuss issues in blogs and chat rooms, may lead to an increasing diversity of opinions (Dahlberg, 2001; Gripsrud, 2009). Some scholars interpret the internet as leading to the formation of a counter public sphere (Engesser & Wimmer, 2009; Milioni, 2009); and they suggest that the model of the two-step-flow of communication is no longer valid (Bennett & Manheim, 2006). Fringe or oppositional organizations are seen to benefit disproportionately from the rise of ICT (Bennett, 2003, Bennett & Manheim, 2006; Bimber, 1998; Voss, 2008). Also, with regard to the impact of ICT on organizations, the hope has been expressed that new organizational structures like flat hierarchies would be established. New types of organizations, namely purely virtual organizations that are able to operate without a physical home base are expected to emerge (Ward & Vedel, 2006).

From a more skeptical point of view, the technological change of the public sphere is seen as a threat to public communication. Especially the fragmentation of issues and publics is regarded as having a negative effect on the political integration of societies, as traditional media outlets, especially quality newspapers, lose their capacity to set the agenda for relevant political issues (Shaw & Hamm, 1997). Next to this, representatives of the so-called normalization thesis of cyberspace argue that existing power relationships are reflected in the online public sphere as well (e.g., Resnick, 1998). The theoretical assumption of a more democratic public debate in the internet is not supported by empirical research: Gerhards & Schäfer (2007) examined the public debate on human genome research in the internet and in print media and did not find significant differences. Rucht, Yang, and Zimmermann (2008) produced similar findings with regard to the discourse on genetically modified food. Schweiger and Weihermüller (2008) combined a search engine based content analysis of websites and surveys in order to compare public opinion in the internet and public opinion as measured by surveys. Their case study on the issue of a smoking ban in restaurants showed that not only corporate and elite actors but also “common people” and journalists had a say in online discourses. However, elite actors were overrepresented. If one assumes an equal distribution of opinions, then corporate views should have been minority views, yet this was not the case. Since the use of online media for campaigning requires time and resources, organizations which are powerful in the off-line world will gradually dominate cyberspace as well. In fact, as Sassen (2006) argued, networked forms of collaboration are not inherently distributive. By comparing two cases, an electronic network in finance and an electronic activ-

ist network, she showed that participation and the distribution of control depended on the types of organizations which are involved in the networks. While the electronic network in finance did not significantly alter the trends towards sharp concentration, the electronic activist network helped in producing a decentralized and transboundary public sphere.

Summing up the literature on networks and the public sphere, we get a mixed picture. On the one hand, the enthusiasts stress the opportunities which a networked public sphere offers to individual citizens as well as to social movement organizations. On the other hand, skeptics point to the fact that existing structures in society will not change profoundly by the proliferation of ICT.

With regard to the question of the impact of a networked public sphere for organizations, the discussion has been confined to only a few aspects. While the normative dimension of online communication has been debated widely, in particular its influence on individual citizens, the impact of a networked public sphere on the organizational level has been considered only marginally, except for social movement organizations. Scholars of public relations and organizational communication focus primarily on the benefits of digital media for organizations (Kent & Taylor, 1998; Wright, 2001). An organization-centered view prevails, and the relationships of an organization with its constituencies have been mainly examined using the categories of the situational theory of publics approach (Grunig, 1997) or the stakeholder management literature (Freeman, 1984; Freeman et al. 2010). Only rarely, the notions of publics or stakeholders have been connected to the broader concept of the public sphere (Ihlen, 2006; Raupp, 2004). Thus, the literature on public relations and especially on communication management has only recently begun to consider the concept of a *networked* public sphere (as an exception cf. Bentele & Nothhaft, 2010; Coombs, 2010; Pleil, 2010). Most importantly, much of the literature leaves open the question of what exactly constitutes the network: Is the networked public sphere made up of communication channels and media? Or should the public sphere still be seen as a set of relations between social actors? Or between issues? In order to address these gaps, a conception of a networked public sphere will be developed which takes into account the interplay between actors and their communicative links. The arena model of the public sphere (Gerhards & Neidhardt, 1991) provides the foundation, and this model will be confronted with of social network analysis.

2. The networked public sphere

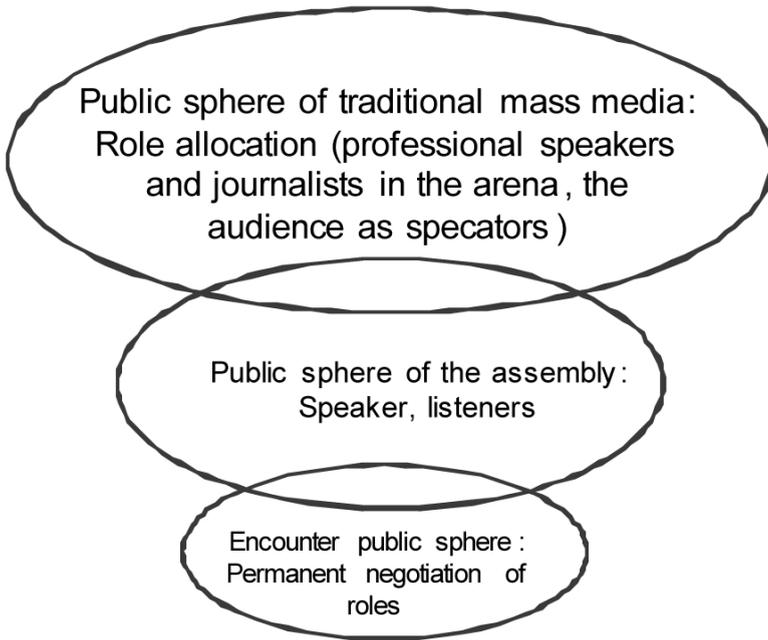
2.1 Starting point: The arena model of the public sphere

The so-called arena model of the public sphere has been developed by the German sociologists Gerhards and Neidhardt (1991; see also Gerhards, 1994, 1997; Gerhards & Rucht, 2000) and discussed widely especially among German speaking communication scholars (e.g., Bentele & Haller, 1997; Donges & Jarren, 1998; Eilders, 2008; Pfetsch, 1998; Raupp, 1999, 2004, 2010; Weißler, 1999). Drawing on Habermas' discourse-model and partly on Luhmann's mirror-model, Gerhards and Neidhardt combine action theory and systems theory, and by doing

so attempt to close the gap between normative and analytical-descriptive perspectives on the public spheres.

Building on the assumption of a functional differentiation within societies, they point to the central position of the political system with respect to all other societal systems. Societal problems and their solutions are attributed to the political system; and the political public sphere – which is described by Gerhards and Neidhardt (1991) in socio-cybernetic terms – functions as an intermediary system located between the political system and the citizens. For our discussion, the differentiation between three levels – or arenas – of the public sphere is important. According to the number of participants, the scope, and the degree of differentiation of communication roles, Gerhards and Neidhardt differentiate between the encounter public sphere, the public sphere of assemblies, and the media public sphere:

Figure 1: The arena model: three levels of the public sphere



The level of the public sphere of the mass media is seen to be most influential for modern societies. On this level, the public is numerically the largest, but its options to act are constrained. At the same time, mass communication leads to a professionalization of functional roles. The metaphor “arena” refers to various loci and roles of communication. There are three basic communication roles: the role of the speaker, the intermediaries, and the audience. The speakers (representatives of political and corporate actors) and the professional intermediaries (agencies, editors, journalists) act in the arena. The audience takes place in the

gallery, and its role is confined to listen or not to listen, to buy or not to buy, to turn the receiver on or off (Gerhards & Neidhardt 1991, p. 65).

With the analytic differentiation between different levels and different communication roles, Gerhards and Neidhardt offer a framework for the theoretical *and* empirical examination of phenomena related to the public sphere. But the emergence of online communication asks for this model to be revisited. The levels and the arenas have become more permeable and the roles are now more diverse. To re-conceptualize the arena model, central assumptions of social network theory will be summarized briefly.

2.2 Basic assumptions of social network theory

Social network analysis focuses on the emergence of social structures and the implications those structures have on social actions. The actions of the actors are embedded in a net of social relationships (Granovetter, 1985). Thus, network analysis is interested in relationships and relational data in the first place, and not in attributes of single actors (Knoke & Yang, 2008; Scott, 2007).

Social network analysis sees networks quite different from the way we think of networks in our daily life (Van Dijk, 2006). Normally we associate with a network a non-hierarchical, open, and efficient form of organization. Corporations try to look modern and describe themselves as networks, social movements speak of themselves as networks, thereby stressing the cooperative form of organizing, and the internet has been regarded as the technological infrastructure which enables those networked forms of organization. In contrast, in network research literature a social network first of all is described simply as a structural condition whereby distinct points (nodes) are related to one another by relations (ties). In network based organizational communication research, the nodes are normally individual or corporate actors (Monge & Contractor, 2003). The ties can be differentiated according to their directedness: directed relationships are asymmetrical, like the one-sided transmission of goods or one-sided influence. Non-directed relationships, for example, are the exchange of resources or information. Another network characteristic is the intensity and strength of the ties. Relationships can be fluid and weak, such as single transactions or a short meeting on a conference, or strong, like kinship relations. Also within social network theory, the concept of communication roles has been applied (Friemel, 2008). The assumption is that a role can be inferred by the position of an actor and by the relationships in which the actor is embedded. The role of an opinion leader for example is derived by the existence of many directed ties with many other actors within a network (e.g., Ebermann et al. 2010).

It is important to distinguish social networks from networked forms of communication or information transfer (Friedland et al., 2006). The internet provided a new boost to network analysis in communication studies. Whereas in the past, networks have been examined mainly by means of surveys (Schenk, 1995), more recently also networks of claims or issue networks are studied by means of online-based content-analysis or link analysis (Hepp et al., 2006; Schweiger & Weiermüller, 2008). Because of this work, the general notion of networks is possibly

mistaken to characterize the public sphere in general as a network. When Trezn (2009) rightly argues that the public sphere consists of the participation of individuals and is more than a network, his criticism points to this false understanding of networks as equivalent to the public sphere. Online communication itself does not generate a network public sphere (Beck, 2010); or as Bohmann (2004) puts it: “[T]he internet becomes a public sphere only through agents who engage in reflexive and democratic activity” (p. 140). While there is a growing isomorphism between social networks and computer networks or other technological networks, it is important to maintain the principle distinction between technological and social networks, and based on that distinction, to explore the differences and commonalities as well as the interrelatedness, of online and offline forms of public opinions. Schweiger and Weihermüller (2008), accordingly refer to the internet public sphere as a public forum which comprehends different spheres.

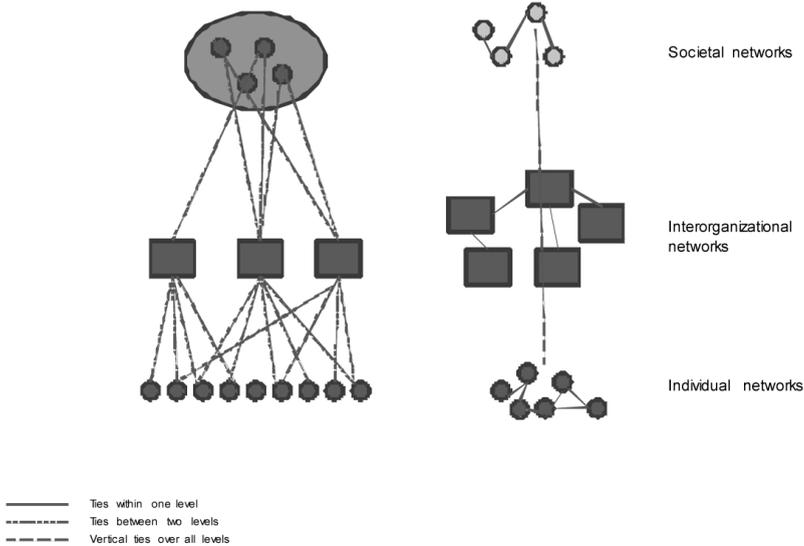
In this paper, social networks as networks of actors are at the center of the argument. These actors are related to each other by social relationships which are constituted by direct or indirect, personal or virtual communication, and the connections can be represented by issues and links. The relationships between actors via a common reference to an issue or via web links demonstrates the different grades of directness of communication relationships. Online communication offers new possibilities for networking, and for empirical communication researchers online communication offers new forms of examining communication relationships.

As a next step, the assumptions of network theory will be applied on the arena model of the public sphere. By doing so neither the internet itself nor society as a whole will be considered as the focal network. Instead, the public sphere will be conceptualized as a social network: social actors are perceived as nodes; the communicative relationships between them are regarded as ties. That means that the emergence and the dynamics of the public sphere are considered as being grounded in communicative actions and relationships between actors.

2.3 A model of the networked public sphere

The network theory-based re-conceptualization of the arena model can be visualized by the following figure (referring to Van Dijk 2006, p. 26):

Figure 2: A networked public sphere



Networks can be identified on each of the three levels of the public sphere:

- (1) On the *individual level* of the encounter public sphere, individual networks emerge from face-to-face interactions, and by the use of analog and digital media. Those interactions can be attributed to the public sphere to the extent that they are public in the sense of generally accessible. This may apply to an encounter in a café, but particularly to a chat or to postings on social network platforms like Facebook. Especially in communications in the so-called Web 2.0 challenge our familiar notions of what is public and what is private.
- (2) The mid-level or *meso-level* is most interesting for our argument. In contrast to individual networks, inter-organizational networks have been examined only rarely in communications research (Taylor et al., 2001). Public relations research focuses on the relationships between organizations and stakeholder groups, but often neglects the fact that stakeholders are organizations, which are in turn embedded in stakeholder relationships. Only recently, stakeholders have become to be seen as interrelated to each other (Coombs & Holladay, 2010; Heath, 2006; Rowley, 1999; Zoch & Molleda, 2006). Instead, the prevailing perspective is organization-centered: one organization is singled out as an object of inquiry, and the relationships of that organization with other seemingly isolated stakeholder groups is examined. In a way, this perspective equals analysis of ego-networks, taking one actor as a point of departure. The next step, i.e., evaluating organizations as embedded in a network of actors, and characterized by network structures themselves, is often missing.
- (3) Finally, on the *societal level*, ties exist between the various social systems. The mutual relations of the different societal subsystems (the political system, the

economic system, the cultural system and so on) are dynamic and can change. In contrast to the original arena model, the political system is no longer seen as automatically placed in an extraordinary position. Instead, it depends on the specific power constellations of the systems (which can be measured as network effects), whether the political system or any other societal system is in the position to influence the other systems. The economization of society indicates a power shift from the political to the economic system in terms of market thinking. The increasing impact of mediatization points to an especially influential role of the media in terms of public attention. First, the network perspective understands the mass media as embedded in wider political, economic and social relationships (Van Dijk, 2006, p. 39). The functions of news media change. The network perspective, as they cannot be regarded as isolated or remote from society any longer. Second, print media are interrelated with digital and audiovisual media and their content eventually converges (Bardoel & Deuze, 2001). Also, the function of the traditional media gradually shifts from gatekeeping to gatewatching (Bruns, 2005; Neuberger & Quandt, 2010). These developments refer to the increased permeability between the different levels of the public sphere.

The concept of the networked public sphere takes into account not only horizontal relationships on the various levels, but also vertical networks between all the three levels. There are ties between two levels, when individuals communicate with organizations, and there are ties stretching all three analytic levels, for example, when a specific relationship between an individual and an organization is covered in a traditional news outlet.

3. Implications for organizational communication research

One might ask whether the conflicts between Greenpeace and the multinationals are a subject of the public sphere at all. After all, we usually limit the public sphere to the social space between the state and the civil society (Brants, 2005). Greenpeace speaks on behalf of the civil society but its addressees are not necessarily governments but corporations. Yet this very fact points to the change of the public sphere: to the extent that the consequences of economic production are no longer limited to the economic system but to society at large, organizations are expected to be socially responsible. This shift indicates a de-differentiation of societal subsystems in the new public sphere (Raupp, 2010).

What follows from the concept of the networked public sphere for research on public relations and strategic organizational communication? In the last part of this paper, the implications will be discussed along three analytical dimensions: a structural dimension (see also Dahlgren, 2005) which relates to the institutional features and the actors' constellations; an interactional dimension which refers to representations and interactions between actors; and a spatiotemporal dimension which points to the relevance of time and space in organizational communication. The two Greenpeace examples illustrate the discussion.

3.1 Implications in the structural dimension, positions and power

The structural dimension focuses on the formal features and scope of action as well as the constellation of actors and their communication roles. Depending on the type of organization, different rules apply with regard to publicity and public accountability. While state actors are subject to specific information and transparency requirements, corporations formally have to publish internal matters mainly for their investors. Publicity requirements are even less rigid for NGOs. At the same time, all organizations are interested in attracting public attention for their concerns, but their possibilities to gain that attention differ. Research so far has concentrated mainly on attributes of organizations to examine and compare their modes of communication.

Considering the two conflicts at the beginning of this article, the visibility of the organizations has changed significantly. With the dissemination of online communication, even purely net-based communication activities may attract such a high awareness that organizations feel compelled to react or even change their behavior. The dependency on the traditional news media decreases, but it disappears not completely, as the Nestlé-case demonstrated, when at a certain point the case was covered by traditional media. The visibility of an organization is not an attribute that the organization possesses but a result of social relations: one becomes visible when others perceive you as such. Public visibility is related to an organization's resources, and is itself a resource.

Drawing on Rethemeyer's (2006) distinction between material-institutional and social-structural resources, the multinational corporations Shell and Nestlé are formally organized, hierarchical organizations which possess many material-institutional resources like employees, plants, technical infrastructure, and financial resources. Greenpeace on the other hand is a more loosely structured organization with a comparatively small number of employed staff members but many volunteers and supporters to whom less formalized ties exist. Yet, Greenpeace has at its disposal many social-structural resources such as symbolic capital (Lin, 2008) in the form of a special positive public image. Greenpeace benefits from the improved capacities for individuals to engage in public conversations and activism in the networked public sphere (Benkler, 2006).

But does this really change the power relationships between the organizations in a structural way? In the contest for public support in the public sphere, Greenpeace may be a powerful player. The campaign of the NGO activated the weak ties of the organization, but it did so only temporarily, resulting in a short term mobilization. So it is an open question to what extent the power constellation between multinational corporations and NGOs change in the long run. Corporations are embedded in a stable network with other corporations, politics, and employees; and many ties of the network are constituted by the exchange of material resources. Media change affects the mode of communication in the public sphere and facilitates the transformation of communication roles. But that change does not imply a structural change in power relations.

3.2 Implications in the relational dimension, dialogue and transparency

In the interactional dimension, modes of representation and the way how actors interact with each other come to the fore. The internet and particularly social media applications are expected to facilitate two-way communication (Grunig, 2009; Hiebert, 2005; Kent & Taylor, 1998; Worley, 2007). Even if organizational communication has not changed fundamentally in spite of new possibilities for dialogue (for empirical evidence see summarizing Schultz & Wehmeier, 2010), the expectations towards more transparency and legitimacy have increased. Christensen and Langer (2009) rightly argue that our common notion of organizational transparency presumes not only a disclosure of all organizational information but also a high degree of self-transparency on the part of the organization – “epistemologically and practically speaking an unattainable goal” (p. 138). From a network perspective legitimacy, like visibility, is not an attribute of an organization but the result of attributions of legitimacy (Hellmann, 2006; Suchman, 1995). The more organizations are embedded in a network of mutual observances, the more transparency and thus legitimacy depend on the perceptions of the other participants in the network. Transparency is no longer an issue which can be provided and managed by a single organization. Instead, transparency becomes a matter of collective sense-making and can be regarded and measured as a network effect.

The example of the two campaigns illustrates how global corporations are critically observed by NGOs who aim at changing corporate behavior towards more sustainability. Both Shell and Nestlé had run sustainability campaigns before they were accused of unethical and harmful behavior. But during and after the Brent Spar case, Royal Dutch Shell chose an approach of responsiveness rather than responsibility (Cheney & Christensen, 2001). Nevertheless, corporations manage their relationships strategically by differentiating between stakeholders, and they differentiate between vital and less relevant stakeholder groups. By demonstrating their social responsibility, corporations indicate that they see themselves as accountable to the public in general, and they will be evaluated with respect to this self-claimed responsibility. Information which is tailored for the needs of one stakeholder group becomes more readily accessible by people who are not belonging to that target group. Discrepancies in addressing different target audiences represent a risk; and discrepancies between doing and talking will be much more easily detected. In the relational dimension, higher visibility implies also an increased risk to be scrutinized publicly, and dialogue will be expected more than ever before.

3.3 Implications in the spatiotemporal dimension from routine to crisis communication

The Greenpeace vs. Nestlé story can be read as a textbook example for the assumption that crises nowadays are transboundary in nature (Boin, 2009). A transboundary crisis is characterized by its capacity to cross regional, temporal and systemic boundaries. Especially organizations which act on a global level are

prone to transboundary crises – and likewise are able to campaign on a global level. Greenpeace press officer Daniel Kessler explains why the organization chose Facebook: “Facebook’s become a hotbed for activism. We have offices in 40 countries and many of our offices are participating in this campaign. Each has their own Facebook page. People naturally go to Nestle’s Facebook profile” (cited in Ciarollo, 2010). This quote illustrates not only the transnational outreach of the NGO, but also the fact that in a transnational public sphere political actions still require a local backing. The model of the networked public sphere takes into account the local and temporal interconnections of actors and actions.

For organizational communication these interrelations imply a growing uncertainty of results of actions. Within communication studies, communication under the conditions of uncertainty is a domain of crisis communication research. Crisis situations involve a high degree of uncertainty for organizations which are affected by or cause a crisis, and communication is regarded as a precarious task. By contrast, the literature of routine communication (which is not labeled as such) is dominated by the notion that communication processes are predictable and controllable.

That idea of control is challenged by crisis communication research and also by network theory. Network actors are in a state of permanent communicative uncertainty. The communication of a network actor will affect not only his direct environment but possibly also other remote actors. Crisis communication research emphasizes the problems of decision making in the face of insufficient information, and the problems of internal cooperation and coordination (Coombs, 2007; Ulmer, Sellnow, & Seeger, 2007). These problems increase significantly in the networked public sphere; communication research should pay more attention to them. “Routine” communication and crisis communication become more and more interlocked. In a networked public sphere, the *routine* mode of communication and the *crisis* mode are just two points on a continuum.

The purpose of this paper was to reflect recent developments in strategic organizational communication from a public sphere perspective. The ongoing transformation of the public sphere by new communication technologies influences and changes strategic organizational communication in different ways. In order to grasp these changes a conceptual model of a networked public sphere has been suggested. This model serves as a heuristic to describe and interpret communication relationships between organizations. It was suggested that a public sphere perspective is helpful in overcoming the organization-centered view, which dominates much of the public relations and organizational communication literature. The linking of network analysis and public sphere theory offers a fruitful framework for further conceptual and empirical research on organizational communication in a changing communication environment.

References

- Arendt, H. (1958). *The human condition*. Chicago: University of Chicago Press.
- Bardoel, J., & Deuze, M. (2001). ‘Network journalism’. Converging competencies of old and new media professionals. *Australian Journalism Review*, 23(2), 91-103.

- Barney, D. (2004). *The network society*. Cambridge, UK: Polity.
- Beck, K. (2010). Soziologie der Online-Kommunikation. [Sociology of online communication.] In W. Schweiger & K. Beck (Eds.), *Handbuch Online-Kommunikation [Handbook online communication]* (pp. 15-35). Wiesbaden: VS Verlag.
- Benhabib, S. (1992). Models of public space: Hannah Arendt, the liberal tradition, and Jürgen Habermas. In C. Calhoun (Ed.), *Studies in contemporary German social thought. Habermas and the public sphere* (pp. 73–98). Cambridge Mass.: MIT Press.
- Benkler, Y. (2006). *The wealth of networks: How social production transforms markets and freedom*. New Haven, Conn.: Yale University Press.
- Bennett, L. W. (2003). Communicating global activism: Strengths and vulnerabilities of networked politics. *Information, Communication & Society*, 6(2), 143-168.
- Bennett, L. W., & Manheim, J. B. (2006). The one-step flow of communication. *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 608, 213-232.
- Bentele, G., & Haller, M. (Eds.). (1997). *Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit. Akteure – Strukturen – Veränderungen [Current development in the public sphere. Stakeholder – Structures – Changes]* (Vol. 24). Konstanz: UVK.
- Bentele, G., & Nothhaft, H. (2010). Strategic Communication and the public sphere from a European perspective. *International Journal of Strategic Communication*, 4(2), 93-116.
- Berens, H. (2001). *Prozesse der Thematisierung in publizistischen Konflikten. Ereignismanagement, Medienresonanz und Mobilisierung am Beispiel von Castor und Brent Spar. [Agenda building processes in journalistic conflicts. Event management, media voices and mobilization using the examples of Castor and Brent Spar]* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Berens, H., & Hagen, L. (1997). Der Fall Brent Spar in Hauptnachrichtensendungen. Ansätze zur Operationalisierung von Qualitätskriterien für die Bildberichterstattung. [The case Brent Spar in major news broadcasts. Approaches to operationalise quality criteria for picture coverage.] In G. Bentele, & M. Haller (Eds.), *Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit. Akteure – Strukturen – Veränderungen [Current development of the public sphere. Actors – Structures – Changes]* (pp. 539-549), Konstanz: UVK.
- Bimber, B. (1998). The internet a political transformation: populism, community, and accelerated pluralism. *Polity*, 31(1), 133-160.
- Bohmann, J. (2004). Expanding dialogue: The internet, the public sphere and prospects for transnational democracy. *Sociological Review* 52, Issue supplement s1, 131-155.
- Boin, A. (2009). The new world of crises and crisis management: Implications for policy-making and research. *Review of Policy Research*, 26(4), 367-377.
- Brants, K. (2005). Guest editors introduction: The internet and the public sphere. *Political Communication*, 22(2), 143-146.
- Bruns, A. (2005). *Gatewatching. Collaborative online news production*. New York: Peter Lang.
- Burkart, R. (2007). On Jürgen Habermas and public relations. *Public Relations Review*, 33(3), 249-254.
- Burkart, R. (2009). On Habermas. Understanding and public relations. In O. Ihlen, B. van Ruler, & M. Frederiksson (Eds.), *Public Relations and Social theory; Key Figures and Concepts* (pp. 141-165). New York, London: Routledge.

- Castells, M. (1996). *The information age: Economy, society and culture. Vol. I: The rise of the network society*. Oxford: Blackwell.
- Castells, M. (1997). *The information age: Economy, society and culture. Vol. II: The power of identity*. Oxford: Blackwell.
- Castells, M. (1998). *The information age: Economy, society and culture. Vol. III: End of millenium*. Oxford: Blackwell.
- Castells, M. (2001). *The internet galaxy: Reflections on the internet, business and society*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Castells, M. (2007). Communication, power and counter-power in the network society. *International Journal of Communication*, 1, 238-266.
- Castells, M. (2008). The new public sphere: Global civil society, communication networks, and global governance. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, 616(1), 78-93.
- Cheney, G., & Christensen, L.T. (2001). Public relations as contested terrain. A critical response. In R. Heath (Ed.), *Handbook of Public Relations* (pp. 167-182). Newbury Park, CA: Sage.
- Christensen, L.T., & Langer, R. (2009). Public Relations and the strategic use of transparency. Consistency, hypocrisy, and corporate change. In R. Heath, E. Toth, & D. Waymer (Eds.), *Rhetorical and critical approaches to public relations II* (pp. 127-153). New York, London: Routledge.
- Ciarollo, J. (2010). Bad PR for Nestlé, or Good PR for Greenpeace?: Interview with D. Kessler. Retrieved from http://www.mediabistro.com/prnewser/bad-pr-for-nestle-or-good-pr-for-greenpeace_b3391
- Coombs, T. W., & Holladay, S. J. (2006). *It's not just PR: Public relations in society*. Malden, MA, Oxford: Blackwell.
- Coombs, T. W., & Holladay, S. J. (2010). *PR strategy and application. Managing influence*. Malden, MA, Oxford: Wiley-Blackwell.
- Coombs, W. T. (2007). *Ongoing crisis communication: Planning, managing, and responding*. Thousand Oaks, CA: Sage.
- Curran, J. (1991). Rethinking the media as a public sphere. In P. Dahlgren, & C. Sparks (Eds.). *Communication and citizenship. Journalism and the public sphere in the new media age* (pp. 27-57). London, New York: Routledge.
- Dahlberg, L. (2001). The internet and democratic discourse: Exploring the prospects of online deliberative forums extending the public sphere. *Information, Communication & Society*, 4(4), 615-633.
- Dahlgren, P. (2005). The internet, public spheres, and political communication: Dispersion and deliberation. *Political Communication*, 22, 147-162.
- Donges, P., & Jarren, O. (1998). Öffentlichkeit und öffentliche Meinung. [Public sphere and public opinion.] In H. Bonfadelli, & W. Hättenschwiler (Eds.), *Einführung in die Publizistikwissenschaft [Introduction to media science]* (pp. 95-110). Zürich.
- Ebermann, J., Fleck, M., Meckel, M., Plotkowiak, T, & Stanoevska-Slabeva, K. (2010). *Die Rolle von Journalisten in Sozialen Medien am Beispiel Twitter*. [The role of journalists in social media using the example of Twitter.] Paper presented on the annual conference of the Swiss society of communication and media science. (SGKM) 2010 (Luzern)
- Eilders, C. (2008). Massenmedien als Produzenten öffentlicher Meinungen: Pressekommentare als Manifestation der politischen Akteursrolle. [Mass media as producer of

- public opinions: Press commentaries as a demonstration of the role of political actor.] In B. Pfetsch, & S. Adam (Eds.), *Massenmedien als politische Akteure* [Mass media as political actors] (pp. 27-51). Wiesbaden: VS Verlag.
- Engesser, S., & Wimmer, J. (2009). Gegenöffentlichkeit(en) und partizipativer Journalismus im Internet. [Counter public(s) and participative journalism in the internet.] *Publizistik* 54(1), 43-63.
- Ferree, M. M., Gamson, W. A., Gerhards, J., & Rucht, D. (2002). Four models of the public sphere in modern democracies. *Theory and Society*, 31(3), 289-324.
- Freeman, E. R. (1984). *Strategic management. A stakeholder approach*. Boston: Pitman.
- Freeman, E. R., Harrison, J. S., Wicks, A. C., Parmar, B. L., & De Colle, S. (2010). *Stakeholder theory. The state of the art*. Cambridge u. a.: Cambridge University Press.
- Friedland, L. A., Hove, T., & Rojas, H. (2006). The networked public sphere. *Javnost - The Public*, 13(4), 5-26.
- Friemel, T. N. (2008). Netzwerkanalytische Methoden zur Identifizierung von Kommunikationsrollen. [Identifying communication roles with methods of network analysis.] In C. Stegbauer (Ed.), *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Einige Anmerkungen zu einem neuen Paradigma* [Network analysis and network theory. Some comments on a new paradigm] (pp. 179-190). Wiesbaden: VS Verlag.
- Gehrau, V. (2009). Die Dynamik von öffentlicher Meinung und öffentlichem Verhalten am Beispiel von Brent Spar. [The dynamic of public opinion and public behaviour using the example of Brent Spar.] In U. Röttger (Ed.), *PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit* [PR-Campaigns. About the production of the public sphere], 4th edition (pp. 87-107). Wiesbaden: VS Verlag.
- Gerhards, J. (1994). Politische Öffentlichkeit: Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsvorschlag. [The political public sphere: A system theory and actors theory concentrated approach.] In F. Neidhardt (Ed.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen* [Public sphere, public opinion and social movements] (pp. 77-105). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, J. (1997). Diskursive versus liberale Öffentlichkeit: Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas. [Discursive versus liberal public sphere: A empirical discussion with Jürgen Habermas.] *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 49(1), 1-34.
- Gerhards, J., & Neidhardt, F. (1991). Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze. [Structures and functions of the modern public sphere: Questions and approaches.] In S. Müller-Doohm, & K. Neumann-Braun (Eds.), *Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation* [Public sphere, culture, mass communication] (pp. 31-89). Oldenburg: Bis.
- Gerhards, J., & Rucht, D. (2000). Öffentlichkeit, Akteure und Deutungsmuster: Die Debatte über Abtreibungen in Deutschland und den USA. [Public sphere, actors and patterns of interpretation: The debate about abortion in Germany and the US.] In J. Gerhards (Ed.), *Die Vermessung kultureller Unterschiede* [The measuring of cultural differences] (pp. 165-185). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, J., & Schäfer, M.S. (2007). Demokratische Internet-Öffentlichkeit? Ein Vergleich der öffentlichen Kommunikation im Internet und in den Printmedien am Beispiel der Humangenomforschung. [A democratic internet public sphere? An analogy of the pub-

- lic communication in the internet and in print media using the example of human genetic science.] *Publizistik*, 52(2), 210-228.
- Granovetter, M. S. (1985). Economic action and social structure: The problem of embeddedness. *American Journal of Sociology*, 91(3), 481-510.
- Greenpeace (2007). *The history of Greenpeace: The Brent Spar*. Retrieved from: <http://www.greenpeace.org/international/en/about/history/the-brent-spar/>
- Greenpeace (Ed.). (2005). *Brent Spar und die Folgen. Zehn Jahre danach*. [Brent Spar and the consequences. Ten years later.] Hamburg.
- Greenpeace (2010). *Sweet success for Kit Kat campaign: you asked, Nestlé has answered*. Feature story, May 17, 2010. Retrieved from: <http://www.greenpeace.org/international/en/news/features/Sweet-success-for-Kit-Kat-campaign/>
- Gripsrud, J. (2009). Digitising the public sphere: Two key issues. *Javnost - The Public*, 16(1), 5-16.
- Grunig, J. E. (1997). A situational theory of publics. Conceptual history, recent challenges and new research. In D. Moss, T. MacManus, & D. Vercic (Eds.), *Public relations research: An international perspective* (pp. 3-46). London, U.K.: International Thompson Business Press.
- Grunig, J. (2009). Paradigms of global public relations in an age of digitalization. *Prism*, 6(2). Retrieved from: <http://www.prismjournal.org/fileadmin/Praxis/Files/globalPR/GRUNIG.pdf>.
- Habermas, J. (1991). *The Structural transformation of the public sphere: An inquiry into a category of bourgeois society*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Habermas, J. (2006). Political communication in media society: Does democracy still enjoy an epistemic dimension? The impact of normative theory on empirical research. *Communication Theory* 16(4), 411-426.
- Hansen, A. (2000). Claims-making and framing in British newspaper coverage of the 'Brent Spar' controversy. In B. Adam, S. Allan, & C. Carter (Eds.) *Environmental risks and the media* (pp. 55-72). London: Routledge.
- Heath, R. L. (2006). Onward into more fog: Thoughts on public relations' research directions. *Journal of Public Relations Research*, 18(2), 93-114.
- Hellmann, K.-U. (2006). Organisationslegitimität im Neo-Institutionalismus. [Legitimacy of organisations in the field of neo-institutionalism.] In K. Senge, K.-U. Hellmann, & W. R. Scott (Eds.), *Einführung in den Neo-Institutionalismus [Introduction to neo-institutionalism]* (pp. 77-88). Wiesbaden: VS Verlag.
- Hepp, A., Krotz, F., Moores, S., & Winter, C. (Eds.) (2006). *Konnektivität, Netzwerk und Fluss. Konzepte gegenwärtiger Medien-, Kommunikations- und Kulturtheorie*. [Connectivity, network and flow. Concepts of contemporary media, communication and culture theory.] Wiesbaden: VS Verlag.
- Hiebert, R. E. (2007). Commentary: new technologies, public relations, and democracy. *Public Relations Review*, 31(1), 1-9.
- Ihlen, Ø. (2006). Mapping the environment for corporate social responsibility: Stakeholders, publics and the public sphere. *Corporate Communications*, 13(2), 135-146.
- Johannsen, K.-P., & Vorfelder, J. (1996). Public Relations Alltag im Rückblick. [Review of everyday life public relations.] In B. Baerns, & J. Klewes (Eds.). *Public Relations 1996. Kampagnen, Trends & Tips [Public relations 1996. Campaigns, trends & tips]* (pp. 98-109), Düsseldorf: Econ.

- Kent, M.L., & Taylor, M. (1998). Building dialogic relationships through the world wide web. *Public Relations Review*, 24, 321-334.
- Klaus, E. (2009). Öffentlichkeit als Selbstverständigungsprozess. Das Beispiel Brent Spar. [Public sphere as a process of self-understanding. The example of Brent Spar] In U. Röttger (Ed.), *PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit [PR-Campaigns. About the production of public sphere]*. 4th edition. (pp. 47-68). Wiesbaden: VS Verlag.
- Knoke, D., & Yang, S. (2008). *Social network analysis* (2nd ed. Vol. 154). Los Angeles, London, New Delhi, Singapore: Sage.
- Lange, M. (2010). *Alles konstruiert. Nestlé zu verurteilen hilft weder dem Urwald noch dem Orang-Utan [Everything is fictitious. To condemn Nestlé is neither helping the primeval forest nor the orangutan]*. Retrieved from: <http://talkabout.posterous.com/alles-konstruiert-nestle-zu-verurteilen-hilft>
- Leeper, R.V. (1996). Moral objectivity, Jurgen Habermas's discourse ethics, and public relations. *Public Relations Review*, 22(2), 133-150.
- Leydesdorff, L. (2003). *A sociological theory of communication. The self-organization of the knowledge-based society*. USA: Universal Publishers/uPublish.com
- Lin, N. (Ed.). (2008). *Social capital: an international research program*. Oxford u. a.: Oxford University Press.
- Luhmann, N. (2000). *The reality of the mass media*. Stanford, Ca: Stanford University Press.
- Meijer, A. (2007). Why don't they listen to us? Reasserting the role of ICT in public administration. *Information Polity*, 12(4), 233-242.
- Milioni, D. L. (2009). Probing the online counterpublic sphere: the case of Indymedia Athens. *Media Culture Society*, 31(3), 409-431.
- Monge, P. R., & Contractor, N. S. (2003). *Theories of communication networks*. New York: Oxford University Press.
- Neuberger, C., & Quandt, T. (2010). Internet-Journalismus: Vom traditionellen Gatekeeping zum partizipativen Journalismus? [Internet journalism: From traditional gatekeeping to participative journalism?] In W. Schweiger, & K. Beck (Eds.), *Handbuch Online-Kommunikation [Handbook online communication]* (pp. 58-79). Wiesbaden: VS Verlag.
- Norris, P. (2000). *A virtuous circle: Political communications in postindustrial societies*. Cambridge et al.: Cambridge University Press.
- Pfetsch, B. (1998). Regieren unter den Bedingungen medialer Allgegenwart. [Governance under the terms of omnipresent media.] In U. Sarcinelli (Ed.), *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft [Political communication and democracy in the media society]* (pp. 233-252). Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Pleil, T. (2010). Social Media und ihre Bedeutung für die Öffentlichkeitsarbeit. [Social media and its importance for public relations] In M. Kayser, J. Böhm, & A. Spiller (Eds.), *Die Ernährungswirtschaft in der Öffentlichkeit. Social Media als neue Herausforderung der PR [The food industry in the public sphere. Social media as a new challenge for public relations]* (pp. 3-26). Göttingen: Cuvillier.
- Rasmussen, T. (2008). The internet and differentiation in the political public sphere. *NOR-DICOM Review*, 29(2), 73-83.

- Raupp, J. (1999). Zwischen Akteur und System: Akteure, Rollen und Strukturen von Öffentlichkeit. [Between stakeholder and system: Stakeholder, roles and structures of the public sphere.] In P. Szyszka (Ed.), *Öffentlichkeit [Public sphere]* (pp. 113-130). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Raupp, J. (2004). The public sphere as a central concept of PR. In B. van Ruler, & D. Veric (Eds.), *Public relations and communication management in Europe. A nation-by-nation introduction to public relations theory and practice* (pp. 309-316). Berlin, New York: Mouton de Gruyter.
- Raupp, J. (2010). Die Legitimation von Unternehmen in öffentlichen Diskursen. [The legitimation of corporations in the public discourse.] In J. Raupp, S. Jarolimek, & F. Schultz (Eds.), *Handbuch Corporate Social Responsibility. Kommunikationswissenschaftliche Grundlagen und methodische Zugänge. [Handbook corporate social responsibility. Principles and methods of communication science]* Wiesbaden: VS Verlag.
- Renn, O., & Löfstedt, R.E. (1997). The Brent Spar controversy: An Example of risk communication gone wrong. *Risk Analysis* 17(2), 131-136.
- Resnick, D. (1998). The normalization of cyberspace. In C. Toulouse & T. Luke (Eds.), *The politics of cyberspace* (pp. 48-68). London: Routledge.
- Rethemeyer, K. R. (2006). Policymaking in the age of internet: Is the internet tending to make policy networks more or less inclusive? *Journal of Public Administration, Research & Theory*, 17(2), 259-284.
- Rowley, T. J. (1997). Moving beyond dyadic ties. A network theory of stakeholder influences. *The Academy of Management Review*, 22(4), 887-910.
- Rucht, D., Yang, M., & Zimmermann, A. (2008). *Politische Diskurse im Internet und in Zeitungen. Das Beispiel Genfood. [Political discourse in the internet and in newspapers. The example of genetically modified food.]* Wiesbaden: VS Verlag.
- Sassen, S. (2006). Electronic networks, power, and democracy. *Tailoring Biotechnologies*, 2(2), 21-48.
- Schenk, M. (1995). *Soziale Netzwerke und Massenmedien: Untersuchungen zum Einfluss der persönlichen Kommunikation. [Social networks and mass media: Research about the influence of personal communication.]* Tübingen: Mohr.
- Schultz, F., & Wehmeier, S. (2010). Online Relations. In W. Schweiger & K. Beck (Eds.), *Handbuch Online-Kommunikation [Handbook online communication]* (pp. 409-433). Wiesbaden: VS Verlag.
- Schweiger, W., & Weihermüller, M. (2008). Öffentliche Meinung als Online-Diskurs – ein neuer empirischer Zugang. [Public opinion as online discourse – a new empirical approach.] *Publizistik*, 53(4), 535-559.
- Scott, J. (2007). *Social network analysis: a handbook* (2nd ed.). London: Sage.
- Shaw, D. L., & Hamm, B.J. (1997). Agenda for a public union or for private communities? How individuals are using media to reshape American society. In M. McCombs, D. L. Shaw, & D. Weaver (Eds.), *Communication and democracy* (pp. 209-230). Mahwah, NJ: Erlbaum.
- Shirky, C. (2008). *Here comes everybody*. New York, NY: Penguin.
- Suchman, M. C. (1995). Managing legitimacy: Strategic and institutional approaches. *The Academy of Management Review*, 20(3), 571-610.
- Sunstein, C. (2001). *Republic.com*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

- Tabacek, K. (2010). Nestlé stars in smear campaign over Indonesian palm oil, *The Guardian* (March 18, 2010) From: <http://www.guardian.co.uk/sustainable-business/nestle-indonesian-palm-oil>.
- Taylor, M. (2010). Public Relations in the enactment of civil society. In R. L. Heath (Ed.), *The SAGE handbook of public relations* (pp. 5–16). Thousand Oaks: SAGE Publications.
- Taylor, M., Kent, M.L., & White, W.J. (2001). How activist organizations are using the internet to build relationships. *Public Relations Review*, 27(3), 263–284.
- Tsoukas, H. (1999). David and Goliath in the risk society: Making sense of the conflict between Shell and Greenpeace in the North Sea. *Organization* 6(3), 499-528.
- Ulmer, R. R., Sellnow, T. L., & Seeger, M. W. (2007). *Effective crisis communication: Moving from crisis to opportunity*. Thousand Oaks: Sage.
- Van Dijk, J. (2006). *The network society: Social aspects of new media* (2nd ed.). London: Sage.
- van Ruler, B., & Verčič, D. (2005). Reflective communication management, future ways for public relations research. In P. Kalbfleisch (Ed.), *Communication Yearbook 29* (pp. 239–273). Mahwah NJ: Lawrence Erlbaum Ass.
- Voss, K. (2008). Nichtregierungsorganisationen und das Social Web: Mittel der Zukunft oder Bedrohung? [Non-governmental organisations and the social web: Medium of the future or threat?] In A. Zerfaß, M. Welker, & J. Schmidt (Eds.), *Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Strategien und Anwendungen: Perspektiven für Wirtschaft, Politik und Publizistik [Communication, participation and impact on the social web. Strategies and appliance: Perspectives for the economy, politics and media science]* (231-247). Köln : Halem, 2008.
- Vowe, G. (2009). Feldzüge um die öffentliche Meinung. Politische Kommunikation in Kampagnen am Beispiel von Brent Spar und Mururoa. [Campaigns for public opinion. Political communication in campaigns using the example of Brent Spar and Mururoa.] In U. Röttger (Ed.). *PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit [PR-Campaigns. About the production of the public sphere]*, 4th edition (pp. 69-86). Wiesbaden: VS Verlag.
- Ward, S., & Wedel, T. (2006). Introduction: The potential of the internet revisited. *Parliamentary Affairs*, 59(2), 210-225.
- Weßler, H. (1999). *Öffentlichkeit als Prozess: Deutungsstrukturen und Deutungswandel in der der Deutschen Drogenberichterstattung. [The public sphere as a process. Interpretive patterns and changing of meanings in German drug reporting.]* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Wright, D. K. (2001). *The magic communication machine: Examining the internet's impact on public relations, journalism, and the public*. Gainesville, FL.
- Wong, W., & Welch, E. (2004). Does e-government promote accountability? A comparative analysis of web site openness and government accountability. *Governance*, 17(2), 275-297.
- Worley, D.A. (2007). Relationship building in an internet age. In S. C. Duhé (Ed.): *New media and public relations* (pp. 145–157). New York, NY: Peter Lang.
- Zoch, L., & Molleda, J.-C. (2006). Building a theoretical model of media relations using framing, information subsidies, and agenda-building. In C.H. Botan & V. Hazleton (Eds.), *Public relations theory II* (S. 279-310). Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum Associates.

FULL PAPER

**Zwanzig Jahre Gender- und Queertheorien
in der Kommunikations- und Medienwissenschaft**

**Twenty Years of Gender and Queer Theories
in German Communication and Media Studies**

Elisabeth Klaus & Margreth Lünenborg

Elisabeth Klaus: Universität Salzburg, Österreich, Fachbereich Kommunikationswissenschaft; Kontakt: [elisabeth.klaus\(at\)sbg.ac.at](mailto:elisabeth.klaus@sbg.ac.at)

Margreth Lünenborg: Freie Universität Berlin, Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft; Kontakt: [margreth.luenenborg\(at\)fu-berlin.de](mailto:margreth.luenenborg@fu-berlin.de)

FULL PAPER

Zwanzig Jahre Gender- und Queertheorien in der Kommunikations- und Medienwissenschaft

Ein Zwischenruf

Twenty Years of Gender and Queer Theories in German Communication and Media Studies

An Interjection

Elisabeth Klaus & Margreth Lünenborg

Abstract: Communication scholars in Germany with an interest in promoting gender studies began to organize in 1991. This paper focuses on the goals and achievements of the gender studies perspective within the German-speaking associations. Examples for its considerable innovative potential are taken from public sphere theory, entertainment research and journalism study. The existing classifications have played an important role in mapping out and establishing the field, but they do need to be reworked and extended in order to deal with the “constant flux” of gendering practices (Erikson & Goldthorpe, 1992). New challenges for gender studies stem from a growing distance between feminist practices and theoretical development, from the embracement of feminist concepts by some conservative models of society and from the increasing difficulty for critical analysis given the neoliberal turn in university policies.

Key Words: Gender studies; German communication research; Theory; Epistemology; Theory-Practice-Gap; Neoliberalism; University policies

Zusammenfassung: Der Artikel zieht eine Zwischenbilanz der kommunikationswissenschaftlichen Geschlechterforschung in der deutschsprachigen Kommunikationswissenschaft und beschreibt zukünftige Herausforderungen. Diskutiert werden der wissenschaftliche Anspruch der Gender Studies und ihre innovativen Erträge für die Kommunikationswissenschaft, etwa im Bereich der Öffentlichkeitstheorie, der Unterhaltungsforschung und der Journalistik. Ausgehend von der vorliegenden Systematik des Forschungsbereichs wird die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung diskutiert sowie das Verhältnis von Gender Studies und feministischen Anforderungen an Gesellschaftsentwicklung und Wissenschaftspolitik problematisiert.

Schlagwörter: Gender Studies; DGPK; Theorieentwicklung; Wissenschaftskritik; Theorie-Praxis-Verhältnis; neoliberale Gesellschaftsentwicklung; Wissenschaftspolitik

Anlässlich der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK) 1991 in Bamberg konstituierte sich die „Arbeitsgruppe Frauenforschung“, ein Vorgriff auf die spätere Gründung von Fachgruppen, die heute maßgeblich das fachliche Profil der Gesellschaft prägen. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe wollten einerseits die Forschungsaktivitäten der kommunikationswissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung bündeln und andererseits zugleich als Frauennetzwerk innerhalb der Fach-Community arbeiten. Diese doppelte Aufgabenstellung zeigte sich bei der nächsten Jahrestagung der DGPK, die 1992 von Louis Bosshart organisiert in Fribourg zum damals noch wenig beachteten Thema „Medienlust und Mediennutz: Unterhaltung als öffentliche Kommunikation“ stattfand. Zum einen organisierte die Arbeitsgruppe im Foyer des Tagungsgebäudes eine Ausstellung unter der Fragestellung: „Hat der Mensch ein Geschlecht?“ Dabei wurden Objekte der Wiener Künstlerin Kristin Matschiner ausgestellt sowie Statistiken präsentiert, die zeigten, dass die analoge Frage „Hat die Kommunikationswissenschaft ein Geschlecht?“ überwiegend mit „Ja, wenn auch kein weibliches“ beantwortet werden musste. Zum anderen enthielt die Tagesordnung der Mitgliederversammlung den Punkt „Förderung von Frauen in der Kommunikationswissenschaft“, für den die gewählten Sprecherinnen der Arbeitsgruppe Frauenforschung, Elisabeth Klaus und Jutta Röser, einen Antrag zur besseren Präsenz von Wissenschaftlerinnen in der DGPK und zur Entwicklung des wissenschaftlichen Potentials der Frauenforschung einbrachten, der nach heftiger Diskussion mit geringen Änderungen verabschiedet wurde.

Aus dieser Anfangsepisode der Fachgruppe resultieren drei Beobachtungen:

1. Obwohl die jetzige Fachgruppe Medien, Öffentlichkeit und Geschlecht sich, der Logik der Fachgruppen folgend, auf den Forschungsbereich der kommunikationswissenschaftlichen Gender Studies konzentriert hat und das Ziel der Frauenförderung an andere Stelle verlagert wurde, ist die Entwicklung der Gender Studies eng mit einer Reihe von Karriereverläufen verknüpft. Ihre Funktion als Netzwerk hat die Arbeitsgruppe vor allem in der Anfangsphase erfolgreich erfüllt.
2. Mit der Frage „Hat Unterhaltung ein Geschlecht?“ zielte die Fachgruppe gleich zu Beginn ihrer Aktivitäten nicht nur auf das Schließen von Lücken und Füllen von Leerstellen, sondern auch auf das kritische Infragestellen etablierter Wissensbestände im Fach. So war die Unterhaltung als Forschungsgegenstand noch weitgehend verpönt, weil zahlreiche Kommunikationswissenschaftler als einzig legitimen und relevanten Forschungsgegenstand die Informationsfunktion der Massenmedien und die politische Öffentlichkeit ansahen. Zugleich wurde die Geschlechterdimension der dualistischen Trennung von Information und Unterhaltung heftig bestritten.
3. Grundlage für die weitere Entwicklung der Fachgruppe stellte die produktive, Erkenntnis fördernde Verbindung von Gender Studies und Kommunikationswissenschaft dar. Die Verbindung beider wissenschaftlicher Projekte wirft für die Kommunikationswissenschaft bis heute relevante theoretische, normative und epistemologische Fragen auf.

Mit unserem Beitrag ziehen wir eine kritische (Zwischen-)Bilanz über 20 Jahre Frauen- und Geschlechterforschung in der DGPK, über 20 Jahre Theorieentwicklung und Forschungspraxis an der Schnittstelle von Gender Studies und Kommunikationswissenschaft. Auf dieser Grundlage wollen wir Entwicklungsperspektiven für die Zukunft aufzeigen. Dabei sprechen wir im Folgenden nicht global über Gender- und Queertheorien, sondern reflektieren vor allem unseren Standort als Gender Studies-Expertinnen in der deutschsprachigen Kommunikationswissenschaft.

Im Einzelnen beschreiben wir zunächst den Ausgangspunkt der Gender Studies in der Kommunikationswissenschaft als ein widerspenstiges, der etablierten Wissenschaft gegenüber kritisch eingestelltes Projekt (1). Wie produktiv die theoretischen und analytischen Perspektiven der Geschlechterforschung in der Kommunikations- und Medienwissenschaft war, werden wir dann exemplarisch an einzelnen Forschungsbereichen erläutern (2). Die Etablierung der „kommunikationswissenschaftlichen Geschlechterforschung“ als eines Teilbereichs der Disziplin zeigt sich am besten in den Systematisierungs- und Ordnungsversuchen Mitte der 1990er Jahre, deren theoretische Weiterentwicklung heute auf der Agenda steht (3). Weitere Herausforderungen für die kommunikationswissenschaftlichen Gender Studies ergeben sich durch die Komplexität der Erkenntnisse der Gender Studies, die dem Alltagsverständnis der Kategorie „Geschlecht“ häufig zuwider laufen (4.1), den neoliberalen gesellschaftspolitischen Entwicklungen (4.2) und ihren wissenschaftspolitischen Folgen (4.3).

1. Ein widerspenstiges Projekt – Wissenschaftskritik

In der Verzahnung unterschiedlicher wissenschaftlicher Traditionen erscheinen kommunikationswissenschaftliche Gender Studies als widerspenstiges, interdisziplinäres Projekt. Sie erheben den Anspruch, das Verständnis gesellschaftlicher Prozesse von Kommunikation und Verständigung systematisch zu erweitern und zu verändern. Dabei stellen sie zugleich hartnäckig dominante Positionen und eingefahrene Annahmen infrage. Johanna Dorer (2002) hat darauf bestanden, den Begriff der „feministischen Medienforschung“ zu verwenden, da er den normativen Gehalt dieser Teildisziplin der Kommunikationswissenschaft besser zum Ausdruck bringe als die ansonsten gebräuchlichen Bezeichnungen wie etwa „kommunikationswissenschaftliche Geschlechterforschung“ (Klaus, 1998) oder „Gender Media Studies“ (Lünenborg, 2009). „Feministische Medienforschung bedient sich unterschiedlicher feministischer Theoriezugänge. Typisch für die feministische Theorie ist dabei ihre Bereitschaft, unorthodoxe Denkwege einzuschlagen, sowie eine kritische und kreative Aneignung und Verknüpfung verschiedener Theorie- und Erkenntnistraditionen vorzunehmen.“ (Dorer & Klaus, 2008, S. 92) Im Kern der Teildisziplin geht es also um die Anwendung von verschiedenen feministischen Theorien in der Kommunikations- und Medienwissenschaft und die Betrachtung der verschiedenen Fachgegenstände unter der Perspektive der Gender Studies. Dieses Vorhaben kann als unorthodox, widerspenstig und offen bezeichnet werden und weist damit eine Analogie zu den Cultural Studies auf. Ersetzt man in Kerstin Goldbecks (2004) eingängiger Definition der Cultural Studies diese durch

Gender Studies ergibt sich folgende Beschreibung des Forschungsbereichs: Bei den Gender Studies handelt es sich um ein intellektuelles Projekt, das sich alltäglichen kulturellen Praktiken der Konstruktion des symbolischen Systems der Zweigeschlechtlichkeit, der Artikulation von Geschlechteridentitäten und der Analyse von Geschlechterverhältnissen widmet und diese in ihrer kontextuellen Einbettung mit besonderem Blick auf Machtverhältnisse analysiert. Gender Studies arbeiten interdisziplinär und wollen politisch Möglichkeiten bereitstellen, die eigenen gesellschaftlichen Kontexte zu verändern (in Anlehnung an Goldbeck, 2004, S. 28).

Die Geschlechterforschung rückt die sozial und kulturell konstruierte und symbolisch vermittelte Zweigeschlechtlichkeit in den Mittelpunkt ihrer Analyse. Die Gender Studies definieren damit einerseits einen Forschungsgegenstand in der Kommunikationswissenschaft, andererseits werfen sie wissenschaftstheoretische Fragen weit über eine gegenstandsbezogene Perspektive hinaus auf. Wenn sich die kommunikationswissenschaftliche Geschlechterforschung also die Aufgabe stellt, Erkenntnisse der Gender Studies für die Kommunikationswissenschaft bereit zu stellen, so erarbeitet sie einerseits neue Wissensbestände und beschäftigt sich andererseits mit einer systematischen Wissenschaftskritik. Das macht die Leistung, aber auch die Schwierigkeiten von Frauen- und Geschlechterforschung aus, denn sie muss ihre Disziplin immer doppelt begreifen: Sie muss den wissenschaftlichen Kanon, den Main- oder Malestream als das vermeintlich Allgemeine kennen und kritisch kommentieren und zusätzlich die Unterschlagungen und Ausblendungen, die blinden Flecken des Wissenschaftsdiskurses ausleuchten und dabei Ansatzpunkte für Wissens- und Wissenschaftsveränderung entwickeln.

Geschlechtertheoretische Perspektiven stellen an die hier arbeitenden WissenschaftlerInnen erkenntnistheoretische, methodologische und methodische Anforderungen. So fordert ein methodisches Postulat der Gender Studies die selbstreflexive Analyse der Forschenden und ihres oder seines Analysestandpunktes ein. Die Forschung steht nämlich vor der erkenntnistheoretischen Herausforderung, das Objekt der Erkenntnis – die binäre Geschlechterlogik und seine gesellschaftlichen Erscheinungsformen – empirisch zum Ausgangspunkt nehmen zu müssen und zugleich im Forschungsprozess genau diese Prämisse als symbolisches Konstrukt zur Disposition zu stellen. Dieses Paradoxon der Geschlechterforschung bleibt letztlich unauflösbar und ist nur durch einen „strategischen Essentialismus“ (Spivak, 1996: 57) zu lösen.

Die Bewegung zwischen den beiden Ankerplätzen der kommunikationswissenschaftlichen Gender Studies ist im Hinblick auf die traditionelle Wissensproduktion widerspenstig, weil es sich den Logiken des je disziplininternen Diskurses entzieht und deshalb dort allzu oft aneckt, missachtet oder trivialisiert wird. Die Forderung nach der Integration der vieldimensionalen Kategorie Geschlecht in alle theoretischen Ansätze und empirischen Forschungsfelder der Kommunikations- und Medienwissenschaft ist provokant, weil sie über die Beschränkungen als Teildisziplin deutlich hinausweist.

Gender erscheint auf dem Teppich kommunikationswissenschaftlicher Erkenntnisse nach wie vor zugleich als blinder Fleck und als Faden, der in alle seine Muster fest verwoben ist. Vermutlich liegt aber genau in dieser Widerspenstigkeit

und Sperrigkeit der kommunikationswissenschaftlichen Geschlechterforschung der Grund, warum die Einarbeitung der Gender Studies in die Kommunikationswissenschaft, deren Durcharbeitung unter Bezugnahme auf die feministische Wissenschaftskritik zu einer veränderten Perspektive auf eine Reihe von virulenten kommunikationswissenschaftlichen Problemen und zu zahlreichen neuen Erkenntnissen geführt hat.

2. Erträge: Innovation durch Gender Studies

Die Inklusion theoretischer Modelle der Geschlechterforschung in die Kommunikations- und Medienwissenschaft hat dort integrative und kontextorientierte Forschungsperspektiven gestärkt. An die Stelle linearer Konzepte sind verstärkt reflexive Modelle getreten. Im Folgenden soll dies exemplarisch an einigen der Fragen, Forschungsfelder und Ansätze gezeigt werden, die in der deutschsprachigen Kommunikationswissenschaft unter Rückgriff auf Theorien der Geschlechterforschung bearbeitet wurden und über die ursprüngliche „Frauen- und Männerforschung“ hinaus Folgen für die Theorieentwicklung im Fach hatten und bis heute haben. An dieser Stelle soll nicht im Einzelnen auf die im Gegenstandsbereich der kommunikationswissenschaftlichen Geschlechterforschung erzielten Resultate eingegangen werden,¹ sondern vor allem die Transferleistung der Gender Studies für wichtige Teilbereiche und theoretische Modelle des Faches exemplarisch beleuchtet werden. Zur Öffentlichkeits- und Populärkulturforschung wie auch zur Journalistik haben Gender Studies grundlegende Beiträge geleistet.

Öffentlichkeitstheorien: Konstitutiv für die Beschäftigung mit Öffentlichkeit im Rahmen der Gender Studies war die Infragestellung des Dualismus von Öffentlichkeit und Privatheit, der mit der gesellschaftlichen Geschlechterhierarchie untrennbar verbunden ist. Daran schloss eine Kritik an der Beschränkung von Öffentlichkeitsdebatten auf einen engen, institutionellen Politikbegriff an, der wichtige informelle Politikformen und -prozesse ausschließt. Mit Überlegungen zur Bedeutung einer kulturellen Öffentlichkeit bzw. zu cultural citizenship (z. B. Klaus & Lünenborg, 2004) wird dieser Gedanke heute insbesondere im Hinblick auf die Relevanz von Medien zur Konstruktion von gesellschaftlicher Teilhabe weiterentwickelt. Öffentlichkeit kann nicht allein als Ausdruck und Instrument einer rationalen – und damit emotionale Elemente ausschließenden – gesellschaftlichen Problembearbeitung hinreichend verstanden werden. Feministische Öffentlichkeit hat sich immer als Gegenöffentlichkeit verstanden. Entsprechend wurden im Rahmen der Gender Studies hegemoniale und gegenhegemoniale Öffentlichkeiten intensiv erforscht (Geiger & Hauser, 2010; Wischermann, 2003) und unter anderem auch die Bedeutung von Freundschaften in Ergänzung der sozialen Bewegungsforschung herausgearbeitet (Wischermann, 2001). Die Kritik von schwarzen Frauen und Migrantinnen an einer Mittelschichtorientierung der feministischen Bewegung wurde im Rahmen der Queer Studies und von postkolonialen

1 Vgl. dazu die Bibliographie der kommunikationswissenschaftlichen Gender Studies: <http://www.uni-salzburg.at/pls/portal/docs/1/1349192.PDF>.

Ansätzen für Öffentlichkeitstheorien fruchtbar gemacht (vgl. zusammenfassend Klaus & Drüeke, 2010).

Unterhaltungsforschung: Die dichotome Strukturierung von Information auf der einen und Unterhaltung auf der anderen Seite hat in der Kommunikationswissenschaft eine lange Tradition, ist jedoch – das konstatiert mittlerweile die Mediennutzungsforschung ebenso wie die Kommunikatorforschung – keine tragfähige Systematik, um Medienangebote wie Rezeptionsprozesse zu unterscheiden. Es ist maßgeblich die Geschlechterforschung gewesen, die das normative Ideal des Informationen suchenden Bürgers als dominantem Mediennutzungsmuster in Frage gestellt hat (vgl. Klaus, 1996). Es zeigte sich dabei, dass der Dichotomie von Information und Unterhaltung und der Abwertung der Unterhaltungskommunikation eine Geschlechterstruktur eingeschrieben ist. Insbesondere durch die Verbindung von Gender Studies und Cultural Studies hat die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Angeboten der Populärkultur im deutschsprachigen Raum Relevanz erhalten (vgl. Klaus, 2008b; Lünenborg, 2005; Thomas, 2008). Ob Boulevardpresse oder Reality TV – für ein Verständnis öffentlicher Kommunikation ist die analytische Auseinandersetzung mit diesen Angeboten traditioneller Medien unverzichtbar. Im Bereich der Online-Medien und sozialer Netzwerke im Internet erscheint die kategoriale Unterscheidung zwischen Informationen für den Bürger und Unterhaltung für die Konsumentin ohnehin vollständig obsolet.

Journalismusforschung: Kulturorientierte Perspektiven auf Journalismus und seine Leistungen für gesellschaftliche (Selbst-)Verständigung haben eine integrative Berücksichtigung von Geschlecht als Strukturkategorie ermöglicht (vgl. Lünenborg, 2005; Schoon, 2009) Geschlechterforscherinnen haben in der Journalismusforschung zuletzt intensiv die Verbindung inhaltlich-struktureller Veränderungen (Wandel von Angeboten und Formaten, Hybridisierung und Entgrenzung) und professioneller Handlungsmodi thematisiert. Historisch und aktuell wurden damit die eingeschriebenen Geschlechterstrukturen journalistischer Handlungsrollen sichtbar gemacht (vgl. Kinnebrock, 2007; Lünenborg & Bach, 2010). Durch eine integrative Anlage der Journalistik, die sich nicht allein auf die Kommunikatorforschung beschränkt, rücken auch Wandlungsprozesse in den Blick, die weniger mit den technischen und organisatorischen Produktionsbedingungen als vielmehr mit der gezielten Adressierung der (Teil-)Publika zusammenhängen.

Zusammenfassend lässt sich der theoretische Ertrag der Geschlechterforschung für die Kommunikationswissenschaft wie folgt skizzieren:

1. Wo Geschlecht als personengebundene und zugleich als gesellschaftliche Kategorie begriffen wird, ist eine Verbindung von Mikro- und Makroperspektive analytisch unverzichtbar. Dieses Potenzial birgt gleichfalls für das Verstehen öffentlicher Kommunikation essentielle Möglichkeiten.
2. Indem Gender Studies die binäre/dualistische Geschlechterordnung in Frage stellen, erscheinen epistemologisch weitere, in der Kommunikationswissenschaft relevante Dualismen – Information vs. Unterhaltung; Faktisches vs. Fiktives; BürgerIn vs. KonsumentIn – revisionsbedürftig.
3. Weil Geschlecht in alle Dimensionen öffentlicher Kommunikationsprozesse eingeschrieben ist, wird eine Überschreitung (teil-)disziplinärer Grenzen erforderlich.

4. Dekonstruktivistische Perspektiven der Geschlechterforschung ermöglichen es, implizite normative Positionierungen der Kommunikationswissenschaft sichtbar zu machen.

Die analytische Übertragung von Erkenntnissen der Gender Studies in die Kommunikationswissenschaft und vice versa hat sich als große Chance erwiesen, neue Ergebnisse zu erzielen. Davon haben selbstredend nicht nur die Medien- und Kommunikationswissenschaft profitiert, sondern auch die Gender Studies.

3. Klassifikationen und darüber hinaus

In ihrem Textbuch „Gender und Medien. Theoretische Ansätze, empirische Befunde und Praxis der Massenkommunikation“ haben Marie-Luise Angerer und Johanna Dorer (1994) eine Unterscheidung zwischen *Standpunkttheorien* und Poststrukturalismus/Postmoderne vorgeschlagen. Elisabeth Klaus hat das, mit etwas anderem Fokus, in ihrer erstmals 1998 erschienenen Monographie „Kommunikationswissenschaftlichen Geschlechterforschung“ (2008a) weiter ausgearbeitet. *Gleichheits- und Differenzansatz* gehören zu den Standpunkttheorien, die davon ausgehen, dass Erkenntnissubjekt und Erkenntnisprozess voneinander abhängig sind, dem Erkenntnisgewinn also Erfahrungen des sozialen Subjekts zugrunde liegen. Die Genderforschung, die diese Perspektive einnahm, zeigte vor allem die zahlreichen Lücken und Leerstellen im Fach: In Bezug auf die Bedeutung der Kategorie Geschlecht hatte die Kommunikationswissenschaft wenige Einsichten vorzuweisen. Die anhand von Gleichheits- und Differenzansatz vorgenommene Bestandsaufnahme der vorliegenden Forschungsergebnisse ermöglichte jedoch, bis heute zahlreiche Lücken zu schließen. Vor allem im Rahmen dieser erkenntnistheoretischen Positionierungen wurde gesellschaftspolitischer Forschungsbedarf artikuliert und aufgegriffen. Nicht zu vergessen, dass wesentliche Initialzündungen für die Genderforschung in unserem Fach von außerhalb des Wissenschaftssystems kamen: Journalistinnen in öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ebenso wie Frauenministerien waren und sind es, die gesellschaftlich relevante Fragen nach der Partizipation von Frauen im Mediensystem und im öffentlichen Diskurs aufwerfen.

Angerer und Dorer haben den Standpunkttheorien *Poststrukturalismus/Postmoderne* gegenübergestellt. Klaus hat das *De/Konstruktivismus* genannt. Dieser Ansatz markiert den Paradigmenwechsel, der sich bereits Ende der 1980er Jahre in den Gender Studies abzuzeichnen begann und dazu geführt hat, dass der an das Subjekt gebundene Erfahrungsbegriff zunehmend problematisiert wurde. Im Wissen um die Standortgebundenheit von Erfahrung wird auch die soziale und kulturelle Gebundenheit theoretischer Erkenntnisse sichtbar. Erfahrungsbasiertes Wissen knüpft unauflöslich an gesellschaftliche Diskurse an, verändert diese und muss zugleich als deren Effekt betrachtet werden. Geschlecht wird diskursiv hergestellt und rekuriert zugleich auf gelebte Erfahrung von Männern und Frauen, von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Der Widerspruch muss nicht nur als quasi dialektisches Prinzip ausgehalten werden, sondern in ihm liegt die subversive Kraft der Gender Studies mitbegründet. Subjektunabhängige Erkenntnis

ist damit unmöglich. Geschlecht als Gegenstand wissenschaftlicher Analyse bleibt zugleich stets deren Voraussetzung und wird immer wieder (auch) durch Erkenntnis- und Theorieproduktion hergestellt.

Katharina Pühl et al. (2004, zitiert nach Dorer & Klaus, 2008) heben als Merkmale der de/konstruktivistischen Wende hervor: eine anti-essentialistische Auffassung von Geschlecht, eine Neukonzeptionierung bzw. in Fragestellung von Subjekt und Subjektivität und eine veränderte Auffassung vom Politischen. Das Interesse der Genderforschung wandte sich mit diesem Paradigmenwechsel stärker symbolischen Formen und kulturellen Repräsentationen zu Lasten der gesellschaftstheoretischen Ansätze und der Ungleichheitsforschung zu. De/Konstruktivismus hebt vor allem hervor, dass es für die Illusion des erkennenden Subjekts kein Außen gibt, das analysiert werden kann, sondern mit dem Erkenntnisprozess auch immer die bestehenden Verhältnisse mitproduziert werden. Dieses selbstreflexive Moment, das in der Formel des „doing gender“ markant zum Ausdruck gebracht wird, hat die Gender Studies unwiderruflich verändert. Geschlecht wird fortlaufend hergestellt – in interpersonaler wie öffentlicher Kommunikation ebenso wie allgemein in und durch Forschungsprozesse. Das „doing gender“ hat die vieldimensionale Kategorie Geschlecht um ihre Bestimmung als Konstruktionsleistung ergänzt und damit deren Dekonstruktion auf die Agenda der Genderforschung gesetzt.

Der Ansatz des De/Konstruktivismus umfasst all jene Erkenntnistheorien, die davon ausgehen, dass Geschlechterdifferenzen nichts Gegebenes sind, sondern sozial bzw. kulturell ständig neu verhandelt und hergestellt werden. Sie können deshalb auch nur überwunden werden, wenn solche Konstruktionen aufgedeckt werden und die Grenzen von Mannsein und Frausein verschoben und verändert bzw. neue Lebensentwürfe jenseits dieser Muster sichtbar und anerkannt werden. Ganz offensichtlich kommt in diesem Prozess der Konstruktion und Veränderung von Geschlecht Medien und öffentlicher Kommunikation eine besondere Bedeutung zu. Bei genauerem Blick auf das Konzept des De/Konstruktivismus werden darin mindestens drei sehr verschiedene Ansätze deutlich: den *sozialen Konstruktivismus* inklusive der Bourdieuschen Gesellschaftsbeschreibung, der die soziale Konstruiertheit der Gesellschaft betont, den *Poststrukturalismus* mit seiner Annahme einer rein diskursiv erzeugten Umwelt, und den *Dekonstruktivismus*, der in der Geschlechterforschung am wirkmächtigsten durch die Arbeiten Judith Butlers (1991) vertreten ist. Inzwischen wurde diese Perspektive im Rahmen der Queer Theory erweitert, die den Fokus auf die explizite analytische Thematisierung von Sexualität und Körperlichkeit legt und damit verbunden Kritik an der heterosexuellen bzw. heteronormativen Matrix übt. Heteronormativität wird als Basis der Konstruktion „normaler“ Identitäten und damit der Etablierung von gesellschaftlichen Hierarchien und von Inklusions- und Exklusionsprozessen gesehen. Mit Sabine Hark gesprochen, lenkt Queer Theory die theoretische Aufmerksamkeit auf die „sozial gestiftete Kohärenz von sex, gender, Begehren und Identität“ (Hark, 2008, S. 110).

Die aus heutiger Sicht unscharfe Zusammenfügung sehr unterschiedlicher Ansätze, die teils gesellschaftstheoretisch, zumeist aber kulturalistisch argumentieren, auch das Aufkommen der Queer Studies und des Intersektionalitätsparadigmas

zeigen, dass das Modell der drei Ansätze (Gleichheit – Differenz – Dekonstruktion) aktualisiert und weiterentwickelt werden muss. Ruth Ayaß (2006, S. 406) bemerkte bei ihrer Auseinandersetzung mit Gender Studies und deren Methoden, dass „viele der bisherigen Untersuchungen zum Thema Geschlecht und Medien [...] hinter dem Niveau und den Erkenntnissen der Gender Studies zurück(bleiben)“. Dabei nimmt sie allerdings die vorhandene Literatur nur sehr selektiv und nicht immer in ihren aktuellen Debatten zur Kenntnis. Ayaß plädiert dafür, „um einer Reifizierung der Zweigeschlechtlichkeit im Forschungsprozess zu begegnen, auf jegliche Formen von Binärcodierungen zu verzichten, die in Gestalt von tabellarischen Gegenüberstellungen des Typs ‚feminine/masculine‘ [...] speziell in der Medienforschung verbreitet sind“ (S. 416). Mit einem gänzlichen Verzicht auf den Rückbezug zu lebensweltlich strukturierten Kategorien gerät jedoch der Gegenstand der Analyse der Gender Studies, wie auch ihre gesellschaftliche Gestaltungs- und Veränderungskraft aus dem Blick. Anstelle eines vollständigen Verzichts auf einen dualen Geschlechterbegriff ist deshalb die Dynamik von Konstanz und Veränderung in den Blick zu nehmen. Mit dem Begriff „constant flux of gendering practices“ lässt sich, mit Rückgriff auf die Sozialstrukturanalysen von Erikson und Goldthorpe (1992), die Dialektik von Beharrung und Veränderung charakterisieren. Genau dieses Spannungsverhältnis in Bezug auf die Funktion und Leistung öffentlicher Kommunikation zu untersuchen, der Frage nachzugehen, welchen Beitrag zur Veränderung und welchen Part sie zur Re-Etablierung hierarchischer Geschlechterverhältnissen leistet, gehört zu den spannenden Herausforderungen aktueller kommunikationswissenschaftlicher Geschlechterforschung.

Der in der kommunikationswissenschaftlichen Geschlechterforschung identifizierte Dreiklang der Ansätze darf nicht als fixer Kanon aufgefasst werden, sondern ist als zu einem bestimmten Zeitpunkt entstandene und da ertragreiche Klassifikation aufzufassen, die weder allumfassend noch exklusiv oder für alle Zeiten gültig ist. Die Strukturierung der Gender Studies in drei Ansätze hat vielmehr eine systematische Ordnung des gesamten Forschungsbereichs ermöglicht. Sie ist heute jedoch nicht mehr ausreichend, um die Vielfalt feministischer Theorien und Ansätze in der Kommunikations- und Medienwissenschaft angemessen darzustellen. Zusammenfassend lässt sich sagen: Es war in den 1990er Jahren wichtig, auf der Basis der drei Ansätze der Frauen- und Geschlechterforschung eine einheitliche Landkarte dieses relativ jungen Teilgebiets der Kommunikationswissenschaft zu zeichnen und damit die kommunikationswissenschaftliche Geschlechterforschung zu begründen. Erst mit dieser systematischen Strukturierung wurde die Geschlechterforschung in der Kommunikationswissenschaft anschlussfähig für die Theoriedebatten der Gender Studies in den Sozial- und Kulturwissenschaften. Zwanzig Jahre später gilt es aber, die Vielfalt der unterschiedlichen Zugänge stärker zu berücksichtigen. Möglicherweise sind unterschiedliche Formen der Kartierung erforderlich, um die Geschichte unseres Forschungsgebietes zu zeichnen, seine erkenntnistheoretischen Wurzeln zu identifizieren und konkrete Erkenntnisse über die Aufrechterhaltung des Geschlechterdualismus mittels Medien und Kommunikation zu gewinnen. Neue Landkarten sind aber auch deshalb nötig, weil die

Welt, d. h. die die Wissenschaft umgebende Gesellschaft, sich in den letzten zwanzig Jahren dramatisch verändert hat.

4. Herausforderungen für die Weiterentwicklung der Gender Studies

Die Gender Studies und noch deutlicher die Queer Studies gehören epistemologisch zu den normativen Ansätzen. Impetus und Motor ihrer Forschung ist es, Wissen bereit zu stellen, das für Interventionen in die Gesellschaft relevant und nützlich ist. Ziel von Forschung ist es damit, jenen Material an die Hand zu geben, die Geschlechter- und Herrschaftsverhältnisse verändern wollen. Solch ein interventionistisches Wissenschaftsverständnis macht Forschung nicht zu einem utilitaristischen Instrument, verortet sie jedoch im Kontext gesellschaftlicher Ressourcen und Machtverhältnisse. Es geht also um das Verhältnis von kommunikationswissenschaftlicher Theorie und feministischer, politischer Praxis. Angesichts eines tiefgreifenden sozialen Wandels müssen Gender Studies in der Kommunikations- und Medienwissenschaft ihr Verhältnis zu einer emanzipatorischen gesellschaftlichen Praxis neu bestimmen. Dabei ergeben sich vor allem drei Aufgabebereiche bzw. Handlungsfelder: der erste hängt mit der Schwierigkeit zusammen, komplexe Theorien gesellschaftlich zu vermitteln; der zweite benennt die Notwendigkeit, den Zusammenhang von Feminismus und Neoliberalismus zu bestimmen; der dritte schließlich verweist auf die unmittelbare Relevanz für das Handeln im System der Hochschulen als Lehr- und Forschungseinrichtungen.

4.1 Transferprobleme zwischen Wissenschaft und Praxis

Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist der normative Anspruch der Gender Studies, einerseits theoretische Modelle zur Beschreibung und Analyse von Geschlechterverhältnissen zu entwickeln, andererseits politisch handlungs- und gestaltungsfähig zu sein. Daraus erwachsen vielfältige Anforderungen an die Wissenschaftsentwicklung, die nicht zuletzt dazu geführt haben, dass Gender Studies mit zunehmend abstrakteren Begriffsbildungen, komplexeren theoretischen Modellen und methodischen Designs operieren.

Damit stellt sich das erste Problem, das sich als Transferdefizit, als Theorie-Vermittlungs-Kluft fassen lässt und die kommunikationswissenschaftlichen Gender Studies ebenso beschäftigt wie die Kommunikationswissenschaft als Ganzes. Denn in dem Maße, in dem sich die Gender- und Queer Studies als eigenständiger Forschungsbereich ausdifferenziert haben, wurde ihre Verbindung zum Projekt der Frauenbefreiung geschwächt. Im (medien-)öffentlichen Geschlechterdiskurs hat sich dabei eine Wissenschaftsfeindlichkeit breit gemacht, die die Kommunikationswissenschaft mit Blick auf das Infragestellen der eigenen gesellschaftlichen Relevanz etwa in der „Silbermann-Debatte“ in ähnlicher Weise erlebt hat (vgl. Neverla, 1997; Silbermann, 1996). 2006 erschien Susanne Gaschkes „Die Emanzipationsfälle“, 2007 Alice Schwarzers „Die Antwort“, die beide in spezifischer Weise eine Bestandsaufnahme von Frauenbewegung und Feminismus liefern. Die Theorie-Vermittlungs-Kluft zeigt sich in beiden Publikationen, wenn die Gender Studies mit nur wenigen Worten angesprochen und als bedeutungslos für die Be-

standsaufnahme feministischer Politik abgetan werden: „Die GenderforscherInnen wollten nun nicht nur die konstruierte Geschlechterrolle ‚dekonstruieren‘, sondern auch das biologische Geschlecht. Heraus kam ein Frontalangriff auf das Konzept der Zweigeschlechtlichkeit; philosophisch uninteressant, doch fern von der weiterhin schwer gendernden Realität. [...] Realität jedoch ist, dass wir heute Frauen und Männer *sind*“ (Schwarzer, 2007, S. 24, Herv. i. O.).

Es irritiert, dass Gender Studies, die ja ihren Ursprung in den Emanzipationsbewegungen der Frauen haben, bei Schwarzer als irrelevant für die aktuelle Positionsbestimmungen des Feminismus erachtet werden. Man kann diese Perspektive abtun als Ignoranz, aber das reicht nicht aus. Denn beide Autorinnen können sich in dieser Weise positionieren, ohne sich damit ins Abseits zu begeben. Sie bringen damit zum Ausdruck, was viele gut gebildete, gesellschaftlich integrierte, emanzipierte Frauen heute denken. Hinter der Verkürzung verbirgt sich eine wirkliche Problematik. Denn: Theorien, insbesondere kritische Theorien, brauchen den Weltbezug als Ankerpunkt und zur Relevanzprüfung. Und auch andersherum: Gesellschaftskritik braucht den Theoriebezug, damit sie nicht in Detailfragen erstickt.

Vier Ursachen scheinen dem Theorie-Vermittlungsproblem zugrunde zu liegen:

1. Die notwendige Fixierung von Genderforscherinnen auf die *fachinternen Diskurse* erschwert es Außenstehenden, eine Verbindung zwischen den hier diskutierten Themen und ihren Fragen herzustellen. Disziplinäre Präzision und Prägnanz werden so von Ausschlussprozessen begleitet.
2. Diese reduzierte Adressierung fachexterner Publika zeigt sich insbesondere im ständigen Strom der Übernahme *englischsprachiger Begriffe*, die nur schwer zu vermitteln sind. Ganz nebenbei wird damit der Finger auch auf ein Problem der Hegemonie von Diskursen aus dem englisch-amerikanischen Raum gelegt.
3. Zugleich gilt aber, dass jede Theorie im Zuge ihrer Entwicklung und Ausdifferenzierung sich von Alltagswissen entfernt und entfernen muss. Das notwendige *Fachvokabular* und komplexe Erklärungen führen dazu, dass der unmittelbare Anschluss an die politischen Debatten und Alltagsdiskurse nicht länger gegeben ist.
4. Es erfordert also *Anstrengungen*, Theorie wieder praxistauglich zu machen. Das muss ein zweiseitiger Prozess sein, der von WissenschaftlerInnen zu leisten ist – insofern enthält er eine Aufforderung, durch Forschung *relevantes* Wissen bereit zu stellen. Aber es bedarf gleichermaßen der reflexiven Bereitschaft jener, die feministische Politik umsetzen. Wie Gaschke und Schwarzers Äußerungen zeigen, ist die Diskussion über Gleichbehandlung nicht notwendig mit Reflexionswillen und dem Anspruch verbunden, das Feld auch theoretisch zu durchdringen.

Dabei haben sich historisch als abstrakt erscheinende Theorien als äußerst praxisnah erwiesen. So gibt etwa der Fall der südafrikanischen Sportlerin Caster Semenya dem von Gaschke und Schwarzer gleichermaßen gescholtenen De/Konstruktivismus in seinen Zweifeln an der biologischen Vorgängigkeit der Geschlechterkategorie Recht. Unter der Überschrift „Unbeschreiblich weiblich“ schreibt Werner Bartens am 22./23.8.2009 in der Süddeutschen Zeitung „warum

es ein Irrglaube ist, die geschlechtliche Identität eines Menschen sicher bestimmen zu können“ (Bartens, 2009, S. 2). „Wann ist eine Frau ein Mann?“ fragt der Autor und überholt Alice Schwarzer mit ihrer Setzung, dass wir „heute Frauen und Männer *sind*“ radikal geschlechtertheoretisch. Durch die Diskussion darüber, ob Caster Semenya nun als Mann oder als Frau zu gelten habe, wurde der naturalisierte Geschlechterdualismus kurzzeitig verstört. In allen Medien wurde Sex und Gender zu einer öffentlichen Verhandlungssache. Doch jenseits dieser temporären Irritationen hat eine großflächige Integration ursprünglich widerständiger systemkritischer Gedanken und Konzepte in konservative Gesellschaftsentwürfe stattgefunden.

4.2 Neoliberale Gesellschaftsentwicklung

Im Laufe der Zeit scheint der Feminismus nachhaltig für den neoliberalen Gesellschaftswandel vereinnahmt worden zu sein. Daran haben populärkulturelle Medienangebote maßgeblichen Anteil, womit die kommunikationswissenschaftliche Forschung in besonderer Weise gefordert ist. Schwarzer (2007, S. 18, Herv. i. O.) spricht stolz davon, dass der Feminismus dort „angekommen“ sei, „wo er *auch* hingehört“, nämlich „in der Mitte der Gesellschaft“. Ob das aber wirklich wünschenswert ist, hat mit der spezifischen Gesellschaftsverfassung und dem Gesellschaftsverständnis zu tun, das feministischen Konzepten zu Grunde liegt.

Die damalige Familienministerin Ursula von Leyen oder die FDP-Europapolitikerin Sylvia Koch-Mehrin haben keine Probleme, feministische mit neoliberalen Ansichten zu verbinden. So schreibt etwa Koch-Mehrin in „Schwestern. Streitschrift für einen neuen Feminismus“ (2007, S. 21): „Das Leben liegt uns zu Füßen. Im Prinzip kann jede Frau heute die Lebensform wählen, die sie sich wünscht und die ihren individuellen Bedürfnissen entspricht: ob mit, ob ohne Mann, ob lieber allein oder als Lesbe, ob mit, ob ohne Kinder, ob im Beruf oder zu Hause – endlich ist der ganze bunte Reigen erlaubt.“ Die Diagnose vielfältigerer Handlungsoptionen und Lebensentwürfe ist zweifellos richtig, blendet dabei aber vollständig ökonomisch-soziale Rahmungen und Restriktionen aus. Der „bunte Reigen“ ist eine Formulierung ganz im Sinne neoliberaler Ideologie, und Koch-Mehrin gehört auch tatsächlich dem Unterstützungskreis „Neue soziale Marktwirtschaft“ an. Nancy Fraser hat die ketzerische These von einer „unappetitliche(n), untergründige(n) Wahlverwandtschaft“ (2009, S. 50) zwischen Neuer Frauenbewegung und Neoliberalismus aufgestellt. In ihrem Aufsatz „Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte“ vertritt Fraser die These, dass kulturelle Einstellungen, die der Neuen Frauenbewegung entstammen, so heilsam sie an sich waren, *auch* zur Umgestaltung der kapitalistischen Nachkriegsgesellschaft im Zeichen des Neoliberalismus genutzt wurden. Am Beispiel der feministischen Analyse geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, die die „Männerwelt Beruf“ von der „Frauenwelt Familie“ (Beck-Gernsheim, 1985) trennte, soll Frasers Argumentation hier verdeutlicht werden. Die Neue Frauenbewegung kritisierte die Überbewertung der Lohnarbeit als Basis der androzentrischen Vorstellungen von Arbeit und Familie. Der Neoliberalismus deutete dies um, indem Frauen weltweit umfassend in die Lohnarbeit integriert und der Familienlohn

durch die Norm der Doppelverdienerfamilie ersetzt wurde. Die Überbewertung der kapitalistischen Lohnarbeit wurde also nicht etwa abgebaut, sondern drastisch verschärft, und andere Lebensbereiche gerieten dadurch noch stärker ins Abseits.

Solche ideologischen Umdeutungen und Legitimierungen waren solange nicht möglich, wie die Forderungen nach Aufhebung geschlechterbezogener Ungleichheiten im Kontext der Neuen Frauenbewegung durch eine umfassende Gesellschaftskritik zusammengehalten wurden. Der Verlust dieser Kritik hat zu einer Fragmentierung beigetragen, die die neoliberale Vereinnahmung feministischer Forderungen und damit die funktionale Einpassung von Frauenerwerbsarbeit in die kapitalistische Gesellschaft ermöglichte. Es liegt nahe, Frasers Text als Reflexionsfolie zu verwenden, um die Veränderungen in den Medienrepräsentationen und der Repräsentanz von Frauen in der Produktion genauer zu untersuchen. Angela McRobbie (2009) sowie Yvonne Tasker und Diane Negra (2007) haben sich intensiv mit populärkulturellen Erzählungen postfeministischer Repräsentationen befasst. Ob „Sex and the City“, „Desperate Housewives“ oder „Bridget Jones's Diary“ – hier werden Erzählungen von weiblichem Erfolg und individueller Verwirklichung geliefert, die gänzlich ohne gesellschaftliche Kontextualisierungen auskommen. „This anti-feminist endorsement“, schreibt McRobbie (2007, S. 31), „of female individualization is embodied in the figure of the ambitious, TV Blonde“. **Erfolgreiche junge Frauen werden hier nicht im Kontext gesellschaftlicher Veränderungen und neu ausgehandelter Geschlechterstrukturen sichtbar, sondern als optimale Darstellerinnen neoliberaler Konsumlogik, die auf grundlegenden gesellschaftlichen Ausschlussmechanismen basiert. Dass Medienerzählungen insbesondere als soziale Referenzrahmen Geltung erlangt haben, um Konventionen von Sexualität und sexualisierten Körpern zu prägen, verleiht ihnen bei der Neuverhandlung von Geschlechterstrukturen besondere Relevanz. Diese kritische Perspektive verfolgen etwa Tanja Thomas mit ihrer Analyse der Castingshows als „Showtime für das ‚unternehmerische Selbst‘“ (Thomas, 2006) und Tanja Maier (2007), wenn diese konstatiert, dass in einigen Fernseh-Serien heute ein feministisches und queeres Begehren zwar deutlicher sichtbar werde, aber damit gleichzeitig verquere und widerständige Identitäten normalisiert und ihres widerständigen Charakters beraubt würden.**

Nancy Frasers kritische Bestandsaufnahme ist aber keine Analyse des Scheiterns feministischer Theorie und Praxis. Die amerikanische Wissenschaftlerin prognostiziert vielmehr, dass die augenblickliche Krise neoliberaler Marktkonzepte zu einer umfassenden Gesellschaftskritik und zur Entstehung neuer sozialer Bewegungen führen könne. „Wenn wir die Chance nutzen, könnte es gelingen, die Struktur der bevorstehenden Transformation in Richtung Gerechtigkeit zu verändern – und dies nicht allein im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit.“ (Fraser, 2009, S. 57) Ähnlich argumentiert Gudrun-Axeli Knapp (2008), wenn sie dafür plädiert, neben der Forderung nach Anerkennung kultureller Differenz und der Verstörung des Geschlechterdualismus, Gesellschaftsstrukturen und soziale Ungleichheit wieder stärker in den Mittelpunkt der Theoriebildung zu rücken (Knapp, 2008). Solche Überlegungen erlangen dann unmittelbare Relevanz für die Wissenschaft, wenn diese nicht außerhalb, sondern als Teil des Gesellschaftswan-

dels verortet wird, wenn also der neoliberale Umbau des Hochschulwesens gerade auch im Hinblick auf die Möglichkeiten nachhaltiger Theorieentwicklung reflektiert wird.

4.3 Aktuelle wissenschaftspolitische Entwicklungen

Die aktuellen gesellschaftlichen Wandlungsprozesse hinterlassen auch im Wissenschaftssystem und im Hochschulbereich tiefgreifende Spuren. Neoliberaler Umbau bedeutet zum einen die Privatisierung und Ökonomisierung von Bildung und Ausbildung, von Forschung und Wissenschaft und impliziert andererseits, dass alle Aspekte wissenschaftlicher Arbeit unter das Primat der Ökonomie und damit auf Verwertbarkeit und Effizienz umgestellt werden bzw. bereits umgestellt worden sind. „Exzellenzinitiativen“ und „Eliteförderung“ verweisen auf ersteres, die Bologna-Architektur, Leistungsvorgaben und ständige Evaluierungen von Hochschulen und deren Untergliederungen, aber auch vom wissenschaftlichen Personal auf letzteres.

Der neoliberale Umbau des Wissenschaftssystems behindert die Weiterentwicklung kritischer Theorien. Damit haben sich auch die Bedingungen für die Ausarbeitung von Gender- und Queertheorien nachhaltig verschlechtert. Dafür gibt es zahlreiche Gründe, einige wollen wir nennen: Eine überwiegend an Managementvorstellungen ausgerichtete Gestaltung von Hochschulen führt dazu, dass Administrationsaufgaben ständig zunehmen und ein immer kleinerer Teil der Arbeitszeit des wissenschaftlichen Personals für die Forschung zur Verfügung steht. Theoriearbeit, die ihrem Wesen nach nicht unmittelbar in anwendungsorientierter Forschung ihren Niederschlag finden kann und soll, steht unter den Bedingungen der Ökonomisierung der Hochschule unter erheblichem Legitimationsdruck, weil das Einwerben von Drittmitteln zum exklusiven Maßstab der Güte und Qualität von Forschung und Wissenschaft werden. Besonders problematisch wird das, wenn zugleich die öffentlichen, von der Privatwirtschaft unabhängigen Fördermittel drastisch gekürzt werden, wie es etwa für Österreich aktuell gilt.

Theorieentwicklung braucht die Möglichkeit, Neues zu denken, benötigt Kreativität und Freiräume. Sich diese zu nehmen und zu erstreiten, bedeutet, der neoliberalen Vermarktungslogik Widerstand entgegen zu setzen. Es bedeutet auch, die Freiheit zurück zu gewinnen, sich als Persönlichkeit zu entfalten. Theorien sind ja nicht nur Ausdruck von Kultur und Gesellschaft, sondern auch Produktionen von Individuen. Feministische Wissenschaftsentwicklung impliziert, die Arbeitskulturen zu verändern und, wie weiter oben ausgeführt, sich selber als standortgebundene Subjekte in die Forschung einzuschreiben. Es sind auch weiterhin die Strukturen des Wissenschaftssystems und die Bindung an dortige Netzwerke, die Karrieren bestimmen. Das fällt gerade in einem vergleichsweise kleinen Fach wie der deutschsprachigen Kommunikationswissenschaft auf: Netzwerken und die Verfolgung der eigenen Forschungsinteressen sind mindestens so wichtig wie das intensive Akquirieren, Publizieren und Präsentieren.

In Zeiten des neoliberalen Umbaus der europäischen Hochschulen ist die Eroberung von individuellen und kollektiven Freiräumen nicht nur notwendig, um theoretisch produktiv zu sein, sondern wird auch zur widerständigen Handlung,

um Hochschulen als Orte kritischer Erkenntnisproduktion zu erhalten. Dabei sind die Voraussetzungen angesichts einer nach wie vor nur partiellen Integration der Gender Studies in der Fachcommunity schwieriger denn je, denn jede einzelne Gender Forscherin muss als ausgewiesene Expertin in mindestens einem anerkannten Teilbereich des Fachs gelten, sich als Rezeptionsforscherin, Journalismusforscherin, Kommunikationshistorikerin etc. einen Namen machen und daneben zugleich Geschlechterforscherin sein. Explizite Denominationen, die Geschlechterforschung zum profilbildenden Bestandteil kommunikationswissenschaftlicher Lehrstühle macht, liegen im deutschsprachigen Raum – im deutlichen Unterschied zu anderen Sozialwissenschaften und zu anderen Ländern – nicht vor. Diese erzwungene Zweigleisigkeit führt zu Doppelbelastungen, die gerade in Zeiten des neoliberalen Umbaus der Hochschulen enormes Potential, insbesondere beim wissenschaftlichen Nachwuchs bindet.

5. Ein kurzes Fazit

Eine zaghafte Etablierung der Gender Studies in der Kommunikations- und Medienwissenschaft ist *personengebunden* gelungen. Sie ist aber später erfolgt und weniger abgesichert als in anderen Sozialwissenschaften. Eine *strukturelle* Verankerung hat im deutschsprachigen Raum bis heute nicht stattgefunden. Nur in wenigen Fällen ist eine systematische curriculare Berücksichtigung in den B.A.- und M.A.-Studiengängen erfolgt.²

Diese Verfasstheit verweist auf Labilität und Dynamik. Sie fordert integrative Konzepte in Lehre und Forschung, die Gender Studies nicht disziplinär, sondern epistemologisch und strukturell interdisziplinär anlegen. Strategisch erfordert dieser Zustand einerseits die Orientierung an der herrschenden Binnenlogik des Wissenschaftssystems beispielsweise durch Nachwuchsförderung, die Kanonisierung von Wissen und dessen Vermittlung in Lehrbüchern sowie die Akquise von Drittmitteln. Gerade die letztgenannte Forderung bringt Ambivalenzen mit sich. Einerseits ermöglicht Medien-Geschlechterforschung, finanziert von Ministerien, Medienbetrieben oder Medienaufsicht, die zuvor diskutierten interventionistischen Ansprüche einzulösen. Gerade mit Blick auf Partizipation und Repräsentation der Geschlechter besteht hier nach wie vor Forschungsbedarf. Andererseits liegt in dieser anwendungsorientierten Forschung zugleich ein Risiko, weil diese gleichstellungspolitisch induzierte Forschung sehr unmittelbar an politischen Handlungslogiken und Gestaltungsoptionen orientiert ist. Dezidierte Theoriearbeit und -entwicklung kann dort nur marginal geleistet werden. Dazu ist theoriebildende Grundlagenforschung erforderlich, die primär durch die nationalen und internationalen Einrichtungen der Forschungsförderung ermöglicht wird.

2 Einzig an der Universität Wien ist „Feministische Medien- und Kommunikationsforschung“ als Wahlpflicht-Bereich systematisch etabliert. Ein anderes Konzept verfolgt beispielsweise die FU Berlin. Dort müssen alle Studiengänge je gegenstands- und fachspezifische Gender-Wissen und -Kompetenzen vermitteln. Damit ist in den kommunikationswissenschaftlichen Studiengängen geschlechteranalytisches Wissen in Modulen zur Medienkultur, zum Journalismus oder zur Medienwirkung – je nach Ausgestaltung durch die Lehrenden – integriert enthalten.

In diesem Bereich der Theorie- und Modellentwicklung liegt für die Kommunikationswissenschaft insgesamt das relevante Potenzial: Die Gender Studies in der Kommunikationswissenschaft generieren Theorieperspektiven, die gesellschafts- und kulturorientierte Ansätze nicht als Gegensätze, sondern als komplementäre Bestandteile zum Verständnis öffentlicher Kommunikation betrachten. Das macht sie für die Kommunikations- und Medienwissenschaft auch zukünftig innovativ und ertragreich.

Literatur

- Angerer, M.-L., & Dorer, J. (Hrsg.). (1994). Gender und Medien. Theoretische Ansätze, empirische Befunde und Praxis der Massenkommunikation. Ein Textbuch zur Einführung. *Studienbücher zur Publizistik und Kommunikationswissenschaft*. Wien: Braumüller Verlag.
- Ayaß, R. (2006). Gender Studies. In R. Ayaß, & J. Bergmann (Hrsg.), *Qualitative Methoden der Medienforschung* (S. 406-422). Reinbek: Rowohlt.
- Bartens, W. (22./23. August 2009). Unbeschreiblich weiblich. *Süddeutsche Zeitung*, S. 2.
- Beck-Gernsheim, E. (1985). *Das halbierte Leben. Männerwelt Beruf, Frauenwelt Familie*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Butler, J. (1991). *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dorer, J. (2002). Entwicklung und Profilbildung feministischer Kommunikations- und Medienwissenschaft. In J. Dorer, & B. Geiger (Hrsg.), *Feministische Medien- und Kommunikationswissenschaft. Ansätze, Befunde und Perspektiven der aktuellen Entwicklung* (S. 22-32). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Dorer, J., & Klaus, E. (2008). Feministische Theorie in der Kommunikationswissenschaft. In C. Winter, A. Hepp, & F. Krotz (Hrsg.), *Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft. Grundlegende Diskussionen, Forschungsfelder und Theorieentwicklungen* (S. 91-112). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Erikson R., & Goldthorpe, J. H. (1992). *The Constant Flux. A Study of Class Mobility in Industrial Societies*. Oxford: Clarendon Press.
- Fraser, N. (2009). Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 8, 43-57.
- Gaschke, S. (2006). *Die Emanzipationsfälle. Karriere oder Kinder? Warum wir neue Rollenbilder brauchen*. München: Wilhelm Goldmann Verlag.
- Geiger, B., & Hauser, M (2010): Medien der Neuen Frauenbewegung im Archiv. *Interface: a journal for and about social movements*, 2, 103-125.
- Goldbeck, K. (2004). *Gute Unterhaltung, schlechte Unterhaltung. Die Fernsehkritik und das Populäre*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Hark, S. (2008). Lesbenforschung und Queer Theorie: Theoretische Konzepte, Entwicklungen und Korrespondenzen. In R. Becker, & B. Kortendiek (Hrsg.), *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie* (2. erw. u. aktual. Aufl.) (S. 108-115). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kinnebrock, S. (2007). Schreiben für die politische Öffentlichkeit? Frauen im Journalismus um 1900. In C. Bland, & E. Müller-Adams (Hrsg.), *Frauen in der literarischen Öffentlichkeit 1780-1918* (S. 143-167). Bielefeld: Aisthesis Verlag.

- Klaus, E. (1996). Der Gegensatz von Information ist Desinformation, der Gegensatz von Unterhaltung ist Langeweile. *Rundfunk und Fernsehen*, 3, 402-417.
- Klaus, E. (2008a). *Kommunikationswissenschaftliche Geschlechterforschung. Zur Bedeutung der Frauen in den Massenmedien und im Journalismus* (aktual. u. korr. Neuauf.). Wien, Berlin: Lit Verlag.
- Klaus, E. (2008b). Verschränkungen. Zum Verhältnis von Cultural Studies und Gender Studies. In A. Hepp, & R. Winter (Hrsg.), *Kultur – Macht – Medien. Cultural Studies und Medienanalyse* (3., überarb. u. erw. Aufl.) (S. 201-218). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Klaus, E., & Lünenborg, M. (2004). Cultural Citizenship. Ein kommunikationswissenschaftliches Konzept zur Bestimmung kultureller Teilhabe in der Mediengesellschaft. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 52, 2/2004, 193-213.
- Klaus, E., & Drüeke, R. (2010). Öffentlichkeit und Privatheit: Frauenöffentlichkeiten und feministische Öffentlichkeiten. In R. Becker, & B. Kortendiek (Hrsg.), *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie* (3. aktual. u. erw. Aufl.) (S. 244-251). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Knapp, G.-A. (2008). Give Sex, Gender and Sexuality more of a Society: Zur Standortbestimmung feministischer Theorie. *Feministische Studien*, 2/2008, 208-219.
- Koch-Mehrin, S. (2007). *Schwestern. Streitschrift für einen neuen Feminismus*. Berlin: Econ.
- Lünenborg, M. (2005). *Journalismus als kultureller Prozess: Zur Bedeutung von Journalismus in der Mediengesellschaft – Ein Entwurf*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lünenborg, M. (2009). Politik auf dem Boulevard? Eine Einführung aus geschlechtertheoretischer Perspektive. In M. Lünenborg (Hrsg.), *Politik auf dem Boulevard? Die Neuordnung der Geschlechter in der Politik der Mediengesellschaft* (S. 7-21). Bielefeld: transcript Verlag.
- Lünenborg, M., & Bach, A. (2010). Der Abschied vom furchtlosen Helden – Zum Wandel des Berufsbildes von Kriegs- und KrisenreporterInnen. In M. Thiele, T. Thomas, F. Virchow, (Hrsg.), *Medien – Krieg – Geschlecht. Affirmationen und Irritationen sozialer Ordnungen* (S. 323-344). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Maier, T. (2007). Gender und Fernsehen. Perspektiven einer kritischen Medienwissenschaft. *Studien | zur | visuellen| Kultur*. Bielefeld: transcript Verlag.
- McRobbie, A. (2009). *The Aftermath of Feminism. Gender, Culture and Social Change*. Los Angeles, London, New Delhi, Singapore, Washington DC: Sage.
- McRobbie, A. (2007). Postfeminism and Popular Culture: Bridget Jones and the New Gender Regime. In Y. Tasker, & D. Negra (Hrsg.), *Interrogating Postfeminism: Gender and the Politics of Popular Culture* (S. 27-39). Durham, NC: Duke University Press.
- Neverla, I. (24. Januar 1997). Warum die deutsche Kommunikationswissenschaft durchaus Zukunft hat – eine Replik auf Alphons Silbermann. *Die Zeit*. Abgerufen von <http://www.zeit.de>
- Pühl, K., Paulitz, T., Marx, D., & Helduser, U. (2004). Under construction? Konstruktivistische Perspektiven in feministischer Theorie und Forschungspraxis – zur Einführung. In U. Helduser, D. Marx, T. Paulitz, & K. Pühl (Hrsg.), *Under construction? Konstruktivistische Perspektiven in feministischer Theorie und Forschungspraxis* (S. 11-30). Frankfurt am Main: campus Verlag.

- Schoon, W. (2009). *Gendering im Berufsfeld Journalismus. Ein Überblick über Empirie und Theorie sowie die Integration der Sozialtheorie Pierre Bourdieus*. Berlin, Münster: Lit Verlag.
- Silbermann, A. (13. Dezember 1996). Abgesang auf die deutsche Medien- und Kommunikationswissenschaft. *Die Zeit*. Abgerufen von <http://www.zeit.de>
- Spivak, G. C. (1996). Feminism and critical theory. In D. Landry, & G. MacLean (Hrsg.), *The Spivak Reader: selected works of Gayatri Chakravorty Spivak* (S. 53-74). London: Routledge.
- Schwarzer, A. (2007). *Die Antwort*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Tasker, Y., & Negra, D. (Hrsg.). (2007). *Interrogating Postfeminism: Gender and the Politics of Popular Culture*. Durham, NC: Duke University Press.
- Thomas, T. (2006). Showtime für das „unternehmerische Selbst“ – Reflektionen über Reality-TV als Vergesellschaftungsmodus. In L. Mikos, D. Hoffmann, & R. Winter (Hrsg.), *Mediennutzung, Identität und Identifikationen. Die Sozialisationsrelevanz der Medien im Selbstfindungsprozess von Jugendlichen* (S. 51-66). Weinheim, München: Juventa.
- Thomas, T. (Hrsg.). (2008). *Medienkultur und soziales Handeln*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wischermann, U. (2001). Interaktion von Öffentlichkeiten. Zur Geschichte der Frauenpresse im 18. und 19. Jahrhundert. In E. Klaus, J. Röser, & U. Wischermann (Hrsg.), *Kommunikationswissenschaft und Gender Studies* (S. 212-240). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Wischermann, U. (2003). *Frauenbewegungen und Öffentlichkeiten um 1900. Netzwerke Gegenöffentlichkeiten Protestinszenierungen*. Königstein i. Taunus: Ulrike Helmer Verlag.

Twenty Years of Gender and Queer Theories in German Communication and Media Studies An Interjection

Elisabeth Klaus & Margreth Lünenborg

Communication scholars in Germany with an interest in promoting gender studies began to organize in 1991. From the beginning their aim was three-fold. Firstly, they aimed at generating new content and filling in the gaps existing research had left behind as regards production, reception and representation of women and men in the media. Secondly, it promoted a new epistemology known as standpoint theory contradicting the mainstream claim of objective, value-free research. In this vein, gender studies was not limited to a special research area, but applied its instruments of critique to all the procedures, methodologies, and subject areas of the discipline as a whole. Thirdly, the gender section wanted to promote gender equality within the academic field and to contribute to the recognition of the work of female scholars. Although later this aim was abandoned in order to entirely focus on developing gender theory and research in communication and media studies, the section served as a supportive network for women entering the association – and today, quite a few of its early protagonists hold professorships.

The interweaving of gender studies on the one hand and communication studies on the other has proved most productive. Many of the earlier gaps in communication studies are closed now. Much more is known about the meaning of gender in all parts of the communication process – including production and reception of media and communication as well as its representation by different media texts. The bibliography of gender studies publications (<http://www.unisalzburg.at/pls/portal/docs/1/1349192.PDF>) shows the complexity of the research conducted over the last years. Moreover, the gender studies perspective has led to important theoretical contributions in the field of communication. The insights in the complex category of gender, especially the knowledge of the symbolic construction of the binary gender code, led to a questioning of many other dualisms, such as private life and public sphere, information and entertainment, citizen and consumer. As a consequence an attempt was made to bridge micro and macro perspectives. The paper discusses the innovative influence of these insights on communication and media research, choosing public sphere theory, entertainment research and journalism research as examples.

A tri-partite model introduced by Klaus (1998), and with a somewhat different focus by Angerer/Dorer (1994), was instrumental in mapping out the field of gender studies and establishing it as a sub-field on its own within the German communication society. The model distinguished between the equality paradigm, the difference paradigm and de/constructionist theories. This systematic can be read historically extending the notion of gender, moving from an essentialist concept

to one that focuses on the symbolic, constructionist and textual qualities of gender as a structure of meaning. This latter strand has diversified considerably within the last 20 years so that the term de/constructionism today seems rather imprecise incorporating at least three different approaches: social constructionism, poststructuralism and deconstructionism. Queer Theory with its focus on a critique of the heterosexual and heteronormative matrix and the intersectionality paradigm have further enhanced our ideas of how gender is entrenched in the very fabric of society and contributes to its reproduction. But the theoretical advancements are not the only reason why the model needs a reworking and an extension. A number of social, cultural and political developments also necessitate a revised mapping of the field of gender studies in order to deal with the “constant flux” of gendering practices in society (Erikson & Goldthorpe, 1992).

We identify and discuss three challenges to gender theory: First, a growing distance between feminist practices and theoretical developments, second, the integration of feminist concepts into a conservative model of society – partly called “post-feminism” (Tasker & Negra, 2007) – and third, the increasing difficulties in the development of critical theories given the neoliberal turn in university politics. The continuous diversification of gender studies and its struggle for recognition within the scientific community has led to a growing distance to equality policies and feminist political movement. Often the vocabulary used (“gender” might be mentioned as the starting point) is adopted from gender studies in the English-speaking realm. This certainly complicates the transfer of insights from theory into the everyday struggles of feminists. On the other hand, the feminist discourse frequently limited itself to gender mainstreaming policies, rejecting outright to reflect on the insights and consequences of the poststructuralist and deconstructivist turn in gender studies. In addition, the lack of a strong women’s movement has resulted in a reductionist retelling of the feminist agenda so that even the conservative parties have integrated some of its original demands. Fraser (2010) has commented on the ways in which feminist issues have been stripped of their critical impetus and became fully integrated into a neoliberal economic turn. These forms of friendly embracement have been realized with the support of popular culture formats, where young, pretty women are presented as individually successful without questioning the hegemonic gender order, as McRobbie (2010) describes in the “Aftermath of Feminism”. Neoliberalism has also exerted strong influence on university politics. The possibility of developing critical theories in general and gender studies theories in particular have deteriorated tremendously. The economic logic being implemented in structures of academia reduces the opportunities of theory production, as external funding mostly concentrated on applied research has become an important indicator for successful academic careers.

We briefly conclude that gender and queer studies in communication and media studies could enter universities due to the appointment of at least some (also) gender studies scholars. But it has not succeeded in a structural anchoring since today not one professorship with a denomination in gender studies exists. Its first two decades of existence in German-speaking communication research shows that communication and media studies have much to gain from the critical per-

spectives and insights gender and queer theories offer in order to entangle the social and cultural workings of communication and media.

Literature:

- Angerer, M.-L., & Dorer, J. (Eds.). (1994). *Gender und Medien. Theoretische Ansätze, empirische Befunde und Praxis der Massenkommunikation. Ein Textbuch zur Einführung* [Gender and media. Theoretical approaches, empirical findings and the praxis of mass communication. An introductory textbook]. *Studienbücher zur Publizistik und Kommunikationswissenschaft* [Transcripts on journalism and communication]. Wien: Braumüller Verlag.
- Erikson R., & Goldthorpe, J. H. (1992). *The Constant Flux. A Study of Class Mobility in Industrial Societies*. Oxford: Clarendon Press.
- Klaus, E. (1998). *Kommunikationswissenschaftliche Geschlechterforschung. Zur Bedeutung der Frau in den Massenmedien und im Journalismus* [Gender research in communication studies. On the impact of the female in mass media and journalism]. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- McRobbie, A. (2009). *The Aftermath of Feminism. Gender, Culture and Social Change*. Los Angeles, London, New Delhi, Singapore, Washington DC: Sage.
- Fraser, N. (2010). Feminism, Capitalism and the Cunning of History. *New Left Review*, 56, 97-117.
- Tasker, Y., & Negra, D. (Eds.). (2007). *Interrogating Postfeminism: Gender and the Politics of Popular Culture*. Durham, NC: Duke University Press.

ESSAY

Risiken und Nebenwirkungen des Internets für die politische Kommunikation

Risks and Side Effects of the Internet for Political Communication

Wolfgang Donsbach

Wolfgang Donsbach: Technische Universität Dresden, Institut für Kommunikationswissenschaft; Kontakt: wolfgang.donsbach@tu-dresden.de

ESSAY

Risiken und Nebenwirkungen des Internets für die politische Kommunikation

Ein Essay

Risks and Side Effects of the Internet for Political Communication

An Essay

Wolfgang Donsbach

Abstract: This short essay observes some general trends concerning the internet's impact on political communication – based around notions of what we might expect from the citizens, media and political actors in a democratic society. It focuses on three central questions: 1) What kind of significance did the internet gain over recent years? 2) What kind of changes will current trends in communication carry for political cognition? 3) What sort of modification will the culture of communication experience? The essay argues in favor for a hard-nosed view on recent developments that concentrates on the functions of journalism and intermediate institutions, rather than normative expectations regarding a „new public sphere“.

In einem neuen Online-Journal (Herzlichen Glückwunsch zur ersten Nummer!) darf man doch hoffentlich schon mal Wikipedia zitieren! Ein Essay ist „eine geistreiche Abhandlung, in der wissenschaftliche, kulturelle oder gesellschaftliche Phänomene betrachtet werden. Im Mittelpunkt steht die persönliche Auseinandersetzung des Autors mit seinem jeweiligen Thema. Die Kriterien streng wissenschaftlicher Methodik können dabei vernachlässigt werden.“ (<http://de.wikipedia.org/wiki/essay>) Dagegen ist natürlich Kritik höchst erwünscht und geradezu der Maßstab dafür, ob dieses Ziel erreicht wurde.

Die „strengen Regeln wissenschaftlicher Methodik“ zu vernachlässigen, fällt einem Wissenschaftler zwar schwerer als einem Verteidigungsminister, aber er freut sich, wenn er mal nicht jeden Satz darauf prüfen muss, ob man ihn schreiben kann – und ob ihn nicht vielleicht schon ein Kollege so oder ähnlich geschrieben hat. Auch die „persönliche Auseinandersetzung“ mit dem Thema ist eine eher willkommene Erwartung, wenn man ansonsten in das Korsett der wertfreien Wissenschaft gezwängt ist. Auch wenn man dieses Korsett freiwillig gewählt hat (das nach Popper einzig unumgängliche Werturteil in einer ansonsten wertfreien Wissenschaft), juckt es gerade in

den normrelevanten Sozialwissenschaften, auch einmal normativ argumentieren zu können – und damit das zu tun, was René König uns verboten hat, nämlich das Werturteil zum Inhalt der wissenschaftlichen Aussage zu machen. Ganz problematisch für den Verfasser ist natürlich das Gebot, in seinem Essay „geistreich“ zu sein. Ich ziehe mich auf den Standpunkt zurück, dass dies jeder Leser anders definiert und empfindet und man diesbezüglich wenigstens hier und da einen Treffer beim Publikum landet.

Dieser Beitrag basiert also anders als meine üblichen Arbeiten weniger auf originären empirischen Daten. Stattdessen gebe ich hier einige Beobachtungen wieder, die zum Teil auf empirische Ergebnissen (eigenen und noch mehr fremden), überwiegend aber auf allgemeinen Beobachtungen über die Veränderungen der politischen Kommunikation in Zeiten des Internets basieren. Meine drei Kernfragen in diesem Essay sind für mich auch so etwas wie meine forschungsleitenden Fragen für die Zukunft: 1) Welche Bedeutung hat das Internet für die politische Kommunikation? 2) Welche Veränderungen bringen die gegenwärtigen Trends im Kommunikationsverhalten hinsichtlich der politischen Kognitionen? 3) Welche gesamtgesellschaftlichen Veränderungen hinsichtlich der Kommunikationskultur kann es geben?

Letztlich dreht sich dabei alles um die Frage, wie viel und was wir von Bürgern, Medien und politischen Akteuren in einer Demokratie – und damit vom politischen System insgesamt – erwarten können. Betrachtet man die Veröffentlichungen und Konferenzthemen im Bereich der politischen Kommunikationsforschung der letzten zehn

Jahre, dann fokussieren die Beiträge wiederum das alte Thema von Walter Lippmann (1922), nämlich die Frage, wie groß das Delta ist zwischen den Idealvorstellungen einer Demokratie und der tatsächlichen Performanz ihrer Akteure. Auch wenn man natürlich gleich mit dem Generalverdacht kommen kann, die Vergangenheit werde idealisiert, um die Gegenwart umso einfacher an den Pranger stellen zu können (ein Trick, den man gerade Habermas immer vorgeworfen hat), ist es für die Sozialwissenschaften nötig, nach den Absetzungsbewegungen der Realität vom Ideal zu suchen. Dies müsste auch dann Anlass zu wissenschaftlicher Aktivität sein, wenn man davon ausgehen muss, dass das Ideal selbst nie zu erreichen ist. Insofern sollte in jedem von uns ein Stück Habermas'schen Denkens stecken, auch wenn man nicht der Kritischen Theorie angehört.

Allerdings sind Habermas und seine Schüler, und das ist ein direkte Folge des kritisch-theoretischen Gedankengebäudes, meist auf einem Augen blind, weil sie nur die strukturellen Voraussetzungen der Demokratie im Blick haben und nicht die Performanz ihrer Akteure, zumindest nicht der Bürger. Letztere werden meist als Opfer der Umstände, bestenfalls als abhängige Variable der Systemvoraussetzungen gesehen (vgl. Donsbach & Obermüller, 2010). Es darf aber erlaubt sein zu fragen, was die Bürger mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen, auch denen im Internet, Sinnvolles anfangen.

1. E-Democracy: die unerfüllte Hoffnung

Meine erste forschungsleitende Frage betrifft die Bedeutung des Internets für die politische Kommunikation. Sie ist eine rein deskriptiv-empirische Frage. Maßstab sind hierfür am besten die Erwartungen, die man vor etwa zehn bis 15 Jahren mit der so genannten E-Democracy verbunden hat. Sie betrafen ein Mehr an direkten demokratischen Entscheidungen, einen intensiveren, das heißt mehr Menschen einbeziehenden politischen Diskurs und eine stärkere Responsivität der Regierung (vgl. Zittel, 2008). Nichts davon ist bisher in nennenswertem Maße eingetreten.

Alle bisher vorliegenden Befunde zeigen aber, dass die Nutzung des Internets und die Wahrnehmung seiner Möglichkeiten für politische Partizipation (und sei es auch nur die passive Nutzung von Inhalten) äußerst gering und hinsichtlich der aktiven Eigenbeteiligung sogar eher rückläufig sind. Nach der ARD/ZDF-Onlinestudie 2010 gaben 58 Prozent der Online-Nutzer an, das Internet für politische Informationen und Nachrichten zu nutzen (van Eimeren & Frees, 2010). Fragt man aber konkret, über welches Medium man sich „gestern“ (Stichtagsfrage) über „das aktuelle Geschehen“ informiert hat, dann sehen die Zahlen plötzlich ganz anders aus: Von den 61 Prozent der unter 30-Jährigen, die das überhaupt (angeblich) taten, nannten 15 Prozent das Internet. Bezogen auf alle bleiben ganze neun Prozent übrig (Allensbacher Markt- und Webträgeranalyse, 2008).

Das passt zu den ersten Befunden unseres laufenden DFG-Projekts „Nachrichtennutzung und Nachrichtenwissen junger Menschen“. Im re-

präsentativen Durchschnitt der Bevölkerung ab 14 Jahren hatten 62 Prozent von den zwei wichtigsten Nachrichten des Vortages erfahren – bestimmt durch ein zehnköpfiges Expertenpanel aus Chefredakteuren, Politologen und Kommunikationswissenschaftlern –, davon sieben Prozent durch das Internet. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung bleiben hier – weil noch konkreter gefragt wurde – ganze vier Prozent übrig. Für neun von zehn Befragten war die Quelle immer noch ein klassisches Medium. Geht man in der Informations-Kaskade noch weiter und fragt nach der möglichen Quelle für zusätzliche Informationen zu den wichtigsten Themen, dann ändert sich nicht viel an den Relationen. Wenn das Internet die Quelle für Informationen war, dann – so kann man erfreut feststellen – waren es ganz überwiegend die Web-Auftritte der professionellen Medien. Ein einziger von 1 800 Befragten (0,006 Prozent!) nannte einen Blog als Informationsquelle über die wichtigsten Tagesthemen. Die Tatsache, dass in den USA das Internet als Nachrichtenquelle sogar die traditionelle Tageszeitung überholt hat, liegt überwiegend daran, dass dort das Nachrichteninteresse noch tiefer gesunken ist als bei uns (Pew Research Center for the People and the Press, 2008).

Die aktive Eigenbeteiligung am Nachrichtenfluss („Nachrichten“ hier in einem sehr weiten Sinne verstanden) ist noch geringer und sogar rückläufig. Die ARD/ZDF-Onlinestudie ermittelte, dass von den Nutzern mit eigenem Profil in einer privaten Community gerade einmal 54 Prozent mindestens einmal im Monat „Beiträge und Kommentare innerhalb der Community schreiben“ und sechs Prozent eigene

Videos hochladen. Da 39 Prozent ein solches Profil haben, verringern sich diese Zahlen auf 21 bzw. zwei Prozent der Bevölkerung. Und: Hier geht es um Aktivitäten *jeglicher Art*. Politik dürfte dabei eine kaum messbare Größe sein.

Schauen wir auf Youtube, dann ist es realistisch anzunehmen, dass der Anteil der „Prosumer“ von User-Generated-Online-Videos (UGOV) im politischen Bereich selbst bei weiter Definition deutlich unter einem Prozent liegt. Betrachtet man den bei Youtube mit 4 Prozent ausgewiesenen Anteil des Bereichs „Nachrichten und Politik“, dann findet sich dort nur wenig, was mit politischen Inhalten, geschweige denn mit politischen Nachrichten im engeren Sinne etwas zu tun hat. Am 22. März 2011 war trotz der Vorgänge in Japan und Libyen der Tod von Eisbär Knut der absolute Renner unter den 25 erstgelisteten Beiträgen. Hinzu kommt, dass die Web 2.0-Eigen-Aktivitäten nach der jüngsten ARD/ZDF-Onlinestudie eher rückläufig sind. Ob dies am Ende des Neuigkeitseffekts liegt oder an der Erfahrung, dass sich die eigenen Kommunikate ohne Resonanz im Nirwana des Cyberspace verlieren, muss noch geklärt werden.

Auch die Studie von Kepplinger und Podschuweit (2011) über die interaktiven Webseiten der Parteien im Bundestagswahlkampf 2009 zeigte vernachlässigbare Aktivitäten. Das gilt sowohl hinsichtlich der Anzahl der Nutzer dieser Seiten im Vergleich zu denen der Webseiten etablierter Medien, als auch hinsichtlich der Parteien-Channels auf Youtube und der aktiven Teilnehmer an Parteienforen. Ein Ergebnis herausgegriffen: Im offenen Forum der Grünen gab es im Schnitt acht Beiträge pro Tag. Das ist selbst für alle Parteien zusammen genommen deutlich weniger

als das Aufkommen täglicher Leserbriefe bei deutschen Tageszeitungen. Die Autoren ziehen daher den Schluss, dass die Internetangebote der Parteien vermutlich kaum eine messbare Wirkung auf die Wahlentscheidung hatten und setzen deren Funktion mit den Parteizeitungen des frühen 19. Jahrhunderts gleich. „Die Resonanz in den Sozialen Netzwerken und in den Foren wurde allenfalls ansatzweise den Kriterien gerecht, die man an einen politischen Diskurs anlegen muss.“ Sie vermuten, dass sich die politisch Uninteressierten im Internet noch leichter den politischen Inhalten entziehen können als in den traditionellen Medien (Kepplinger & Podschuweit, 2011, i. Druck).

Mit diesen Daten will ich nicht in Frage stellen, dass politische Kommunikation online ein erhebliches Potenzial bietet und auch für die Kommunikationswissenschaft ein wichtiges Untersuchungsfeld ist. Aber noch gilt die Faustregel: Wenn eine Nachricht nicht in den traditionellen Medien kommt, dann bleibt sie irrelevant. Etwas anderes ist es mit der Bedeutung von Twitter & Co. für den professionellen Journalismus. Die sozialen Netzwerke haben sich gerade in unfreien Systemen zu einer wichtigen Ressource bei der Themenfindung und Recherche erwiesen. Bei weltweit 140 Millionen täglich versandten Twitter-Meldungen muss ja irgendwann auch etwas Wichtiges dabei sein. Man kann nur hoffen, dass die professionellen Journalisten bei den richtigen Leuten zu den Twitter-Followern gehören, sonst verschwenden sie viel Zeit, die für echte Recherche aufgewendet werden muss.

2. Verlust an Validität?

Das bringt mich zur viel wichtigeren Unterscheidung als der zwischen traditionellen Medien und dem Internet, nämlich der zwischen Journalismus und Para- oder Non-Journalismus – und damit zur Frage der politischen Kognitionen. Jeder kennt „Me-too“-Produkte, die im Phänotyp das Gleiche anbieten, aber im Kern meist von geringerer Qualität sind. Die Koreaner machen es mit deutschen Autos, die Anzeigenblätter mit den Abonnementzeitungen und Tausende von Webseiten mit spiegel-online oder faz.net. Allerdings war es noch nie so leicht, die Profis zu imitieren, wie im Internet. Woher die Information stammt, wie gut sie geprüft wurde, wie ausgewogen sie ist – all das kann, muss aber nicht eine Rolle spielen, um es wie eine Nachricht aussehen zu lassen. Wenn alles optisch mehr oder weniger gleich daher kommt: Woher soll der Nutzer noch wissen, hinter welcher Website ein professionelles Medium steckt, das mit viel Aufwand die richtigen und wichtigen Nachrichten recherchiert hat, und hinter welcher ein verblender Blogger oder ein Unternehmen, die einem etwas verkaufen wollen – sei es eine Ideologie oder ein Produkt.

Als Folge erleben wir derzeit dramatische Verluste von Markenkernen, nämlich denen der etablierten Medien. Sie haben geglaubt, dem Internetansturm am besten Paroli bieten zu können, wenn sie sich an die Spitze der Bewegung setzen. Keine Zeitung, kein Rundfunkmedium ohne Blog und Facebook und Twitter – alles Journalismus, oder was? Wenn die Profi-Journalisten so tun, als gehörten die Amateure oder die PR-Treibenden zur Familie, dann dürfen sie sich über drei Dinge

nicht wundern: dass es zu Umverteilungen am Markt kommt, dass die Menschen für die Produkte nicht mehr zahlen wollen und dass Journalismus seine Konturen verliert. So ist es kaum verwunderlich, dass heute für die Hälfte der 18 bis 24 Jahre alten Deutschen ein Blogger ein Journalist ist (Donsbach, Rentsch, Schielicke, & Degen, 2009, S. 120).

Leider ist dies nur zum Teil ein Branchenproblem, das man aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive vernachlässigen könnte. Die Folgen der veränderten Nutzungsmuster bestehen vor allem darin, dass die Produkte des professionellen Journalismus immer weniger nachgefragt werden. Barnhurst und Owen (2008, S. 2557) definieren die Funktion des Journalismus lapidar, aber auf den Punkt gebracht: „distinguishing intelligence from gossip“. Betrachtet man sich die Entwicklungen der Inhalte im Internet, dann muss man zu der Erkenntnis kommen, dass es gerade die „Gerüchte“ sind, die an Bedeutung gewinnen. Der frühere Direktor des Nieman-Instituts an der Harvard University, Bill Kovach, drückte die Sorge so aus: “Each day that passes swells the number of people who join this tech-savvy generation accustomed to receiving and communicating what they want, when, where, how and from whom they want it. The question is whether those who contribute to this new universe of voices have the time, the motivation, and the skills this task requires” (Kovach, 2006, S. 39). Seine Forderung: Wir benötigen einen “new journalism of verification”.

Wenn die Nachfrage nach professionellem Journalismus sinkt und zunehmend para-journalistische oder nicht-journalistische Quellen eine Rolle spielen, dann steigt die Wahrscheinlich-

keit, dass der Anteil von geprüftem Wissen an allem Wissen der Bürger tendenziell sinkt. Damit kann die Gesellschaft letztlich auch irrationaler und in gewisser Weise auch ideologischer werden, zumindest aber oberflächlicher. Wir brauchen daher Qualitätsjournalismus, wir brauchen die Leute, die uns die Gerüchte vom Hals halten und das Wichtige und Richtige (im Sinne des Geprüften) ausgraben. Oder mit Miriam Meckels Worten: „Wir brauchen Menschen, die vom Schreibtisch aufstehen und sich vom Computer lösen, um zu beobachten, was in der Welt geschieht. Wir brauchen Menschen, die unter Recherche mehr als die Begriffseingabe in eine Suchmaschine verstehen.“ (FAZ vom 12. Mai 2009)

In seiner Gesamtheit wird durch das Internet trotz all seiner segensreichen Möglichkeiten das Angebot an politischen Informationen aber gerade weniger professionell. Eine US-amerikanische Studie von Maier (2010) analysierte über 13 000 Berichte von nationalen und regionalen Tageszeitungen und Web-Anbietern (CNN.com, Yahoo-News, NBC.com, Google-News und AOL-News). Die Webangebote hatten zwar im Durchschnitt mehr Berichte als die gedruckten Produkte, waren aber durchschnittlich halb so lang, wurden überwiegend aus Agenturen gespeist und waren mehr meinungs- als sachbetont. Ähnliches fand Quandt (2008) für Deutschland. Vergleicht man die Webseiten professioneller Tageszeitungen mit denen von Bürgerjournalisten und Bloggern, dann sind Letztere weit davon entfernt, ein Substitut für die Online-Auftritte der professionellen Medien darzustellen (Lacy, Duffy, Riffe, Thorson, & Fleming, 2010). Auch hier gilt, was ich über

Twitter & Co. geschrieben habe: Als Rohmaterial für Journalismus eine tolle Ergänzung, insbesondere im Hinblick auf andere Quellen und Blickwinkel – aber eben auch nicht mehr.

3. Weimar 2.0?

Die veränderte Kommunikationsumwelt kann noch einen weiteren und zwar einen makrosoziologischen Effekt haben: dass auch der Anteil an gemeinsamem Wissen an allem Wissen der Bürger sinkt. Das bezeichne ich als „Weimarisierung“, weil auch damals die Gesellschaft in viele kleine Communities (man nannte sie noch nicht so...) zerfiel, die kaum noch gemeinsame Fürwahrhaltungen zu den Gesprächsthemen aufwiesen. Wer den *Völkischen Beobachter* las, hatte eine ganz andere Weltsicht, ganz andere Informationen und Argumente parat als der Leser der *Roten Fahne*. Nun steht unsere heutige Gesellschaft nicht vor der Gefahr einer zunehmenden Radikalisierung. Sie interessiert sich eher nur noch für die Dinge, die sie selbst betreffen, was Uwe Volkmann (2010) die „Privatisierung der Demokratie“ nennt.

Aber wahrscheinlich haben wir es mit zwei Teilen der Gesellschaft zu tun, bei denen auf unterschiedlichem Niveau ähnliche Prozesse ablaufen: Die politisch Interessierten und die Uninteressierten besuchen zwar ganz unterschiedliche Webseiten, aber sie werden beide selektiver! Während die einen, überspitzt ausgedrückt, nur noch die Seiten ihrer Partei ansehen, gehen die anderen nur noch auf die ihrer Helden in jeweils anderen Bereichen der Populärkultur und der Warenwelt. Das wird auch leichter gemacht, denn die Web-Auftritte im Internet sind – soweit es die nicht-professionellen Medienhäuser

betrifft – auch parteiischer. Baum und Groehling (2008, S. 361): „Our findings suggest that if [...] hearing both sides of the story helps Americans make better decisions, the increased reliance of many politically attentive Americans on partisan sites such as Daily Kos and Free Republic could potentially pose a significant challenge to American democracy [...]. Regardless of their normative implications, our findings offer a striking validation for those who complain about one-sided coverage of politics in the so-called blogosphere.”

Aber nicht nur die Angebote, auch die Nutzung wird selektiver. Die Amerikaner wenden sich, zumindest sofern sie politisch interessiert sind und eine Parteipräferenz haben, immer häufiger solchen Quellen zu, die ihren bereits bestehenden Ansichten entsprechen. Die Theorie der selektiven Zuwendung erlebt ein Revival! Iyengar und Hahn (2009) belegen dies eindrucksvoll für Fox-News und CNN/NPR („red media, blue media“). Offensichtlich eignet sich die Architektur der Webseiten ganz besonders für selektive Zuwendung entsprechend der Dissonanztheorie (Meffert, Chung, Joiner, Waks, & Garst, 2006; Westerwick & Meng, 2009). Während dies mediale Auftritte betrifft, ist die Gefahr, nur noch mit den Ansichten aus dem eigenen Sprengel konfrontiert zu werden, bei den sozialen Netzwerken noch einmal um ein Vielfaches größer. Ein Viertel der Online-Nutzer ab 14 Jahren nutzt mindestens einmal wöchentlich Gesprächsforen, Newsgroups und Chats, 32 Prozent Online-Communities. Bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind es entsprechend mehr (van Eimeren & Frees 2010). Das Merkmal solcher sozialen Netzwerke besteht ja ge-

rade darin, ‚unter sich‘ zu sein und sich gegenseitig Meldungen und Kommentare zuzuschicken oder auf solche zu verweisen, die der eigenen Meinung oder der der Gruppe entsprechen.

Die Softwares der sozialen Netzwerke tun ein Übriges. *Spiegel-Online* berichtete jüngst von einer Beobachtung des Aktivisten Eli Pariser, der feststellte, dass ihm Facebook immer häufiger Argumente der Gegenseite vorenthielt. Das Programm setzte bestimmte Filter ein, die auf der vorhergehenden Nutzung basieren. Die Folge: Was der Nutzer erhält, wird immer einseitiger, ‚more-of-the-same‘. Der Verfasser des *Spiegel*-Beitrags beobachtet das gleiche Phänomen für Twitter. Man sieht minutiös, was das eigene Umfeld zu sagen hat. „Und doch wirkt die vom selbstgewählten Twitter-Umfeld gelieferte Sicht auf die Welt verzerrt, wenn man sie einmal mit dem Smalltalk in der U-Bahn, der Kneipe oder den Kommentaren auf einer beliebigen Nachrichtenseite im Netz vergleicht. Zumindest in meinem Twitter-Umfeld gilt Karl-Theodor zu Guttenberg als unerträglich. Das sehen einige Menschen anders, und unabhängig davon, was man nun darüber denkt: Es ist erstaunlich, wie wenig abweichende Meinung zu diesem und anderen Themen ich in meinem Twitter- und Facebook-Umfeld lese.“ Spiegel-Autor Konrad Lischka (2011) fordert die Kommunikationswissenschaftler auf, einmal zu untersuchen, wie sich in dieser Situation zunehmend Schweigespiralen bilden und die Menschen sich angesichts der Homogenität in den sozialen Netzwerken viel häufiger in der Minderheit fühlen.

Neben dem Verlust an Validität ist also die wahrscheinlich größte Gefahr der neuen Kommunikationsstrukturen und -inhalte, dass sie zu einem Verlust

an Öffentlichkeit führen. Öffentlichkeit kann es nämlich nur dort geben, wo man sich erstens auch für Dinge interessiert, die einen selbst und die eigenen Interessen nicht direkt betreffen, und wo es zweitens eine zumindest in Teilen gemeinsame kognitive Plattform gibt. Das war bisher die spezifische Leistung der professionellen Medien, und deshalb hält Jarren (2008, S. 329) sie auch für „unverzichtbare Institution unserer Gesellschaften“, denn sie „[...] ermöglichen in spezifischer Weise die Interaktionsprozesse zwischen Informationsanbietern und Rezipienten, sie regeln die Austauschprozesse gesellschaftsweit, für alle Gesellschaftsmitglieder sichtbar und verbindlich“.

4. Fazit

Man muss aufpassen, nicht als der kommunikationswissenschaftliche Heizer auf der E-Democracy-Lok zu erscheinen, dem die jüngeren Kollegen, wenn überhaupt, dann nur noch aus geriatrischen Gründen mit Wohlwollen (oder Mitleid?) begegnen. Deshalb noch einmal zum Schluss: Es geht nicht darum, vor den dramatischen und teilweise großartigen Veränderungen, die uns das Internet auch in der politischen Kommunikation gebracht hat, die Augen zu verschließen. Es geht darum, die stattfindenden Veränderungen nüchtern (das heißt ohne normatives Pathos) und die möglichen Zukunftsentwicklungen auch kritisch (das heißt nicht nur hinsichtlich ihres demokratischen Potenzials) zu sehen. Und es geht für uns Kommunikationswissenschaftler vor allem darum, die spezifische Funktion der Journalisten und ihrer Institutionen (der Intermediäre) zu erkennen. Daraus folgt dann der Forschungsauftrag zu untersuchen, wie

man das Erreichte bewahren und mit den neuen Kommunikationsmöglichkeiten sinnvoll weiterentwickeln kann. Dies ist nur im ersten Schritt – nämlich dem Bekenntnis zu einer pluralistischen und möglichst rationalen Demokratie – eine normative Entscheidung. Dazu gehört aber die Erkenntnis, dass ein Bürger, der täglich seine persönliche Meinung in einem Blog kundtut, noch lange kein Journalist ist, sondern (möglicherweise) etwas Brauchbares liefert, das uns die Profis aufbereiten. Deren Aufgabe wird natürlich dadurch nicht leichter.

Meine dritte, oben behandelte Frage, lässt sich vielleicht wirklich nur normativ beantworten, es sei denn man ist gewillt, sich auf langfristige Quasi-Experimente über die Veränderung politischer Systeme einzulassen. Ich halte eine Demokratie, in der sich die kognitive Polarisierung der Staatsbürger in Grenzen hält, für besser als eine, in der die verschiedenen Meinungsgruppen zunehmend auseinanderdriften. Auch das ist übrigens schon seit einigen Jahren ein Thema der politischen Kommunikationsforschung, vorrangig in den USA und bereits in Ansätzen empirisch untersucht (Iyengar & Hahn, 2009; Mutz, 2006). Die offenen Forschungsfragen liegen auch für uns auf der Straße – beste Voraussetzungen für ein internationales E-Journal des Fachs.

Literatur

- Barnhurst, K. G., & Owens, J. (2008): Journalism. In *The International Encyclopedia of Communication* (Vol. 6, S. 2557-2569). Malden: Wiley-Blackwell.
- Baum, M. A., & Groehling, T. (2008). New media and the polarization of American

- political discourse. *Political Communication*, 25, 345–365.
- Donsbach, W., Rentsch, M., Schielicke, A.-M., & Degen, S. (2009). *Entzauberung eines Berufs. Was die Deutschen vom Journalismus erwarten und wie sie enttäuscht werden*. Konstanz: UVK Medien.
- Donsbach, W., & Obermüller, A. (2010). Demokratischer Wert von Medienpublika. *Publizistik*, 55, 345-364.
- Iyengar, S., & Hahn, K. S. (2009). Red Media, Blue Media: Evidence of Ideological Selectivity in Media Use. *Journal of Communication*, 59, 19-39.
- Jarren, O. (2008). Massenmedien als Intermediäre. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 56, 329-346.
- Kepplinger, Hans Mathias, & Podschuweit, Nicole (2011). Der Online-Wahlkampf der Parteien. Alternative oder Ergänzung? In: H. Oberreuter (Hrsg.), *Am Ende der Gewissheiten – Wähler, Parteien und Koalitionen in Bewegung. Die Bundestagswahl 2009*. München: Olzog Verlag. Im Druck.
- Knobloch-Westerwick, S., & Meng, J. (2009). Looking the Other Way: Selective Exposure to Attitude-Consistent and Counterattitudinal Political Information. *Communication Research*, 36, 426-448.
- Kovach, B. (2006). Toward a new journalism with verification. *Nieman Reports*, 60(4), S. 39-41.
- Lacy, S., Duffy, M., Riffe, D. Thorson, E., & Fleming, K. (2010). Citizen journalism web sites complement newspapers. *Newspaper Research Journal*, 31, 34-46.
- Lippmann, W. (1922). *Public Opinion*. New York: Free Press. (Reprint 1997).
- Lischka, K. (2011). Vorgefiltertes Web. Die ganze Welt ist meiner Meinung. *Spiegel Online*. Abgerufen von <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,750111,00.html>
- Maier, S. (2010). Newspapers offer more news than do major online sites. *Newspaper Research Journal*, 31, 6-19.
- Meckel, M. (12. Mai 2009). In der Grotte der Erinnerung. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 35.
- Meffert, M. F., Chung, S., Joiner, A. J., Waks, L., & Garst, J. (2006). The effects of negativity and motivated information processing during a political campaign. *Journal of Communication*, 56, 27-51.
- Mutz, D. (2006). *Hearing the Other Side: Deliberative Versus Participatory Democracy*. Cambridge: University Press.
- Pew Research Center for the People and the Press. (2008). *Internet overtakes newspapers as news outlet*. Abgerufen von: www.people-press.org
- Quandt, T. (2008). Neues Medium, alter Journalismus? Eine vergleichende Inhaltsanalyse tagesaktueller Print und Online-Nachrichtengebote. In T. Quandt, & W. Schweiger (Hrsg.), *Journalismus online – Partizipation oder Profession* (S. 131-155). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Van Eimeren, B., & Frees, B. (2009). Der Internetnutzer 2009 – Multimedial und total vernetzt? *Media Perspektiven*, 7, 334-348.
- Van Eimeren, B., & Frees, B. (2010). Fast 50 Millionen Deutsche online – Multimedia für alle? *Media Perspektiven*, 7-8, 334-349.
- Volkman, U. (26. Februar 2010). Die Privatisierung der Demokratie. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 9.
- Zittel, T. (2008). Electronic Democracy. In *The International Encyclopedia of Communication* (Vol. 6, S. 1430-1436). Malden: Wiley-Blackwell.

RESEARCH-IN-BRIEF

**Globaler Klimawandel, globale Öffentlichkeit?
Medienaufmerksamkeit für den Klimawandel in 23 Ländern**

**Global Climate Change, Global Public Sphere?
Media Attention for Climate Change in 23 Countries**

Mike S. Schäfer, Ana Ivanova & Andreas Schmidt

Mike S. Schäfer: Universität Hamburg, Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft; Kontakt: [mike.schaefer\(at\)zmaw.de](mailto:mike.schaefer(at)zmaw.de)

Ana Ivanova: Universität Hamburg, Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft

Andreas Schmidt: Universität Hamburg, Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft

RESEARCH-IN-BRIEF

Globaler Klimawandel, globale Öffentlichkeit?

Medienaufmerksamkeit für den Klimawandel in 23 Ländern

Global Climate Change, Global Public Sphere?

Media Attention for Climate Change in 23 Countries

Mike S. Schäfer, Ana Ivanova & Andreas Schmidt

Zusammenfassung: Gibt es eine Transnationalisierung von Öffentlichkeit? Vor dem Hintergrund allgemeiner Globalisierungstrends hat diese Frage in den vergangenen Jahren in der Kommunikationswissenschaft an Bedeutung gewonnen. Insbesondere rund um weltweite Problemlagen wie den Klimawandel wird eine solche Transnationalisierung erwartet. Wir analysieren, ob sich in Leit-Printmedien aus 23 Ländern eine Transnationalisierung der medialen Aufmerksamkeit für das Thema Klimawandel zeigen lässt: Finden sich in den Aufmerksamkeitsniveaus und -verläufen Anzeichen für eine Europäisierung, eine „Westernization“ oder eine Globalisierung? Die Analyse zeigt eine transnationalisierte und sich weiterhin transnationalisierende Medienaufmerksamkeit, die allerdings nicht alle untersuchten Länder umfasst, sondern vornehmlich den europäisch-nordamerikanischen Raum betrifft. Dagegen finden wir keine Hinweise auf eine ausgeprägte globale Öffentlichkeit oder deren Entstehung.

Schlagwörter: Klimawandel; Öffentlichkeit; Globalisierung; Europäisierung; Transnationale Kommunikation; Inhaltsanalyse; Issue Attention; (De-)Westernization

Abstract: Is there an emerging transnational public sphere? In the context of general globalization trends, this question has gained importance in communication sciences in past years. Particularly, transnational public spheres are expected around global issues such as climate change. We analyze, therefore, whether climate change coverage from leading print media in 23 countries worldwide shows signs of transnationalization; we look for a potential europeanization, „westernization“ or globalization in terms of issue attention levels and temporal trends. The analysis shows both transnational and transnationalizing issue attention. However, such tendencies are limited to European and North American countries. In our data, there is no evidence for the existence or emergence of a global public sphere.

Keywords: Climate change; Public sphere; Globalization; Europeanization; Transnational communication; Content analysis; Issue attention; (De-)Westernization

Gesellschaftliche Problemlagen und institutionelle Bearbeitungskompetenzen haben sich in den vergangenen Jahren ebenso transnationalisiert (vgl. Knill, 2001; Wessels, 1997) wie die technischen Möglichkeiten und wirtschaftlichen Anreize für eine grenzüberschreitende massenmediale Kommunikation (vgl. Löffelholz & Hepp, 2002, S. 15; Parks & Kumar, 2003). Parallel hat in der Kommunikationswissenschaft (und in der Politikwissenschaft, vgl. z. B. Risse, 2010) die Frage an Bedeutung gewonnen, ob es zu einer Transnationalisierung von Öffentlichkeit kommt. Dies am Beispiel des anthropogenen Klimawandels zu analysieren – eines in seinen Ursachen, Auswirkungen und in den diskutierten Lösungen globalen Phänomens (vgl. z. B. Beck, 2007, S. 34) – scheint uns in besonderer Weise relevant. Daher untersuchen wir, ob rund um dieses Thema Indizien für die Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit zu finden sind.¹

1. Konzeptioneller Rahmen und Fragestellung

Was aber ist eine transnationale Öffentlichkeit bzw. wie kann man diese empirisch fassen? Auf diese Fragen gibt es keine konsensuell vertretene Antwort. Im Gegenteil ist die entsprechen-

de kommunikationswissenschaftliche Debatte höchst umfangreich und konzeptionell vielfältig. Für unseren Artikel resultiert daraus die Notwendigkeit, unser Verständnis transnationaler Öffentlichkeit zu explizieren und zu markieren, welche ihrer Facetten wir untersuchen.²

Dabei sind zunächst zwei theoretisch-konzeptionelle Konkretisierungen notwendig. Erstens verstehen wir Öffentlichkeit als spezifische Konfiguration sozialer Kommunikation. Wir machen uns keine normative Vorstellung von Öffentlichkeit (für einen Überblick vgl. Ferree, Gamson, Gerhards, & Rucht, 2002) zu Eigen. Zweitens gehen wir wie das Gros der Literatur (überblicksweise Tobler, 2010, S. 59ff.; Wessler et al., 2008, S. 1ff.) nicht davon aus, dass transnationale mit nationalen Öffentlichkeiten strukturidentisch sein werden oder gar müssen. Es muss sich also nicht um einen Kommunikationsraum handeln, in dem ein gemeinsamer Identität unter Nutzung gemeinsamer Medien eine für alle relevante supranationale Herrschaftsinstanz kontrolliert. Weder ein solcher Demos noch die entsprechenden Medien existieren bis dato (vgl. bereits Gerhards, 1993, 2000), und dieses Verständnis transnationaler Öffentlichkeit

1 Die hier präsentierten Ergebnisse stammen aus dem Projekt „Global Media Map on Climate Change“ der Nachwuchsforschungsgruppe „Media Constructions of Climate Change“ des Bundesexzellenzclusters „CliSAP“ der Universität Hamburg. Das Projekt wird mit CliSAP-Mitteln unterstützt. Die Autoren danken Jan Murmann und Sarah Pleger für die Erstellung der Grafiken bzw. ihre Mitarbeit bei der Datenerhebung und -bereinigung sowie Linny Bieber, Caroline d’Essen, Hanna Sowjanya Mutopalli, Navina Neverla, Audrius Paura, Edu Schreuders und Kukuli Tenorio Polo, die Daten für einzelne Länder erhoben und bereinigt haben.

2 Viele der Arbeiten, auf die wir in der Folge verweisen, beschäftigen sich nicht mit transnationalen Öffentlichkeiten per se, sondern mit europäischer Öffentlichkeit. Theoretisch lässt sich diese aber als ein (Sonder-)Fall transnationalisierter Öffentlichkeit verstehen (vgl. Brüggemann, Hepp, Kleinen-v. Königslöw, & Wessler, 2009, S. 392; Wessler, Peters, Brüggemann, Kleinen-v. Königslöw, & Sifft, 2008, S. 1), und ein Großteil der Konzeptionen und empirischen Studien zu europäischer Öffentlichkeit lassen sich auch auf einen anderen oder größeren geografischen Raum übertragen.

wird heute kaum noch vertreten (vgl. Machill, Beiler, & Fischer, 2006, S. 61ff).

Stattdessen nehmen wir wie die meisten Kollegen an, dass sich eine transnationale Öffentlichkeit am ehesten in Form transnationalisierter nationaler Öffentlichkeiten (vgl. Gerhards, 1993, S. 12ff.) manifestieren wird. Auch eine solche Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeiten kann sich aber auf unterschiedliche Weise zeigen (Wessler et al., 2008, S. 10ff.), etwa durch

- a) das Ausmaß, in dem in nationalen Öffentlichkeiten supranationale Institutionen(gefüge) beobachtet werden („monitoring governance“ oder „vertikale“ Transnationalisierung, vgl. Gerhards, 1993; Koopmans & Statham, 2010, S. 36f.),
- b) strukturelle Ähnlichkeiten der Berichterstattung wie länderübergreifend parallelisierte Medienaufmerksamkeit („discourse convergence“, vgl. Brüggemann et al., 2009, S. 400; Eder & Kantner, 2000; Schneider, 2008, S. 140),
- c) den Austausch von Themen und inhaltlichen Positionen über Ländergrenzen hinweg („discursive integration“, vgl. Brüggemann et al., 2009, S. 400; Risse, 2010, S. 157; Wimmel, 2004, S. 11f.),
- d) die (medial präsentierte) Identifikation mit einer länderübergreifenden Gemeinschaft („collective identification“, vgl. Kantner, 2006, 2009).

Wir beschäftigen uns hier nur mit einem dieser Aspekte, nämlich mit der länderübergreifenden „discourse convergence“ (Wessler et al., 2008, S. 15). Konkret untersuchen wir, ob sich die

Medienaufmerksamkeit für ein Thema in unterschiedlichen Ländern ähnelt bzw. inwieweit sie sich im Zeitverlauf angleicht. Dabei handelt es sich um einen einfachen Indikator, der zwar eine notwendige Bedingung transnationaler Öffentlichkeit darstellt (Risse, 2010, S. 157), für Vertreter anspruchsvollerer Öffentlichkeitskonzeptionen aber nur ein basaler erster Schritt sein mag, der länderübergreifende Kommunikation ermöglicht, aber nicht garantiert (vgl. Wimmel, 2004, S. 11f.). Allerdings lassen sich auf das Thema Klimawandel nicht alle oben genannten Facetten transnationaler Öffentlichkeit ohne weiteres übertragen – eine Analyse der Regierungsbeobachtung („monitoring governance“) etwa ist bei diesem Thema schwieriger realisierbar, weil es keine kontinuierlich agierende, wirksame und von den Beteiligten als relevant akzeptierte transnationale Regulierungsinstanz gibt, auf die sich eine solche Beobachtung beziehen könnte. Aus diesem Grund und auch aus forschungspragmatischen Gründen haben wir unsere Analyse auf die Medienaufmerksamkeit konzentriert.

Zudem haben wir uns entschieden, die Analyse auf ein Thema zu fokussieren. Dem liegt zu Grunde, dass sich transnationale Öffentlichkeiten, zumindest im Fall Europas, als mehrfach segmentiert erwiesen haben. Transnationalisierungsverdichtungen entstehen nicht nur bei spezifischen Publika oder anhand bestimmter Ereignisse (überblicksweise Brüggemann et al., 2009), sondern auch in der Berichterstattung über spezifische Themen. Irene Neverla geht davon aus, dass Umwelt- und Risikothemen angesichts ihrer Dringlichkeit und Reichweite besonders geeignet sind, um eine Transnationalisierung von Öffentlichkeit zu befördern (Nev-

erla, 2007). Und das spezielle Thema Klimawandel wird von mehreren Autoren diesbezüglich als Paradebeispiel herangezogen, etwa von Ulrich Beck, der es als Katalysator einer bereits existenten „global public sphere“ (Beck, 2008, S. 81) sieht, aber auch von Elisabeth Eide u. a. (2010), Peter Berglez (2008) sowie Ulrika Olausson (2009, 2010), die spezifische mediale Transnationalisierungsaspekte rund um das Thema ausmachen.

Daher untersuchen wir am Beispiel des Klimawandels, inwieweit sich in seiner medialen Thematisierung länderübergreifende Strukturähnlichkeiten finden lassen und wie sich diese entwickeln. Konkret fragen wir:

1. Ähneln sich das Niveau und die Verläufe der medialen Aufmerksamkeit für das Thema Klimawandel länderübergreifend?
2. Lässt sich eine Angleichung der themenspezifischen Medienaufmerksamkeit in den untersuchten Ländern im Zeitverlauf beobachten?

In zeitlicher Hinsicht untersuchen wir die Medienberichterstattung von 1996 bis 2010 und bilden damit einen längeren Zeitraum ab, denn jede Transnationalisierungsanalyse erfordert eine analytische Langzeitperspektive (Wessler et al., 2008, S. 9). Die meisten vorliegenden Studien jedoch „messen ausschließlich die Ähnlichkeit öffentlicher Debatten zu einem Zeitpunkt“ (Brüggemann et al., 2009, S. 401). Sie können bspw. zeigen, dass bestimmte Ereignisse oder Themen länderübergreifend synchron behandelt werden (de Vreese, Peter, & Semetko, 2001; Norris, 2000, S. 190; Tobler, 2002; van de Steeg, 2006), liefern aber letztlich oft nur „snapshots of a longer pro-

cess“ (Wessler et al., 2008, S. 9), und es bleibt unklar, ob es sich dabei um nachhaltige Transnationalisierungen oder ephemere Phänomene handelt (Wessler et al., 2008, S. 22). Prozessanalysen liegen demgegenüber kaum vor, und die wenigen Ausnahmen kommen für unterschiedliche Themen zu unterschiedlichen Befunden. Juan Diez Medrano (2003) **etwa zeigt eine Konvergenz** spanischer, deutscher und französischer Medienberichterstattung über die europäische Integration. Steffen Schneider demonstriert für die Mediendebatte über gentechnisch veränderte Lebensmittel zwischen 1993 und 2005 dagegen „largely parallel national trajectories“ (2008, S. 140) ohne nennenswerte Konvergenz. Hartmut Wessler u. a. finden in ihrer Analyse der Berichterstattung über militärische Interventionen zwischen 1991 und 2003 keinen klaren Konvergenztrend (2008, S. 105), während Cathleen Kantner für das gleiche Thema, aber bei einem anderen Ländersample wechselnde Konvergenz- und Divergenzphasen zeigt (2009, S. 170f.). Angesichts dieser relativ schmalen und teils widersprüchlichen Datenlage halten wir es für sinnvoll, die deskriptive Basis für Langzeitaussagen mit unserer Arbeit auszubauen.

Parallel weiten wir die geografische Reichweite unserer Studie über die oftmals untersuchten westlichen Länder hinaus aus und nehmen auch afrikanische, asiatische und mittelamerikanische Länder in unsere Analyse auf. Im Hintergrund steht dabei das konzeptionelle Interesse, unterschiedlich weit reichende Formen transnationalisierter Öffentlichkeit differenzieren zu können (Abb. 1). Denn grundsätzlich sind Transnationalisierungsprozesse vorstellbar, die erstens nur die europä-

Abbildung 1: Auswahl der konzeptionell unterscheidbaren Reichweiten transnationaler Öffentlichkeit



ischen Länder beinhalten („europäische Öffentlichkeit“), zweitens zusätzlich die USA und Kanada („transatlantische Öffentlichkeit“, Wessler et al., 2008, S. 9) oder drittens alle westlichen Länder umfassen („westliche Öffentlichkeit“, wobei zum „Westen“ neben Westeuropa und Nordamerika recht konsensuell auch Australien und Neuseeland gezählt werden, vgl. Inglehart, 1997; Toynbee, 1966; UNDP, 2007). Dem lässt sich viertens die Möglichkeit regionaler Transnationalisierungsprozesse jenseits

der westlichen Welt hinzufügen – etwa die Entstehung einer lateinamerikanischen, afrikanischen oder asiatischen Öffentlichkeit (Brüggemann et al., 2009, S. 395) mit Teilöffentlichkeiten wie der arabischen (z. B. Lynch, 2003) – sowie fünftens die Entstehung einer „truly global public sphere“ (Wessler et al., 2008, S. 10). Diesen konzeptionellen Möglichkeiten gegenüber stehen bislang aber fast ausschließlich Analysen europäischer respektive westlicher Länder, v. a. (West-)Europas (vgl. überblicksweise Brüggemann et al., 2009;

Machill et al., 2006).³ Auf dieser empirischen Basis ist es grundsätzlich unmöglich zu sagen, ob etwaige Konvergenzbefunde Indizien einer europäischen, transatlantischen, westlichen oder globalen Öffentlichkeit sind (vgl. Wessler et al., 2008, S. 10, 192f.) – eine der Fragen, denen wir nachgehen wollen.

3 Eine interessante Ausnahme ist das MediaClimate Projekt von Elisabeth Eide u. a. (2010), das (zumindest teilweise) koordinierte Teilstudien zur Klimaberichterstattung aus Ländern von fünf Kontinenten vorlegt. Der Studie fehlt allerdings eine prozessuale Komponente, sie konzentriert sich nur auf die Berichterstattung rund um zwei Weltklimagipfel.

2. Daten und Methoden

Das von uns untersuchte Ländersample wurde so zusammengestellt, dass es sowohl unterschiedliche Grade der Verantwortung für die globalen Klimaveränderungen (v. a. einen unterschiedlich hohen CO₂-Ausstoß, vgl. Watkins, 2007, S. 310ff.) als auch der Betroffenheit von den Folgen dieser Veränderungen (etwa durch Extremwetterereignisse wie Starkregen, vgl. Harmeling, 2009) repräsentiert. Ausgewählt wurden insgesamt 23 Länder (s. Tab. 1).

Die Medienaufmerksamkeit für das Thema Klimawandel ermitteln wir an-

Tabelle 1: Übersicht über die analysierten Länder und Zeitungen⁴

<i>Land</i>	<i>Zeitung</i>	<i>Leitmedi- umsindex</i>	<i>KRI (Rang) 1990-2009</i>	<i>CO₂-Emission in t pro Kopf (2004)</i>	<i>N (Artikel)</i>
Algerien	El Watan	4	89	5,5	549
Australien	The Australian	4	44	16,2	13.906
Brunei	Borneo Bulletin	3	164	24,0	590
China	People's Daily	4	15	3,8	2.575
Deutschland	Süddeutsche Zeitung	4	28	9,8	6.894
Frankreich	Le Figaro	4	22	6,0	4.112
Indien	The Hindu	4	12	1,2	5.710
Indonesien	Jakarta Post	4	41	1,7	2.492
Irland	Irish Times	4	124	10,5	6.151
Israel	Jerusalem Post	4	121	10,4	742
Jemen	Yemen Times	3	53	1,0	112
Jordanien	The Star	2	139	2,9	101
Kanada	Toronto Star	4	107	20,0	7.773
Malaysia	New Straits Times	4	77	7,5	1.757
Mexiko	Reforma	4	45	4,2	4.061
Namibia	The Namibian	4	80	1,2	801
Niederlande	De Volkskrant	4	59	8,7	2.652
Russland	Izvestija	4	66	10,6	496
Singapur	Straits Times	4	167	12,3	2.497
Spanien	El Pais	4	22	7,6	6.787
Südafrika	Sunday Times	3	75	9,8	273
Thailand	Bangkok Post	4	54	4,2	1.542
USA	New York Times	4	34	20,6	8.676
SUMME					81.249

hand der Berichterstattung nationaler Leitmedien. Dies sind Medien, denen „gesellschaftlich eine Art Leitfunktion zukommt“ (Wilke, 1999, S. 302), etwa auf Basis ihrer Reichweite, Reputation oder journalistischen Qualität. Angesichts der anvisierten geografischen und zeitlichen Reichweite der Analyse wurden Printmedien ausgewählt, da diese einfacher zu erheben und analysieren sind – auch wenn sie in einigen Ländern weniger einflussreich sein mögen als etwa das Fernsehen. Für jedes untersuchte Land wurde auf Basis einschlägiger Quellen (z. B. Hans-Bredow-Institut, 2009) ein Leit-Printmedium mit a) einer möglichst tagesaktuellen Erscheinungsweise, b) thematisch universeller und überregional ausgerichteter Berichterstattung, c) hoher Reichweite und d) hohen journalistischen Qualitätsstandards (Qualitätszeitung) ausgewählt.

4 Der Leitmediumsindex wurde aus der Summe von vier dichotomen Variablen gebildet (Handelt es sich um eine a) nationale, b) auflagenstarke, c) täglich erscheinende d) Qualitätszeitung?). Der Wert 3 bedeutet, dass Abstriche in Bezug auf ein Kriterium in Kauf genommen werden mussten (Brunei: Auflage, Südafrika und Jemen: Tageszeitung, Jordanien: beides). Der Klimarisikoindex (KRI) wird von der Nichtregierungsorganisation Germanwatch zusammen mit der Münchner Rück erstellt (Harmeling, 2009). Er stellt die langjährigen Durchschnittswerte direkter Schäden aus vergangenen Wetterextremereignissen dar und bezieht sich auf relative und absolute Personen- wie Sachschäden. Die Aussagekraft des Index⁷ zu Klimarisiken ist aufgrund dieser Methodologie (und trotz seines Namens) eingeschränkt. Ein Vergleich mit der alternativen Messung des Climate Vulnerability Monitor (CVM) 2010 (DARA & Climate Vulnerable Forum), die den länderspezifischen Einfluss des Klimawandels auf verschiedene Dimensionen sowohl für die jüngste Vergangenheit als auch die Zukunft (Jahr 2030) angibt, zeigt jedoch eine akzeptable Übereinstimmung. Da der CVM keine Rangfolge ausweist, wird hier der KRI verwendet. Die CO₂-Emissionen wurden dem Human Development Report 2007/2008 entnommen (Watkins, 2007, S. 310ff.).

Als Grundgesamtheit der Analyse wurden alle Zeitungsbeiträge ab 1996 – einem Jahr, ab dem die meisten für uns interessanten Zeitungen elektronisch archiviert sind – definiert, die innerhalb dieser Medien einen expliziten Bezug zum Klimawandel aufweisen (auch ohne dass dieses Thema den Artikel dominieren muss). Ein solcher Bezug ist für uns gegeben, wenn a) das Schlagwort „Klima“ in Kombination mit Schlagworten auftritt, die auf eine Veränderung hindeuten (z. B. Wandel, Entwicklung, Erwärmung, Abkühlung), b) Synonyme des Klimawandels wie der Treibhauseffekt oder die globale Erwärmung erwähnt werden oder c) eine globale bzw. weltweite Veränderung der Temperatur thematisiert wird. Durch eine Volltextsuche in elektronischen Datenbanken mittels eines komplexen und weit gefassten Suchstrings⁵ wurde eine Vollerhebung einschlägiger Artikel realisiert. Alle gefundenen Zeitungsbeiträge wurden heruntergeladen. Durch korpuslinguistische Verfahren, automatisierte Dub-

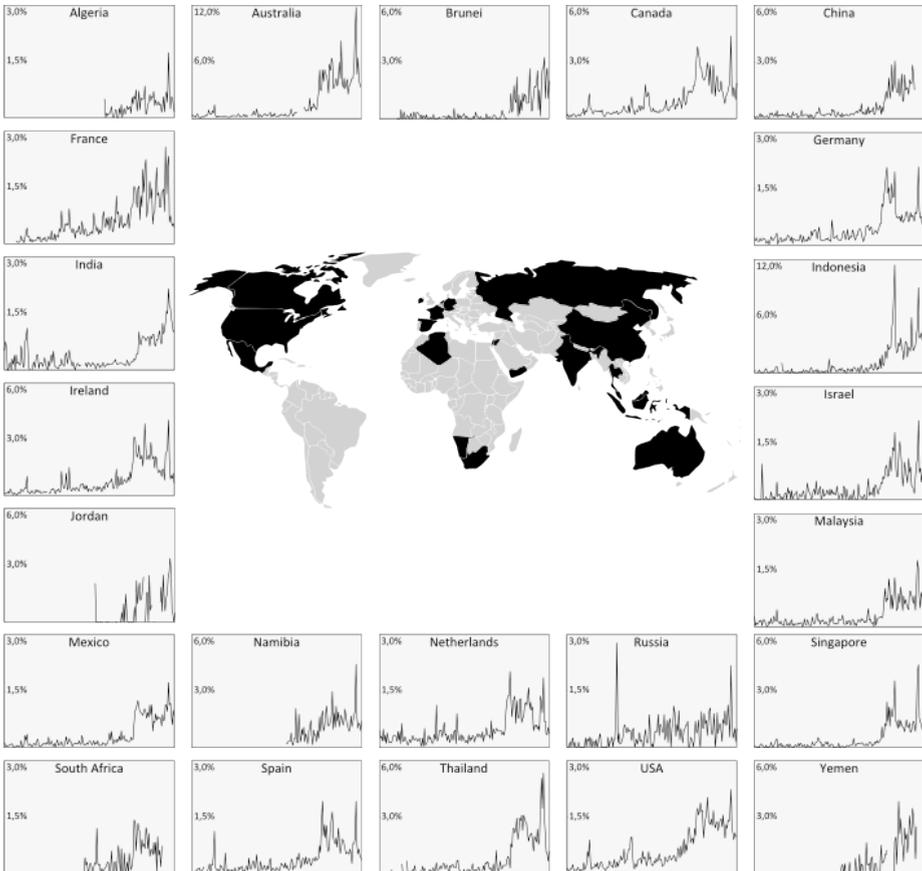
5 Der Such-String wurde von Muttersprachlern in chinesischer, deutscher, englischer, französischer, niederländischer, russischer und spanischer Sprache entwickelt und mehrfach geprüft und validiert. Im Englischen lautet er: „(climat* W/5 (chang* OR catastroph* OR disaster* OR transform* OR adjust* OR trend* OR world* OR earth* OR warm* OR heat* OR cool* OR variab*)) OR ((greenhouse* W/3 effect*) OR ((global* OR earth* OR world* OR international* OR hemisphere*) W/5 (warm* OR heat* OR cool* OR chill*)) OR ((temperature* W/5 (global* OR earth* OR world* OR international* OR hemisphere*) W/8 (increas* OR rising* OR rise* OR decreas*))“). Dieser komplexe Such-String ermöglichte uns eine bessere Abdeckung der anvisierten Grundgesamtheit als viele andere Studien, die häufig mit wenigen Suchworten wie „climate change“ und/oder „global warming“ u. ä. arbeiten (Boykoff & Boykoff, 2007, S. 1194; Grundmann, 2006, S. 86; Krosnick, Holbrook, & Visser, 2000, S. 258; Olausson, 2009, S. 434).

lettenabgleiche sowie aufwändige manuelle Relevanzkontrollen wurden nicht-relevante Artikel anschließend aus dem Textkorpus entfernt. Nach der Datenbereinigung erwiesen sich für die untersuchten 23 Länder mehr als 80 000 Artikel als relevant.

Um die „funktionale Äquivalenz“ (Esser, 2010, S. 9) und länderübergreifende Vergleichbarkeit der Daten zu

gewährleisten, wurde zusätzlich für jeden analysierten Monat die Gesamtzahl aller erschienenen Artikel der jeweiligen Zeitungen erhoben. Die Zahl der Artikel mit Klima-Bezug wurde hierzu relationiert; wir weisen also die Anteile der Klimaberichterstattung am Gesamtumfang der untersuchten Medien in Prozent auf Monatsbasis aus.

Abbildung 2: Entwicklung der Medienaufmerksamkeit für den Klimawandel in den Untersuchungsländern. Dargestellt ist der Anteil der klimawandelbezogenen Berichterstattung an der Anzahl aller erschienenen Artikel, berechnet auf Monatsbasis, für den Zeitraum von Januar 1996 bis Juni 2010. Lücken in den Aufmerksamkeitskurven einiger Länder sind fehlenden Daten geschuldet. → <http://www.klimacampus.de/macc.html>



3. Transnationale Öffentlichkeit zum Thema Klimawandel? Ergebnisse

Ein erster Blick auf die Medienaufmerksamkeitskurven der von uns untersuchten Länder weist sowohl auf Ähnlichkeiten als auch auf Unterschiede hin (s. Abb. 2). Die Berichterstattung der ausgewählten Zeitungen verbleibt in allen Ländern zunächst auf einem niedrigen Niveau, das erst leicht und später stärker ansteigt (ähnlich wie bei Boykoff, 2010, S. 22; Carvalho & Burgess, 2005, S. 1462; Liu, Vedlitz, & Alston, 2008, S. 383; für Japan auch Sampei & Aoyagi-Usui, 2009, S. 205). Der Vergleich der Zeiträume 1997 bis 2000 und 2006 bis 2009 zeigt eine Vervielfachung der Aufmerksamkeit für das Thema in nahezu allen Fällen um den Faktor 4 bis 8. Die Aufmerksamkeit steigt dabei in den meisten Ländern Ende 2006 bzw. Anfang 2007 an und verbleibt zumindest bis Ende 2009 auf einem deutlich höheren Niveau.

Neben diesem Trend sind, ebenfalls in allen Ländern, erhebliche Schwankungen in der Aufmerksamkeit im Zeitverlauf festzustellen. Auch hier erfolgen die Ausschläge aber oft zu ähnlichen Zeitpunkten, v. a. rund um die internationalen Konferenzen der Vertragsparteien der UNFCCC (Klimarahmenkonvention) und des Kyoto-Protokolls (Conferences of the Parties; COP). Insbesondere COP 15, die Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen, fand in den untersuchten Medien viel Beachtung (vgl. dazu auch Eide et al., 2010). Weitere Aufmerksamkeitsgipfel finden sich zu den Veröffentlichungsterminen der Sachstandsberichte des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) sowie des Stern Review (Stern, 2006) zu ökonomischen

Aspekten des Klimawandels (vgl. Schäfer, Ivanova, & Schmidt, 2011).

Doch es gibt Länder, die sich darüber hinaus hinsichtlich Niveau und Verläufe der Aufmerksamkeit in besonderem Maße ähneln (s. Tab. 2). So zeigt sich, dass das Niveau der Medienaufmerksamkeit in den europäischen Ländern sehr ähnlich ist – der Variationskoeffizient beträgt für Deutschland, Frankreich und die Niederlande nur 0,31, bei der Addition von Irland und Spanien nimmt er den Wert von 0,45 an. Zudem ähneln sich die Verläufe der einzelnen Länder im Vergleich zu anderen Ländern am stärksten. Die durchschnittliche Korrelation der Einzelländer miteinander beträgt innerhalb der untersuchten europäischen Länder 0,519, und keine der Einzelkorrelationen liegt unter 0,433.

Betrachtet man die „transatlantische Öffentlichkeit“ und erweitert entsprechend die europäische Ländergruppe um die USA und Kanada, bleibt der Variationskoeffizient nahezu konstant (0,47) und auch die mittlere Korrelation wird mit 0,493 kaum niedriger.

Eine geringere, aber immer noch recht große Ähnlichkeit in der Medienaufmerksamkeit besteht innerhalb der in unserem Sample acht Länder umfassenden Gruppe der westlichen Welt. Dies gilt insbesondere für die Verläufe, die im Mittel nur etwas weniger stark miteinander korrelieren (0,478) als dies bei der transatlantischen Ländergruppe der Fall ist. Die Kongruenz der Niveaus ist mit einem Variationskoeffizienten von 0,55 jedoch geringer.

Die von uns untersuchten asiatischen Länder bilden demgegenüber keine zusammenhängende Ländergruppe; dort zeigt sich also keine ausgeprägte regionale Ähnlichkeit. Varia-

Tabelle 2: Variation und Korrelation der Aufmerksamkeitsniveaus und -verläufe für den Klimawandel nach Ländergruppen.⁶

	Mittlere Variationskoeffizienten (ähnliche Niveaus)	Korrelationen nach Pearson (ähnliche Verläufe)
Europäische Öffentlichkeit (D, FRA, NL, IRL, SPA)	0,45	0,519
Transatlantische Öffentlichkeit (Europa + USA, CAN)	0,47	0,493
Westliche Öffentlichkeit (Transatl. + AUS)	0,55	0,478
Asiatische Öffentlichkeit (Fernost + CHI, IND, JEM, JOR)	0,81	0,208
Globale Öffentlichkeit (alle Länder)	0,77	0,252

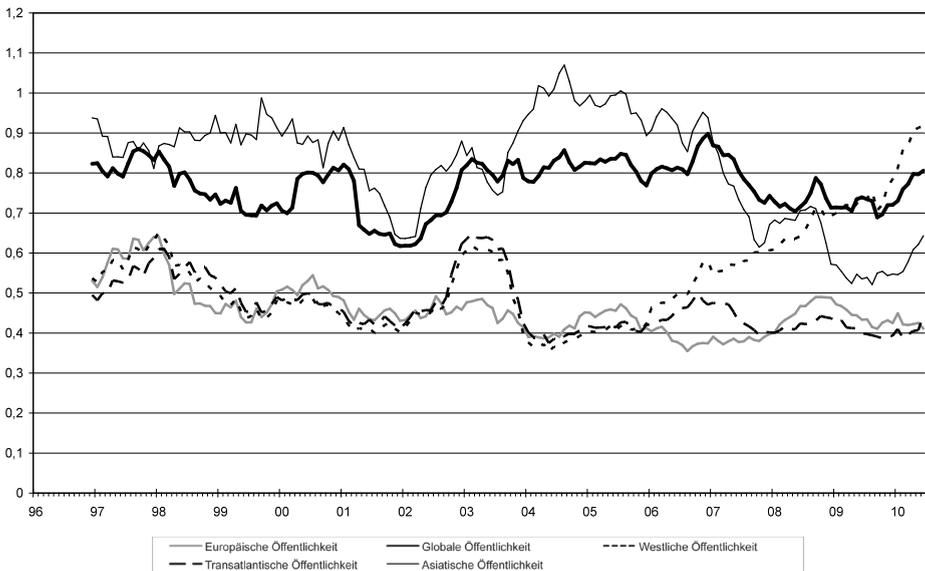
tions- und Korrelationskoeffizienten fallen im Vergleich zu den europäischen respektive westlichen Ländern deutlich ab (0,81 bzw. 0,208) und keine einzige bivariate Korrelation er-

reicht das durchschnittliche Niveau der europäischen, transatlantischen oder westlichen Ländergruppe. Dies mag daran liegen, dass sich in unserer Analyse nur wenige Länder aus einem relativ großen Kontinent finden. Aber es kann sich auch um einen substanziellen Befund handeln: Es gibt in der asiatischen Welt – die mit China, Indien, der arabischen Welt, den fernöstlichen Staaten usw. sehr disparat ist – möglicherweise eben keine gemeinsame Öffentlichkeit. Selbst die Verengung auf die fernöstlichen Staaten Brunei, Indonesien, Malaysia, Singapur und Thailand – die geografisch recht nah beieinander liegen und sich in jüngerer Zeit ähnlich entwickelt haben (z. B. Castells, 2003) – ergibt keine größere Ähnlichkeit; Variationskoeffizient (0,81) und durchschnittliche Korrelationen (0,224) ähneln auch dort Gesamtgruppe der asiatischen Länder.⁷

6 Ausgewiesen sind für jede Gruppe zum einen die durchschnittlichen Monatswerte der Variationskoeffizienten, die ein Maß für den Anteil der Niveaudifferenzen am gemeinsamen Niveaumittelwert darstellen. Der Variationskoeffizient wurde – weil nicht alle Länderdaten ab 1996 zugänglich waren – für den Zeitraum von Januar 1997 bis Mai 2010 berechnet, indem für jeden Monat die Standardabweichung der Länderwerte durch ihren Mittelwert dividiert wurde. Je kleiner der sich ergebende Wert, desto näher liegen die Aufmerksamkeitsniveaus beieinander. Ein Wert von Null entspricht gleichen Niveaus, bei Werten größer eins ist die Standardabweichung höher als der Mittelwert, was erhebliche Unterschiede indiziert (vgl. Kantner, 2009, S. 167; Wessler et al., 2006, S. 242). Dieses Maß ist darüber hinaus geeignet, die dynamische Entwicklung von Konvergenz-/Divergenztrends im Zeitverlauf abzubilden. Zum anderen wird der Durchschnitt der bivariaten Pearson-Korrelationskoeffizienten zwischen den einzelnen Ländern in jeder Gruppe dargestellt. Dieses Maß gibt die Ähnlichkeit der Aufmerksamkeitsverläufe in den jeweiligen Gruppen an, unabhängig davon, ob sich die Länder im Niveau ähneln. Um Schein- bzw. überschätzte Korrelationen zu vermeiden, die insbesondere bei trendbehafteten Zeitreihendaten auftreten, wurden die Trendkomponente sowie die serielle Korrelationsstruktur der einzelnen Länderzeitreihen vor der Berechnung durch eine univariate ARIMA-Analyse (Box, Jenkins, & Reinsel, 2008) modelliert und entfernt.

7 Auch Hinweise auf eine afrikanische Öffentlichkeit – die wir allerdings nur auf Basis der Länder Algerien, Namibia und Südafrika und nicht über den gesamten Analysezeitraum ermitteln können – finden sich nicht. Variationskoeffizient (0,76) und die mittleren Länderkorrelationen (0,300) bleiben deutlich hinter den europäischen, transatlantischen und westlichen Ländern zurück.

Abbildung 3: Variationskoeffizienten der Ländergruppen im Zeitverlauf. Dargestellt sind die gleitenden, zwölfmonatigen Durchschnitte der jeweiligen Ländergruppen (Öffentlichkeiten)



Bleibt die Frage nach einer globalen Öffentlichkeit. Diese scheint nicht sehr ausgeprägt. Verglichen mit der europäischen respektive transatlantischen Öffentlichkeit zeigen sich weder im Niveau (Variationskoeffizient 0,77) noch in den Aufmerksamkeitsverläufen (durchschnittliche Korrelation 0,252) nennenswerte Übereinstimmungen. Unsere Querschnittsbetrachtung deutet also eher auf eine auf Europa und Nordamerika bzw. die westliche Welt beschränkte transnationale Öffentlichkeit hin und nicht auf eine globale.

In einem zweiten Schritt wollen wir nun etwaige Konvergenztrends untersuchen. Denn auch bei gering ausgeprägten Länderähnlichkeiten könnte es sein, dass sich Angleichungstendenzen auf niedrigem Niveau zeigen, die langfristig zu einer transnationalisierten Öffentlichkeit führen.

Die Längsschnittanalyse verstärkt allerdings noch einmal den Befund einer vornehmlich europäischen bzw. transatlantischen Öffentlichkeit: Die Gruppe der europäischen und nordamerikanischen Länder weist nicht nur die niedrigsten Variationskoeffizienten und die höchste interne Korrelation auf (s. o.), sondern auch einen Konvergenztrend. Es findet also trotz bereits ausgeprägter europäisch-transatlantischer Ähnlichkeiten eine fortschreitende Angleichung der Medienaufmerksamkeit über den Klimawandel statt (s. Abb. 3).⁸ Die Variationskoeffizienten für die Gruppe der westlichen Länder – d. h. unter Hinzufügen von Australien – entwickeln sich bis ca. 2005 ähnlich wie die der europäischen Länder.

⁸ Auffällig ist, dass auch die mexikanische Berichterstattung derjenigen in Europa und in den USA in hohem Maße ähnelt.

Auch dort gibt es also zunächst eine Annäherung. Ab 2006 jedoch nehmen die Abweichungen wieder zu. Die Medienaufmerksamkeit innerhalb der westlichen Welt wird also wieder unterschiedlicher, vermutlich durch die starke Domestizierung des Themas Klimawandel in Australien, wo die Klimaproblematik zu diesem Zeitpunkt ein zentrales politisches Thema und eng mit der nationalen Debatte um Atomenergie verbunden wurde (vgl. Eide & Kunelius, 2010, S. 26 sowie McGaurr & Lester, 2009). Eine Annäherung auf niedrigem Niveau findet offenbar zwischen den asiatischen Ländern statt. Die Variationskoeffizienten werden im Zeitverlauf kleiner, wenn auch bei größeren existierenden internen Unterschieden als in der westlichen Welt.

Für alle Länder zusammen zeigt sich über den untersuchten Zeitraum jedoch kein Trend, weder eine Konvergenz noch eine Divergenz. Die Werte für die Variationskoeffizienten auf Monatsbasis bleiben nahezu stabil. Von einer Globalisierung der Öffentlichkeit lässt sich also für das Thema Klimawandel nicht sprechen.

4. Fazit und Diskussion

Unsere Analyse weist für den Fall des Klimawandels also auf eine transnationalisierte und sich weiterhin transnationalisierende Medienaufmerksamkeit hin. Allerdings handelt es sich nicht um eine alle untersuchten Länder umfassende Transnationalisierung. Ähnlichkeiten finden sich vornehmlich zwischen den untersuchten europäischen und nordamerikanischen Ländern. Diese sind einander im Vergleich zu den anderen Ländern unserer Analyse am ähnlichsten und für sie lässt sich zudem zwischen 1996 und 2010 eine

fortschreitende Transnationalisierung zeigen, die sich als Europäisierung respektive ‚Transatlantisierung‘ interpretieren lässt.

Hinsichtlich einer möglichen westlichen und asiatischen Öffentlichkeit kommen wir zu gemischten Befunden: Die Gruppe der westlichen Länder ist sich in Niveau und Verläufen recht ähnlich, allerdings lässt sich kein linearer Trend einer zunehmenden Transnationalisierung verzeichnen, weil die australische Medienaufmerksamkeit für den Klimawandel von den anderen Ländern abweicht. Die asiatischen Länder dagegen weisen das umgekehrte Profil auf. Dort sind Ähnlichkeiten nicht stark ausgeprägt, nehmen aber zu.

Schließlich konnten wir deutlich machen, dass sich in punkto Themenaufmerksamkeit keine Indizien für die Entstehung einer globalen Öffentlichkeit zeigen. Über alle 23 untersuchten Länder hinweg betrachtet sind die Unterschiede in der Aufmerksamkeit der von uns untersuchten Leit-Printmedien beträchtlich, und zwar sowohl was das Niveau als auch was die Verlaufskurven der Berichterstattung angeht. Darüber hinaus lässt sich keine zeitliche Veränderung dieser Unterschiede ausmachen: Es gibt weder einen globalen Konvergenz- noch einen Divergenztrend.

Diese Ergebnisse geben Hinweise, die für weitere Arbeiten zu Fragen transnationaler Öffentlichkeit von Relevanz sein dürften. Dabei wird es interessant sein zu analysieren, wie sich andere Medien in den untersuchten Ländern (z. B. Boulevardzeitungen) und Medien anderer Länder in das hier skizzierte Bild einfügen. Zudem fragt sich, wie die Ergebnisse hinsichtlich Medienaufmerksamkeit mit anderen

Facetten transnationaler Öffentlichkeit korrespondieren – ob neben den ähnlichen Aufmerksamkeitskurven der europäischen Länder auch eine verstärkte wechselseitige Wahrnehmung in der Berichterstattung („discursive integration“) zu beobachten ist, ob sich auch inhaltlich ähnliche Berichterstattungsmuster zeigen oder ob die „Domestizierung“ (Eide & Kunelius, 2010) der Berichterstattung überwiegt. Diesen Fragen werden wir in den nächsten Monaten nachgehen.

Zudem wollen wir klären, wie sich derartige Befunde erklären lassen – eine Überlegung, die generell stärker in den Fokus der kommunikationswissenschaftlichen Transnationalisierungsanalyse rücken sollte. Dieses Defizit der Literatur können wir hier nicht ausräumen, sondern lediglich in zweierlei Richtung informiert spekulieren. Erstens haben verschiedene Autoren festgestellt, dass Themen stärker transnational diskutiert werden, für die ein transnationaler Ansprechpartner existiert bzw. bei denen dieser Ansprechpartner vergleichsweise mächtig ist. Mit dem größeren Machtpotenzial der EU in dem entsprechenden Politikfeld wird beispielsweise erklärt, dass die Medienberichterstattung über genetisch veränderte Lebensmittel stärker europäisiert ist als die über militärische Interventionen (vgl. für andere Themen Koopmans & Erbe, 2003; Schneider, 2008; Wessler et al., 2008). Daraus lässt sich eine mögliche Erklärung für unseren Analysegegenstand ableiten: Es könnte sein, dass sich eine Europäisierung zeigt, weil es dort mit der EU (die sich in Klimafragen und insbesondere hinsichtlich eigener CO₂-Emissionsreduktionsziele sowie eines Emissionszertifikatehandels ungewöhnlich stark exponiert hat) einen gemeinsa-

men Ansprechpartner gibt, der das Thema strukturiert. Dies ist in keiner anderen Region und auch nicht auf übergeordneten transnationalen Ebenen – im „Westen“ oder weltweit – der Fall. Eine zweite denkbare Erklärung wären unterschiedliche journalistische Kulturen, die sich in verschiedenen Teilen der Welt etabliert haben und aus denen voneinander abweichende Berichterstattungsmuster resultieren (vgl. Eide & Kunelius, 2010, S. 40ff.) – wenngleich es jenseits des Themas Klimawandel auch Hinweise darauf gibt, dass sich journalistische Kulturen in ihren Grundzügen ähneln (vgl. Hanitzsch & Seethaler, 2009; Weaver, 1998). Bezüglich beider Vermutungen bleiben weitere Studien abzuwarten.

Literatur

- Beck, U. (2007). *Weltrisikogesellschaft. Die globalen Gefährdungen – vom Terror bis zum Klimawandel*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beck, U. (2008). *World at Risk*. Cambridge: Polity.
- Berglez, P. (2008). What is Global Journalism? Theoretical and empirical conceptualisations. *Journalism Studies*, 9(6), 845-858.
- Box, G. E. P., Jenkins, G. M., & Reinsel, G. C. (2008). *Time series analysis. Forecasting and control* (4th ed.). New Jersey: Wiley.
- Boykoff, M. (2010). Indian media representations of climate change in a threatened journalistic ecosystem. *Climatic Change*, 99(1), 17-25.
- Boykoff, M. T., & Boykoff, J. M. (2007). Climate change and journalistic norms: A case-study of US mass-media coverage. *Geoforum*, 38(6), 1190-1204.
- Brüggemann, M., Hepp, A., Kleinen-v. Königslöw, K., & Wessler, H. (2009).

- Transnationale Öffentlichkeit in Europa: Forschungsstand und Perspektiven. *Publizistik*, 54(3), 391-414.
- Carvalho, A., & Burgess, J. (2005). Cultural circuits of climate change in UK broadsheet newspapers, 1985-2003. *Risk Analysis*, 25(6), 1457-1469.
- Castells, M. (2003). Four Asian Tigers with a Dragon Head. A Comparative Analysis of the State, Economy and Society in the Asian Pacific Rim. In R. P. Appelbaum, & J. Henderson (Hrsg.), *States and Development in the Asian Pacific Rim* (S. 176-198). Newbury Park: Sage.
- DARA & Climate Vulnerable Forum. (2010). *Climate Vulnerability Monitor 2010: The State of the Climate Crisis*. Madrid.
- de Vreese, C. H., Peter, J., & Semetko, H. A. (2001). Framing politics at the Launch of the Euro: A Cross-National Comparative Study of Frames in the News. *Political Communication*, 18, 107-122.
- Eder, K., & Kantner, C. (2000). Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. In M. Bach (Hrsg.), *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften* (S. 306-331). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Eide, E., & Kunelius, R. (2010). Domesticating Global Moments. A transnational study on the coverage of the Bali and Copenhagen Climate Summits. In E. Eide, R. Kunelius & V. Kumpu (Hrsg.), *Global Climate - local journalism* (S. 11-50). Bochum: projektverlag.
- Eide, E., Kunelius, R., & Kumpu, V. (Hrsg.). (2010). *Global Climate - local journalism*. Bochum: projektverlag.
- Esser, F. (2010). *Komparative Kommunikationswissenschaft. Working Paper No. 41*. Zürich: National Centre of Competence in Research (NCCR).
- Ferree, M. M., Gamson, W. A., Gerhards, J., & Rucht, D. (2002). Four models of the public sphere in modern democracies. *Theory and Society*, 31, 289-324.
- Gerhards, J. (1993). *Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit* (WZB Discussion Paper FS III 93-101). Berlin: Wissenschaftszentrum.
- Gerhards, J. (2000). Die Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In M. Bach (Hrsg.), *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften (Sonderheft 40 der KZfSS)* (S. 277-305). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Grundmann, R. (2006). Ozone and Climate: Scientific Consensus and Leadership. *Science Technology Human Values*, 31(1), 73-101.
- Hanitzsch, T., & Seethaler, J. (2009). Journalismuswelten: Ein Vergleich von Journalismuskulturen in 17 Ländern. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 57(4), 464-483.
- Hans-Bredow-Institut (Hrsg.). (2009). *Internationales Handbuch Medien*. Baden-Baden: Nomos.
- Harmeling, S. (2009). *Global Climate Risk Index 2010. Who is most vulnerable? Weather-related Loss Events since 1990 and how Copenhagen Needs to respond*. Bonn: Germanwatch.
- Inglehart, R. (1997). *Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies*. Princeton: Princeton University Press.
- Kantner, C. (2006). Collective Identity as Shared Ethical Self-Understanding. *European Journal of Social Theory*, 9(4), 501-523.
- Kantner, C. (2009). *Transnational Identity Discourse in the Mass Media. Humanitarian Military Interventions and the Emergence of a European Identity (1990-2006)*. Unveröffentlichte Habilitation.

- tationsschrift, Freie Universität Berlin, Berlin.
- Knill, C. (2001). *The Europeanisation of National Administrations. Patterns of Institutional Change and Persistence*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Koopmans, R., & Erbe, J. (2003, 20-22 June 2003). *Towards a European public sphere? Vertical and horizontal dimensions of Europeanized political communication*. Discussion paper SP IV 2003-403. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Koopmans, R., & Statham, P. (2010). Theoretical Framework, Research Design, and Methods. In R. Koopmans, & P. Statham (Hrsg.), *The Making of a European Public Sphere. Media Discourse and Political Contention* (S. 34-59). Cambridge: Cambridge University Press.
- Krosnick, J. A., Holbrook, A. L., & Visser, P. S. (2000). The impact of the fall 1997 debate about global warming on American public opinion. *Public Understanding of Science*, 9(3), 239-260.
- Liu, X. S., Vedlitz, A., & Alston, L. (2008). Regional news portrayals of global warming and climate change. *Environmental Science & Policy*, 11(5), 379-393.
- Löffelholz, M., & Hepp, A. (2002). Transkulturelle Kommunikation. In A. Hepp & M. Löffelholz (Hrsg.), *Grundlagentexte zur transkulturellen Kommunikation* (S. 11-33). Konstanz: UVK-Verl.-Ges.
- Lynch, M. (2003). Beyond the Arab Street: Iraq and the Arab Public Sphere. *Politics and Society*, 31, 55-91.
- Machill, M., Beiler, M., & Fischer, C. (2006). Europe-Topics in Europe's Media: The Debate about the European Public Sphere: A Meta-Analysis of Media Content Analyses. *European Journal of Communication*, 21(1), 57-88.
- McGaurr, L., & Lester, L. (2009). Complementary Problems, Competing Risks: Climate Change, Nuclear Energy and the Australian. In T. Boyce & J. Lewis (Hrsg.), *Climate Change and the Media* (S. 174-185). New York: Peter Lang.
- Medrano, J. D. (2003). *Framing Europe. Attitudes to European Integration in Germany, Spain and The United Kingdom*. Princeton: Princeton University Press.
- Neverla, I. (2007). The Birth of an European Public Sphere through European Media Reporting of Risk Communication. *European Societies*, 9(5), 705-718.
- Norris, P. (2000). *A virtuous circle: Political communications in postindustrial societies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Olausson, U. (2009). Global warming – global responsibility? Media frames of collective action and scientific certainty. *Public Understanding of Science*, 18(4), 421-436.
- Olausson, U. (2010). Towards a European identity? The news media and the case of climate change. *European Journal of Communication*, 25(2), 138-152.
- Parks, L., & Kumar, S. (Hrsg.). (2003). *Planet TV*. New York: New York University Press.
- Risse, T. (2010). *A Community of Europeans? Transnational Identities and Public Spheres*. Ithaca: Cornell University Press.
- Sampei, Y., & Aoyagi-Usui, M. (2009). Mass-media coverage, its influence on public awareness of climate-change issues, and implications for Japan's national campaign to reduce greenhouse gas emissions. *Global Environmental Change*, 19(2), 203-212.
- Schäfer, M. S., Ivanova, A., & Schmidt, A. (2011). Issue-Attention: Mediale

- Aufmerksamkeit für den Klimawandel in 25 Ländern. In I. Neverla, & M. S. Schäfer (Hrsg.), *Das Medienklima* (in Vorbereitung). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schneider, S. (2008). United in Protest? The European Struggle over Genetically Modified Food. In H. Wessler, B. Peters, M. Brüggemann, K. Kleinen-v. Königslöw, & B. Sifft, *The Transnationalization of Public Spheres* (S. 131-167). Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Stern, N. (2006): *The economics of climate change: The Stern review*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tobler, S. (2002). Zur Emergenz transnationaler Öffentlichkeiten. Konfliktinduzierter Kampf um Definitionsmacht und transnationale Kommunikationsverdichtung im Politikprozess "Internationale Steuerpolitik im EU- und OECD-Raum". In K. Imhof, O. Jarren, & R. Blum (Hrsg.), *Integration und Medien* (S. 260-284). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Tobler, S. (2010). *Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeit. Konfliktinduzierte Kommunikationsverdichtungen und kollektive Identitätsbildung in Europa*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Toynbee, A. J. (1966). *Change and Habit. The challenge of our time*. Oxford: Oxford University Press.
- UNDP. (2007). *Human Development Report 2007*. New York: United Nations Development Programme.
- van de Steeg, M. (2006). Does a public sphere exist in the European Union? An analysis of the content of the debate on the Haider case. *European Journal of Political Research*, 45(4), 609-634.
- Watkins, K. (2007). *Human Development Report 2007/2008. Fighting climate change: Human solidarity in a divided world*. Houndmills: United Nations Development Programme.
- Weaver, D. H. (1998). Journalist around the world: commonalities and differences. In D. H. Weaver, & W. Wu (Hrsg.), *The global journalist: news people around the world* (S. 455-480). Cresskill: Hampton.
- Wessels, W. (1997). An Ever Closer Fusion? A Dynamic Macropolitical View on Integration Processes. *Journal of Common Market Studies*, 35, 267-299.
- Wessler, H., Peters, B., Brüggemann, M., Kleinen-v. Königslöw, K., & Sifft, B. (2008). *The Transnationalization of Public Spheres*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Wilke, J. (1999). Leitmedien und Zielgruppenorgane. In J. Wilke (Hrsg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland* (S. 302-329). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Wimmel, A. (2004). Transnationale Diskurse. Zur Analyse politischer Kommunikation in der europäischen Medienöffentlichkeit. *Zeitschrift für internationale Beziehungen*, 11(1), 7-25.